

# Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder

## Das Beispiel Lettland



Axel Reetz (Hrsg.)

# Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder

## Das Beispiel Lettland

Beiträge über  
Gesellschaft – Politik – Wirtschaft



Verlag Wilhelm Surbir  
Wittenbach/SG 2007

Alle Rechte vorbehalten

© 2007 Dr. Axel Reetz  
a/k 75 · LV-1050 Rīga  
Tel. +371 / 29693751  
E-Mail: reetz@lanet.lv  
Ansbacher Straße 5 · D-40597 Düsseldorf  
Tel. +49 (0) 179 / 8832520

Verlag Wilhelm Surbir  
Betten 10 · CH-9303 Wittenbach/SG  
Tel. und Fax +41 (0) 71 / 2983616  
E-Mail: verlag@surbir.ch  
Internet: <http://www.surbir.ch/>

Umschlaggestaltung: Dr. Christian Pfaff  
Karte auf der Umschlagrückseite: SIA „Envirotech“

Druckerei: SIA Jumi · Lienes iela 19 · LV-1009 Rīga

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Vorwort  | 8  |
| Einleitung   | 10 |
| Lettland im Überblick<br><i>Axel Reetz</i>   | 14 |
| Eigenheiten der Entstehung der politischen Parteien in Lettland.<br>Schwankungen der Wählerunterstützung<br><i>Māris Ginters</i>                 | 37 |
| Soziales Kapital und Wohlfahrtsorganisationen<br><i>Signe Grūbe</i>  | 45 |
| Probleme der Entwicklung einer Zivilgesellschaft<br><i>Simona Gurbo</i>  | 54 |
| Allgemeiner Aspekt des Menschenhandels<br><i>Sintija Langenfelde</i>   | 63 |
| Parlamentarische Kontrolle über die Regierung<br><i>Ilze Siliņa-Osmāne</i>   | 69 |
| Der Wähler im Wunderland<br><i>Axel Reetz / Veiko Spolītis</i>   | 77 |
| Lettland, eine weibliche Gesellschaft? Mythos und Tatsachen<br><i>Axel Reetz / Veiko Spolītis</i>  | 82 |
| Gesellschaftliche Partizipation bei politischen Entscheidungen in Lettland<br><i>Velta Mazūre</i>  | 86 |
| Kulturschock – Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Einstellungen<br>zur „Wende“ in den neuen Bundesländern und Lettland<br><i>Evija Rimšāne</i> | 95 |

|   |     |
|---|-----|
| Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung<br><i>Irīna Čurkina</i>  | 104 |
| Wechselwirkung von Staat und Diaspora<br><i>Andrejs Berdņikovs</i>  | 109 |
| Wohlstand bedeutet auch saubere Umwelt<br><i>Alda Ozola-Matule / Jānis Brizga / Ojārs Balcers / Andris Junkurs</i>                                | 112 |
| Öffentliche Homosexuelle und die Reaktion der Gesellschaft<br><i>Baiba Blūzma</i>   | 116 |
| Ethnische Zusammensetzung und historische Voraussetzungen<br><i>Ilmārs Mežs</i>   | 121 |
| Transparenz der Eigner im Mediensektor.<br>Erfahrung in Lettland und Europa<br><i>Ainārs Dimants</i>  | 129 |
| Die Sehnsucht des „Volkes“ nach einer unschuldigen Politik<br><i>Axel Reetz / Veiko Spolītis</i>  | 134 |
| Gegner der Unabhängigkeit wieder frei – lettischer KP-Funktionär<br>Alfrēds Rubiks verbüßte sechs Jahre wegen Putschversuchs<br><i>Axel Reetz</i> | 134 |
| Tanz mit drei Damen – den lettischen Komponisten Imants Kalniņš<br>kennt daheim jedes Kind<br><i>Axel Reetz</i>                                   | 152 |
| Autoren   | 156 |



## Vorwort

Die Idee zum vorliegenden Band entstand während des Seminars „Aktuelle Probleme osteuropäischer Staaten“ am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Rīgas Stradiņa Universitāte (Rigaer Stradiņš Universität) im Wintersemester 2004/2005.

Gegenstand des Seminars waren zwar alle postsozialistischen Staaten Europas und auch die zentralasiatischen ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Doch angesichts der Informationslage und Möglichkeiten örtlicher Bibliotheken sowie der Interessen und Sprachkenntnisse der Studenten lag es nahe, sich in den Hausarbeiten vorwiegend mit dem lettischen Beispiel zu beschäftigen.

Am Seminar nahmen die damaligen Studenten Māris Ginters, Simona Gurbo, Signe Grūbe, Sintija Langenfelde und Ilze Siliņa-Osmāne teil. Sie waren die ersten fünf, die am Lehrstuhl auf Magister studierten. Sie erwarben im Frühjahr 2005 alle den akademischen Grad mit Arbeiten über ähnliche Themen zu den hier abgedruckten Beiträgen.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wende in den ehemals gerne als Ostblock bezeichneten Ländern wurde viel über die Staaten Osteuropas<sup>1</sup> diskutiert und publiziert. Die Transformationstheorie versuchte, sie als weitere Beispiele für die nach Samuel Huntington dritte Demokratisierungswelle zu sehen, was von ortskundigen Wissenschaftlern teils auf das Heftigste kritisiert wurde.

Sicher ist, daß über einige Staaten des genannten geographischen Gebietes jedenfalls im deutschsprachigen Raum wenig Literatur vorliegt, die sich auf die Vermittlung von konkreten Informationen nicht beschränkt, sondern konzentriert – die Theoriebildung aber zunächst unterläßt. Und das gilt insbesondere für die baltischen Staaten. Da einstweilen damit auch über Lettland we-

---

<sup>1</sup> Die Diskussion über den Begriff Osteuropa ist umfangreich, seine Anwendung je nach Untersuchungsgegenstand verschieden. Zur Abgrenzung von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wird oft auch der Begriff Mittelosteuropa verwendet. Unter Osteuropa werden hier die postsozialistischen Staaten Europas verstanden.



nig publiziert wurde, lag es nahe, nach Vorliegen der Hausarbeiten einen Band mit Beiträgen zu verschiedenen Themen zusammenzustellen.

Die Texte der Studenten wurden freilich in lettischer Sprache eingereicht, aber vom Herausgeber frei ins Deutsche übertragen und dabei gekürzt.<sup>2</sup> Der Leser mag sich an einigen Stellen über Formulierungen wundern, die im Interesse einer möglichst unverfälschten Wiedergabe der Gedanken der Autoren nahe am Original übersetzt sind.

Neben den Hausarbeiten der Studenten wurden noch weitere Autoren gesucht. Dabei wurden bewußt nur Einheimische gewählt und auf ausländische Experten verzichtet.

Danken möchte ich Albert Caspari vom Verein Infobalt in Bremen für sein Interesse und die Bereitschaft, die Beiträge in diesem Buch bereits vor dem Druck zu lesen und mich auf orthographische Fehler aufmerksam zu machen wie auch durch Fragen sachliche Unklarheiten auszuräumen.

Des weiteren danke ich der Firma SIA „Envirotech“ für die Überlassung einer physischen Karte der Republik Lettland, die auf dem Buchumschlag zusammen mit Flagge und Wappen farbig abgedruckt ist.

Ich danke außerdem allen Kollegen und Studenten für die Zustimmung, die vorliegenden Texte für eine Publikation respektive eine Veröffentlichung in deutscher Sprache zu verwenden. Andernfalls wäre es nicht möglich gewesen, dieses Buch herauszugeben. Visiem kolēģiem un studentiem vēlos pateikties par piekrišanu, šos tekstus izmantot publicēšanai vai arī pārpublicēšanai vācu valodā. Bez tā nebūtu bijis iespējams, šo rakstu krājumu izdod.

*Axel Reetz*

*Rīga im Frühjahr 2007*

---

<sup>2</sup> Dabei wurden die Anmerkungen und Literaturhinweise unverändert belassen, also eine Entscheidung zugunsten von Konsequenz in der Inkonsistenz getroffen, auch um nicht alle Literaturstellen selbst prüfen zu müssen: Die Zitierungsweise mag sich darum von Beitrag zu Beitrag unterscheiden wie die Verwendung von kursiven Zeichen oder die Ausschreibung des Vornamens der Autoren usw. Auch werden diese mitunter in einer lettisierten Schreibweise zitiert.

---

# Einleitung

Lettland hat am 18. November 1918 zum ersten Mal in der Geschichte seine Unabhängigkeit erklärt. Trotz enger historischer und kultureller Verbindung zu Deutschland ist das Land im deutschsprachigen Raum nicht zuletzt wegen der 1940 in Folge des Zweiten Weltkrieges erfolgten und ein halbes Jahrhundert andauernden Eingliederung in die Sowjetunion in Vergessenheit geraten. Viele haben Schwierigkeiten, das Land überhaupt und auch geographisch einzuordnen. So wird Lettland oft mit Lappland verwechselt so wie sein nördlicher Nachbar Estland mit Island. Es wurde sogar berichtet, daß mitunter das Baltikum<sup>3</sup> vom Balkan nicht unterschieden wird. Diese Informationslücke will der vorliegende Band schließen.

Der Titel mag dem Leser zunächst sehr allgemein klingen, schließlich gibt es neben Lettland weitere neun Staaten im postsozialistischen Europa, die der EU teilweise bereits 2004 respektive 2007 beigetreten sind. Lettland erscheint zunächst als eines der kleinsten Länder nicht beispielhaft, auch gehört es zu denen, die mit dem Zusammenbruch des Sozialismus überhaupt erst ihre Unabhängigkeit erlangten. Nichtsdestotrotz gibt es zwei Gründe, warum der gewählten Titel sich durchsetzte: Einerseits, rein nostalgisch, fand auch das Seminar, welches die Anregung zum Buch gab, unter dieser Überschrift statt. Aber außerdem sind ohne jeden Zweifel sehr viele von den im folgenden diskutierten Aspekten stellvertretend auch für die anderen Staaten Osteuropas.

Was bedeutet aktuell? Die Aktualität eines Sammelbandes kann die Schnelligkeit eines Journals niemals erreichen. Somit ist es gut möglich, daß einige Informationen bis zum Erscheinen schon wieder veraltet sein werden. Insbesondere sind die Hausarbeiten der Studenten der Rigaer Stradiņš Universität bereits 2004 verfaßt worden. Die meisten Beiträge behandeln jedoch Themen, die an Aktualität nicht schnell verlieren. (Während der Erstellung des Manuskripts war nicht absehbar, daß Lettland exakt unmittelbar vor dem

---

<sup>3</sup> Der Begriff des Baltikums entstand im Deutschen durch die lateinische Bezeichnung der Ostsee „Mare Balticum“. Er etablierte sich im deutschen Sprachraum im 19. Jahrhundert und wurde schließlich auch von den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen selbst übernommen, obwohl im ethnischen Sinne Balten nur die beiden letztgenannten sind.

Erscheinen dieses Buch vor umfangreichen innenpolitischen Herausforderungen stehen würde, deren Entwicklung bis zum Druck aber nicht umfassend absehbar sind. Deshalb ist am Ende des Überblickes ein Unterkapitel hinzugefügt worden, welches wenigstens die wichtigsten Informationen enthält.)

Eingangs sollen dem Leser eine allgemeine Informationen mit statischen Daten wie auch ein historischer Überblick an die Hand gegeben werden.

Die nachfolgenden Beiträge erheben weniger den Anspruch der Wissenschaftlichkeit als es darum geht aufzuzeigen, welche Fragen im Lettland der Gegenwart für die Bevölkerung und damit auch für die politischen Entscheidungsträger wichtig sind. Darunter fallen Themen von eher gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Bedeutung wie auch politische Fragen im engeren Sinne.

Dem Leser wird nicht entgehen, daß zahlreiche Beiträge sich mit Zivilgesellschaft und Partizipation beschäftigen. In diesem Sinne haben die Kapitel von Simona Gurbo und Velta Mazūre entsprechend allgemein gehaltene Überschriften. Der Grund hierfür ist, daß diese beiden Aspekte im postsozialistischen Raum auch mehr als 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus die wichtigsten Schwierigkeiten des Staatslebens in einer modernen Demokratie sind. Während Simona Gurbo sich allgemein den Schwierigkeiten der Entstehung einer Zivilgesellschaft widmet, ergänzt Velta Mazūre diese Frage mit einer Untersuchung von Bereitschaft zur und Ergebnissen der Partizipation, die in Lettland einstweilen nach der organisierten während der Sowjetzeit noch in den Kinderschuhen steckt, wie Signe Grūbe mit einer Betrachtung der in Wohlfahrtsorganisationen aktiven Bevölkerung aufzeigt.

Das hat Auswirkungen auf die politische Kultur, die maßgeblich durch das sowjetische Erbe geprägt ist, wie Axel Reetz und Veiko Spolītis unter prosaischem Titel mit einem Beitrag über die Wählerschaft zum Ausdruck zu bringen versuchen. Māris Ginters untersucht dieses Thema weiter und widmet sich der Frage, warum die Wähler in Lettland dazu neigen, bei allen Parlamentswahlen einer Partei den Vorzug zu geben, die gerade erst gegründet wurde. Den Versuch einer umfassenden Darstellungen dieser Problematik haben Axel Reetz und Veiko Spolītis in einem separaten Beitrag über die Sehnsucht der Bevölkerung nach Idealen unternommen. Ein Hinweis auf die allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Politik, die sich auch in den Beiträgen über die Zivilgesellschaft findet, schließt neben Parteien generell die Regierung ebenso ein wie die Parlamentarier. Das macht das Thema von Ilze Siliņa-Osmāne zu einem interessanten Aspekt; sie zeigt die Praxis der parlamentarischen Kontrolle über die Regierung auf.

Mit Problemen von Kontrolle und Transparenz haben auch die Medien zu kämpfen, und da gibt es zwei Aspekte. Die Menschen schenken den Medien keinen Glauben Dank der sowjetischen Erfahrung, als die Zensur regelte, was die Bevölkerung zu wissen hat und was sie nicht wissen soll. Diese Einfluß-

---

nahme wir oft gleichgesetzt mit der heute existierenden und in Demokratien üblichen ideologischen Grundausrichtung der Presseorgane. Ainārs Dimants zeigt auf, welche Maßnahmen erforderlich wären, um die demokratische Kontrolle zu festigen und damit Glaubwürdigkeit zu stützen.

Diese gesellschaftlichen und politischen Aspekte lassen sich natürlich von den Folgen des wirtschaftlichen Umbruchs nicht trennen, dessen Auswirkungen ausgehend von statistischen Daten Irīna Čurkina beschreibt. Einstweilen ist ein wesentlicher Motor der Wirtschaftsentwicklung in Lettland der Einzelhandel. Das Geld fließt ins Land durch die Kreditpolitik der großen Geschäftsbanken, die ausländischen Konzernen gehören. Der Niedergang der Wirtschaft nach dem Systemwechsel ist in den durchschnittlichen Einkommen, die weit hinter denen Westeuropas zurückbleiben, noch deutlich spürbar. Neben Unzufriedenheit in der Bevölkerung spiegelt sich das auch im Zeitmanagement wieder. Neben Alltagsorgen bleibt oft wenig Möglichkeit für weiteres Engagement.

Die wirtschaftliche und soziale Situation ist der Hintergrund für das Problem, mit welchem sich Sintija Langenfelde beschäftigt: der Menschenhandel, konkret das Geschäft mit Frauen, die im Ausland zur Prostitution gezwungen werden, was auch im Baltikum noch immer ein Thema ist, während die Frage der weiblichen Gesellschaft dem Leser im Ausland fremd sein dürfte. Axel Reetz und Veiko Spolītis haben einige Zahlen zusammengestellt, um ein verbreitetes Vorurteil zu widerlegen, nachdem die lettische Gesellschaft einzigartig sei mit ihrem Frauenüberschuß. Hinter dieser Meinung steckt mehr als das, was zahlenmäßig wegen der höheren Lebenserwartung von Frauen beinahe überall zutrifft. Hier offenbaren sich typische gesellschaftliche Probleme im Postsozialismus.

Dazu zählt auch eine während der Sowjetzeit sehr traditionell gebliebene Gesellschaft. Baiba Blūzma stellt sehr anschaulich dar, welche Schwierigkeiten der Durchschnittsmensch in Lettland mit dem Anspruch einer liberalen Gesellschaft und der nunmehr eingeforderten Öffentlichkeit hat, was sich bei Themen wie Homosexualität plakativ zeigt.

Diese umfangreichen Veränderungen der Lebensumstände sind aber nicht nur in Lettland aktuell. Evija Rimšāne vergleicht die Erfahrungen des Umbruchs in Lettland mit den neuen Bundesländern in Deutschland. Es ist interessant, welche Aspekte entdeckt werden angesichts der Unterschiedlichkeit von großer und kleiner Nation, die in der Geschichte ein Genozid verübt respektive erlitten haben, beide aber durchaus – freilich aus unterschiedlichen Gründen – als späte Nation angesehen werden können. Außerdem hatten die neuen Bundesländer einen zahlungskräftigen „großen Bruder“ mit allen Vor- und Nachteilen, den es in Lettland nicht gibt.

Ein weiteres Thema, das für Lettland wichtig ist und in ausländischen Publikationen häufig Erwähnung findet, ist die Situation der ethnischen Minder-

heiten, die teils schon seit Jahrhunderten in Lettland leben, zum größten Teil jedoch sicher durch forcierte Migration in den Zeiten der sowjetischen Okkupation zugewandert sind. Mit Ilmārs Mežs wurde ein Autor gefunden, der die Situation für das Institut Lettlands<sup>4</sup> beschreibt. Publikationen im Ausland stellen diesen Aspekt oft in den Mittelpunkt bis hin zur Qualifikation Lettlands als defekte Demokratie.<sup>5</sup> Dabei wird unterschätzt, wie sehr das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich gerade in einem Fall wie Lettland als problematisch erweist. Gesteht man der lettischen Nation den eigenen Staat zu, so muß die Frage wenigstens erlaubt sein, ob über dessen Schicksal während einer Diktatur angesiedelte Menschen anderer Nation, die diesen unabhängigen Staat weder je gewollt haben noch ihn heute akzeptieren, über dessen Schicksal mitentscheiden können, sollten und dürfen.

Eine von gesellschaftlich-politischen Aspekten entferntere Frage ist die Umweltsituation, die im Westen als eines der großen Probleme sozialistischer Staaten gilt. Aber auch wenn die Industrie Rücksichten wie im Westen üblich selten nehmen mußte und die Umgebung mitunter stark kontaminiert hat, sollte die geringe Besiedlung vor allem des Baltikums nicht vergessen werden. Bei etwa 35 Einwohnern pro Quadratkilometer ist die Dichte der Industrie mit dem Westen nicht vergleichbar. Die Verschmutzung ist also eher punktuell und nicht flächendeckend. Heute sind ganz andere Fragen drängend wie Alda Ozola-Matule, Jānis Brizga, Ojārs Balcers und Andris Junkurs aufzeigen. Da schwingen Aspekte mit, daß die Bevölkerung die Schattenseiten der westlichen Wohlstandsgesellschaft wie der zunehmende Straßenverkehr, nur ungern hinnehmen, zumal die Infrastruktur im Schienen- und Straßenbereich der Entwicklung nicht gewachsen ist. Es zeigt sich aber gleichzeitig auch, wie wenig das zu Engagement führt. Hier können Parallelen zu den Beiträgen über die Zivilgesellschaft und das soziale Kapital gezogen werden.

Mit zwei abschließenden Kapiteln, die bereits Ende der 90er Jahre nach Gesprächen mit den in Lettland bekannten Persönlichkeiten Alfrēds Rubiks und Imants Kalniņš entstanden sind, habe ich den vorliegenden Band ergänzt. Beide Begegnungen waren jedoch ausgesprochen aufschlußreich, handelt es sich doch um eine der verhaßtesten und eine der beliebtesten Personen im Lande.

---

<sup>4</sup> Das Institut Lettlands ist für die Verbreitung von Information über das Land im Ausland zuständig.

<sup>5</sup> Die deutschen Politologen Wolfgang Merkel, Aurel Croissant und Peter Thiery haben Lettland wegen des Ausschlusses eines Teils der Bevölkerung vom Demos in verschiedenen Publikationen wiederholt.

# Letland im Überblick<sup>6</sup>

*Axel Reetz*

Letland liegt im nördlichen Osteuropa, grenzt im Norden an Estland (Grenzlänge: 343km), im Osten an Rußland (276km), im Südosten an Weißrußland (161km) und im Süden an Litauen (576km). Die Küstenlänge beträgt 498km, die Fläche des Staatsterritoriums beträgt 64.589km<sup>2</sup>.

## Statistische und allgemeine Angaben

Im Jahre 2005 hatte das Land 2.294.590 Einwohner, davon 46,1% männlich, 53,9% weiblich; Altersstruktur 0-14 Jahre: 14,8%, 15-64 Jahre: 68,7%, 65 Jahre und älter: 16,5%; Bevölkerungsdichte: 35,5 Einwohner/km<sup>2</sup>; 65,4% im arbeitsfähigen Alter (Männer 15-64, Frauen 15-59); 69,5% Beschäftigte (von den Personen im erwerbsfähigen Alter); 7,5% Arbeitslose; Bevölkerungsentwicklung 1950-2005: 0,29% jährlich, 1990-2005: -0,93% jährlich; Nationalitäten (2004): 1.357.099 Letten (58,8%), 660.684 Russen (28,6%), 88.287 Weißrussen (3,8%), 59.011 Ukrainer (2,6%), 56.511 Polen (2,5%), 31.717 Litauer (1,4%), 9883 Juden (0,4%), 8.491 Roma (0,4%), 3788 Deutsche (0,2%), 2537 Esten (0,1%), 28.046 ohne Angabe u. a. (1,2%). Religionszugehörigkeit: 23,7% Lutheraner, 18,5% Katholiken, 15,0% Russisch-orthodoxe.

Neben der Hauptstadt Rīga (727.578 Einwohner<sup>7</sup> 2005) sind größere Städte Daugavpils / Dünaburg (109.482), Liepāja / Libau (85.915), Jelgava / Mitau (66.087), Jūrmala (55.602), Ventspils / Windau (43.806), Rēzekne / Rositten (36.646), Valmiera / Wolmar (27.523) und Jēkabpils (26.737).

Zwei waagerechte dunkelrote Streifen mit einem schmalen weißen Mittelstreifen in den Proportionen 1:2 (Breite : Länge) sind die nationale Flagge. Sie gilt als eine der ältesten, entstanden angeblich während des Kampfes der Letten gegen die eindringenden Kreuzritter, als Gefallene in ein weißes Tuch gehüllt wurden, das sich auf beiden Seiten vom Blut dunkelrot färbte, wäh-

---

<sup>6</sup> Grundlage dieses Beitrages ist der Letland-Artikel für die Enzyklopädie des Europäischen Ostens, die in Klagenfurt / Österreich entsteht.

<sup>7</sup> Einstweilen ist eine der tatsächlichen Lebenssituation entsprechende Anmeldung, wenn auch bereits vorgeschrieben, nicht üblich, darum hat wenigstens Riga vermutlich erheblich mehr Einwohner.

rend unter dem Körper des Toten das Tuch weiß blieb. Das Staatswappen vereinigt die Embleme zweier historischer Provinzen, den livländischen Greif und den kurländischen Löwen unter einer aufgehenden Sonne. Darüber symbolisieren drei Sterne die historischen Provinzen Kurland (Kurzeme), Livland (Vidzeme) und Lettgallen (Latgale).<sup>8</sup> Die Nationalhymne wurde von Kārlis Baumanis (1834-1904) komponiert und getextet: „Dievs svētī Latviju“ (Gott schütze Lettland).

Letland befindet sich in der Zeitzone der Osteuropäischen Zeit, das Nationalkennzeichen ist LV, da Lettland auf Lettisch *Latvija* heißt, die Staatssprache ist Lettisch, die Staatsform eine parlamentarische Republik. Die nationale Währung ist der Lats (LVL), unterteilt in 100 Santīmi (Singular Santīms).

Die wichtigsten Parteien sind: Jaunais Laiks (JL, „Neue Zeit“); Latvijas Pirmā Partija (LPP, „Lettlands Erste Partei“) und Latvijas Ceļš (LC, „Lettlands Weg“); Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā (PCTVL, „Für die Rechte des Menschen in einem integrierten Lettland“); Saskaņas Centrs (SC, „Harmoniezentrum“); Tautas Partija (TP, „Volkspartei“); Tēvzemei un Brīvībai/Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija (TB/LNNK, „Für Vaterland und Freiheit / Nationale Konservative Partei Lettlands“); Zaļo un Zemnieku Savienība (ZZS, „Union der Bauern und der Grünen“); Latvijas Zemnieku Savienība (LZS, „Lettlands Bauernunion“), Latvijas Zaļā Partija (LZP, „Lettlands Grüne Partei“).

## Naturraum<sup>9</sup>

Letland, das mittlere der drei baltischen Länder, wird in die vier (historischen) Landschaften Kurland (Kurzeme) im Westen, Sengallen (Zemgale) im Süden, Livland (Vidzeme) im Nordosten und Lettgallen (Latgale) im Südosten unterteilt.

Die überwiegend hügelige und seenreiche Oberflächenstruktur Lettlands entstand während der letzten Eiszeit. Die Erhebungen reichen von 150m in der „Kurländischen Schweiz“ (Kurzemes Šveice) bis über 300m in den „Südlivländischen Höhen“ (Vidzemes Centrālā Augstiene). Der höchste Berg Lettlands und zweithöchste des Baltikums ist mit etwa 312m der Gaiziņkalns (Gaising).

Die lettische Küste besteht aus flachen und sandigen Ausgleichsküsten und greift in der Rigaer Bucht weit ins Land hinein. Die zumeist mäandrierenden Flüsse münden vorwiegend in die Ostsee. Der längste Fluß des Baltikums, die Düna (Daugava), fließt auf 352km durch lettisches Territorium. Einen mit

---

<sup>8</sup> Farbige Abbildungen der Flagge und des Wappens der Republik Lettland befinden sich auf dem Buchumschlag.

<sup>9</sup> Eine physische Karte der Republik Lettland, die von der Firma SIA „Envirotech“ zur Verfügung gestellt wurde, befindet sich auf dem Buchumschlag.

452km längeren Verlauf nimmt nur der Fluß Gauja (Livländische Aa), gefolgt von Venta (Windau) mit 346km. Im Norden und Osten sind als Überbleibsel der Vereisung zahlreiche Seen vorhanden. Die größten sind Lubānas Ezers mit 80,7km<sup>2</sup>, Rāznas Ezers mit 57,6km<sup>2</sup>, Engures Ezers mit 40,5km<sup>2</sup> und Burtnieku Ezers mit 40,1km<sup>2</sup>. Der tiefste See ist mit 29,9m der Rušona Ezers in Rēzekne.

Lettland befindet sich am Übergang von maritimen zu kontinentalem Klima. An der Küste ist das Klima mit einer Durchschnittstemperatur von –5 bis –3°C im Januar und 16 bis 16,5°C im Juli milder als im Osten des Landes, wo die mittleren Temperaturen im Januar auf –7 bis –4°C und im Juli 16,5 bis 17°C erreichen. Im Jahr fallen an der Küste durchschnittlich ca. 640 bis 690mm und im Osten des Landes ca. 600 bis 650mm Niederschläge. Der Verdunstungswert ist so niedrig, daß in den Böden ein Feuchtigkeitsüberschuß herrscht. In Lettland gibt es zahlreiche ausgedehnte Mooregebiete und größtenteils wenig fruchtbare Böden (Podsole).

Mit 44,7% seiner Gesamtfläche ist Lettland sehr walddreich; es wachsen überwiegend Kiefern, Birken und Fichten, aber auch Linden und Eichen. Häufig ist außerdem Wacholder. Stark verbreitet sind in den Wäldern Beeren und Pilze. Im Osten und Norden Lettlands sind über 50% der Fläche bewaldet. 16,3% des Staatsterritoriums sind als Schutzflächen ausgewiesen.

Lettland verfügt kaum über nennenswerte Bodenschätze. Nutzbar sind neben Kalkgesteinen und Gips allein Sande, Tone und Torf. Problematische Umweltbelastungen herrschten bis in die jüngere Gegenwart vorwiegend an den Mündungen der durch Industrieabwässer verschmutzten Flüsse, insbesondere in der Rigaer Bucht, in welche die Düna mündet. Baden war zeitweilig verboten.

## **Bevölkerung**

Bei einer Bevölkerungszahl von 2.294.590 erreichte Lettland 2005 eine Bevölkerungsdichte von 35,5 Einwohnern pro km<sup>2</sup>. Seit 1990, als das Land noch 2.658.161 Einwohner zählte, nimmt die Bevölkerung Lettlands kontinuierlich ab (bis 2005 um 15,8%). Seit 1991 ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ. Der Sterbeüberschuß erreichte 1992 mit –2,2 pro 1000 Personen sein vorläufiges Maximum. Inzwischen beläuft er sich auf –0,5 (2005). Als im selben Jahr die Auswanderung um 53.474 Personen die Einwanderung überstieg, erreichte das Wanderungssaldo den vorläufigen Tiefpunkt (–2,0). Seit 1998 oszilliert es um –0,1 bis –0,2.

Etwa 60% der Bevölkerung lebt in Städten, davon rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung allein in der Hauptstadt Riga und seiner Agglomeration mit den nahe gelegenen größeren Städten wie Jūrmala und Jelgava, wo viele tägliche Pendler leben.



Der hohe Anteil der russischsprachigen Bevölkerung (2005: 28,5%) ist vorwiegend auf die sowjetische Bevölkerungspolitik im Rahmen der forcierten Industrialisierung nach 1945 zurückzuführen. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der Anteil der slawischen Bevölkerung in Lettland knapp unter 13% gelegen (darunter 8,8% Russen). Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen Mitte der 90er Jahre ist der zwischenzeitlich deutlich höhere Anteil (1990: 34,0%) wieder signifikant gesunken. Seither verlassen russischstämmige Einwohner Lettland in Richtung Rußland aus wirtschaftlichen Gründen in deutlich geringerem Ausmaß, waren es im Jahr 1995 noch 11.558, so sind es seit 2000 etwa 10.000. Rußland, vor Deutschland und Großbritannien, bleibt jedoch das wichtigste Aufnahmeland für Emigranten aus Lettland. Vorwiegend verlassen Russen, Weißrussen und Ukrainer das Land.

Die nicht zur Titularnation zählende Bevölkerung lebt zum größten Teil in den industrialisierten Gebieten und in der südöstlichen Region Lettgallen. In allen größeren Städten beträgt der Anteil zwischen einem Drittel und über drei Viertel (Daugavpils: 82,1%). In Riga lebt eine etwa gleich große Anzahl lettischer und russischer Bevölkerung, bei deutlichen Mehrheiten in einzelnen Stadtvierteln. Neben den Russen stellen Weißrussen (3,8%), Ukrainer (2,5%) und Polen (2,4%) die zahlenmäßig größten Minderheiten. Während sich die Ukrainer in der Regel in größeren Städten konzentrieren, stellen die Weißrussen im Kreis Krāslava 16,9% der Bevölkerung und in der Umgebung von Daugavpils (Stadt und Landkreis) machen Polen 14,0% aus.

Lettisch ist zwar die einzige Staatssprache, aufgrund des hohen russischstämmigen Bevölkerungsanteils hat die russische Sprache jedoch eine ungebrochen große Bedeutung. Die Bevölkerung Lettlands ist in der Regel zwei-, lettisch- und russischsprachig.

Im Unterschied zur Regelung in der Zwischenkriegsrepublik hat mit den nach dem Zweiten Weltkrieg aus anderen Teilen der Sowjetunion Zugezogenen ein Teil der Minderheiten heute keinen Staatsbürgerstatus, denn Lettland hat nach Erklärung der Unabhängigkeit 1991 die sowjetischen Immigranten zunächst von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Sie müssen einen Sprach- und Geschichtstest ablegen, um die lettische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Inzwischen erhalten in Lettland geborene Kinder die Staatsbürgerschaft auf Antrag der Eltern automatisch. Mehr als ein Viertel aller Ehen sind Mischehen.

Die zahlenmäßig stärkste Konfession in Lettland ist das Luthertum, zu dem sich knapp ein Viertel der Bevölkerung bekennen. Die lettische Evangelisch-lutherische Kirche gilt als sehr konservativ. Die Katholiken konzentrieren sich aus historischen Gründen in Lettgallen. Die russischsprachige Bevölkerung gehört überwiegend der Russisch-orthodoxen Kirche an.

## **Staat und Gesellschaft**

Das unabhängige Lettland hat 1993 die Verfassung von 1922 wieder in Kraft gesetzt. Der dort nicht enthaltene Grundrechtskatalog wurde später ergänzt. Festgeschrieben sind politische Grundrechte sowie soziale Rechte, die aber der gesellschaftlichen Realität oft nicht entsprechen und folglich eher Verfassungsanspruch darstellen, jedoch auch Nichtstaatsbürgern zustehen. Verfassungsänderungen verlangen eine 2/3-Mehrheit der in drei Lesungen anwesenden Parlamentsabgeordneten, wichtige Änderungen sind nur durch Volksabstimmung möglich.

Das Einkammer-Parlament Saeima hat 100 Abgeordnete, die zunächst wie vor dem Zweiten Weltkrieg auf drei Jahre gewählt wurden. Sogar der historische Wahltermin im Herbst wurde mit der zweiten Wahl 1995 eingehalten, die Legislaturperiode dadurch etwas verkürzt. Mit der Wahl 1998 wurde die vierjährige Wahlperiode eingeführt. Die Gesetzesinitiative liegt nicht nur beim Kabinett und dem Parlament mit mindestens fünf Abgeordneten, auch der Präsident und das Volk können Gesetzentwürfe einbringen. Hierfür sind 1/10 der Wahlberechtigten erforderlich. 1/10 der stimmberechtigten Bürger oder 1/3 der Abgeordneten können eine Volksabstimmung über ein Gesetz verlangen. Zur Verabschiedung bedürfen Gesetze der Zustimmung der einfachen Mehrheit der anwesenden Abgeordneten. Das suspensive Veto des Staatspräsidenten kann mit derselben Mehrheit überstimmt werden. Die Saeima ist ein Arbeitsparlament, die Ausschüsse tagen öffentlich. Die starke Stellung des Parlaments kommt darin zum Ausdruck, daß das Recht zu seiner Auflösung weder dem Staatspräsidenten noch dem Ministerpräsidenten uneingeschränkt zusteht.

Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht, bei dem über lose gebundene Listen abgestimmt wird; durch eine „Plus“-Kennzeichnung kann Vorzug, durch „Ausstreichen“ eines Namens Ablehnung ausgedrückt werden. Die zunächst geltende Vier-Prozent-Klausel wurde 1995 auf fünf Prozent erhöht. Die Wähler müssen nicht unbedingt an ihrem Wohnort wählen. Ein Stempel im Paß belegt, daß bereits gestimmt wurde. Wahlberechtigt sind alle lettischen Staatsbürger ab Vollendung des 18. Lebensjahres.

Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern, die dem Parlament nicht unbedingt angehören müssen. Der Regierungschef wird auf Vorschlag des Staatspräsidenten vom Parlament gewählt, wofür die absolute Mehrheit nicht erforderlich ist. Die Minister müssen ebenfalls vom Parlament bestätigt werden. Auch Minister ohne Mandat können an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen und Gesetzesvorschläge einbringen. Der Regierungschef (und mit ihm das gesamte Kabinett), wie auch einzelne Minister können durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden.

Das Oberhaupt des Staates, der Staatspräsident wird vom Parlament mit absoluter Mehrheit gewählt. Ab dem dritten Wahlgang muß der jeweils schwächste Kandidat ausscheiden. Vereinigt kein Kandidat in fünf Wahlgängen eine absolute Mehrheit auf sich, so können völlig neue Kandidaten aufgestellt werden. Der 1993 gewählte erste Staatspräsident nach der Unabhängigkeit, Guntis Ulmanis (\*1939) von der LZS, ein Neffe des selbsternannten, autoritär regierenden Vorkriegspräsidenten Kārlis Ulmanis (1877-1942), wurde 1996 sofort im ersten Wahlgang bestätigt. 1999 konnten sich die Koalitionsparteien nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, weshalb nach fünf erfolglosen Wahlgängen die Exillettin Vaira Vīķe-Freiberga (\*1939) nominiert und dann auch gewählt wurde.

Die Amtszeit betrug der Verfassung von 1922 folgend zunächst drei und wurde schließlich auf vier Jahre verlängert. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Das Amt umfaßt vorwiegend repräsentative Aufgaben. Der Staatspräsident hat jedoch das Recht, die Veröffentlichung eines Gesetzes abzulehnen und eine erneute Diskussion zu verlangen, was Vīķe-Freiberga im Zusammenhang mit den Novellen zur Staatsbürgerschaft nutzte. Aufgabe des Staatspräsidenten ist es weiterhin, dem Parlament einen Ministerpräsidenten vorzuschlagen; dieses Recht verleiht ihm einen gewissen Einfluß auf die Regierungsbildung. Genutzt wurde dies von Guntis Ulmanis 1995, als er den Vertreter der stärksten Partei nicht berief, um eine Regierungsbeteiligung des von ihm als extremistisch eingestuften Deutschletten Joachim Siegerist (\*1947) zu verhindern. Der Staatspräsident kann das Parlament aufzulösen, worüber allerdings eine Volksbefragung durchgeführt werden muß. Wird das Anliegen abgelehnt, muß er zurücktreten. Eine 2/3-Mehrheit der Abgeordneten kann den Staatspräsidenten abwählen.

Aufgrund der staatsrechtlichen Kontinuität des lettischen Staates seit der Gründung 1918 wurden ähnlich wie bei der Übernahme der alten Verfassung einige Rechtsgrundlagen nicht neu geschaffen, sondern die alten, vorsozialistischen wieder in Kraft gesetzt; so das Bürgerliche Gesetzbuch aus dem Jahre 1937. In der Strafgesetzgebung wurden hingegen sozialistische Regeln novelliert.

Das Verfassungsgericht ist für die Kontrolle von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit zuständig, die Entscheidungen sind endgültig. Es gibt die konkrete Normenkontrolle auf Veranlassung eines Gerichts wie auch die abstrakte Normenkontrolle von Gesetzen und untergesetzlichen Rechtsnormen. Das Antragsrecht bei der konkreten Normenkontrolle ist eingeschränkt und nur über den Obersten Gerichtshof möglich ist. Die abstrakte Normenkontrolle kann neben dem Staatspräsidenten und der Regierung auch ein Fünftel der Abgeordneten beantragen. Verfassungsrichter werden vom Parlament ohne Wiederwahl auf zehn Jahre bestimmt. In Lettland muß die Bestellung sämtlicher Richter vom Parlament bestätigt werden.

Von beständigen Umbrüchen geprägt ist das Parteiensystems<sup>10</sup> Lettlands und damit die Zusammensetzung der Regierungen nach 1991. Zugpferde der zahlreichen Parteinuugründungen sind bis in die Gegenwart mitunter Persönlichkeiten, die nicht aus der Politik kommen, wie etwa der Komponist Raimonds Pauls (\*1936), der bereits für mehrere Parteien kandidierte.

1990 hatten mit der Streichung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei aus der lettischen Verfassung und der anschließenden Trennung der lettischen kommunistischen Partei (KPL) von der KPdSU die alten sowjetischen Strukturen aufgehört zu bestehen. Die politische Landschaft Lettlands ließ sich zu diesem Zeitpunkt in vier Gruppierungen gliedern: Kommunisten, die „Volksfront Lettlands“ (Latvijas Tautas Fronte, LTF), die als erste Oppositionspartei 1988 von ehemaligen Dissidenten gegründeten LNNK und die „Internationalen Front der Werktätigen Lettlands“ (Latvijas Darbāļaužu Internacionālā Fronte), kurz Interfront, die gegen die nationale Unabhängigkeit antrat und vorwiegend russischsprachige Mitglieder der Kommunisten umfaßte.

Die LNNK vereinte die radikalsten Verfechter einer sofortigen staatlichen Unabhängigkeit im Gegensatz zur mit den Reformkommunisten zusammenarbeitenden LTF, in welcher vorher aktive Persönlichkeiten wie Anatolijs Gorbunovs (\*1942) mitwirkten. Die KPL spaltete sich im April 1990. Die aus ihr hervorgehende mehrheitlich lettische Mitglieder zählende „Demokratische Partei der Arbeit Lettlands“ (Latvijas Demokrātiskā Darba Partija, LDDP) orientierte sich in Richtung Sozialdemokratie, obwohl sich innerhalb der Volksfront schon eine „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands“ (Latvijas Sociāldemokrātu Strādnieku Partija, LSDSP) als Wiedergründung der sozialdemokratischen Partei der Zwischenkriegszeit konstituiert hatte. Die LTF zerfiel bald in mehrere Fraktionen und nach der Unabhängigkeit 1991 endgültig in verschiedene Parteien.

Bezeichnend für die politische Landschaft nach der Unabhängigkeit ist die Popularität nationaler Orientierungen, die ihre Gründe in der spannungsreichen Beziehung zwischen lettischer und nichtlettischer Bevölkerung Lettlands hat. Eine programmatische Einteilung der Parteien ist schwierig, weil in der Staatsbürgerschaftsfrage restriktive Argumentationen häufig mit wirtschaftspolitisch staatsinterventionistischen korrespondieren. Die häufigste Selbstbezeichnung ist „mitte-rechts“. Folglich orientiert sich das Parteiensystem einstweilen vorwiegend ethnisch und nicht sozioökonomisch. Als rechts gelten die für die lettische Souveränität eintretenden Parteien, als links jene, denen die nationalen Minderheiten oftmals in verklärter Erinnerung an die Sowjetzeit ihre Stimme geben.

---

<sup>10</sup> Eine detaillierte Erklärung des Parteiensystems findet sich in: Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten, Wittenbach 2004

Den Gegenpol bildete einzig die auf die Interfront zurückgehende Organisation Gleichberechtigung (Līdztiesība), aus der später die Sozialistische Partei Lettlands (Latvijas Sociālistiskā Partija, LSP) hervorging, welche überwiegend von russischstämmigen Immigranten und Familienangehörigen präferiert wird. 1995 vereinigte sich die Demokratische Partei (Demokrātiskā Partija, DP) mit Saimnieks (Hausherr<sup>11</sup>), deren Vorsitzender Ziedonis Čeverš (\*1960), während der Volksfrontregierung zeitweilig Innenminister, 1995 erneut ein Ministeramt übernahm. Saimnieks war zur Kommunalwahl 1994 ins Leben gerufen worden und wurde in der Öffentlichkeit mit der von Čeverš zum Schutz vor Schutzgelderpressung gegründeten Stiftung Sicherheit (Drošība) in Verbindung gebracht.

Als links gilt auch die aus der Volksfront hervorgegangene „Partei der Volksharmonie“ (Tautas Saskaņas Partija, TSP) des ersten Außenministers Lettlands nach der Unabhängigkeit, Jānis Jurkāns (\*1946), und des früheren Kommunisten Mavriks Vulfsons<sup>12</sup> (1918-2004), weil sie für ein positives Verhältnis zwischen den Nationalitäten und damit für gemischtnationale Familien und liberal orientierte Wähler wirbt. Trotz beider unterschiedlicher Herkunft gab es einige Jahre eine Fraktionsgemeinschaft mit der LSP unter dem Namen „Für die Menschenrechte in einem integrierten Lettland“ (Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā, PCTVL), die allerdings 2004 von Jurkāns aufgekündigt wurde. Eine Abspaltung hatte 1994 die Regierung von Māris Gailis (\*1951) unterstützt, welche die Regierungskoalition von LC mit LZS unter Valdis Birkavs (\*1942) ablöste.

Die meisten Parteien in Lettland zählen jedoch im weitesten Sinne zum konservativ-liberalen Lager, ungeachtet der Herkunft ihrer Politiker aus Kommunisten- oder Dissidentenkreisen.

Der LC war aus der LTF und dem „Klub 21“ (Klubs 21), hervorgegangen, einem Diskussionszirkel von Intellektuellen und Exilleten, welcher nach der Unabhängigkeit entstanden war. Die Wahl 1993 wurde mit prominenten und populären Personen wie Gorbunovs deutlich gewonnen. Nach langen Jahren an der Macht gelang der Partei 2002 der Sprung über die 5%-Hürde nicht. Im Vorfeld der Parlamentswahl von 2006 ging LC eine Listenverbindung mit der

---

<sup>11</sup> Für das lettische Wort *Saimnieks* gibt es keine genaue Entsprechung im Deutschen. In Publikationen tauchen „Herr im Haus“ und „Hausherr“ auf. Tatsächlich ist der Begriff im Lettischen nicht deckungsgleich mit Eigentümer: *Saimnieks* ist der Bewirtschafter, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Der Begriff kann also Eigentümer oder Familienoberhaupt bedeuten. Nichtsdestotrotz ist die fragliche Partei mit dem Slogan „*Esi saimnieks savā zemē*“ im Wahlkampf angetreten, was ins Deutsche nur mit „sei Herr im eigenen Land“ übertragen werden kann. Derselbe Satz figurierte übrigens schon auf Plakaten der Volksfront zehn Jahre zuvor und ist daher als Parole auf dem Weg in die Unabhängigkeit nicht anders zu verstehen, deshalb wird hier „Hausherr“ als Übersetzung verwandt.

<sup>12</sup> Vulfsons hatte einen lettischen Vater und eine polnische Mutter. Die Sprache zu Hause war zunächst deutsch, Lettisch lernte er in Moskau geborene Jude erst in der Schulzeit. Während des Zweiten Weltkrieges irritierte der überzeugte Kommunist mit Funksprüchen die deutsche Wehrmacht im Kampf gegen die Rote Armee, traf sich aber in der Nachkriegszeit in Deutschland mit betroffenen ehemaligen Soldaten. Vulfsons wurde in der Wendezeit ein überzeugter Reformler und Gegner der KPdSU.

konservativen LPP ein. Die 1990 gegründete LZS versteht sich als Nachfolgerin der „Union der lettischen Bauern“ (Latviešu Zemnieku Savienība) der Zwischenkriegszeit, nennt sich jedoch „Union der Bauern Lettlands“ (Latvijas Zemnieku Savienība). An ihre einstige Bedeutung konnte sie nicht anknüpfen, seit 1995 gelangte sie nur in Wahlkoalitionen ins Parlament. Die LNNK konstituierte sich 1994 als national-konservative Partei. Ihre Reste vereinigten sich 1997 mit der radikaleren TB. LNNK, LZS und diverse christdemokratische Parteien – „Christdemokratische Union Lettlands“ (Kristīgo Demokrātu Savienība, KDS; 1993), „Neue Partei“ (Jaunā Partija, JP; 1998), „Lettlands Erste Partei“ (Latvijas Pirmā Partija, LPP; 2002) – welche auch die Reste der Volksfront mit weiteren religiös motivierten Splitterparteien in ihre Reihen aufgenommen haben, bildeten im Laufe der Jahre verschiedene Listenkoalitionen. Bei den Wahlen 2002 und 2006 zog eine Fraktion aus LZS und LPP ins Parlament ein, die 2004 für einige Monate mit Indulis Emsis (\*1952) den Regierungschef stellte und mit Ingrīda Ūdre (\*1958) für eine Legislaturperiode die Parlamentspräsidentin, die auch – allerdings erfolglos – als EU-Kommissarin nominiert war.

Andris Šķēle (\*1958), der zuvor als Unternehmer erfolgreich tätig und als parteiloser Regierungschef einer Regenbogenkoalition im zersplitterten Parlament von 1995 bis 1998 war, gründete 1998 die TP. Sie löste LC als wichtigste Kraft ab und konnte ihre Bedeutung auch nach dem Rückzug ihres Gründers erhalten. Von 2000 bis 2002 akzeptierte die Partei mit Andris Bērziņš (\*1951) zwar als Regierungschef einen Vertreter der kleineren Partei (LC), stellte aber später mit Aigars Kalvītis (\*1966) selbst als kleinere Partei den Regierungschef, um 2006 wieder stärkste Partei zu werden. Auch 2002 wurde vor den Wahlen durch Einars Repše (\*1961), einst Mitbegründer der LNNK, später Präsident der Nationalbank, mit JL eine neue Partei gegründet. In der Wahl 2006 wurde erstmals eine amtierende Regierung bestätigt und gestärkt. Zu den drei bisherigen Koalitionspartnern TP, LZS und LPP wurde TB/LNNK hinzugeladen, um eine größere Mehrheit als 51 Mandate zu haben.

Lettland ist ein unitarischer Staat. Das Verwaltungssystem aus sowjetischen Zeiten wurde noch nicht durch eine grundlegende Reform verändert. Bis zu ersten Regierung unter Šķēle ab 1995 gab es ein zweistufiges System lokaler Verwaltung mit 26 Landkreisen (rajons) und sieben kreisfreien Städten (republikas pilsētas) – Riga, Daugavpils, Liepāja, Jūrmala, Jelgava, Rēzekne und Ventspils. Die Landkreise werden in 53 Städte (rajonu pilsētas) und 441 ländliche Gemeinde (pagasts) unterteilt. Seit einigen Jahren können Gemeinden sich zu „Gebieten“ (novads) vereinigen, was einige Gebietskörperschaften bereits vollzogen haben; Ende 2005 gab es 29 solcher Einheiten. Staatenlose haben im Unterschied zu in Lettland lebenden EU-Bürgern kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Die Zuständigkeit der gewählten Verwaltungsorgane ist sehr eingeschränkt.

## **Wirtschaft**

Die vor dem Zweiten Weltkrieg bereits gut entwickelte Landwirtschafts- und Industriestruktur Lettlands blieb während der Sowjetzeit im wesentlichen erhalten. Lettland galt als die am stärksten industrialisierte der drei baltischen Republiken. Nach 1991 kam es infolge der Lösung der engen Beziehungen zu den anderen Sowjetrepubliken zunächst zu einem dramatischen Einbruch.

Von den wirtschaftlich dominierenden Großbetrieben „Staatliche Elektronikfabrik“ (Valsts Elektroniskā Fabrika, VEF), dem Eisenbahnwaggonproduzenten Rīgas Vagonu Rūpnīca (RVR), dem Produzenten von Kleinbussen Rīgas Automobilu Fabrika (RAF) sowie dem Unterhaltungselektronik produzierenden Rigaer Unternehmen Radiotechnik (VEF Radiotehnika RRR) haben nur RVR und RRR überlebt.

Umfangreiche Wirtschaftsreformen waren nicht zuletzt im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur EU erforderlich. Die Privatisierung der verbliebenen Staatsbetriebe ist inzwischen weit fortgeschritten, wenn auch die Reederei Latvijas Kuģniecība (LASCO) erst 2002 privatisiert wurde. Aus politischen Gründen wurde 2000 durch eine Novelle des Energiegesetzes beschlossen, den Energieproduzenten und -lieferanten Latvenargo überhaupt nicht zu privatisieren. Damals drohte eine Unterschriftensammlung, um ein Referendum gegen Aufteilung und Verkauf durchzuführen.

Die Beobachtung des Arbeitsmarktes bleibt schwierig, weil viele Arbeitslose wegen der geringen staatlichen Unterstützung – im Schnitt 101,2€ (Dezember 2005) – eine Registrierung nicht anstreben. Gleichzeitig ist die Schwarzarbeit gerade im Handwerk sehr verbreitet. Das Durchschnittseinkommen zu ermitteln, wird auch dadurch erschwert, daß viele Menschen mehr als eine Arbeitsstelle haben, offiziell oft nur das Minimaleinkommen beziehen, während ihnen der Rest im Umschlag ausgezahlt wird. Das offizielle Durchschnittseinkommen liegt bei 353€ (2005), die Arbeitslosigkeit bei 7,2% (Juni 2006).

Im Vergleich zu Westeuropa ist der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung in Lettland mit 12,1% immer noch ziemlich hoch. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt 38,3%. In der Sowjetzeit blieben die meisten landwirtschaftlichen Leistungen teilweise stark hinter denen der Zwischenkriegszeit zurück, so lag etwa der Ertrag pro ha bei den bedeutenden Anbaupflanzen bis 1990 (mit Ausnahme der Zuckerrübe) niedriger als 1938.

In Lettland werden heute insbesondere Getreide (Weizen 676,5 Tsd. t, Gerste 357,1 Tsd. t, Hafer 122,0 Tsd. t und Roggen 87,2 Tsd. t) 1314 Tsd. t (2005), Kartoffeln 658 Tsd. t, Zuckerrüben 519,9 Tsd. t und Raps 145,7 Tsd. t angebaut. Die Anbaufläche für Kartoffeln, dem dominierenden Anbauprodukt der lettischen Landwirtschaft bis 1990, hat sich stark verringert (1980: 105,9

Tsd. ha, 2005: 45,1 Tsd. ha). Raps wird dagegen erst seit 1990 in bedeutenden Mengen angebaut.

Aufgrund der geographischen Lage ist der kommerzielle Anbau von Obst und Gemüse unbedeutend. 2005 erbrachte die Obsternte 55 Tsd. t, die Gemüseernte 172 Tsd. t. Die Gewinnung von Flachsfaser, die vor dem Zweiten Weltkrieg bei 20,8 Tsd. t lag ist auf 1,2 Tsd. t zurückgegangen (2005).

In Lettland werden vorwiegend Geflügel (4.092 Tsd.), Schweine (428 Tsd.) und Rinder (385 Tsd., davon 285 Tsd. Milchkühe) gezüchtet. Die Schaf- (42 Tsd.), Ziegen- (15 Tsd.) und Pferdezucht (14 Tsd.) hat eine deutlich geringere Bedeutung. Die Tierbestände haben sich seit dem Zerfall der UdSSR stark verringert und liegen heute auch deutlich unter dem Vorkriegsniveau. Zu den wichtigsten Tierprodukten des Landes gehören Eier (545,7 Tsd.), Fleisch (76,7 Tsd. t), Milch (810,3 Tsd. l) und Wolle (94 t).

Infolge des wirtschaftlichen Umbruchs, der die kollektivierten Strukturen liquidierte, leben heute viele Landwirte mehr oder weniger in Subsistenzwirtschaft. Während in der UdSSR privater Landbesitz kaum eine Rolle spielte, wird inzwischen der überwiegende Teil der Landwirtschaftsproduktion in privaten Betrieben erwirtschaftet.

Aufgrund kaum vorhandener Bodenschätze gibt es außer dem Abbau von Gesteinen, die als Baumaterial Verwendung finden, in Lettland keinen nennenswerten Bergbau.

Die Produktion elektrischer Energie in Lettland hat sich nach dem Zerfall der UdSSR deutlich verringert: Betrug sie 1990 noch 6648MWh, fiel sie 2005 auf 4905MWh, so daß zur Deckung des Eigenbedarfs 2855MWh importiert werden mußten. Gleichzeitig wurden 707MWh exportiert. Der Energiebedarf wird zu ca. je einem Drittel durch Gas und Holz gedeckt. Einen etwas geringeren Anteil haben Erdölprodukte und ca. 10% entfallen auf Wasser- (in Lettland gibt es drei Wasserkraftwerke an der Düna) und Windenergie sowie Kohle.

Die lettische Industrie hat seit dem Zerfall der UdSSR an Bedeutung verloren – gegenwärtig arbeiten in diesen Branchen nur 12,7% der Beschäftigten. Hauptwirtschaftszweige sind heute die Lebensmittelverarbeitung (18,5% aller Beschäftigten in der Industrie 2005), die Holzwirtschaft (18,2%), die Textilindustrie (12,6%) und die Metallverarbeitung (7,0%). Basis des Wirtschaftswachstums ist vorwiegend der Dienstleistungsbereich, in dem 70,7% aller Beschäftigten arbeiten (732 Tsd.). Seine wichtigsten Branchen sind Handel (21,6% aller Beschäftigten in den Dienstleistungen), Transport und Telekommunikation (13,0%) sowie der Bausektor und das Bildungswesen (je 12,4%).

Die Währungsreform mit Einführung des lettischen Rubels 1992 und des Lats 1993 leitete die Stabilitätspolitik der Nationalbank ein. Der Lats war ursprünglich an die Sonderziehungsrechte des IMF gebunden. Seit dem



1.1.2005 besteht in Vorbereitung auf den Beitritt zur Europäischen Währungsunion eine Bindung an den Euro. Der Übergang zum Euro war ursprünglich für 2008 angestrebt, wird aber wegen mangelnder Erfüllung der Maastricht-Kriterien voraussichtlich nicht vor 2011 stattfinden.

Zu Beginn der 90er Jahre hatte die Politik den Wunsch, Lettland zu einem Bankenplatz zu entwickeln. Mit der Banka Baltija hatte hier die größte Geschäftsbank des Baltikums ihren Sitz. 1995 mußte diese allerdings ihre Zahlungsunfähigkeit wegen überhöhter Zinszahlungen an ihre Anleger einreichen. Die bei der Liquidation verschwundenen drei Millionen Lat können als größter politischer Skandal seit der Unabhängigkeit 1991 gelten.

Lettland besitzt mit einer Länge von 51.800km ein gut ausgebautes Straßennetz. Autobahnähnliche Straßen führen von Riga in die nahe gelegenen Kurorte Jūrmala und Sigulda sowie nach Jelgava. Seit 1990 ist die Anzahl der Pkw von 282.688 auf 742.447 gestiegen. Die für damalige sowjetische Verhältnisse hohe Pkw-Dichte stieg somit von 106 auf 324 Fahrzeuge pro 1000 Einwohner. Lettland ist nach Litauen das EU-Land mit dem zweitstärksten Zuwachs des Pkw-Bestandes. Die Zahl der Verkehrstoten nimmt einen der höchsten Werte in der EU ein (19,5 auf 100.000 Einwohner).

Das Eisenbahnnetz in russischer Breitspur (1520 bzw. 1524mm) umfaßt 2.270km, von denen – bei einem insgesamt sanierungsbedürftigen Zustand – allerdings nur 257 elektrifiziert sind. Überlandbusse übernehmen im gesamten Inland den Hauptteil des Fernverkehrs. Auch in das westliche und östliche Ausland gibt es zahlreiche Busverbindungen, deren vormalige Bedeutung durch Billigfluglinien inzwischen nachläßt. Der Umfang des Warentransports im Schienenverkehr ist indes von 30.574 Tsd. t (1993) auf 60.068 Tsd. t (2005) gestiegen.

Der Flughafen Riga fertigte 2005 etwa 1,9 Mio. Passagiere und gut 2,6 Tsd. t Frachtgut ab. Seit der drastischen Senkung der Flughafengebühren wird Riga auch von Billigfluggesellschaften angeflogen, was die Passagierzahlen stark erhöht hat. Dadurch und wegen des Beitritts zur EU ist der Tourismus um einen zweistelligen Wert gestiegen.

Die drei wichtigsten Häfen Lettlands sind: Ventspils (27,8 Mio. t Fracht), Riga (24,4 Mio.) und Liepāja (4,5 Mio. t). Gegenwärtig erhält der Ventspils-Hafen zusätzlich zu seinem großen Öl- einen Containerterminal. In Lettland gibt es 2.141km Pipelines, die hauptsächlich zum Transport von Erdöl- und -produkten dienen.

Der Ausbau des Telekommunikationsnetzes verlief aufgrund der schlep-penden Privatisierung eher langsam. Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer (657.000) erreichte 2001 annähernd die Zahl der Festnetzteilnehmer (722.000). Erst 2005 wurde ein dritter Mobilfunkanbieter zugelassen. Heute verfügen 40,6% aller Haushalte über einen Computer, 42,2% davon über einen Internetzugang.

Die Anzahl der Personen in Lettland, die Reisen ins Ausland unternehmen ist zwischen 1996 und 2005 von 1.926,0 Tsd. auf 2.682,9 Tsd. gestiegen. Die meisten Reisen gehen in die neuen EU-Länder. Von insgesamt 2.019,8 Tsd. Reisenden in die EU besuchten nur 327,7 Tsd. die EU-15-Staaten. Die zweite wichtige Zielländergruppe bildet die GUS (574,4 Tsd.). Die meistbesuchten Länder waren Litauen (929,9 Tsd. Besucher 2005), Estland (634,6 Tsd.), Rußland (383,3 Tsd.), Weißrußland (163,5 Tsd.), Polen (89,4 Tsd.) und Deutschland (86,9 Tsd.). Die Anzahl der ausländischen Besucher in Lettland ist im selben Zeitraum von 1.712,9 Tsd. auf 3.774,4 Tsd. gestiegen. Die meisten von ihnen waren Staatsangehörige Litauens (1.328,2 Tsd.), Estlands (970,6 Tsd.), Deutschlands (234,9 Tsd.), Rußlands (224,6 Tsd.), Polens (202,1 Tsd.) und Schwedens (146,0 Tsd.). Die Zahl von Unterkünften für den Fremdenverkehr hat sich zwischen 1995 und 2005 von 209 auf 418 (mit 24.045 Betten) fast verdoppelt. Sie wurden 2005 von 1.154,7 Tsd. Personen besucht. Die ausländischen Besucher haben insgesamt 1.612.671 Übernachtungen in Anspruch genommen.

## **Bildung und Kultur**

Das lettische Schulwesen besteht zunächst aus einer Grundschule mit vier Klassen. Anschließend besuchen die Jugendlichen die Schulpflicht erfüllend mindestens bis zur 9. Klasse eine sogenannten Mittelschule, in der alle Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Für den Hochschulzugang ist bis zur 12. Klasse der fortgesetzte Besuch oder der Wechsel auf eine meist Gymnasium genannte weiterführende Schule erforderlich.

Lettland verfügt über zahlreiche staatliche und private Hochschulen. Eine klare Konzentration gibt es in der Hauptstadt Riga mit der „Universität Lettlands“ (Latvijas Universitāte, LU), der „Rigaer Technischen Universität“ (Rīgas Tehniskā Universitāte, RTU) und der aus dem medizinischen Institut hervorgegangenen, nach dem Mediziner Pauls Stradiņš (1896-1958) benannten Universität (Rīgas Stradiņa Universitāte, RSU). Daneben gibt es eine Musik- und eine Kunstakademie. Eine bedeutende Privathochschule ist die „Wirtschaftshochschule Turība“ (Biznesa Augstskola Turība). Außerhalb Rigas gibt es kleine, teilweise vom Ausland geförderte Hochschulen in Ventspils und Valmiera sowie staatliche Hochschulen in Liepāja und Daugavpils, die sich auf den Pädagogikbereich konzentrieren. Die Landwirtschaftsuniversität (Latvijas Lauksaimniecības Universitāte) hat ihren Sitz in Jelgava.

Zwar gibt es gebührenfreie sogenannte Budgetplätze, der größere Anteil der Studierenden muß jedoch das Studium bezahlen. Dafür gibt es unterstützend sowohl Stipendien als auch die Möglichkeit, Kredite bei Banken und beim Staat aufzunehmen. Die nicht universitäre Ausbildung erfolgt in Berufsschulen, deren Schüler jedoch nicht in Betrieben lernen.

Musik ist ein wichtiger Bestandteil der lettischen Kultur. Besonders weit verbreitet sind Chöre und Volkstanzgruppen, die regelmäßig auch an den landesweiten Lieder- und Tanzfesten teilnehmen. In Lettland ist neben westlicher Popmusik auch einheimischer Rock und Pop populär, der häufig westliche Elemente mit einheimischer Folklore verbindet. Genreübergreifende Zusammenarbeit ist in Lettland üblich und häufig werden Dichtungen vertont.

Wichtig für die Musikszene Lettlands ist die Stadt Liepāja mit ihrem Musikcollege. Aus dieser Stadt stammt auch die seit Jahrzehnten in unterschiedlicher Besetzung spielende Rockgruppe „Līvi“ (Liven). Mit ihrem melodischen Rock sind sie eine typische Erscheinung des lettischen Geschmacks. Besondere Popularität im Bereich der Unterhaltungsmusik genießen die beiden sehr unterschiedlichen Komponisten Raimonds Pauls und Imants Kalniņš (\*1941), weiterhin das moderne Folklore-Ensemble „Ilģi“, das auf traditionellen Instrumenten eigene Kompositionen spielt. Unter Jugendlichen populär ist die Gruppe „Prāta Vētra“, die inzwischen auch im Ausland unter dem Namen „Brainstorm“ bekannt ist und im Jahr 2000 am Eurovision Song Contest teilnahm. Den Wettbewerb gewann für Lettland 2002 die lettische Russin Marija Naumova (\*1973).

Außerdem erfreut sich klassische Musik großer Beliebtheit und zahlreiche in Lettland geborene Musiker und Sänger genießen internationale Anerkennung, etwa der Dirigent Mariss Jansons (\*1943), der Geiger Gidon Kremer (\*1947), der Cellist Mischa Maisky (\*1948) oder die 2006 mit dem Europäischen Kulturpreis für Musik geehrte Mezzosopranistin Elīna Garanča (\*1976).

In Riga gibt es Theater in lettischer und russischer Sprache sowie zahlreiche Kinos und ein Kinostudio. Valmiera und Liepāja haben ebenfalls Theater mit eigenem Ensemble. Neben dem staatlichen – auch auf Russisch ausgestrahlten – Fernsehen „Latvijas Televīzija“ mit zwei Kanälen gibt es den ebenfalls auf Lettisch und Russisch sendenden privaten Fernsehkanal „Latvijas Neatkarīgā Televīzija“ (Unabhängiges Fernsehen Lettlands, LNT) sowie TV3 und weitere regionale Sender. Das staatliche Radio sendet mit drei Programmen ebenfalls auch auf Russisch. Unter den zahlreichen privaten Radiosendern sind SWH (von Software House Riga) mit drei Programmen, Radio Skonto und Super FM die populärsten. Außerdem gibt es viele Lokalstationen.

Der Zeitungsmarkt hat sich in den Jahren nach der Unabhängigkeit wiederholt stark verändert. Konzerne aus den benachbarten skandinavischen Staaten sind meist mindestens Teileigentümer an den lettischen Presseverlagen. Nichtsdestotrotz ist die fehlende Transparenz im Mediensektor in Lettland ein Thema.<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> vgl. auch den Beitrag über die Transparenz im Mediensektor von Ainārs Dimants in diesem Band.

Die wichtigste lettische Tageszeitung ist „Diena“ (Der Tag), die insbesondere in der Hauptstadt gelesen wird. Diena entstand 1990 zunächst als Verlautbarungsorgan der Regierung, wurde aber 1992 privatisiert. Sie erschien bis 1999 auch auf Russisch. Eine hohe Auflage hat ebenfalls „Latvijas Avīze“ (Letlands Zeitung), die besonders auf dem Lande gelesen wird und mit „Lauku Avīze“ (Landzeitung) früher auch den entsprechenden Namen trug. Daneben gibt es zahlreiche Zeitungen, die aus vormaligen sozialistischen Publikationen entstanden sind, wie „Neatkarīgā“ (Die Unabhängige). „Vakara Ziņas“ (Abendnachrichten) ist ein täglich erscheinendes Boulevardblatt. Ähnlichen Inhalts ist die lokale Abendzeitung „Rīgas Balss“ (Die Stimme Rigas). Unter den Magazinen gibt es neben dem populären „Rīgas Laiks“ (Rigaer Zeit) ohne konkreten Schwerpunkt inzwischen ein politisch-wirtschaftliches Wochenmagazin „Nedēļa“ (Die Woche). Darüber hinaus werden zahlreiche Frauenmagazine wie „Ieva“ und „Santa“ herausgegeben, die sich mit Kochrezepten, Handarbeitsanleitungen oder Partnerfragen an ein weibliches Publikum unterschiedlichen Alters und Interesses wenden sowie Jugendzeitschriften. Fachblätter beschäftigen sich mit Autos, Garten, Familie etc. Insgesamt ist das Angebot an Journalen sehr breit gefächert. Seit 2005 gibt es „5 Min“, eine Gratiszeitung, die auch von „Diena“ produziert wird, ein Modell, das mit „rīt-diena“ (morgen), einem Ableger von „Neatkarīgā“ kopiert wurde. Beide Gratiszeitungen erscheinen auch auf Russisch und werden inzwischen im öffentlichen Nahverkehr in Riga verbreitet. Wichtige Wirtschaftszeitung ist „Dienas Bizness“ (Wirtschaft des Tages). Darüber hinaus gibt es mehrere russischsprachige Organe, wie die Tageszeitungen „Телеграф“ (Telegraf) als seinziges seriöses Blatt und „Час“ (Čas, Die Stunde) sowie die Wirtschaftszeitung „Бизнес & Балтия“ (Bisnes & Baltija).

Lettland ist international im Eishockey erfolgreich und hat 2006 in dieser Sportart auch die Weltmeisterschaften ausgetragen. Daneben gewinnt der Fußball zunehmend an Popularität. 2004 konnte Lettland sich für die Europameisterschaft qualifizieren.

## **Geschichte und Kulturgeschichte**

Die Letten gehören zur baltischen Untergruppe der indo-europäischen Völker. Sie wanderten etwa ein halbes Jahrtausend vor Christi in ihre heutigen Siedlungsgebiete. Im Zuge der deutschen Ostsiedlung kamen diese unter die Herrschaft des Schwertbrüderordens, ab 1237 der des Deutschen Ordens und waren dort Teil der sogenannten Livländischen Konföderation. In dieser Zeit entstand die vorwiegend deutsch geprägte, in die Hanse bzw. den Ostseehandel eingebundene Stadtlandschaft, während die heidnische Tradition der Feier der Sommersonnenwende am 23. Juni (Līgo) und am 24. Juni der Johannistag (Jāņi) – bis heute – beibehalten wurde.

Der Konflikt zwischen Schweden und Rußland um die Vorherrschaft im Baltikum führte zum Livländischen Krieg (1558-83). Nach dem Zerfall der Konföderation im Zuge der Reformation, 1561, fiel der Großteil des Gebietes des heutigen Lettland (Livland) unter polnisch-litauische Oberherrschaft, mit Ausnahme Rigas, das zunächst unmittelbar dem deutschen Kaiser unterstellt war, und dem Herzogtum Kurland und Semgallen, das (ab 1569) innerhalb Polen-Litauens einen autonomen Status behielt. Der polnisch-litauische König bestätigte 1561 im „Privilegium Sigismundi Augusti“ die Rechte des deutschen Adels, zu denen neben eigener Verwaltung und Gerichtsbarkeit auch die freie Religionsausübung nach lutherischem Bekenntnis gehörte.

Die Reformation hatte auch für die überwiegend bäuerliche lettische Bevölkerung große Bedeutung. Erstmals bemühten sich Geistliche um die Volkssprache. Es wurde in der Landessprache gepredigt und noch im 16. Jh. erschienen Bibel und Katechismus in lettischer Übersetzung.

1629 kam es zur Teilung Livlands in einen schwedischen und einen polnischen Teil (Lettgallen), die sich in der Folgezeit unterschiedlich entwickelten. In Schwedisch-Livland wurden die Privilegien des deutschen Adels deutlich eingeschränkt, im Zuge der sogenannten Güterreduktion fünf Sechstel des adligen Grundbesitzes in Staatshand überführt und eine insbesondere der lettischen Bevölkerung zu gute kommende Förderung von Bildung und Kultur eingeleitet.

Einen eigenen Weg nahm zunächst Kurland, das unter seinen Herzögen aus dem Geschlecht der Kettler, zu einem modernen absolutistischen Staatswesen wurde, dessen wirtschaftlicher Aufschwung jedoch durch die Nordischen Kriege in der zweiten Hälfte des 18. Jh. beendet wurde.

Als Ergebnis des Großen Nordischen Krieges fiel Riga 1710, Livland 1721, Kurland in Folge der Teilungen Polen-Litauens 1795 an das Russische Reich. Unter der zaristischen Herrschaft verschlechterte sich insbesondere die Situation der Bauern. Die Rechte der deutschen Oberschicht wurden bestätigt, der deutschbaltische Adel Teil der Elite des Zarenreiches.

Agrarreformen und die Aufhebung der Leibeigenschaft in den baltischen Provinzen zwischen 1816 und 1819 bildeten die Voraussetzung für die nationale Emanzipation der Letten. Die Bauern konnten Land erwerben. Industrialisierung und Urbanisierung brachten neue Berufsfelder und Mobilität hervor.

Die lettischen Ostseestädte, unter ihnen an erster Stelle Riga, waren von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Zarenreiches und erlebten in dieser Zeit auch einen neuen architektonischen Aufschwung. Die Holzhäuser der Vorstädte wurden durch Steinbauten ersetzt. Neben Michael Eisenstein (Michail O. Ējzenštejn, 1867-1920) waren die Deutschbalten Friedrich Scheffel (†1913) und Wilhelm Bockslaff (1858-1945), aber auch Letten wie Eizēns Laube (1880-1967) und Konstantīns Pēkšēns (1859-1928)

Architekten mit großem Einfluß. Sie zählen zu den Hauptvertretern des Rigaer Jugendstils.

Mit dem nationalen Erwachen im 19. Jh. bildete sich eine nationale Elite in Lettland heraus, die sich insbesondere gegen die faktisch erforderliche Germanisierung als Voraussetzung für sozialen Aufstieg wandte. Bis dahin hatte es als unmöglich gegolten, daß ein Lette gebildet sein kann. Selbst Letten zweifelten an der Tauglichkeit ihrer Sprache für Literatur. Zunächst erhofften sich die aufstrebenden Nationalisten Unterstützung aus Rußland, was sich angesichts der einsetzenden Russifizierungspolitik schnell als Irrtum herausstellte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. begann der Journalist Krišjānis Barons (1835-1921), systematisch die Volksweisen, die sogenannten „Dainas“, zu sammeln. Andrejs Pumpurs (1841-1902) verfaßte das Nationalepos „Bärentöter“ (Lāčplēsis). 1873 wurde das erste Sängerkunstfest organisiert. Journalistisch aktiv waren der Dichter Jānis Pliekšāns unter dem Künstlernamen „Rainis“ (1865-1929), der auch Goethes Faust ins Lettische übersetzte, und sein Schwager Pēteris Stučka (1865-1932).

Sozialistische und sozialdemokratische Ideen waren Anfang des 20. Jh. im gesamten Baltikum populär. Die Revolution von 1905 erfuhr großen Zulauf und verlief mit Übergriffen gegen (deutschbaltische) Gutsbesitzer und Geistliche auch weitaus gewaltsamer als anderswo im Zarenreich.

Während des Ersten Weltkrieges verlief die deutsch-russische Front bis Sommer 1917 an der Düna. Das besetzte Kurland wurde als Land „OberOst“ vom Oberkommando der Ostfront verwaltet. Von September 1917 bis Kriegsende war schließlich das gesamte Baltikum deutsch besetzt. Nach dem Frieden mit dem Deutschen Reich (Brèst-Litovsk) versuchte Sowjetrußland, die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Gegen die „roten“ Truppen formierte sich eine aus nationalistischen lettischen und estnischen Verbänden gebildete „weiße“ Armee, unterstützt von der „Baltischen Landeswehr“, einer von Deutschbalten organisierten freiwilligen Einheit und der „Eisernen Brigade“, Freiwilligen aus den Reihen der reichsdeutschen regulären Truppen, die nach Kriegsende auf Wunsch der Alliierten noch im Land verblieben und später als Freikorps weiterkämpften.

Bereits 1915 waren auch erste nationallettische Truppeneinheiten auf zaristischer Seite aufgestellt worden, die sich nach der Oktoberrevolution den Bolschewisten anschlossen. Diese Regimenter (die sogenannten-. Roten Lettischen Schützen) wurden an der Düna-Front eingesetzt und stützten die von Stučka geführte kommunistische Räteregierung, die Anfang 1919 die Macht in der am 18.11.1918 ausgerufenen Republik Lettland übernahmen. Die bürgerliche Regierung unter Kārlis Ulmanis floh aus dem „roten“ Riga nach Libau (Liepāja). Anfängliche Sympathien in der Bevölkerung gingen durch den Terror des Regimes schnell verloren.

Dieses zu stürzen formierten sich unter Graf Rüdiger von der Goltz (1865-1946) und Jānis Balodis (1881-1965) deutsche und lettische Einheiten, sie eroberten Kurland zurück. Vor der Einnahme Rigas (22.5.) kam es am 16.4.1919 zum sogenannten Libauer Putsch, als Hans Baron Manteuffel (\*1860) die den Deutschen unbequeme Regierung Ulmanis stürzte und an deren Stelle Andrievs Niedra (1871-1942) mit der Regierungsbildung beauftragte.

Der Konflikt zwischen nationallettischer – unterstützt durch estnische Einheiten – und deutschbaltischer Seite – auf der neben Landeswehr die lettischen Balodis- und russische Einheiten unter dem Kommando von Fürst Anatol Pavlovič Lieven (1872-1937) kämpften – weitete sich aus und kulminierte am 23.6.1919 in der Schlacht bei Wenden (Cēsis), in der die Deutschen unterlagen und in deren Folge die Regierung Ulmanis wieder an die Macht gelangte. Die aus den Lieven-Einheiten hervorgegangene sogenannte „Freiwillige Russische Westarmee“ unter Führung Pavel R. Bermond-Avalovs (1884-1973) beherrschte jedoch noch bis November 1919 weite Teile des Landes. Bei der Zurückdrängung der „Bermondisten“ von Riga war die britische Marine maßgeblich beteiligt.

Im Frieden von Riga (11.8.1920) anerkannte Sowjetrußland schließlich die Unabhängigkeit Lettlands. Erstmals seit 1629 waren die von lettisch sprechender Bevölkerung besiedelten Gebiete Kurland, (der südliche Teil von) Livland und Lettgallen wieder in einem Staatsverband vereinigt. Lettland konstituierte sich als parlamentarische Republik mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt. In der für den jungen Staat zentralen Agrarfrage wurde noch 1920 die (weitestgehend entschädigungslose) Enteignung des großen (deutschbaltischen) Grundbesitzes verfügt. Die auf den Prinzipien von Bildungs- und Kulturautonomie fußende Minderheitsgesetzgebung war vorbildlich – neben der deutschbaltischen Bevölkerung Kurlands und Livlands hatte Lettland in Lettgallen eine bedeutende polnisch-katholische Minderheit.

Die konservative „Bauernunion“ blieb während der gesamten Zwischenkriegszeit stets stärkste Partei, gefolgt von den Sozialdemokraten und der nationalliberalen „Demokratischen Zentrumspartei“. Aufgrund der Vielzahl von Kleinparteien gab es im Parlament bis zu 27 Fraktionen.

Anfängliche wirtschaftliche Erfolge hatte Lettland gerade in der Landwirtschaft, es wurde zu einem der größten Butterexporteure Europas, doch während der Weltwirtschaftskrise kam es zu einer verstärkten interventionistischen Wirtschaft. Es konnten kaum noch stabile Regierungen gebildet werden.

Durch die faschistische Bewegung „Donnerkreuz“ (Pērkonkrusts) ausgelöste politische Unruhen veranlaßten Ministerpräsident Ulmanis, im Mai 1934 den Ausnahmezustand zu verhängen. Er verbot sämtliche Parteien und Minderheitenorganisationen, löste das Parlament auf, suspendierte die Verfassung

und lettisierte durch Zwangsliquidierungen von deutschen und jüdischen Firmen die Wirtschaft, an deren Stelle große Staatsbetriebe geschaffen wurden. Der anschließende wirtschaftliche Aufschwung trug dazu bei, daß in weiten Teilen der Bevölkerung die Zeit der autoritären Ulmanis-Diktatur bis heute in guter Erinnerung ist.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die ca. 60.000 Personen zählende deutschbaltische Bevölkerung aufgrund einer Vereinbarung der deutschen Reichsregierung und der lettischen Regierung – zumeist gegen ihren Willen – in den eroberten polnischen Warthegau umgesiedelt.

Unter Berufung auf den Hitler-Stalin-Pakt, demnach Lettland in den sowjetischen Machtbereich fiel, forderte die Sowjetunion noch 1939 ultimativ die Gewährung von Stützpunkten und besetzte schließlich 1940 das Land. Das aus den folgenden manipulierten Wahlen hervorgegangene Parlament beantragte die Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion. Ulmanis wurde wie ca. 15.000 seiner Landsleute nach Sibirien deportiert.

Die deutsche Besatzungszeit von 1941 bis 1944, die Hoffnungen auf erneute Eigenstaatlichkeit nährte, ist der Bevölkerung im Gedächtnis überwiegend positiver erhalten geblieben als die sowjetische. Die Problematik der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht ist vielschichtiger als bspw. in Frankreich, sie überlappt sich in allen baltischen Ländern mit der des Widerstands gegen den Zugriff des sowjetischen Imperiums. Es gab lettische Verbände der Waffen-SS, deren Rolle in der NS-Vernichtungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung, aber auch lettische Zivilisten und sowjetische Kriegsgefangene, bis heute umstritten ist.

Nach der erneuten Einnahme Lettlands durch die Sowjetarmee hielt sich bis 1954 eine als „Waldbrüder“ (Mežabrāļi) bekannte Partisanenbewegung. In Reaktion darauf wurden ca. 43.000 Personen deportiert. In den folgenden Jahren nahm das wirtschaftliche Interesse Moskaus an Lettland zu, das handelsstrategisch günstig lag. Mit der forcierten Industrialisierung kamen massenhaft Arbeitskräfte aus anderen Sowjetrepubliken nach Lettland.

Die Anfänge der durch Gorbatschows Reformpolitik (Perestroika) begünstigten nationalen Bewegung lassen sich auf das Jahr 1987 datieren, als erste ökologisch motivierte Proteste vom „Umweltschutzklub“ (Vides Aizsardzības Klubs) gegen den Bau einer hydroelektrischen Anlage an der Düna und den geplanten U-Bahn-Bau in Riga kamen. Eine von drei Arbeitern unter dem Namen „Helsinki-86“ ins Leben gerufene Menschenrechtsbewegung war 1986 noch aufgelöst worden. 1987 fanden an den Jahrestagen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23.8.1939 und der Massenverhaftungen vom 14.6.1941 – in der sowjetischen Geschichtsschreibung bis dahin verschwiegenen Daten – auch die ersten großen Demonstrationen statt. Die Menschen versammelten sich am Freiheitsdenkmal in Riga und sangen Volkslieder, was später den Begriff der „singenden Revolution“ prägte. Den Höhepunkt der Protestaktio-



nen bildete am 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, dem 23.8.1989, der sogenannte Baltische Weg, eine Menschenkette von Tallinn über Riga nach Wilna.

Daraus erwuchs eine neue Bewegung des „nationalen Erwachens“ (Atmoda). 1988 wurde Lettisch wieder Staatssprache und die reformkommunistische LTF und die Unabhängigkeitsbewegung LNNK gegründet. Mit ihrer Forderung nach mehr Autonomie mobilisierte die LTF als eine Art überparteiliche Organisation Menschen aus den Reihen der Kommunisten wie der Opposition. Die konservativen, für den Verbleib in der Sowjetunion eintretenden Kräfte in der kommunistischen Partei gründeten im Januar 1989 die Interfront. LNNK und LTF hatten Mitte 1989 8000 bzw. 250.000 Mitglieder. Bei den Wahlen zum sowjetischen Volksdeputiertenkongreß 1989 erreichte die LTF 30 der 41 lettischen Mandate.

Im Januar 1990 wurde schließlich, zwei Monate bevor dies auf Unionsebene geschah, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei aus der Verfassung Lettlands gestrichen. Auf seiner letzten Sitzung am 15.2.1990 verabschiedete der Oberste Sowjet Lettlands eine Deklaration, in der die Frage der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands nach der Souveränitätserklärung vom 28.7.1989 erneut artikuliert wurde. Im folgenden ersten freien Wahlkampf nach 1940 ging es dann vorwiegend um die Frage „erst Unabhängigkeit, dann Demokratie“ oder „zur Unabhängigkeit durch Demokratie“. Teile der LNNK lehnten die Wahl als illegitim ab, doch die von der Volksfront vertretene Auffassung, man müsse das System mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen, setzte sich durch. An der Wahl im März 1990 durften damals noch alle Einwohner der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik über 18 Jahre teilnehmen. Sie wurde deutlich von der Volksfront mit 131 von 201 Sitze gewonnen; die KPL errang 59 Mandate und die übrigen elf erhielten unabhängige Kandidaten. Nur neun der früheren Abgeordneten wurden wiedergewählt. Ministerpräsident wurde Ivars Godmanis (\*1951).

Als eine der ersten Handlungen der neugewählten Volksvertretung erfolgte am 4.5.1990 die Deklaration der Unabhängigkeit Lettlands, die mit 138 von 201 Stimmen verabschiedet wurde. Darin wurde eine Übergangszeit proklamiert, die mit den ersten freien Wahlen zum lettischen Parlament enden sollte. Die Beziehungen zur Sowjetunion sollten gemäß des Friedensvertrages vom 11.8.1920 geregelt werden. Moskau erklärte die lettische Deklaration für verfassungswidrig. Lettland könne nur den Regelungen der Verfassung der UdSSR folgend austreten, die dieses Recht formal auch einräumte, demnach eine Zweidrittel-Mehrheit der Bevölkerung zustimmen mußte, um den Austritt nach weiteren fünf Jahren wirksam werden zu lassen.

Daraufhin beschlossen alle drei baltischen Republiken im Sommer 1990, sich nicht an der Ausarbeitung des neuen Unionsvertrages der Sowjetunion zu

beteiligen. Moskau reagierte mit Zugeständnissen und gestattete die Zulassung der alten baltischen Nationalflaggen und Hymnen.

Nach den Übergriffen der Sowjetmacht Anfang Januar im benachbarten Litauen wurden in Riga wie auch in Tallinn Barrikaden um die staatlichen Institutionen gebildet. Am 20.1.1991 besetzten „Milizeinheiten für besondere Aufgaben“ (OMON<sup>14</sup>) des sowjetischen Innenministeriums das Pressehaus in Riga und stürmten am Abend des 20.1. das lettische Innenministerium. Dabei wurden fünf Personen getötet, darunter die beiden lettischen Kameramänner Andris Slapiņš und Gvido Zvaigzne, sowie 13 Personen verletzt. Da die lettische Regierung den Forderungen der Putschisten nicht nachgab und sich auch in der Bevölkerung sofort Widerstand organisiert hatte – die Menschen wachten die ganze Nacht bei den Straßensperren in der Altstadt – scheiterte der Umsturzversuch.

In einem Referendum über die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit am 3.3.1991, zu dem alle Einwohner mit Ausnahme der aktiven Militärs stimmberechtigt waren, stimmte die Mehrheit der Bevölkerung Lettlands bei einer Beteiligung von 87,6% mit 73,7% für die Unabhängigkeit, 24,7% dagegen, was zeigt, daß auch viele Russen für die Unabhängigkeit votierten. Am sowjetischen Referendum über den Unionsvertrag vom 17.3.1991 nahmen in Lettland nur 22,9% der Wahlberechtigten teil, von denen allerdings 95,1% für den Erhalt der Sowjetunion stimmten.

Nach dem mißlungenen Putschversuch vom 19.8.1991 in Moskau beschloß Lettland am 21.8. die vollständige Unabhängigkeit, die durch Rußlands Präsidenten Jelzin noch im August 1991 und am 6.9. auch von sowjetischer Seite durch Gorbatschow anerkannt wurde. Am 10.9. erfolgte die Aufnahme in die KSZE und am 17. in die UNO. 1994 schließlich erfolgte der Abzug der sowjetischen Truppen. Aufgrund der sich in die Länge ziehenden Diskussion um die Staatsbürgerschaft und die Frage, wer wahlberechtigt sein sollte, verzögerte sich die erste freie Parlamentswahl bis Juni 1993. Bis heute wurden die von der Sowjetunion vorgenommenen Grenzänderungen des Friedensvertrages von Riga 1920 nicht vertraglich fixiert, weil Rußland die Ratifizierung des 1995 paraphierten Dokuments mit Hinweis auf Minderheitenprobleme verweigert.

Am 20.9.2003 votierte Lettland mit 67% (bei einer Wahlbeteiligung von 72,5%) für den Beitritt zur EU. Seit 2.4.2004 ist Lettland Mitglied der NATO, seit 1.5.2004 Mitglied der EU.

## **Aus aktuellem Anlaß**

Lettland erlebt in jüngster Zeit mehrerer bedeutende innenpolitische Ereignisse, die untereinander in keinem direkten Zusammenhang stehen.

---

<sup>14</sup> Russisch: ОМОН - Отдел милиции особого назначения

Während der vergangenen 16 Jahre seit der Unabhängigkeit gab es zahlreiche Skandale, die vorwiegend ökonomische Aspekte betrafen. 2006 demonstrierte die politische Klasse dann im Rahmen des als „Jūrmalgeit“ bezeichneten Skandals erstmals ihre nihilistische Einstellung gegenüber demokratischen Verfahren, als per Handygesprächen versucht wurde, im Kurort Jūrmala nahe der Hauptstadt Riga einen genehmen Bürgermeister zu installieren.

Als im Oktober desselben Jahres die im Amt befindliche Minderheitsregierung unter Aigars Kalvītis eine knappe Mehrheit gewann – erst der vierte Sieg einer amtierenden Regierung im gesamten postsozialistischen Raum – war dies nur der Schein einer politischen Stabilisierung, denn die Bevölkerung votierte für Kalvītis weniger aus Überzeugung denn in Ermangelung von Alternativen.

Hinter vielen Parteien stehen konkrete Wirtschaftsinteressen. Die „Oligarchen“ haben sich zwar im Laufe der Zeit gewandelt, doch nach wie vor steht der Bürgermeister von Ventspils für das Transitbusiness. Politisch arbeitet seine nur kommunal auftretende Partei mit der Listenkoalition aus Grünen und Bauernunion zusammen, die ihn 2006, obwohl er für das Parlament gar nicht kandidierte, sogar als Spitzenkandidaten präsentierte. Bereits damals ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen ihn. Lembergs ist vor allem auf dem Lande und bei einfachen Menschen beliebt, weil er seine Stadt (Dank des hohen Steueraufkommens) umfassend sanieren konnte.

Zum Jahreswechsel versuchte die Regierung, Veränderungen im Gesetz über die nationale Sicherheit durchzusetzen. Dabei wurde Artikel 81 der Verfassung angewandt, nach dem ein eiliges Gesetz außerhalb der Sitzungsperiode durch die Regierung verabschiedet werden kann (Dieser Artikel wurde am 3. Mai aufgehoben). Die Präsidentin berief sich auf Artikel 72, nach dem sie die Ausfertigung dieses Gesetz für zwei Monate aussetzen kann, damit die Bevölkerung Unterschriften für ein Referendum sammeln kann. Erforderlich sind ein Zehntel der Wahlberechtigten, also derzeit etwa 150.000 Unterschriften. Die Kampagne wurde am 3. Mai erfolgreich beendet.

Das Veto wurde eingelegt wenige Tage bevor Aivars Lembergs auf dem Weg von Ventspils nach Riga verhaftet wurde. Die Untersuchungshaft ist unbefristet und wurde nicht nur wegen Fluchtgefahr verfügt, sondern auch, um zu verhindern, daß Lembergs Unterlagen vernichtet oder Zeugen beeinflusst.

Gleichzeitig findet eine Diskussion über den Grenzvertrag statt, der mit Rußland zwar bereits seit über 10 Jahren paraphiert ist, aber nie unterschrieben wurde. Strittig ist dabei der Verzicht auf die nach dem Zweiten Weltkrieg von Lettland abgetrennte Region Abrene, die heute weder wirtschaftlich interessant ist, noch leben dort Letten. Die Frage ist vorwiegend von juristischem Interesse, weil an der Grundlage des Friedensvertrages von Riga 1920 nicht gerüttelt werden kann, ohne den Fortbestand eines lettischen Staates, der 50 Jahre wegen der sowjetischen Okkupation handlungsunfähig war, in Frage zu

stellen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Letten im Gegenteil zu Estland 1993 die Zwischenkriegsverfassung wieder reaktiviert haben, um den Fortbestand des Staates zu unterstreichen. In deren Artikel drei ist aber das Staatsterritorium festgelegt, weshalb viele behaupten, der Vertrag verstoße gegen die Verfassung. Der Text erwähnt jedoch nur die Regionen und nicht den exakten Grenzverlauf.

Anfang Juli endet die Amtszeit der Präsidentin. Die Verfassung sieht aber keinen konkreten Termin für die Wahl eines Nachfolgers vor. Da derselbe Text nur eine absolute Mehrheit der Abgeordneten im Parlament verlangt, liegt die Vermutung nahe, daß Kalvītis eine ihm genehme Person portieren möchte. Da die Koalitionspartner kaum zustimmen werden, der Volkspartei beide wichtigen Ämter im Staate zu überlassen, steht das Land vor umfangreichen Herausforderungen.

# **Eigenheiten der Entstehung der politischen Parteien in Lettland. Schwankungen der Wählerunterstützung<sup>15</sup>**

*Māris Ginters*

Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit hat Lettland vier Parlamentswahlen erlebt. In dieser Zeit konnten mehrere für Lettland typische Aspekte beobachtet werden, die sich so in anderen postsozialistischen Staaten nicht finden. Einer davon ist der regelmäßige Sieg neu gegründeter Parteien.<sup>16</sup> Über einen längeren Zeitraum konnten sich nur dem rechten Spektrum zuzuordnende Parteien halten wie die „Volkspartei“ (Tautas Partija), „Lettlands Weg“ (Latvijas Ceļš) sowie „Für Vaterland und Freiheit“ (Tēvzemei un Brīvībai).<sup>17</sup> Dennoch gewann jede Parlamentswahl eine andere politische Kraft.

## **Parteienbildung in Osteuropa**

Die Entwicklung der Parteiensysteme in Osteuropa muß historisch gesehen werden. Seit dem 18. Jahrhundert haben die osteuropäischen Staaten einen anderen Entwicklungsweg,<sup>18</sup> der häufig durch das Fehlen einer eigenen Staatlichkeit gekennzeichnet war. Aus diesem Grund gibt es einstweilen keine Theorien über die Parteienbildung in Osteuropa.<sup>19</sup> Während in Westeuropa die Bildung von Parteien mit der Demokratisierung zusammenhängt, so fällt sie in Osteuropa mit der Ausbildung der Eigenstaatlichkeit zusammen. Das geschah vorwiegend im 20. Jahrhundert, wobei der Prozeß sich in zwei Teile

---

<sup>15</sup> Titel der Hausarbeit: „Latvijas politisko partiju veidošanās īpatnības. Vēlētāju atbalsta mainīgums“.

<sup>16</sup> Mit der Wahl von 2006, die stattfand, nachdem die vorliegenden Ausführungen verfaßt worden waren, haben sich verschiedene Dinge verändert: erstmalig gewann in Lettland eine im Amt befindliche Regierungskoalition. Hierzu ist die Lektüre des Überblickes über Lettland zu empfehlen. Der Beitrag von Māris Ginters ist deshalb auf die Zeit bis zu diesem Urnengang bezogen zu verstehen. Da die Nachhaltigkeit des aktuellen Wählerverhaltens nicht zu prognostizieren ist, ist es für Aussagen über die neue Stabilität des lettischen Parteiensystems zu früh. Ginters Fazit jedoch hat sich als zutreffend erwiesen (Anm.d.Hrsg.).

<sup>17</sup> Diese Partei vereinigte sich mit der Nationalen Unabhängigkeitsbewegung (Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība). Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten, Wittenbach 2004, S.60

<sup>18</sup> Дюверже, М.: Политические партии, Академический проект, Москва 2000

<sup>19</sup> Langer, W. Lettland (ed.): An Encyclopedia of World History, Cambridge, Massachusetts, USA 1952

gliedert, zwischen denen etwa 70 Jahre liegen. Die erste Phase war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, die zweite nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991.

## Parteien in Osteuropa nach 1991

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich die Parteien in Osteuropa ähnlich denen in Westeuropa. Zu Ende des Jahrhunderts hingegen waren die Voraussetzungen gänzlich unterschiedlich, da es in der UdSSR nur eine Partei gab, welche die Elite in fast allen Bereichen stellte. Zu diesem Zeitpunkt war eine top-down Parteienbildung nach Duverger nicht möglich. Vielfach waren es Vertreter aus Gesellschaft und Intelligenz sowie Dissidenten, welche die Aufgabe der Parteienbildung übernahmen. Doch diese Organisationen waren noch keine Parteien und entsprechen darum dem bottom-up Modell der Parteibildung von Duverger ebensowenig.

Aufgrund der erwähnten historischen Unterschiede werden in Ermangelung konkreter neuer Theorien über die Parteienbildung in Osteuropa folgende vier Haupttypen von Parteienbildungen benannt, die auch auf Lettland bezogen werden können.<sup>20</sup>

- Parteiengründungen nach dem Vorbild historischer Parteien der Zwischenkriegszeit unter Berücksichtigung ihrer Ideologie und deren Anpassung an die heutige Zeit.
- Parteien, die aus gesellschaftlichen Organisationen wie der Volksfront (Latvijas Tautas Fronte) oder dem Umweltklub (Vides Aizsardzības Klubs) gegründet wurden.
- Parteien von bereits zu Sowjetzeiten aktiven Persönlichkeiten, die sich zu demokratischen Organisationen wandelten.<sup>21</sup>
- Für Lettland typisch sind neugebildete Parteien mit schwacher ideologischer Basis, die meist kurz vor bevorstehenden Wahlen gegründet werden. Ihr Hauptziel ist der Gewinn der Macht.

## Neugegründete Parteien

Im Unterschied zur Situation während der ersten Phase der unabhängigen lettischen Republik gab es nach 1991 im Land große gesellschaftliche, ethnische und wirtschaftliche Veränderungen. Nichtsdestotrotz wurde die Verfassung der Zwischenkriegszeit reaktiviert.<sup>22</sup> In Lettland haben sich inzwischen

---

<sup>20</sup> Kaldor, M. / Vejvoda I.: Democratisation in Central and Eastern Europe, [www.iips.cz/cisla/texty/recenze/kaldor300.html](http://www.iips.cz/cisla/texty/recenze/kaldor300.html)

<sup>21</sup> Lewis, P.G.: Political Parties in Post-Communist Eastern Europe. London 2000, S.36-38

<sup>22</sup> Smith-Siversten, H.: Ch.4. Latvia; in: Handbook of Political change in Eastern Europe. Berglund S., Helten T., Aarebrot F.H. (eds.), Cheltenham 1998

neue politische Konfliktlinien entwickelt, welche die heutige politische Entwicklung beeinflussen.<sup>23</sup>

Während der zweiten Phase der Entwicklung ist die Gründung von neuen Parteien kurz vor den anstehenden Wahlen charakteristisch. Diese Parteien werden vor dem Hintergrund des politischen Handelns bereits existierender Parteien gegründet, was den neuen eine (ideologische) Orientierung, welche den Wähler anspricht, erleichtert. Diese neuen Parteien wollen und werden häufig als solche politischen Kräfte verstanden, welche die politische Situation zu verändern verstehen. Oft werden Persönlichkeiten involviert, mit deren Hilfe sich die Parteien einen größeren Erfolg erhoffen.

Lettlands Weg ist dies über einen längeren Zeitraum gelungen. Einstweilen ist nur die Volkspartei entsprechend erfolgreich.<sup>24</sup> Insgesamt stellt sich der Erfolg neugegründeter Parteien in gewonnenen Mandaten zwischen 1993 und 2002 wie folgt dar:<sup>25</sup>

|                                    | <b>5. Saeima</b> | <b>6. Saeima</b> | <b>7. Saeima</b> | <b>8. Saeima</b> |
|------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| <b>Lettlands Weg</b>               | 36               | 17               | 21               | -                |
| <b>Demokratische Partei "Wirt"</b> | -6               | 18               | -                | -                |
| <b>Volksbewegung für Lettland</b>  | -                | 16               | -                | -                |
| <b>Volkspartei</b>                 | -                | -                | 24               | 20               |
| <b>Neue Zeit</b>                   | -                | -                | -                | 26               |

Lettlands Weg Latvijas Ceļš (LC) war eine der ersten liberalkonservativen Parteien mit Erfolg über drei Wahlen und großem Einfluß auf die Regierungsbildung. Die Popularität ist auf die bereits seit dem Obersten Sowjet 1990 bekannten Politiker zurückzuführen, die weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für die Parteigründung gewinnen konnten. Somit war die Partei durchaus eher elitär.<sup>26</sup> Außerdem hat die Partei ein eigenes Programm entwickelt und sich eher selten mit der Kritik anderer Parteien beschäftigt.<sup>27</sup> Bei den Wahlen zur 8. Saeima 2002 jedoch konnte die Partei die 5%-Hürde nicht überwinden. Ob die Partei bei den nächsten Wahlen erfolgreich wird kandidieren können, bleibt einstweilen offen.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> Ikstens, J.: Politisko šķirtņu veidošanās, // [www.politics.lv/psistema/4.1/1.htm](http://www.politics.lv/psistema/4.1/1.htm)

<sup>24</sup> 7. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [www.cvk.lv/cgi-bin/wdbcgiw/base/base.vel7.sa3](http://www.cvk.lv/cgi-bin/wdbcgiw/base/base.vel7.sa3); 8. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [www.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27934](http://www.cvk.lv/pub/?doc_id=27934)

<sup>25</sup> 5. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27954](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27954); 6. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27955](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27955); 7. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27961](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27961); 8. Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://www.cvk.lv/cvkserv/sa8/bals\\_skaits.pdf](http://www.cvk.lv/cvkserv/sa8/bals_skaits.pdf)

<sup>26</sup> Mednis, I.: Politiskās partijas "Latvijas Ceļš" izveidošanās un darbība 20. gs. 90. gados// Vēsture. Daugavpils Universitātes Humanitārās fakultātes XII Zinātnisko lasījumu materiāli. VI(I)/ Red. Ivanovs A.. – Daugavpils 2003, S.120

<sup>27</sup> Blūzma, V. / Celle, O. u.a.: Latvijas valsts atjaunošana 1986-1993, Rīga, S.374-375

<sup>28</sup> Kristiāna Lībane, die frühere Vorsitzende der Fraktion von Lettlands Weg im Parlament etwa heiratete den Gründer der Volkspartei, Andris Šķēle, und gehört seither der Volkspartei an. Vgl. Lībane uzņemta Tautas partijā// Neatkarīgā Rīta Avīze 10.04.2003, S.3

Eine der jüngsten Parteien in Lettland ist die 1998 kurz vor den Wahlen zur 8. Saeima gegründete Volkspartei.<sup>29</sup> Grundlage der Partei war das Charisma des vormalig parteilosen zweimaligen Ministerpräsidenten Andris Šķēle, dessen vorwiegend wirtschaftliche Reformen in Erinnerung geblieben waren,<sup>30</sup> mit denen er den in der Gesellschaft verbreiteten Wunsch nach einer starken Hand erfüllt hatte. Aber der Partei schlossen sich einige Politiker andere Parteien ähnlicher politischer Ausrichtung an.

Die Demokratische Partei Saimnieks ist eine neue Partei, die vor den Wahlen zur 6. Saeima durch die Vereinigung der bereits in der 5. Saeima vertretenen Demokratischen Zentrumspartei, später Demokratische Partei, mit Saimnieks entstand.<sup>31</sup> Die Partei ist trotzdem als eine Neugründung zu verstehen, weil sie kurz vor den Wahlen entstand und erst die Vereinigung sie zu einer aussichtsreichen politischen Kraft werden ließ. Die Orientierung auf die Mitte, die Vielfalt der Spitzenpolitiker sowie die Kleinheit beider Gründungsparteien erlaubten der Partei jedoch nicht, eine Spitzenstellung in der lettischen Politik einzunehmen.<sup>32</sup>

Die „Volksbewegung für Lettland“ (Tautas Kustība Latvijai) war zwar im der 6. Saeima nur die drittstärkste Fraktion, jedoch für eine Neugründung und auch im Vergleich zu den beiden anderen nur geringfügig größeren Fraktionen erfolgreich.<sup>33</sup> Auch in diesem Falle war eine charismatische Person wichtig für den Erfolg: der Deutsche Joachim Siegerist, dessen Wahlkampf als populistisch bezeichnet werden kann. Trotz des relativen Erfolgs seiner Partei, spaltete sich die Fraktion bereits kurz nach der Konstituierung des Parlaments, was sicher u.a. auf die ideologische Unklarheit zurückzuführen war.<sup>34</sup> Die Partei verschwand anschließend von der politischen Bildfläche und war damit nur einmal im Parlament vertreten.

Die jüngste der neuen Parteien ist die Neue Zeit (Jaunais Laiks), die kurz vor den Wahlen 2002 vom damaligen Chef der Nationalbank, Einars Repše, gegründet wurde und diese auch gewann.<sup>35</sup> Typisch die Popularität des Gründers, der zunächst auch Ministerpräsident wurde. Die Partei ist trotz der bereits Anfang 2004 gescheiterten Regierung einstweilen weiterhin sehr populär. Repše selbst, der zu den Gründern der Nationalen Unabhängigkeitsbewe-

---

<sup>29</sup> Lewis, P.G.: Political Parties in Post-Communist Eastern Europe, S.52, 169

<sup>30</sup> Mednis, I. / Antonevičs, M.: Politiskās partijas Latvijā// Latvija divos laikposmos: 1918-1928 un 1991-2001, S.297

<sup>31</sup> Mednis, I. / Antonevičs M.: Politiskās partijas Latvijā// Latvija divos laikposmos: 1918-1928 un 1991-2001, S.292, 300

<sup>32</sup> Ikstens, J.: Politiskās partijas// [www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm](http://www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm)

<sup>33</sup> Ločmele, N.: Saeimā nebūs izteikta līdera// Diena 3.10.1995, S.1

<sup>34</sup> Ikstens, J.: Politiskās partijas// [www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm](http://www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm); Lewis P.G. Political Parties in Post-Communist Eastern Europe, S44. Hatte Siegerist im Wahlkampf noch einen dezidierten Antikommunismus vertreten, so war er anschließend jedoch bereit, mit einer politischen Kraft wie Saimnieks zusammenzuarbeiten, die im wesentlichen aus ehemaligen kommunistischen Funktionären bestand.

<sup>35</sup> Lulle, B.: Jauni laiki Saeimā// Neatkarīgā Rīta avīze. Speciālizlaidums 2002, S.1



gung 1988 gehörte,<sup>36</sup> ist ebenfalls trotz auch beachtenswerter Gegnerschaft nach wie vor angesehen. Nichtsdestotrotz haben sich an der Partei auch zahlreiche in der lettischen Gesellschaft bekannte Persönlichkeiten beteiligt wie Sandra Kalniete.<sup>37</sup> Da die Neue Zeit aber nunmehr erst seit der Wahl zum aktuellen Parlament besteht, ist eine Prognose über ihre Zukunft schwierig.

## **Gründe für die Entstehung neuer Parteien**

Wie beschrieben ist die politische Entwicklung Lettlands reich an neugegründeten Parteien, die überdies die alltägliche Politik des Landes stark beeinflussen. Dieser Umstand erschwert die Stabilisierung des Parteiensystems und dessen Funktion. Eventuell wird von den erwähnten neuen Parteien die Volkspartei jene sein, die sich langfristig etablieren und die Schwäche der Neugründung überwinden kann. Doch das Beispiel von Lettlands Weg belegt, daß ein Sieg bei zwei Wahlen noch keine Garantie für den zukünftigen Erfolg darstellt. Aus diesem Grund sind Spekulationen über die weitere Entwicklung einfacher als Theorien oder Daten über das Parteiensystem.

Diese Parteien haben eine große Zustimmung unter den Wählern erhalten. Und selbst vor den nächsten Wahlen gibt es unter Politikern die Ansicht, daß eine neue politische Kraft gegründet werden müsse. Warum also sind neugebildete Parteien so populär?

Zunächst können vier Aspekte festgestellt werden, die bestätigen, daß die Wähler keinen festen Bezug zu einer Partei haben: Die Wähler wissen meist noch kurz vor den Wahlen nicht, für welche Partei sie stimmen werden. Außerdem bemühen sich die Wähler nicht um genauere Kenntnis der Forderungen und Angeboten einer konkreten Partei. Folglich stimmen die Wähler für konkrete Politiker und darunter nicht selten gesellschaftlich bekannte Personen. Da die Parteien im Wahlkampf um einen unbekanntem Teil der Gesellschaft werben, ist auch ihre Kampagne entsprechend strukturiert. Es wird versucht, alle Wähler anzusprechen. Entsprechend wird sehr viel versprochen, auch wenn es tatsächlich in einer Legislaturperiode nicht umsetzbar ist. So wird beispielsweise abseits realer Möglichkeiten angekündigt, die Pensionen oder die Gehälter der Lehrer zu verdoppeln. Dies geschieht eben nur, um an die Macht zu gelangen, und zu diesem Zweck werden die Parteien auch gegründet. Die Interessen der Gesellschaft dagegen werden nach einem Erfolg hinten angestellt. Und gerade weil die an der Macht befindlichen Parteien ihre

---

<sup>36</sup> Mednis, I. / Antonevičs M.: *Politiskās partijas Latvijā// Latvija divos laikposmos: 1918-1928 un 1991-2001*, S.288

<sup>37</sup> Sandra Kalniete, die in ihrer Jugend nach Sibirien deportiert worden war, hatte sich in den Endphase der Sowjetunion in der Volksfront engagiert und hat mehrere zeithistorische Bücher mit eigenen Erfahrungen publiziert. Sie wurde für ihre Partei Außenministerin und später zwischen den Beitritt Lettlands zur EU und der Wahl der neuen EU-Kommission unter Barosso vorübergehend EU-Kommissarin (Anm.d.Hrsg.).

früheren, ähnlichen Versprechungen nicht erfüllt haben, ist die Popularität der neuen Parteien (Versprechungen) groß.

Das ist der zweite Grund für die Zustimmung zu neu gegründeten Parteien: die unerfüllten Versprechungen, innerparteiliche Unstimmigkeiten und häufig ein zu offen geführter Kampf um politische Macht. Es fehlt dagegen an einer Verbindung der Parteien zum Wähler, der bei den letzten Wahlen für diese Partei gestimmt hat, und von deren Seite er kein Bemühen erkennt, die gegebene Situation zu verbessern, die vormaligen und also auch künftigen potentiellen Wähler zu unterstützen.

Die Parteien in Lettland vertreten also in der Regel keine konkrete gesellschaftliche Gruppe, sondern versuchen auch während der parlamentarischen Arbeit alle Wähler unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder sozialem Status anzusprechen. Folglich glauben die Wähler häufig, eine unehrliche Handlung in der Politik der von ihnen vormals unterstützten Parteien zu erkennen. Auf diese Weise entsteht eine negative Einstellung gegenüber der Politik als solcher und den politischen Parteien.

Daß ein großer Teil der Gesellschaft hat ein geringes Einkommen, läßt ebenfalls für viele der Eindruck entstehen, daß der Staat sich nicht um sie kümmert. Auch wenn das nur teilweise zutrifft, diese Einstellung ist verantwortlich für die Enttäuschung vieler Wähler gegenüber den an der Macht befindlichen Parteien und begründet den Wunsch für eine neue Regierung anderer oder besserer politischer Kräfte. Darum stimmte ein großer Teil der Gesellschaft bei jeden Wahlen für eine neue politische Kraft. Gleichzeitig besteht ein Unwille, für schon länger an der Macht befindliche Kräfte zu votieren, die häufig als austauschbar und nicht an den Interessen der Gesellschaft orientiert betrachtet werden. Der Wähler vertraut darum eher Menschen, die von außen auf die Politik schauen und eventuell eher in der Lage sind, die Situation zu verändern, weil sie bislang nicht an der Macht waren.

Drittens werden die Parteien in Lettland mit ihren Gesichtern identifiziert, nicht mit ihren programmatischen Aussagen, der Ideologie oder ihrer bisherigen Leistung. Deshalb überlegen sich viele Wähler ihre Entscheidung, für welche Person sie stimmen, erst am Wahltag selbst. Die Wähler suchen auf den Listen nach bekannten Personen und entscheiden sich für die Partei, mit den meisten bekannten Personen.

Gleichzeitig freilich versuchen die Parteien diesem Handeln entgegen zu kommen. Darum wird der programmatischen Ausrichtung oft weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Frage, wer kandidiert. So versuchen gerade die neuen Parteien, bekannte und populäre Personen für eine Kandidatur auf ihren Listen zu gewinnen, die ihrerseits keine politische Vergangenheit haben, welche negativ bewertet werden könnte. Folglich gibt es in den staatlichen Strukturen regelmäßig unerfahrene Personen.

Lettlands Weg gewann 1993 den größten Sieg seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit überhaupt. Die Volkspartei konnte wiederum zügig wichtige und beliebte Personen aus anderen Parteien für sich gewinnen. Darunter Raimonds Pauls. Der in Lettland und der gesamten früheren Sowjetunion bekannte Koponist Raimonds Pauls etwa schloß sich anfangs Lettlands Weg an, war aber später auch eine der Schlüsselfiguren der Neuen Partei (Jaunā Partija), die 1998 bis 2002 eine wichtige Rolle spielte, um sich 2002 der Volkspartei anzuschließen.

Sicherlich ist die Erinnerung an Kārlis Ulmanis<sup>38</sup> ein wichtiger Faktor, warum die Wähler, insbesondere jene mit Erinnerung an die Zwischenkriegszeit, eine starke Hand befürworten, welche die unter anderem angesichts der vielen Parteien entstandene Unordnung im Staat beseitigen könnte.

Die Orientierung zu einer starken Hand war besonders bei der Volkspartei mit Andris Šķēle und der Neuen Zeit mit Einars Repše spürbar. Einzig Lettlands Weg war eine Partei, ohne konkrete Führungspersönlichkeit.

## **Fazit**

Der größte Teil der lettischen Gesellschaft hat seine politische Heimat noch nicht gefunden. Und die politischen Parteien geben sich einstweilen wenig Mühe, Interessen und damit letztlich den Staat zu vertreten.

Auch wenn sich die Wähler nach wie vor mit keiner Partei identifizieren, so kann doch von einer Stabilisierung des Parteiensystems gesprochen werden, da sie in ihrer im Mehrheit Parlament nicht erstmalig vertreten sind. Folglich sollte die Zustimmung zu neuen Parteien, die einander sehr ähnlich waren und ihren größten Erfolg teils auch nur einmal behaupten konnten, in Zukunft abnehmen. Insbesondere Lettlands Weg konnte den einmaligen großen Erfolg 1993 nie wiederholen und verlor anschließend stetig an Stimmen. Saimnieks und die Volksbewegung konnten gar nur einmal Erfolge verbuchen.

Wie sich das Parteiensystem weiter entwickeln wird, ist schwer vorherzusagen, da seit der erneuten Unabhängigkeit zu wenig Zeit vergangen ist.

## **Literatur**

7. Saeimas vēlēšanu rezultāti//www.cvk.lv/cgi-bin/wdbcgiw/base/base. vel7. sa3; 8. Saeimas vēlēšanu rezultāti// www.cvk.lv/pub/?doc\_id=27934
  8. Saeimas vēlēšanu dokumenti// Latvijas Vēstnesis. Speciālizlaidums
- An Encyclopedia of World History. Langer W. Lettland (ed.) – Cambridge, Massachusetts, USA: The Riverside Press, 1952.

---

<sup>38</sup> Kārlis Ulmanis regierte autoritär von 1934 bis 1940. Siehe auch Abschnitt Geschichte im Beitrag Lettland im Überblick (Anm.d.Hrsg.).

- Blūzma V., Celle O. u.c. Latvijas valsts atjaunošana 1986-1993.
- Duverger Maurice. [http://fr.encyclopedia.yahoo.com/articles/d/d0005914\\_p0.html](http://fr.encyclopedia.yahoo.com/articles/d/d0005914_p0.html)
- Дюверже М. Политические партии, Москва, «Академический проект», 2000.
- Ikstens. J. Politiskās partijas// [www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm](http://www.politics.lv/psistema/4.1./5.htm)
- Ikstens. J. Politisko šķirtņu veidošanās// [www.politics.lv/psistema/4.1/1.htm](http://www.politics.lv/psistema/4.1/1.htm)
- Kaldor. M., Vejvoda I. Democratisation in Central and Eastern Europe. [www.iips.cz/cisla/texty/recenze/kaldor300.html](http://www.iips.cz/cisla/texty/recenze/kaldor300.html)
- Lewis P.G. Political Parties in Post-Communist Eastern Europe. – London: Routledge, 2000.
- Lībane uzņemta Tautas partijā// Neatkarīgā Rīta Avīze. – 2003. – 10. apr.
- Ločmele N. Saeimā nebūs izteikta līdera// Diena. – 1995. – 3. okt.
- Lowe J. The Great Powers, Imperialism and the German Problem, 1865-1925. – London: Routledge, 1994. – P. 10.-13.; Mann G. The History of Germany since 1789. - London: Pimlico, 1996.
- Lulle B. Jauni laiki Saeimā// Neatkarīgā Rīta avīze. Speciālizlaidums. – 2002. – 7. okt
- Mednis I. Politiskās partijas “Latvijas Ceļš” izveidošanās un darbība 20. gs. 90. gados// Vēsture. Daugavpils Universitātes Humanitārās fakultātes XII Zinātnisko lasījumu materiāli. VI(I)/ Red. Ivanovs A.. – Daugavpils: Saule, 2003.
- Mednis I., Antonevičs M. Politiskās partijas Latvijā// Latvija divos laikposmos: 1918-1928 un 1991-2001/ Red. Ļ. Zīle.
- Novagrockiene J. The Development and Consolidation of the Lithuanian Political party System. In: The Journal of Baltic Studies. Vol. XXXII, Nr. 2. Salumets T. (ed.). – Portland (USA): AABS Business Office., 2001.
- Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27954](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27954)
- Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27955](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27955)
- Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27961](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27961)
- Saeimas vēlēšanu rezultāti// [http://www.cvk.lv/cvkserv/sa8/bals\\_skaits.pdf](http://www.cvk.lv/cvkserv/sa8/bals_skaits.pdf)
- Šilde Ā. Latvijas vēsture 1914.-1940., Daugava, Stokholma, 1976.
- Smith-Siversten H. Ch.4. Latvia. In: Handbook of Political change in Eastern Europe. Berglund S., Hellen T., Aarebrot F.H. (eds.). – Cheltenham, U.K.: Edward Elgar Publishing, Ltd., 1998.

# **Soziales Kapital und Wohlfahrtsorganisationen<sup>39</sup>**

*Signe Grūbe*

Mit dem Thema soziales Kapital beschäftigt sich die Wissenschaft in Lettland erst während der letzten zwei Jahre. Aber warum geschieht das erst jetzt, wenn das soziale Kapital das Rückgrat der Demokratie ist? Viele Wissenschaftler wie etwa Toqueville, Verba und Almond haben schon früh die Bedeutung der freiwilligen Teilhabe für den Bestand der Demokratie betont. Die Theorie über das soziale Kapital wiederum stammt von Putnam, nach dessen Vorstellung ein reiches und dichtes Netz an Verbänden das gegenseitige Vertrauen, Toleranz und Zusammenarbeit stützt und damit die soziale Grundlage einer funktionierenden Demokratie bildet.<sup>40</sup>

Die Menschen haben gelernt, sich auf ihre eigenen Fähigkeiten zu verlassen und die Gesellschaft ist dadurch sicherlich stärker geworden. Aber können dieselben Menschen auch geben? Ist neben der gewachsenen finanziellen und professionellen Entwicklung sowie den Karrieremöglichkeiten auch das soziale Kapital gewachsen? Sind die Menschen bereit, über die Grenzen ihrer persönlichen Probleme hinauszuschauen? Einstweilen sieht es so aus, daß das niedrige Niveau des sozialen Kapitals die Bereitschaft der Menschen zur Beteiligung negativ beeinflusst.

## **Soziales Kapital**

Die Theorie des sozialen Kapitals besagt, daß die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft das soziale Vertrauen stärkt, das seinerseits durch Teilhabe die Mitwirkung in der demokratischen Gesellschaft verstärkt. Beide Faktoren beeinflussen sich gegenseitig. Dabei können die Formen der Beteiligung nicht gleichgesetzt werden. Es ist ein Unterschied, ob nur das Wahlrecht genutzt

---

<sup>39</sup> Titel der Hausarbeit: „Sociālais kapitāls un sabiedriskā labuma organizācijas (Latvija)“.

<sup>40</sup> Putnam, R.D., *Making democracy work: civic traditions in modern Italy*/ Robert D. Putnam with Robert Leonardi a. Raffaeala Y.Nanetti.Princeton (New Jersey): Princenton University Press, 1994

oder aktiv in einer Organisation mitgearbeitet wird. Darüber hinaus sind auch nicht alle Organisationen gleich.<sup>41</sup>

Die Theorie des sozialen Kapitals umfaßt viele Aspekte in vielen Untersuchungen, die belegen sollen, daß das soziale Kapital einen großen Einfluß auf die Wohlfahrt und die Zufriedenheit im Allgemeinen hat.<sup>42</sup> Menschen, die in einem engmaschigen Netz aus sozialen Beziehungen leben, sind in der Karriere erfolgreicher und haben eine höhere Lebenserwartung. Eine ähnliche Tendenz ist auf gesellschaftlicher Ebene zu beobachten, denn je mehr klare formelle und informelle Strukturen vorhanden sind, desto besser kommen die Menschen im Leben zurecht, sind gesundheitlich besser in Form und desto niedriger ist die Kriminalitätsrate.<sup>43</sup> Die theoretischen Annahmen wie auch die empirischen Ergebnisse lassen vermuten, daß das soziale Kapital den wirtschaftlichen Erfolg günstig beeinflusst.<sup>44</sup>

## Wohlfahrtsorganisationen und deren Bedeutung

Organisationen sind so unterschiedlich wie die Gesellschaft selbst. Es gibt einerseits Vereine wie etwa Chöre und Fischervereinigungen, aber eine andere bedeutende Gruppe sind Organisationen, die im sozialen Bereich aktiv sind und etwa die Rechte von Kindern, Rentnern oder Behinderten vertreten. Daneben gibt es natürlich NROs, die im politischen, kulturellen oder Umweltbereich tätig sind.<sup>45</sup> Weitere nennenswerte Aspekte in Lettland sind, daß nur wenige Organisationen landesweit tätig sind und bis 2004 war der Begriff von gemeinnützigen Organisationen nicht definiert war. Seither ist gesetzlich festgelegt, daß als gemeinnützig Organisationen, die im Umwelt-, Kultur- oder Menschenrechtsbereich tätig sind, anerkannt werden können.

## Indikatoren des sozialen Kapitals

Putnam benennt folgende Indikatoren fest: die Intensität, mit der Menschen sich in Gesellschaft und Organisationen engagieren, die politische Mitwir-

---

<sup>41</sup> Putnam, R.D., *Making democracy work: civic traditions in modern Italy*/ Robert D. Putnam with Robert Leonardi a. Raffealla Y.Nanetti.Princeton (New Jersey): Princeton University Press, 1994

<sup>42</sup> Pope J., *Social Capital and Social capital indicators*, -Public Health Information Development Unit University of Adelaide //http://www.publichealth.gov.au/pub.html

<sup>43</sup> Glaeser Edward, *The Formation of Social Capital*, Grooter Christian, *Social Capital: Zthe missing link*, - The World Bank Social Development Family Environmental and Socially Sustainable Development Network, April 1998 //http://worldbank.org/poverty/ccapital

<sup>44</sup> z.B.,Letki N., *Explaining Political Participation in East-Central Europe: Social capitalm, Democracy and the Communist Past*, Nuffield College, Oxford OX1 1NF//Nuffield College Politics Working Paper 2003-W2 University of Oxford; Raiser M., Haerpfer C., Nowothny T., Wallace C., *Social capital in transition: a first look at the evidence*, European Bank for Reconstruction and Devolpment,- February 2001

<sup>45</sup> Gertnere-Ozola Kaija Lai *pieaugtu valsts un sabiedrības sadarbība*, intervēja Rūta Kesnere -Latviajs Vēstnesis 30.07.2003

kung (etwa bei Wahlen), freiwillige Arbeit, informelles Sozialleben (etwa Treffen mit Freunden) sowie das soziale Vertrauen.

Unter gesellschaftlichen Organisationen werden sämtliche subsumiert, in denen sich Menschen aktiv engagieren. Im Allgemeinen wird die Zahl der Organisationen auf 1.000 Einwohner als Bezugszahl verwendet, um Mißverständnissen vorzubeugen, obwohl festgestellt werden muß, daß nicht die alleinige Zahl und Mitgliedschaft ausschlaggebend sind, sondern eher die Häufig und Form des Engagements sowie damit verbundene Pflichten und Aufgaben.<sup>46</sup> Dementsprechend werden bei Untersuchungen Fragen nach aktiver und passiver Mitgliedschaft gestellt.

Die politische Mitwirkung umfaßt zunächst die rein formale Teilnahme an Wahlen und politischen Veranstaltungen. So wichtig die Wahlbeteiligung sein mag, bleibt sie m. E. als automatische Handlung ein symbolischer Akt. Der Bürger kann wegen auffälliger Wahlwerbung an die Urne gehen, ohne daß dies etwas über die Beteiligung in der Gesellschaft aussagt. Mehr sagt schon aus, wie häufig sich der Bürger selbst aktiv am Wahlkampf teilnimmt und eventuell sogar mit Journalisten und Politikern Kontakt hält.

Teil der staatsbürgerlichen Mitwirkung ist auch die Bemühung um Problemlösungen durch den Kontakt mit den Behörden oder auch die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen. Der Umfang der Mitwirkung ist auch abhängig von der Informiertheit. Ein informiertes Individuum ist fähig zur rationalen Entscheidung, wobei durchaus auch ein uninformierter Bürger rationale Handlungen ausführen kann, denn Rationalität ist in vielen Fragen unabhängig von der großen Politik und damit auch von der Informiertheit.

Besonders wichtig ist außerdem die Beteiligung an Wohlfahrtsorganisationen, die durch ihre Arbeit den Menschen zeigen, wie sie ihre demokratischen Möglichkeiten nutzen können.

Nichtsdestotrotz, während eine geringe Beteiligung in der Gesellschaft ein Zeichen für das Fehlen sozialen Kapitals ist, bedeutet dessen Vorhandensein nicht automatisch eine hohe Beteiligung.

Freiwillige Arbeit ist ein wichtiger Maßstab für soziales Kapital, denn wo Vertrauen unter den Menschen herrscht und gegenseitige Hilfe normal ist, gibt es immer freiwillige Unterstützung. Wer selbst hilft weiß, daß ihm gegebenenfalls auch geholfen wird; und genau das ist die Grundlage des sozialen Kapitals.

Eine freiwillige Bewegung ist der Bereich, in dem jeder seine intellektuellen und physischen Fähigkeiten einsetzen kann. Größtenteils wird dabei mehr auf die Zahl der Aktiven geachtet als auf deren Aktivität wie auch die Bereitschaft zu spontaner Hilfe im öffentlichen Bereich, wenn beispielsweise je-

---

<sup>46</sup> Social capital: critical perspectives/ ed. By Stephen Baron, John Field a. Tom Sculler. Oxford [etc.]: Oxford University Press, 2000

mandem plötzlich etwas zustößt. Die Bewertung ist also eher quantitativ als qualitativ.

Der informelle Teil des Leben ist wichtig, Menschen müssen ihre emotionalen Eindrücke nicht nur in der Familie, sondern auch mit Freunden kommunizieren, was ein Zugehörigkeitsgefühl vermittelt. Dieses ist intensiver als die Beteiligung an einer Organisation, in der vorwiegend Gesinnungsgenossen zu finden sind. Auch das Vertrauen ist größer.

Ohne ein informelles Sozialleben sind die anderen Indikatoren des sozialen Kapitals undenkbar, weil gerade der Freundeskreis die Selbstfindung ermöglicht wie auch Unterstützung bei der Lösung von Problemen bietet. Wenn diese Hilfe auch nicht konkret wird, so äußert sie sich in der Existenz von Freunden.

Dieser Indikator ist der am schwierigsten zu messende, weil eine der Wahrheit entsprechende Antwort, wie häufig die Freunde besucht werden allein nichts über die Bedeutung der Freundschaft aussagt, denn es ist von vielen verschiedenen Faktoren abhängig, wie oft man sich tatsächlich sieht.

Wissenschaftler, die sich mit dem sozialen Kapital beschäftigen, untersuchen den Aspekt auch mit einer so konkreten Frage, wie der, ob es möglich ist, von Freunden Geld zu leihen, und wenn ja, ob die potentielle Summe ein Wocheneinkommen umfaßt.<sup>47</sup>

Grundlage des Indikators des sozialen Vertrauens ist die Antwort der Befragten, ob sie generell anderen Menschen vertrauen.<sup>48</sup> Dabei ist wichtig, den Radius des Vertrauens zu definieren, denn dieser kann unterschiedlich sein, Vertrauen der Familie, den Nachbarn oder generell den Menschen gegenüber umfassen.

Soziales Vertrauen kann aus zwei Gründen entstehen: aus Normen, die während der Sozialisation (inklusive der politischen) mitunter auch via Sanktionen erlernt werden, also die aus dem Kontakt zu anderen Menschen entstehen wie auch durch politische Strukturen. Soziale Normen bestimmen, wie sich das Individuum gegenüber anderen verhält, denn jede Handlung hat ihre positiven oder negativen Folgen – geprägt von altruistischen Tendenzen und Eigeninteresse.<sup>49</sup> Die komplexen Definitionen von Putnam wurden dahingehend kritisiert, es handele sich um unterschiedliche Dimensionen des sozialen Kapitals. Unabhängig von der Beteiligung an Organisationen seien Werte wie Toleranz bedeutender und ökonomischer Erfolg weniger wichtig als Vertrau-

---

<sup>47</sup> Rose, Richard, A bottom up evaluation of enlargement countries, Ne Barometer 1, Studies in Public Policy, Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde, Glasgow G1 1XH Scotland, 2002

<sup>48</sup> Fukuyama Francis, Social Capital and Civic Society, International Monetary Fund, Conference on Second Generation Reforms, November 8-9. 1999 [www.imf.org](http://www.imf.org)

<sup>49</sup> Putnam, Robert D. Making democracy work: civic traditions in modern Italy/ Robert D. Putnam with Robert Leonardi a. Raffaeala Y.Nanetti. Princeton (New Jersey): Princeton University Press, 1994



en.<sup>50</sup> Auch wurde behauptet, daß getrennt werden müsse zwischen sozialem Kapital und dem, was dieses bewirkt. Andere wiederum befürworteten einfachere Maßstäbe, das soziale Kapital zu bestimmen, z.B. das Denken der Menschen und ihr Vertrauen anderen gegenüber generell.<sup>51</sup>

## Indikatoren des sozialen Kapitals in Lettland

Hier sollen mittels statistischer Daten die Annahmen von Putnam für den Fall Lettland überprüft werden.

Im Jahre 2000 waren in Lettland 5.651 gesellschaftliche Organisationen registriert, von denen 140 bereits aufgelöst waren, also 5.511 aktiv. Gleichzeitig ist auch diese Zahl zweifelhaft, weil beim Finanzamt für das Jahr 2000 nur ein Teil einen Tätigkeitsbericht eingereicht hat, nämlich 38,3%. 2001 dagegen waren es bereits 64,5%, um 2002 wieder auf 65,2% zu sinken.<sup>52</sup> Die aktivste Gründungszeit war 1993, als 965 Organisationen ins Leben gerufen wurden gegenüber nur 18 im Jahr zuvor. Ende der 90er Jahre blieb die Zahl vergleichsweise stabil, um zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder etwas zu steigen. Die Datenbank von Lursoft verzeichnet 2003 6.939 Organisationen und ein Jahr später bereits 7704.<sup>53</sup> Dabei verteilen sie sich nicht gleichmäßig über das ganze Land, sondern mehr als 60% haben ihren Sitz in Riga und dem Kreis Riga. Außerhalb ist die Stadt Liepāja und ihr Kreis an der Westküste am aktivsten mit 4,5% der Gesamtzahl, dagegen bildet mit nur 19 Organisationen, was 0,3% der gesamten Zahl sind, die Gegend von Ludza an der russischen Grenze das Schlußlicht.

Nach der Volkszählung von 2000 hatte Lettland 2.340.008 Einwohner, folglich zwei Organisationen pro 1.000 Einwohnern oder auch nur etwa die Hälfte, berücksichtigt man, daß von den registrierten Organisationen nur 57% aktiv sind. Riga dagegen erreicht einen Wert von 3,9 Organisationen auf 1.000 Einwohner. In den anderen Regionen schwankt die Zahl zwischen 2,6 und 0,5 auf 1.000 Einwohner. In den Kreisen Jēkabpils, Gulbene und Ludza existiert weniger als eine Organisation auf 1.000 Einwohner.<sup>54</sup>

Ein wichtiger Grund zur Beteiligung an einer Organisation ist die Sichtbarkeit von Resultaten. SKDS<sup>55</sup> hat ermittelt, daß zwar 27,4% der Befragten die

---

<sup>50</sup> Glaeser Edward, The Formation of Social Capital, ISUMA (2001) Glaeser Lettland Edward, *The Formation of Social Capital*, Grooter Christian, *Social Capital: The missing link*, -The World Bank Social Development Family Environmentally and Socially Sustainable Development Network, April 1998  
<http://worldbank.org/poverty/ccapital>

<sup>51</sup> Social Capital a discussion paper, Performance and Innovation Unit, April 2002 London, contact persons Aldridge Stephen & Halpren David, [www.scvo.org.uk](http://www.scvo.org.uk)

<sup>52</sup> Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze, Īpašo uzdevumu ministrs sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts, Rīga 2004

<sup>53</sup> Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze, Īpašo uzdevumu ministrs sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts, Rīga 2004

<sup>54</sup> NVO sektors Latvijā, 2000/2001, Nevalstisko Organizāciju Centrs, 2002

<sup>55</sup> SKDS ist ein Institut für Demoskopie in Lettland (Anm.d.Hrsg.).

Tätigkeit von Organisationen positiv bewerten, aber nur 30% regelmäßig selbst aktiv werden.<sup>56</sup> Nach einer Untersuchung von Ozoliņa sind nur 22% der Einwohner Lettlands Mitglied einer Organisation, nur 14% nehmen aktiv Teil und nur 3% haben ein Amt übernommen.<sup>57</sup>

Eine Organisation in Lettland besteht nach der Statistik durchschnittlich weniger als vier Jahre und hat weniger als 50 Mitglieder sowie ein Budget von unter 1.000 LVL. Die Tätigkeit der Organisationen ist zumeist mit sozialen und Bildungsfragen verbunden.<sup>58</sup>

Die politische Beteiligung kann helfen, die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft zu überwinden und hängt stark vom politischen Interesse der Bevölkerung ab, das in Lettland hoch ist: 22% verfolgen aufmerksam politische Ereignisse, für die sich wiederum 27% überhaupt nicht interessieren.<sup>59</sup> Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion<sup>60</sup> haben vier Wahlen zur Saeima, drei Kommunalwahlen und zwei Volksabstimmungen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung ist in diesem Zeitraum zurückgegangen, aber dennoch nehmen die Bürger weiterhin ihr Wahlrecht aktiv wahr. Allerdings haben 54% der Einwohner Lettlands 2003 in einer Umfrage abgelehnt, sich in irgendeiner Form politisch zu beteiligen.<sup>61</sup> Wenige Menschen suchen die Hilfe der staatlichen Institutionen, nur ein Fünftel hat solche in Anspruch genommen – inklusive der Polizei. Etwa zehn Prozent haben sich an die Medien gewandt.

Nach Angaben des als unabhängige Einrichtung 2000 gegründeten „Freiwilligenzentrums“, eine Kooperation aus der Soros Stiftung und dem Institut für eine offene Gesellschaft der USA, beteiligen sich nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung an freiwilligen Einsätzen, allerdings wurde die Organisation auch erst 1998 ins Leben gerufen. Freiwillige unterstützen die Arbeit in Krankenhäusern, der Altenpflege und Behindertenhilfe. Sie organisieren Aktionen gegen die Verbreitung von AIDS und arbeiten für die Pflege des Kulturrums. Dennoch ist die Gesellschaft über diese Aktivitäten wenig informiert. Die Unterstützung durch freiwillige Hilfskräfte schwankt in den NROs zwischen einer und 2.000 Personen. 17,7% der NROs geben gar an, daß sie überhaupt keine derartige Hilfe erhalten.

Die Freiwilligen sind in der Regel junge Menschen, häufig Schüler der obersten Klassen und Studenten, die auf diesem Wege neue Erfahrungen und Kenntnisse sammeln, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu

---

<sup>56</sup> Iedzīvotāju Integrācija Sabiedriskās aktivitātēs, SKDS, ārz 2002

<sup>57</sup> I.Ozoliņa "Associational Membership and its impact on attitudes and behaviour of people in the Baltic State" publicēts [www.bsz.lv](http://www.bsz.lv)

<sup>58</sup> NVO sektors Latvijā, 2000/2001, Nevalstisko Organizāciju Centrs, 2002

<sup>59</sup> Conditions of enhancement of civic participation , Baltic Data House, Riga-1998

<sup>60</sup> Die Letten sprechen von „neatkarības atjaunošana“ also der Erneuerung der Unabhängigkeit, da die Republik Lettland 1940 von der Sowjetunion okkupiert wurde (Anm.d.Hrsg.).

<sup>61</sup> Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze, Īpašo uzdevumu ministrs sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts, Rīga 2004

erhöhen. Die zweitgrößte Gruppe sind Rentner, die gesellschaftlich und sozial aktiv sein möchten. Das Freiwilligenzentrum wirbt dafür.

Der Begriff der Freiwilligen existiert jedoch nicht juristisch, weshalb die Organisationen keine Rechtsgrundlage haben, den Hilfskräften ihre Ausgaben für Anfahrt und Verpflegung zu ersetzen.

Nach SKDS-Umfragen geben 68,3% der Befragten an, regelmäßig Freunde zu besuchen, 34,9% unterhalten sich mit ihren Freunden wenigstens zwei Mal monatlich außerhalb des eigenen Heims und besuchen zu 33,3% Theater, Konzerte und Ausstellungen. Öffentliche Veranstaltungen und Feste besuchen 29%. 13,3% dagegen geben an, solche Freizeitaktivitäten nicht zu entwickeln.<sup>62</sup> Ozoliņa wiederum fand heraus, daß der in der Freizeit aktive Teil der Bevölkerung häufiger Mitglied auch einer gesellschaftlichen Organisation ist.

Wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft sind Achtung und Toleranz von anderen Menschen und Gruppen – Menschen mit anderen Lebensgewohnheiten, Ansichten und Aussehen. Mitunter können Einzelpersonen sehr aktiv in ihrem eigenen Kreis, dagegen ablehnend gegenüber Ausländern oder Menschen anderer sozialer Schichten und Religionen sein. Etwa zwei Fünftel der Menschen geben an, daß für sie die sexuelle Orientierung des Gegenübers ausschlaggebend ist für den Aufbau eines persönlichen Kontaktes und ein Drittel geben das Bildungsniveau als wichtigen Faktor an. Weniger wichtig ist den Menschen dagegen das Alter und die Nationalität. In Lettland sind 41,4% die sexuelle Orientierung, 32,5% das Bildungsniveau, 25,9% die politische Orientierung, 24,7% die Religionszugehörigkeit, 21,9% das Alter und 21,5% die Nationalität wichtig.<sup>63</sup>

Aber das eine ist, mit wem das Individuum seine Freizeit verbringt, die andere Frage das Bewußtsein, wer ggf. Unterstützung liefert, wem vertraut werden kann. 16% der Befragten geben an, sie könnten sich auf ihre Freunde verlassen. Als positiver Hinweis für das soziale Kapital wird angenommen, daß die Menschen überzeugt sind, außerhalb des engsten Familienkreises von Freunden oder Verwandten Geld leihen zu können. Nach Eurobarometer-Daten können das 27% der Befragten, 30% sind ziemlich sicher und nur 22% halten das für unwahrscheinlich und 21% für unmöglich.<sup>64</sup> Ozoliņa wiederum ermittelte, daß unter Mitgliedern gesellschaftlicher Organisationen diese Werte ebenfalls günstiger ausfallen sowohl bezüglich materieller als auch emotionaler Unterstützung.

Aber informelle Strukturen können die demokratischen Institutionen auch stören, wenn in der Gesellschaft Netzwerke aufgebaut werden, die öffentliche Funktionen zu ersetzen beginnen, so daß Leistungen vorwiegend durch Be-

---

<sup>62</sup> Iedzīvotāju Integrācija Sabiedriskās aktivitātēs, SKDS, März 2002

<sup>63</sup> Attieksme pret atsevišķiem ar integrāciju saistītiem jautājumiem. Latvijas iedzīvotāju aptauja August 2002

<sup>64</sup> Rose, Richard, A bottom up evaluation of enlargement countries, Ne Barometer 1, Studies in Public Policy, Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde, Glasgow G1 1XH Scotland, 2002

ziehungen zu erhalten sind, und wer über diese nicht verfügt, nicht zu seinem Recht kommt oder auch Kenntnisse darüber fehlen, welche Rechte der Betreffende überhaupt hat – das ist dann Korruption.

Ein wichtiger Faktor des sozialen Kapitals ist das Vertrauen – zunächst anderen Menschen gegenüber, aber auch Institutionen. Das größte Vertrauen hier genießt in Lettland Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga mit 63%, es folgt die Kirche mit 56% und das Fernsehen mit 51%. Das größte Mißtrauen bringen die Menschen mit 75% den Abgeordneten des Parlaments und den politischen Parteien entgegen.<sup>65</sup> Wenn allerdings die Menschen den Institutionen nicht trauen, so ist das Vertrauen in andere Menschen mit 77% gegenüber 23% groß.<sup>66</sup> Die Menschen vertrauen zu 44% allen Menschen und zu 33% nur jenen, die Bekannte sind. Skeptisch gegenüber der Allgemeinheit sind sieben Prozent und zwölf Prozent trauen gar niemandem.<sup>67</sup>

## **Fazit**

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die politische Beteiligung in Lettland gering ist und wenig über den Gang an die Urne hinausgeht trotz eines weitverbreiteten politischen Interesses. Wohlfahrtsorganisationen in umfangreicher Zahl gibt es nicht und Informationen über sie sind wenig verbreitet. Positiv dagegen ist die Annahme eines Gesetzes über die Tätigkeit von Wohlfahrtsorganisationen zu werten.

Das soziale Kapital betreffend muß festgestellt werden, daß die sozialen Netzwerke in Lettland schwach ausgeprägt sind. Die Menschen vertrauen einander zwar einerseits, reelle Hilfe erwarten sie aber nur bedingt. Das Vertrauen in Institutionen ist sehr gering, während das Interesse am Zeitgeschehen groß ist. Folglich vertraut die Bevölkerung den von ihr selbst gewählten Vertretern nicht.

Die hohe Verbreitung von Freundschaftskreisen zeigt, daß die Menschen sich hauptsächlich mit ihrem Privatleben beschäftigen und eben nicht gesellschaftlich engagieren. Organisationen, denen sich die Menschen gerne anschließen, sind mit Freizeitbeschäftigung wie Sport, aber auch mit der eigenen Weiterentwicklung wie Bildung und neuen Erfahrungen verbunden.

Die Vergangenheit lehrt, wie sich die Situation nur von Generation zu Generation auf natürlichem, nicht jedoch auf erzwungenem Wege verbessert.

## **Literatur**

Aldridge Stephen & Halpren David, Social Capital a discussion paper, Performance and Innovation Unit, April 2002 London, contact persons [www.scvo.org.uk](http://www.scvo.org.uk)

---

<sup>65</sup> a.a.O.

<sup>66</sup> a.a.O.

<sup>67</sup> a.a.O.

- Attieksme pret atsevišķiem ar integrāciju saistītiem jautājumiem. Latvijas iedzīvotāju aptauja Mārz 2002
- Baltic Data House, Conditions of enhancement of civic participation , Riga-1998
- Baron Stephen, Field John a. Sculler Tom. Social capital: critical perspectives/ ed. Oxford [etc.]: Oxford University Press, 2000
- Fukuyama Francis, Social Capital and Civic Society, International Monetary Fund, Conference on Second Generatin Reforms, November 8-9. 1999 [www.imf.org](http://www.imf.org)
- Gertnere-Ozola Kaija Lai pieaugtu valsts un sabiedrības sadarbība, intervēja Rūta Kesnere -Latviajais Vēstnesis 30.07.2003
- Glaeser Edward, The Formation of Social Capital, Grooter Christian, Social Capital: Zthe missing link, -The World Bank Social Development Family Environmentaly and Socialy Sustainable Development Network, April 1998  
[//http://worldbank.org/poverty/ccapital](http://worldbank.org/poverty/ccapital)
- Īpašo uzdevumu ministrs sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts, Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze, Rīga 2004
- Letki N., Explaining Political Participation in East-Central Europe: Social capitalm, Democracy and the Communist Past, Nuffield College, Oxford OX1 1NF//Nuffield College Politics Working Paper 2003-W2 University of Oxford;
- Nevalstisko Organizāciju Centrs, NVO sektors Latvijā, 2000/2001, 2002
- Ozoliņa I. "Associational Membership and its impact on atitudes and behaviour of people in the Baltic State" publicēts [www.bsz.lv](http://www.bsz.lv)
- Pope J., Social Capital and Social capital indicators, -Public Health Information Development Unit University of Adelaide [//http://www.publichealth.gov.au/pub.html](http://www.publichealth.gov.au/pub.html)
- Putnam, R.D., Making democracy work: civic traditions in modern Italy/ Robert D. Putnam with Robert Leonardi a. Raffealla Y.Nanetti.Princeton (New Jersey): Princenton University Press, 1994
- Raiser M., Haerpfer C., Nowohtny T., Wallace C., Social capital in transition: a first look at the evidence, European Bank for Reconstruction and Devolopment,- February 2001
- Rose, Richard, A bottom up evalluation of enlargement countries, Ne Barometer 1, Studies in Public Policy, Centre for the Study of Public Policy, Univerity of Strathclyde, Glasgow G1 1XH Scotland, 2002
- SKDS, Iedzīvotāju Integrācija Sabiedriskās aktivitātēs, Mārz 2002

## Probleme der Entwicklung einer Zivilgesellschaft<sup>68</sup>

Simona Gurbo

Der Begriff der Zivilgesellschaft entstand im Rahmen der liberalen Tradition im 18. Jahrhundert. Besonders die ökonomische Unabhängigkeit förderte diese Entwicklung.<sup>69</sup> Die Art und Weise, wie der Bürger sich in den politischen Prozeß einbringt, ist zum großen Teil abhängig von der politischen Kultur, die in jedem Staat verschieden ist. Das ist im wesentlichen auf die Unterschiede in der Kultur als solcher zurückzuführen. Jedes Land hat seine eigenen Traditionen, die als historisches Erbe zu betrachten sind. Gleichzeitig ist der sozioökonomische Status des Individuums ein ausschlaggebender Faktor wie auch der Charakter an sich, die durch die eigene Lebensgeschichte beeinflusst wird. Das Leben einer jeden Kultur ist sehr viel länger als jenes eines Individuums oder einiger Generationen. Es handelt sich um einen Faktor, der die Masse beeinflusst. Keine Regierung in keinem Staat kann diese Kultur selbst begründen.<sup>70</sup>

Auch Inglehart betont, daß die Kultur eine vergleichsweise stabile und langfristige Eigenschaft ist, die infolge eines historischen Prozesses entsteht. Sie unterscheidet sich von politischen Einstellungen, die Resultat der gegenwärtigen und einstweiligen politischen Entwicklung sind, allerdings existiert sie nicht unabhängig von diesen Einflüssen. Sie befindet sich in der beständigen Wechselwirkung zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem politischen System, denn sie ist abhängig von deren schwankenden Zuständen. Daher kann gefolgert werden, daß die äußeren Faktoren, solche wie der Wirtschaft, einen Einfluß auf die politische Kultur einer Gesellschaft und deren Wunsch nach Mitwirkung haben. Gleichzeitig behauptet Inglehart: „Eine funktionierende Demokratie stützt sich nicht nur auf ökonomische Faktoren. Besonders wichtig sind die kulturellen Faktoren, und diese sind ihrerseits

---

<sup>68</sup> Titel der Hausarbeit: „Pilsoniskās sabiedrības veidošanās problēmas Latvijā“. In Lettland ist es üblich, auch englischsprachige Zitate ins Lettische zu übersetzen. Aus diesem Grunde sind die Zitate in diesem Beitrag aus dem Lettischen ins Deutsche weiterübersetzt worden (Anm.d.Hrsg.).

<sup>69</sup> Chambers S., Kymlicka W. (eds), *Alternative Conceptions of Civil Society*. – Princeton University Press. – 2001. // <http://pup.princeton.edu/titles/7212.html>

<sup>70</sup> Hague R., Harrop M. *Comparative Government: An Introduction*. – Macmillan. – 1985. – p. 36.

verbunden mit der ökonomischen Entwicklung (...) Eine stabile Demokratie spiegelt die Wechselwirkung zwischen ökonomischen, politischen und kulturellen Faktoren wieder.“<sup>71</sup> Darum ist die Entwicklung einer Zivilgesellschaft erforderlich, die in der Lage ist, selbständig und unabhängig von wirtschaftlichen und anderen Faktoren zu existieren. In jedem Staat ist für eine demokratische Entwicklung die Partizipation der Einwohner erforderlich, denn ein Staatsbürger darf nicht nur ein Beobachter sein. Aufgabe der Regierung ist es nicht nur sicherzustellen, daß jeder Einwohner das aktive Wahlrecht hat, sondern auch das Gefühl der Teilhabe vermittelt wird, um sie Bevölkerung zu motivieren, ihre Partizipationsmöglichkeiten auch zu nutzen.<sup>72</sup>

Schon solche politischen Philosophen wie Alex de Toqueville, Sidney Verba, Gabriel Almond und Robert Putnam haben die Bedeutung der Zivilgesellschaft und der freiwilligen Vereinigung für den Bestand einer gesunden Demokratie betont. Eine aktive Zivilgesellschaft wirkt hauptsächlich mit dem Ziel, die Demokratie zu konsolidieren und zu vertiefen. In der Übergangsperiode müssen die Staaten und besonders die neuen Demokratien einen komplizierten Übergangsprozeß durchlaufen, der hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen verbunden ist, und in dessen Folge oftmals verschiedene soziale Gruppen wirtschaftliche Ungleichheit erleben, was nicht selten zur Folge hat, daß als Resultat unkoordinierten Handelns und falscher Entscheidungen die Korruption im Lande zunimmt, welche ihrerseits den Prozeß der Konsolidierung bremst. Aus diesem Grunde ist die Demokratie in der Bevölkerung nicht legitimiert, was wiederum das Verständnis für die reelle Form der Demokratie behindert. Eine solche Situation kann in vielen ehemaligen Republiken der Sowjetunion beobachtet werden, in denen die Elite zu einer geschlossenen Gruppe von Oligarchen mutiert ist. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß diese Situation sich in den letzten fünf Jahren zu ändern begonnen hat.

Seit der Unabhängigkeit Lettlands sind nunmehr 13 Jahre vergangen; dennoch bleibt der Einfluß der langen Jahre unter sowjetischer Herrschaft auf das Bewußtsein der Menschen spürbar nicht nur im gesellschaftlichen Leben, der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Fragen, sondern auch im schwierigen Verständnis zur Gestalt der Demokratie. Die aktuelle politische Kultur wie auch die Entfremdung von der politischen Elite verstärkt die verbreitete Meinung, Politik sei „unsauber“ und man müsse sich ihr entziehen. Immer noch ist den meisten Menschen ihre Verpflichtung als Staatsbürger unklar. Ebenso spürbar ist das fehlende Verständnis, was von der Regierung zu erwarten ist, wie die Verabschiedung politischer Beschlüsse vonstatten geht und was möglich ist, diese zu beeinflussen. Ein Teil der Gesellschaft ist nach wie

---

<sup>71</sup> Inglehart R. *Modernization and Post-modernization: Cultural and Political Change in 43 Societies.* – Princeton, NJ: Princeton University Press. – 1997. – p. 1220.

<sup>72</sup> Ekeus R. *OSCE and Latvia: Past, Present and Future.* – Riga: 2002. – March 20. // <http://www.osce.org/publications/newsletter/2002-09/nl092002.pdf>

vor der Ansicht, daß wählen gehen genügt, um seine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen und damit die Demokratie gefestigt ist. Die Wahlbeteiligung in Lettland ist verglichen mit zahlreichen anderen Staaten hoch (bei der Wahl zur 8. Saeima beteiligten sich 72,5% der Staatsbürger<sup>73</sup>), obwohl allgemein die politische Aktivität eher gering ist und die Menschen sich nur ungern etwa an politischen Veranstaltungen und erst recht Demonstrationen beteiligen. Aber warum ist das so?

## Theorie der Entwicklung der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist ein offenes und freiwilliges System der gesellschaftlichen Selbstorganisation, das außerhalb von staatlichen Institutionen stattfindet und unabhängig vom Staat die Interessen von Staatsbürgern vertritt, die gemeinsam in der Öffentlichkeit aktiv werden und die Regierung an ihre Verantwortung erinnern. Die Zivilgesellschaft ist das Zwischenglied zwischen der Privatsphäre und dem öffentlichen Leben. Dennoch, wie Larry Diamond feststellt, beeinflusst die Privatsphäre kulturelle Normen, die mitunter Teil des öffentlichen Lebens werden.<sup>74</sup> Die Zivilgesellschaft umfaßt im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, in der Bildung tätige Organisationen wie auch Verbände.

Gabriel Almond und Sidney Verba wie auch andere Autoren (Pateman 1970<sup>75</sup>, Barber 1984<sup>76</sup>) anerkennen die Bedeutung der politischen Beteiligung als wichtigen Aspekt für die Stabilisierung der Demokratie mit Bürgern, die politisch aktiv, informiert, analytisch und rational sind. „Politisch aktive Bürger sind sich nicht nur bewußt, daß sie die Politik beeinflussen können, sondern sie wissen auch, was die Regierung leisten kann.“<sup>77</sup> Deshalb ist es wichtig, daß die Beteiligung nicht mit der Wahlbeteiligung endet, sondern das sich Informieren, die Meinungsbildung und organisierte Mitgliedschaft beinhaltet. „Es muß eine politische Interessiertheit und Informiertheit vorhanden sein für eine Meinungsbildung und organisierte Zugehörigkeit, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht.“<sup>78</sup>

## Probleme bei der Bildung einer Zivilgesellschaft

Das Ziel der Politik in Lettland ist, die Zivilgesellschaft dahingehend zu entwickeln, daß die Einwohner keinen Hinderungsgrund haben, sich an der

---

<sup>73</sup> 8. Saeimas vēlēšanu rezultāti. – Centrālā vēlēšanu komisija // [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27956](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27956)

<sup>74</sup> Diamond Lettland *Developing Democracy. Toward Consolidation*. – John Hopkins University Press. – 1999. – p. 222.

<sup>75</sup> Pateman C. *Participation and Democratic Theory*. – Cambridge: Cambridge University Press. – 1977.

<sup>76</sup> Barber B. *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. – California: University of California Press. – 1984.

<sup>77</sup> Almond G., Verba S. *The Civic Culture Revisited*. – London: SAGE Publications, Inc., 1989. – p. 17.

<sup>78</sup> Hague R., Harrop M. *Comparative Government: An Introduction*. – Macmillan. – 1985. – p. 54-55.



Lösung gesellschaftlicher Fragen zu beteiligen.<sup>79</sup> Wie Zepa feststellt, ist „die politische Beteiligung, wie auch die Mitwirkung in NROs eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft, denn die Lebensfähigkeit der modernen Demokratie und ihre Entwicklung ist abhängig nicht nur von staatlichen Strukturen, sondern auch vom Verständnis der Bürger, ihrer Identität und Einstellung, wie sie zu verschiedenen ethnischen, religiösen und regionalen Identitäten stehen sowie von der Fähigkeit, tolerant gegenüber Minoritäten und Menschen mit anderen Eigenschaften zu sein, wie auch vom Interesse, am politischen Leben teilzuhaben, die Wohlfahrt der Gesellschaft zu fördern und die politischen Autoritäten zur Verantwortung zu ziehen“.<sup>80</sup> Doch die Untersuchungen, welche seit der Unabhängigkeit durchgeführt wurden, zeigen, daß die Beteiligung gering ist und eine Entfremdung zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen besteht.

Mārtiņš Etkins hat für das NRO-Zentrum ermittelt, daß nur 38% der Einwohner Lettlands wissen oder davon gehört haben, was die NROs machen.<sup>81</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Untersuchungen des Justizministeriums und des demoskopischen Instituts SKDS. Dabei wurde festgestellt, daß die Bevölkerung zu jeweils zehn Prozent in Gewerkschaften, Sportvereinen und Glaubensgemeinschaften organisiert ist. Weitere fünf Prozent sind aktiv in der Kindererziehung und bei Vereinigungen von Hausbesitzern und Mietern sowie auch in sozialen Diensten. Nur ein Prozent dagegen engagiert sich für Rentner oder auch in politischen Parteien und Minderheitenvertretungen. 60% geben hingegen zu, daß sie sich nirgends beteiligen.<sup>82</sup> Daraus kann gefolgert werden, daß die Bereitschaft zur Beteiligung zwar vorhanden ist, nicht jedoch in NROs oder gar Parteien. Wie Untersuchungen von Zepa ergeben, ist die fehlende Bereitschaft, sich an Versammlungen und Demonstrationen zu beteiligen, ähnlich gering wie in Rußland. Daraus wird geschlossen, daß die jüngere Vergangenheit nach wie vor die gesellschaftliche Haltung beeinflußt. Es zeigt sich, daß in Staaten, die ein totalitäres System erlebt haben, die Bereitschaft zum Einsatz noch geringer ist, als in jenen postsozialistischen Staaten, wo der Einfluß der Sowjetunion geringer war. Am höchsten ist sie in Ländern

---

<sup>79</sup> Sīmane M., *Par valsts politiku pilsoniskās sabiedrības stiprināšanai*. – Politikas portāls politika.lv // [www.politika.lv/index.php?id=109512&lang=lv](http://www.politika.lv/index.php?id=109512&lang=lv) (27.08.2004).

<sup>80</sup> Zepa B., *Politiskā līdzdalība un nevalstiskās organizācijas Latvijā* // Portāls Politika Latvijā [http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20\(2\).htm](http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20(2).htm). Das Originalzitat: „politiskā līdzdalība, kā arī līdzdalība nevalstiskajās organizācijās, ir svarīgs pilsoniskās sabiedrības veidošanās nosacījums, jo modernas demokrātijas dzīvotspēja un attīstība ir atkarīga ne tikai no „valsts” struktūrām, bet arī no pilsoņu izaugsmes līmeņa un attieksmes, piemēram, viņu identitātes izjūtas, no tā, kā viņi uztver un saprot konkurējošās: etniskās, reģionālās, reliģiskās identitātes, no viņu spējas būt tolerantiem pret minoritātēm un cilvēkiem ar atšķirīgiem paradumiem, kā arī no ieinteresētības līdzdarboties politiskajā dzīvē, sekmēt sabiedrības labklājību, prasīt atbildību no politiskajām autoritātēm.”

<sup>81</sup> Etkins M. *Projekts „Nevalstiskais sektors labākai sabiedrībai”* - Informācija masu medijiem. – Nevalstisko organizāciju centra mājaslapa // <http://www.nvo.lv/> 29.06.2004.

<sup>82</sup> „Iedzīvotāju integrācija: sabiedriskās aktivitātes”. – Latvijas iedzīvotāju aptauja, SKDS, Mārs 2002. Auftrag des Justizministeriums.

mit demokratischer Erfahrung. Und auch wenn die Menschen mit ihrer materiellen Situation in den nunmehr demokratischen Staaten unzufrieden sind, fördert das die Bereitschaft zu politischer Beteiligung nicht,<sup>83</sup> was unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß die Bevölkerung den Protest für zwecklos hält. Diese Meinung wird durch die fehlende Reaktion der Regierung auf Proteste bestätigt. Und auch die Massenmedien sind einstweilen noch zu unprofessionell, um effektiv als „vierte Gewalt“ aufzutreten.

Vorwiegend aktiv sind Frauen, die sich vor allem für Kinder einsetzen. Männer dagegen beschäftigen sich zumeist mit Sport. Generell sind die gesellschaftlich aktiven Menschen meist zwischen 45 und 54 Jahre alt. Bedauert wird dabei natürlich, daß die für NROs investierte Zeit nicht mit der Familie verbracht werden kann.<sup>84</sup>

### **Hinderliche Faktoren für politische Beteiligung**

Mit dem Begriff der Zivilgesellschaft beschäftigt sich die Wissenschaft im postkommunistischen Raum intensiv. Und im Zusammenhang mit den Umbrüchen nach 1989 war die Hoffnung auf die Zivilgesellschaft groß.<sup>85</sup> Zepa zeigt auf, daß die Beteiligung der Bevölkerung gerade in den 80er und 90er Jahren besonders hoch war. Das ist zu verstehen als Folge dessen, daß mehrere Jahrzehnte die Bevölkerung ihre Meinung eben nicht äußern konnte. In der Umbruchzeit gab es eine unikale Situation für politische Beteiligung. Gerade damals waren besonders viele Bürger engagiert in verschiedenen Organisationen.<sup>86</sup>

Westliche Wissenschaftler sehen im zwischenzeitlichen Rückgang der Partizipation keine Bedrohung für die Demokratie, wenn auch das demokratische Bewußtsein nur langsam wächst. Die gegenwärtige Situation läßt vermuten, daß sich das derzeitige Entwicklungstempo auch in der nächsten Zukunft nicht ändert. Howard fasst zusammen, daß die postkommunistischen Staaten über drei typische Eigenschaften verfügen:

Erstens das fehlende Vertrauen in kommunistische Organisationen, die seinerzeit jedes privates Engagement unterdrückt haben und an deren Stelle die obligatorische Teilnahme an kommunistisch organisierten Veranstaltungen vorgeschrieben haben,

zweitens das Existieren von Freundeskreisen, in denen auf privater Ebene offen diskutiert werden konnte und

---

<sup>83</sup> Zepa B., *Politiskā līdzdalība un nevalstiskās organizācijas Latvijā* // Portāls Politika Latvijā [http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20\(2\).htm](http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20(2).htm)

<sup>84</sup> Vilka I., Strupiņš A., *Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze.* – PHARE projekts LE 01.03.02. „Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā 2002/2003” – 7. lpp.

<sup>85</sup> Howard, Marc Morje. “The Weakness of Post-Communist Civil Society.” – *Journal of Democracy*. Vol. 13 No. 1 – January, 2002. – p. 257.

<sup>86</sup> Zepa B., *Politiskā līdzdalība un nevalstiskās organizācijas Latvijā* // Portāls Politika Latvijā [http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20\(2\).htm](http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20(2).htm)

drittens die Enttäuschung über die Realität im Postkommunismus vor allem die soziale und wirtschaftliche Situation betreffend.<sup>87</sup>

Forschungsergebnisse des Baltijas Datu Nams<sup>88</sup> belegen, daß die geringe Beteiligung vor allem auf ein Fehlen an positiver Erfahrung zurückzuführen ist, wie auch auf eine Geringbewertung der eigenen Kompetenz und der veränderten Werte in einem ökonomisch sich schnell wandelnden Leben.<sup>89</sup> Eine Ursache dafür liegt in der unklaren Gesetzgebung, die als Erbe der sowjetischen Zeiten zwischen unterschiedlichen Organisationen wie etwa Vereinen und Glaubensgemeinschaften oder auch Hilfsorganisationen nur bedingt unterscheiden. Das wiederum hat konkrete auch ökonomische Folgen beispielsweise durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die damit verbundenen Vorzüge im Steuerrecht. Gleichzeitig verhindert die wirtschaftliche Situation im Lande die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, weil viele Menschen sich nicht erlauben können, ihre Zeit gemeinnützig und unentgeltlich solchen Freizeitaktivitäten zu widmen. Auch erhalten die NROs nach wie vor aus verschiedenen Quellen zu wenig finanzielle Unterstützung. Die einzige Ausnahme davon sind einstweilen Glaubensgemeinschaften.<sup>90</sup>

Die beschriebene Situation weist mit der geringen Partizipation typische Probleme einer postkommunistischen Gesellschaft auf, welche den oberflächlichen Charakter des demokratischen Systems aufzeigen. Gleichzeitig bedeutet aber die geringe Beteiligung keinesfalls eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie. Ganz im Gegenteil bedeutet die beschriebene geringe Bereitschaft zum Engagement, daß auch antidemokratische Organisationen Schwierigkeiten bei der Mobilisierung auch der Enttäuschten haben.<sup>91</sup> Deshalb kann behauptet werden, daß die Demokratie weder besonders blüht, noch sich an der Grenze des Zusammenbruchs befindet. So auch Howard: „So geht die [Demokratisierung] sich langsam vorwärts bewegend vonstatten mit einer Gesellschaft, die auch künftig vom Öffentlichen getrennt sein wird. Die charakteristischen Elemente einer post-kommunistische Demokratie sind und bleiben noch für einige Jahrzehnte vermutlich besorgniserregend, doch es handelt sich nicht um eine fatal schwache demokratische Gesellschaft.“<sup>92</sup>

---

<sup>87</sup> Howard, Marc Morje. „The Weakness of Post-Communist Civil Society.“ – Journal of Democracy. Vol. 13 No. 1 – January, 2002. – p. 263.

<sup>88</sup> Baltijas Datu Nams (Baltic Data House) ist ein demoskopisches Institut in Lettland (Anm.d.Hrsg.).

<sup>89</sup> Zepa B., *Politiskā līdzdalība Latvijā*. – Baltijas Sociālo Zinātņu Institūts // [www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf](http://www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf)

<sup>90</sup> Zepa B., *Politiskā līdzdalība Latvijā*. – Baltijas Sociālo Zinātņu Institūts // [www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf](http://www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf)

<sup>91</sup> Howard, Marc Morje. „The Weakness of Post-Communist Civil Society.“ – Journal of Democracy. Vol. 13 No. 1 – January, 2002. – p. 295.

<sup>92</sup> Howard, Marc Morje. „The Weakness of Post-Communist Civil Society.“ – Journal of Democracy. Vol. 13 No. 1 – January, 2002. – p. 297.

## Fazit

Die Zivilgesellschaft stützt sich auf die Annahme, daß das Individuum selbst Schmied des eigenen Glückes ist. Obwohl in Lettland der Einzelne viele Möglichkeiten hat, werden diese aus verschiedenen historischen Gründen bei weitem nicht immer genutzt. Zum einen befindet sich das Land in einer Übergangsperiode von der sowjetischen Regierung, die de facto das Leben seiner Einwohner bestimmt hat. Die Menschen sind gewohnt, daß alles von oben gesteuert wird und diese Denkweise zu verändern ist schwierig. Zahlreiche Einwohner Lettlands sind zum anderen aus Rußland zugewandert, wo zivilgesellschaftliche Strukturen noch nie entwickelt wurden.<sup>93</sup>

Die Zivilgesellschaft in der postkommunistischen Welt ist mit der Wende vor und nach 1989 durch drei Phasen gegangen. Je früher es die Möglichkeit zu Entwicklung gab, den Fängen der repressiven Regierung zu entgehen, desto schneller wurden westliche Strukturen umgesetzt. Der Begriff der Zivilgesellschaft hat sich stark verändert und ist als ein Schwachpunkt der Entwicklung der neuen Demokratien zu sehen.<sup>94</sup> Dennoch behaupten einige Wissenschaftler, daß niemals behauptet werden sollte, in der Sowjetunion habe es keine Zivilgesellschaft gegeben wie Buchowski sagt: „die Zivilgesellschaft ist mehr als nur organisierte Interessengruppen oder autonome Verbände“<sup>95</sup>. Neben den staatlichen Organisationen bewertet er wie Howard die privaten Zirkel hoch. Folglich hat sich die Zivilgesellschaft während der sowjetischen Zeit als Nebengesellschaft etabliert.<sup>96</sup> Nach 1989 hat sich der Begriff der Zivilgesellschaft grundlegend geändert hin zur demokratischen Gesellschaft.<sup>97</sup> Wenn sie früher eine Frage der Flucht vor der Regierung war, so ist sie nunmehr eine grundlegende Stütze des Staates und wichtig für dessen Neuaufbau. Mit der Entstehung von Parteien wird die Zivilgesellschaft jedoch zur ausgleichenden Kraft, wobei die Bevölkerung trotz positiver Bewertung bis heute nur teilweise die Wichtigkeit dieser Organisationen gegenüber der Regierung verstanden hat. Deshalb muß in Zukunft für Umstände gesorgt werden, unter denen die Bevölkerung in der Lage ist, eine Zivilgesellschaft entstehen zu lassen, wie sie als gewünscht erscheint. Deshalb müssen auch die staatlichen Institutionen die Bevölkerung in den politischen Prozeß einbeziehen.<sup>98</sup> Ent-

---

<sup>93</sup> Projekts Īpašu uzdevumu ministra sabiedrības integrācijas lietās sekretariāta uzdevumā veikts PHARE projekta LE 01.03.02 „Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā 2002/2003 ietvaros”. Projektu īsteno Consensus PR un Latvijas Ārpolitikas institūts.

<sup>94</sup> Rasell M., Nasirdinov T. *The New Polity – Is Democracy a far-off Dream or Plausible Reality?* In: *Reconstructing Visions and Realities of the Post-Communist World* // [http://www.gradconf.ceu.hu/program\\_workshops.htm](http://www.gradconf.ceu.hu/program_workshops.htm)

<sup>95</sup> Buchowski M. *The Shifting Meanings of Civil and Civic Society in Poland*. – Course Pack. – p. 284.

<sup>96</sup> Fagin A. *Transition to Democracy in the Czech Republic: The Concept of Civil Society*. – *The Practice of Civil Society*. – Middlesex University, 1997. – p. 573.

<sup>97</sup> Marada R. *Civil Society: Adventures of the Concept before and after 1989*. – Course Pack. – p. 275.

<sup>98</sup> Etkins M. *Projekts „Nevalstiskais sektors labākai sabiedrībai”* - Informācija masu medijiem. – Nevalstisko organizāciju centra mājaslapa // <http://www.nvo.lv/> 29.06.2004.

sprechend der wirtschaftlich positiven Entwicklung muß die Bevölkerung zunehmend Verantwortung übernehmen, jedoch wird das erst dann geschehen, wenn sich die Denkweise verändert hat, wonach viele meinen, daß andere sich um ihr Schicksal zu kümmern hätten.

## **Literatur**

- Almond G., Verba S. *The Civic Culture Revisited*. – London: SAGE Publications, Inc., 1989.
- Barber B. *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. – California: University of California Press. – 1984.
- Bourdieu P. *The Forms of Capital*. – *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*. – J. G. Richardson (ed.): Greenwood Press. – 1986.
- Brehm J. Rahn W. Individual Level Evidence for the Causes and Consequences of Social Capital. – *American Journal of Political Science*. – 1999.
- Briggs X. de Souza. *Doing Democracy Up Close: Culture, Power and Communication in Community Planning*. – *Journal of Planning Education and Research*. – 1998.
- Centrālā vēlēšanu komisija 8. Saeimas vēlēšanu rezultāti. –// [http://web.cvk.lv/pub/?doc\\_id=27956](http://web.cvk.lv/pub/?doc_id=27956)
- Chambers S., Kymlicka W. (eds), *Alternative Conceptions of Civil Society*. – Princeton University Press. – 2001. // <http://pup.princeton.edu/titles/7212.html>
- Diamond Lettland *Developing Democracy. Toward Consolidation*. – John Hopkins University Press. – 1999.
- Ekeus R. *OSCE and Latvia: Past, Present and Future*. – Riga: 2002. – March 20. // <http://www.osce.org/publications/newsletter/2002-09/nl092002.pdf>
- Etkins M. Projekts „Nevalstiskais sektors labākai sabiedrībai” - Informācija masu medijiem. – Nevalstisko organizāciju centra mājaslapa // <http://www.nvo.lv/> 29.06.2004.
- Fukuyama F. *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. – London: Penguin. – 1995.
- Hague R., Harrop M. *Comparative Government: An Introduction*. – Macmillan. – 1985.
- Howard, Marc Morje. “The Weakness of Post-Communist Civil Society.” – *Journal of Democracy*. Vol. 13 No. 1 – January, 2002.
- Inglehart R. *Modernization and Post-modernization: Cultural and Political Change in 43 Societies*. – Princeton, NJ: Princeton University Press. – 1997.
- Pateman C. *Participation and Democratic Theory*. – Cambridge: Cambridge University Press. – 1977.
- Rasell M., Nasirdinov T. *The New Polity – Is Democracy a far-off Dream or Plausible Reality? In: Reconstructing Visions and Realities of the Post-Communist World* // [http://www.gradconf.ceu.hu/program\\_workshops.htm](http://www.gradconf.ceu.hu/program_workshops.htm)
- Sīmane M., *Par valsts politiku pilsoniskās sabiedrības stiprināšanai*. – Politikas portāls politika.lv // [www.politika.lv/index.php?id=109512&lang=lv](http://www.politika.lv/index.php?id=109512&lang=lv) (27.08.2004).

SKDS, „Iedzīvotāju integrācija: sabiedriskās aktivitātes”. – Latvijas iedzīvotāju aptauja, Mārz2002. Auftrag des Justizministeriums.

Vilka I., Strupišs A., Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā: situācijas analīze. – PHARE projekts LE 01.03.02. „Pilsoniskās sabiedrības attīstība Latvijā 2002/2003”.

Zepa B., Politiskā līdzdalība Latvijā. – Baltijas Sociālo Zinātņu Institūts // [www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf](http://www.bszi.lv/downloads/resources/politLidzdaliba/politLidzdaliba1999.pdf)

Zepa B., Politiskā līdzdalība un nevalstiskās organizācijas Latvijā // Portāls Politika Latvijā [http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20\(2\).htm](http://www.politics.lv/psistema/4.2/1%20(2).htm)

# **Allgemeiner Aspekt des Menschenhandels<sup>99</sup>**

*Sintija Langenfelde*

Das Ende des 20. Jahrhunderts und die Tendenzen der Globalisierung zu Beginn des neuen Jahrtausend bedeuten neue Entwicklungen, die nicht nur politische und soziale sowie juristische Aspekte haben, sondern auch kriminalistische. Der Versuch, einen einheitlichen politischen Raum zu schaffen, die Lebensqualität zu heben und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten bedeutet auch eine internationale Kriminalitätsbekämpfung. [3]

Menschenhandel, besonders Frauen und Kinder betreffend, wird als weltweit dritteinträglichste Geschäft nach Rauschgift- und Waffenhandel betrachtet. In Lettland ist das ein neues Problem, das in den 90er Jahren an Aktualität gewonnen hat. Das Land ist eines der Herkunftsländer von Opfern des Menschenhandels. Internationale Forschungsergebnisse belegen, daß die soziale Desintegration und die Suche nach einem wirtschaftlich abgesicherten Leben eine wichtige Basis des Menschenhandels ist.

Die meisten Opfer sind junge Frauen, die von einzelnen Käufern und Zwischenhändlern geworben, transportiert und verkauft werden – zumeist zwecks sexueller Ausbeutung. Ein Teil der Frauen, die auf Arbeitsangebote im Ausland eingehen, wissen, daß dies mit dem Angebot sexueller Dienstleistungen verbunden ist. Dennoch gibt es auch Frauen, die in eine nicht mehr kontrollierbare Gewaltsituation ohne jegliche Menschenrechtseinhaltungen geraten. [6]

2001 wurden etwa 500.000 Frauen aus Mittel- und Osteuropa Opfer des Menschenhandels. Es wird davon ausgegangen, daß die involvierten Organisationen mehr als sieben Milliarden US-Dollar damit verdienen.

Warum aber gehen die Frauen auf die Arbeitsangebote im Ausland ein, die häufig illegal und gefährlich im physischen, moralischen und auch im psychischen Sinne sind? Welche Schritte erfolgen im Rahmen internationaler Zusammenarbeit, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Phänomen einzuschränken?

Das Phänomen des Menschenhandels existiert schon lange, hat sich aber im Laufe der Zeit deutlich verändert. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurde

---

<sup>99</sup> Titel der Hausarbeit: „Cilvēku tirdzniecības vispārējais aspekts“.

eine umfangreiche Migration von Frauen aus Europa nach Amerika und Nordafrika wie auch innerhalb des Kontinents organisiert. Diese Zeiten haben sich gerändert, nunmehr gibt es eine Nachfrage nach „weißer Ware“, darum werden neben Frauen aus Afrika, Asien und beispielsweise Indonesien besonders Frauen aus den zentral- und osteuropäischen Staaten angeworben.

Um dieses Phänomen, das als „weißer Sklavenhandel“ bezeichnet wird, zu bekämpfen, gab es zwei Konferenzen in Paris 1902 und 1910. Erfolg war die internationale Konvention über den weißen Sklavenhandel, die 1921 durch eine Konvention über die Bekämpfung des Kinder- und Frauenhandels sowie über den Handel mit volljährigen Frauen in Genf 1933 sowie der Konvention gegen den Frauenhandel und den Zwang zur Prostitution in New York 1949 ergänzt wurden.

Die unterschiedliche Entwicklung der Staaten führte anfangs zu einem Handel mit der „weißen Ware“, später vom Süden nach Norden und nunmehr von den weniger entwickelten Regionen in die blühenden, unabhängig von der geographischen Lokalität – jedoch insbesondere nach Westen. [7]

## **Begriff des Menschenhandels**

Über den Begriff des Menschenhandels wie auch bezüglich der Untersuchung dieses Phänomens wird unter den Theoretikern wie Praktikern intensiv diskutiert. So, wie es keine universelle Definition gibt, die den Anforderungen der Experten aus allen Ländern genügen würde, gibt es auch ein unterschiedliches Verständnis der Klassifikation des Menschenhandels. Dazu gehören die Aspekte der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, der legalen und illegalen Migration, der Arbeitslosigkeit, moralischer und Verhaltensnormen, Probleme mit der Prostitution an sich wie auch mit Menschenrechtsverletzungen. [3]

Das Verständnis des Problems unterscheidet sich von Staat zu Staat. Der Begriff des Menschenhandels wird weiter oder enger definiert in Abhängigkeit davon, ob es sich um alle Menschen oder eine besondere Minderheit handelt und ob das Ziel die Bekämpfung des Phänomens ist. [7] Die am häufigsten verwandte Definition stammt von der UNO, aus der Konvention gegen die organisierte Kriminalität und den Menschenhandel. [5]

Die UNO definiert danach als Menschenhandel Anwerbung, Verbringung, Abgabe, Versteck und Empfang von Menschen zwecks Ausnutzung mittels Drohung und anderer Druckmittel, außerdem auch die Verbringung mit Gewalt aufgrund von Betrug, Irreführung oder andere Formen der Ausnutzung der eigenen Machtposition und des Ungeschützseins der Betroffenen, eingeschlossen der Begünstigung auch materieller Art, um die Zustimmung einer Person zu erhalten, die Macht über eine betroffene Person hat. Das lettische Strafrecht versteht unter Menschenhandel vergleichbare Sachverhalte. [3]



Die Definition des Menschenhandels ist wichtig zwecks Klassifizierung konkreten Handelns und der Anerkennung als Straftat. Folglich sollte die Definition möglichst weit ausfallen und die unterschiedlichsten Umstände und Handlungen umfassen, damit ggf. auch zweifelhafte Fälle als Straftat angesehen werden können. [3] Gegenwärtig erlaubt die Gesetzgebung Lettlands eine Bestrafung auch in den Fällen, wo der Menschenhandel mit Zustimmung des Opfers erfolgte.

## **Ursachen und begünstigende Faktoren**

Die Hauptursache für den Menschenhandel sind die unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmenden sozialen Unterschiede auf der Welt. Folglich verwundert es wenig, daß der Handel von den armen in die reichen Länder geht. Hauptsächlich betrifft das Phänomen Kinder und Frauen. Dabei demonstrieren die Zahlen internationaler Organisationen, daß Frauen fast in jeder Gesellschaft unter Ungleichheit leiden. Die Gründe mögen unterschiedlich sein, doch veraltete Stereotypen und traditionelle religiöse Normen beschränken die Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen im Vergleich mit Männern.

Somit sind ökonomische Faktoren ein Grund, warum die Menschen ihr Heimatland verlassen. Während Frauen früher häufig ihren bereits ausgereisten Männern folgten, sind sie es heute häufig selbst, die im Ausland nach besser bezahlter Arbeit suchen, um Geld in die Heimat zu senden. Hinzu kommt der Status der Frauen, die häufig in der Heimat schlechter bezahlt werden als Männer und darum ebenso häufiger von Armut betroffen sind. [7]

## **Situation in Lettland und allgemein**

Jährlich werden etwa vier Millionen Menschen Opfer des Menschenhandels. Auch wenn in Lettland keine genauen Daten über die Opfer vorliegen, weil eine Einrichtung fehlt, welche diese Daten sammeln würde, gibt es Anzeichen, nach denen die Zahl der Betroffenen ungefähr nachvollzogen werden kann – demnach kommen aus den baltischen Ländern etwa 2.000 Opfer jährlich. [1]

Der Grund für den Handel mit Frauen und Kindern ist zumeist deren sexuelle Ausbeutung. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Hoffnung auf Arbeit im Ausland und die fehlende Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Darum werden gerade in Osteuropa Frauen häufig Opfer des Menschenhandels. Ihnen wird versprochen, sie erhielten problemlos eine einfache Arbeit mit guter Entlohnung in Westeuropa – als Tänzerin oder als Haushälterin. In Wahrheit werden die Frauen später häufig zur Prostitution gezwungen. Nach Angaben

der UNO verdienen die Organisationen in diesem Geschäft sieben Billionen US-Dollar. [2]

Der Kampf gegen den Frauenhandel wie auch die Betreuung betroffener Personen wird in Europa verstärkt, wenn es auch in einigen Staaten, darunter Lettland, an entsprechenden Organisationen fehlt. Der Kampf richtet sich jedoch häufig nur gegen den Handel als Teil der organisierten Kriminalität und weniger der Verletzung der Menschenrechte.

Dank zahlreicher Informationskampagnen verändert sich die Meinung der Gesellschaft zum Menschenhandel und seinen Opfern. Ursachen und Risikofaktoren wie auch die Beschreibung der Situation der Betroffenen werden Thema in den Massenmedien. [3]

## **Gesetze gegen Menschenhandel**

Historisch gesehen ist der internationale Vertrag über den Kampf gegen den „weißen Handel“ zwischen einigen europäischen Staaten aus dem Jahre 1904 einer der frühesten Versuche zur Bekämpfung des Phänomens, der die erwähnte internationale Konvention folgte. Während dieser erste Schritt sich vor allem gegen die Ausnutzung von Frauen aus Großbritannien in Kontinentaleuropa richtete, waren die folgenden Beschlüsse umfassender: darunter die Forderung nach einer Gesetzgebung gegen die Zwangsprostitution und den Handel mit Frauen und Kindern, sowie Verstöße als strafbar anzuerkennen, Mitgliedstaaten über professionelle Menschenhändler in Kenntnis zu setzen und andere Handlungen zu bekämpfen, die im Zusammenhang mit dem Zwang zur Prostitution auch mit Zustimmung des Opfers stehen. Das wichtigste Dokument ist in dieser Hinsicht die Internationale Menschenrechtskonvention von 1948. [3] Seither hat die internationale Gemeinschaft verschiedene Menschenrechtsnormen verabschiedet, die auch von Lettland ratifiziert wurden, darunter die Konvention über den Menschenhandel und die Zwangsprostitution, die Bekämpfung der Frauendiskriminierung 1990, die Rechte des Kindes 1992, gegen das internationale Verbrechen 2001 und 2002 inklusive erneut gegen den Menschenhandel mit Frauen und Kindern, gegen das organisierte Verbrechen im Zusammenhang mit Flüchtlingen 2003. Auch der Beschluß des Europarates von 2000 gegen den Menschenhandel zwecks sexueller Ausnutzung ist für Lettland bindend. [6]

## **Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels in Lettland**

Mit internationaler Unterstützung haben verschiedene gesellschaftliche Organisationen in Lettland Projekte zur Information der Gesellschaft über das Problem des Menschenhandels wie auch zur Unterstützung der Opfer realisiert. Das Zentrum für Geschlechterprobleme „Genders“ arbeitet seit 1988 mit

Unterstützung durch die Programme DAPHNE und STOP der EU, des schwedischen Außenministeriums, der Stiftung der niederländischen Königin Juliana sowie der dänischen Botschaft. Im Rahmen des EU-Projekts „Access 2000“ werden die Kapazitäten der Aufklärung der Frauen über den Menschenhandel gefördert. Auch das Zentrum für die Gesundheit der Jugend engagiert sich. In Zusammenarbeit mit der internationalen Jugendorganisation „International Organization for Adolescents“ wird seit 2001 das Projekt „Über Deine Sicherheit bei der Arbeit im Ausland“ realisiert. 2003 begannen die Organisationen International „Organization for Adolescents und Cross-Sector Solutions“ ebenfalls mit einem Projekt zur Verhinderung des Menschenhandels, der Untersuchung der Fälle sowie der Repatriierung der Betroffenen.

2001 wurden im Auftrag der Regierungen von Finnland und den USA die sozialen Aspekte des Frauenhandels und der Prostitution in den baltischen Staaten untersucht, dem eine Untersuchung der Informiertheit der Gesellschaft über das Problem folgte. Die Studien belegten, daß einstweilen das Problembewußtsein fehlt. Im gleichen Jahr folgte eine von Schweden finanzierte Aktion „Du wirst verkauft wie eine Puppe. Glaube nicht an einfachen Verdienst im Ausland“<sup>100</sup> In diesem Zusammenhang gab es auch eine Telefon-Hotline. 2002 wurde in Zusammenarbeit verschiedener Organisationen ein Pilotprojekt zur Repatriierung betroffener Frauen gestartet, die mit finanzieller Hilfe aus Finnland sieben Personen mit neuen Dokumenten, Unterkunft, medizinischer und psychologischer Hilfe als auch mit Weiterbildung helfen konnte. In Zusammenarbeit mit der Soros-Stiftung wird seit 2003 vor allem in Lettgallen / Ostlettland in Schulen, Berufs- und Abendschulen informiert.

Darüber hinaus gab es zahlreiche weitere Projekte zur konkreten Unterstützung der Betroffenen, Informationen und Seminare.

## **Fazit**

Menschenhandel ist eine schwere Verletzung des Menschenrechts. Während das Problem bereits lange weltweit besteht, so betrifft es Lettland erst seit den 90er Jahren. Doch Gegenmaßnahmen wurden erst später ergriffen. Trotz vieler Veranstaltungen zum Thema wird das Problem in der Gesellschaft nach wie vor nur bedingt anerkannt. Gleichzeitig widmen sich zunehmend mehr gesellschaftliche Organisationen dem Problem, mit deren Hilfe die Schuldigen gefunden und bestraft werden.

Unwissen über das Problem ist allerdings nicht nur in der Gesellschaft anzutreffen, sondern auch unter Amtspersonen in staatlichen Institutionen. Vor Beginn des oben erwähnten Projektes war die Definition des Begriffes Men-

---

<sup>100</sup> „Tevi pārdos kā lelli – netici vieglai peļņai ārzemēs“. Diese Plakataktion fand in allen drei baltischen Staaten statt – und neuerlich auch im Jahre 2005 (Anm.d.Hrsg.).

schenhandel nur einem geringem Kreis von Personen bekannt. Verglichen mit dem Zustand ein paar Jahre zuvor zeigen seit 2002 internationale Untersuchungen, daß immer mehr junge Menschen die Ernsthaftigkeit des Problems des Menschenhandels erkannt haben. 90% der Schüler sind der Ansicht, daß ihre Altersgenossen über das Problem informiert werden müssen. Dennoch, zur Veränderung der gegenwärtigen Situation ist ein zielstrebiges und effektives Handeln erforderlich.

## **Literatur**

IOM Starptautiskā Migrācijas organizācija; „Cilvēku tirdzniecība – izpratne, problēmas, risinājumi”, Rokasgrāmata sociālajiem darbiniekiem; Rīga, 2004

Foundation of Women's Forum/Stiftelsen Kvinnoforum, Stockholm, August 1998 The report was financed by the Swedish Ministry for Foreign Affairs Mapping the Situation and Existing Organisations Working in Belarus, Russia, the Baltic and Nordic States.

Fiona, David, Australian Institute of Criminology Reserch and Public Policy Series No.24 „Human Smuggling and Trafficking”.

LMzino\_090703; Informatīvais ziņojums “Cilvēku, īpaši sieviešu un bērnu, tirdzniecības problēma Latvijā”

Eiropas padomes Ministri komiteja; Par cilvēku tirdzniecību seksuālas izmantošanas nolūkā; Ministru komitejas rekomendācija dalībvalstīm , R (2000) 11; Ministru komiteja pieņēmusi 200. gada 19. maijā 710. ministru vietnieku sanāksmē.

Auseklis, Rīga, Nr. 01.11.03.

Latvijas Vēstnesis Nr. 127 06.09. 2002

# **Parlamentarische Kontrolle über die Regierung<sup>101</sup>**

*Ilze Silīņa-Osmāne*

Das Organisationsstatut der Republik Lettland ist in der Verfassung „Satversme“ festgelegt, die auch den Zuständigkeitsbereich und die Gliederung der Institutionen bestimmt. Das gilt auch für die vom Parlament kontrollierte Regierung. Trotz klarer Vorschriften gibt es im politischen Alltag sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik Mißverständnisse. Es entsteht der Eindruck, daß die Abgeordneten während und durch die Realisierung ihrer Aufgaben nach wie vor die Verfassung erst noch lernen. Hier werden die Instrumente der parlamentarischen Kontrollfunktion erläutert als auch die Resultate anhand der Untersuchungsausschüsse untersucht.

## **Die Legislative in der Theorie**

Der Parlamentarismus ist die älteste Form der repräsentativen Demokratie, dessen Musterbeispiel Großbritannien ist. Demnach ist das einzige Organ, welches aus einer Volkswahl hervorgeht, das Parlament, welches die Regierung bildet und bestätigt, die ihrerseits dem Parlament verantwortlich ist. Im Falle des Mißtrauens muß die Regierung zurücktreten.<sup>102</sup> Im Parlamentarismus gibt es zumeist Koalitionsregierungen. Die Formen der Kontrolle im einzelnen variieren von Land zu Land, so kann das Parlament in einigen Staaten auch einzelne Minister abberufen,<sup>103</sup> während die Macht des Regierungschefs gegenüber seinen Ministern ebenfalls unterschiedlich groß ist. In der Regel, aber mit Ausnahme der Niederlande, Norwegens und Luxemburgs, dürfen die Regierungsmitglieder ein Parlamentsmandat haben. Mitunter kann das Parlament Regierungsmitglieder nur aus seiner Mitte wählen, also keine Kandidaten, die kein Mandat gewonnen haben. Ähnlich verhält es sich mit der Mög-

---

<sup>101</sup> Titel der Hausarbeit: „Parlamentārā kontrole pār valdību”.

<sup>102</sup> Ikstens J. Instrukcionāli mehānismi atbildīgas politikas veicināšanai Latvijā: Satversmes reformas priekšlikumu politoloģisks novērtējums, 2001.,7. p.,

<sup>103</sup> <http://www.free-definition.com/Parliamentary-system.html>, Lijphart A.(1999) Patterns of Democracy. Yale University Press, Ch.7,p. 127.

lichkeit der Parlamentsauflösung, die in vielen Staaten der Regierung gegeben ist, komplizierte Ausnahmen bilden Norwegen oder auch Deutschland.<sup>104</sup>

Ein häufig untersuchter Hinweis auf die Stabilität der Demokratie ist die Langlebigkeit der Regierungen. Je länger sie im Amt ist, desto eher hat sie die Gesetzgebungsgewalt, also die sie tragenden Fraktionen dominiert. Kurzlebige Regierungen sind dagegen schwach.<sup>105</sup>

## Die Rechte des lettischen Parlaments, der Saeima

Die Republik Lettland wurde im Jahre 1991 von der Sowjetunion unabhängig<sup>106</sup> und die verfassungsrechtliche Grundlage ist die Satversme von 1922. Nach Artikel 59 ist Lettland eine parlamentarische Republik, in der die Regierung vor dem Parlament verantwortlich ist. Folglich haben beide Organe ihre Rechte, die keine Bevormundung des Parlaments gegenüber der Regierung bedeuten.<sup>107</sup>

Das Einkammerparlament, die Saeima, ist das einzige direkt gewählte Organ. Es hat 100 Abgeordnete, die seit einer Gesetzesnovelle 1997 auf vier Jahre gewählt werden und nicht abberufen werden können.<sup>108</sup> Die Saeima wählt die Regierung und beruft sie ab, sie hat die Befugnis zur Gesetzgebung inklusive des Haushaltes (Artikel 66), und sie wählt den Präsidenten wie auch weitere Amtspersonen. Die Arbeit des Parlamentes wird durch die Geschäftsordnung festgelegt.<sup>109</sup> Die Kontrolle über die Regierung bestimmt Artikel 25 der Satversme.<sup>110</sup> Die Saeima hat derzeit 17 Ausschüsse. Artikel 27 der Verfassung besagt, daß das Parlament das Recht hat, der Regierung Fragen zu unterbreiten, auf die ggf. ein bevollmächtigter Vertreter antworten muß. Auf Anfrage müssen entsprechende Dokumente präsentiert werden.<sup>111</sup>

Nachdem die Satversme in Kraft getreten war, setzte sich die Auffassung durch, das Parlament habe neben diesen Kontrollrechten weitere Befugnisse, da wie in anderen parlamentarischen Staaten die Regierung abhängig ist vom

---

<sup>104</sup> a.a.O.. p. 125-126

<sup>105</sup> a.a.O.. p. 129.

<sup>106</sup> Die Letten sprechen von „neatkarības atjaunošana“ also der Erneuerung der Unabhängigkeit, da die Republik Lettland 1940 von der Sowjetunion okkupiert wurde (Anm.d.Hrsg.).

<sup>107</sup> D.A.Lēbers, I.Bišers. Ministru kabinets. Rīga, 1998., 111.-112. lpp.

<sup>108</sup> J.Ikstens <http://www.politics.lv/satvars/3.2/2.htm>

<sup>109</sup> a.a.O..

<sup>110</sup> „Saeima izvēlē komisijas, noteicot to locekļu skaitu un uzdevumus. Komisijām ir tiesības pieprasīt savai darbībai vajadzīgās ziņas un paskaidrojumus no atsevišķiem ministriem un pašvaldības iestādēm, kā arī uzaicināt savās sēdēs dot paskaidrojumus attiecīgo ministriju un pašvaldības iestāžu atbildīgos priekšstāvjus. Komisijas var darboties arī starp sesijām“. „Latvijas Republikas Satversme“, [http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana\\_satversme.html](http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana_satversme.html)

<sup>111</sup> „Saeimai ir tiesības iesniegt ministru prezidentam vai atsevišķam ministram pieprasījumus un jautājumus, uz kuriem ir jāatbild viņiem vai viņu pilnvarotai atbildīgai valsts amata personai. Ministru prezidentam vai ministram uz Saeimas vai tās komisiju pieprasījumu jāceļ tām priekšā attiecīgi dokumenti un aktis.“. a.a.O..

Parlament. So kann das Parlament Resolutionen und Anweisungen an die Regierung verabschieden.<sup>112</sup>

## **Die Exekutive in der Theorie**

Während das Parlament im parlamentarischen System direkt gewählt wurde, gilt dies nicht für die Regierung, die gewöhnlich aus den Parteiführern der ins Parlament gewählten Parteien besteht, die sich untereinander auf eine Koalition einigen, und dem Parlament verantwortlich sind. Folglich kontrolliert dieses die Regierung.<sup>113</sup>

Für den Parlamentarismus typisch ist die Verantwortung der in der Regierung befindlichen Parteien. Von der Qualität ihrer Arbeit und der Überzeugungskraft ist abhängig, ob ein von der Regierung eingebrachter Antrag vom Parlament bestätigt wird. Folglich ist die Stabilität einer Regierung nicht nur von ihrem inneren Zusammenhalt geprägt, sondern auch von der Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen.<sup>114</sup>

Die Regierung hat keine konkrete Amtszeit. Nach der Wahl hat das Parlament die Aufgabe, eine neue Regierung zu bestimmen. Aber diese muß nicht unbedingt bis zu den nachfolgenden Wahlen im Amt bleiben; das Parlament kann jederzeit einer anderen Regierung vertrauen.<sup>115</sup>

Die Exekutive hat die Aufgabe, die Gesetzgebung zu realisieren. Dazu gehören die äußere und innere Sicherheit, die Polizei, die Außen- und Verteidigungspolitik und damit verbundene Verordnungen.<sup>116</sup>

## **Parlamentarische Kontrolle**

Neben der in der Verfassung vorgesehenen Kontrolle des Parlaments über die Regierung kontrollieren die die Regierung tragenden Fraktionen durch innerparteiliche Prozesse die Regierung, respektive die ihr angehörenden Minister. Außerdem gibt es den Meinungs Austausch zwischen den Koalitionsparteien.<sup>117</sup>

---

<sup>112</sup> Dišlers. K.Valsts varas organi un viņu funkcijas. Rīga, 1925., 90. p

<sup>113</sup> Ginters M. Parlamentārās republikas pret prezidentālām republikām. Salīdzinoša perspektīva. 2003.g. 4.lpp.; Dickerson M.O., Flanagan T., Nevitte N. Introductory Readings in Government and Politics, Methuen Publications, Toronto, 1983., p. 184.-185; Cipeliuss, R. Vispārējā mācība par valsti, AGB, Rīga, 1998., 319. lpp.; Ramney A. Governing. An Introduction to Political Science. 5th edition, Prentice - Hall, Englewood Cliffs, New Jersey, 1990. p. 258.-259.

<sup>114</sup> Ginters M. Parlamentārās republikas pret prezidentālām republikām. Salīdzinoša perspektīva. 2003.g. 4.lpp. Hague R., Harrop M., Breslin S. Political Science: A Comparative Introduction, 2<sup>nd</sup> edition, Macmillan Press Ltd., London, 1998. p. 206.-208.; Coulter E. M. Principles of Politics and Government. 4th edition, W.M. C. Brown Publishers, USA, 1991. p. 78.

<sup>115</sup> Ginters M. Parlamentārās republikas pret prezidentālām republikām. Salīdzinoša perspektīva. 2003.g. 4.lpp. Coulter E. M. Principles of Politics and Government. 4th edition, W.M. C. Brown Publishers, USA, 1991. p. 79.-80.

<sup>116</sup> [http://encyclopedia.thefreedictionary.com/Executive%20\(government\)](http://encyclopedia.thefreedictionary.com/Executive%20(government))

<sup>117</sup> Gallagher M., Parliamentary control of the executive in Ireland: Non-party, inter-party, cross – party and intra-party, 2000. ,www.essex.ac.uk.

Über die Kontrolle der Saeima gibt es verschiedene Meinungen von deren gänzlichen Unmöglichkeit bis hin zur Überbewertung der Macht des Parlaments. Es wird behauptet, daß anstelle der Gewaltenteilung eine funktionale Aufteilung der Macht bestehe. Keine Institution habe die Befugnis, sich gegen das Parlament zu stellen, welches seinerseits über ein umfangreiches Arsenal an Mitteln verfügt, jedwede Institution zu beeinflussen. Einschränkend wirkten nur das Verfassungsgericht und das Präsidentenveto.<sup>118</sup> Dieser juristischen Ansicht ist die praktische Erfahrung der Parlamentsarbeit entgegenzusetzen.

Eines der wichtigsten Kontrollmittel ist sicher die Verabschiedung des alljährlichen Haushalts. Im Herbst 2004 stimmte die an der Koalitionsregierung beteiligte Volkspartei gegen das Budget der Regierung von Indulis Emsis, deren Finanzminister aus ihren eigenen Reihen stammte. Folglich war das einzige Ziel der damit nach der Geschäftsordnung des Parlaments zusammenhängende Sturz der Regierung. Dieser Weg war einfacher und schneller als ein Mißtrauensvotum. Der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei, Aigars Kalvītis, wurde anschließend selbst Ministerpräsident.<sup>119</sup> Nicht die Macht des Parlaments ist damit bewiesen, sondern die Vorherrschaft von Parteipolitik.

## **Analyse der Arbeit von Untersuchungsausschüssen**

Eine Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle über die Regierung sind die Ausschüsse, welche das Recht haben, Auskunft von der Regierung zu verlangen. Es gibt ständige Ausschüsse und Unterausschüsse sowie Untersuchungsausschüsse, deren Rechte durch ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahre 2003 geregelt werden.<sup>120</sup> Nach Artikel 26 der Verfassung werden Untersuchungsausschüsse für konkrete Fälle eingerichtet und wenn nicht weniger als ein Drittel der Abgeordneten das fordert. Sie handeln entsprechend dem Gesetz über Untersuchungsausschüsse.<sup>121</sup> Derselbe Artikel bestimmt allerdings nicht, welche Beschlüsse das Parlament infolge der Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses fassen müßte. Folglich kann das Parlament anschließend nur sein Recht wahrnehmen, der Regierung oder Ministern das Mißtrauen auszusprechen oder eine Resolution verabschieden.<sup>122</sup>

Die Abgeordneten der Saeima haben das Recht, einen Untersuchungsausschuß zu bilden, mehrfach genutzt. Die 5. Saeima von 1993 bis 1995 hatte vier solcher Ausschüsse, die 6. Saeima fünf und die 7. Saeima einen. Die größte

---

<sup>118</sup> Pleps J., Pastars E. *Vairāk varas tautai – vai diktatūra?*, <http://www.politika.lv/index.php?id=109342&lang=lv&print=>

<sup>119</sup> LETA, 28. oktobris 2004. *Nākamā gada budžeta dēļ krīt valdība* <http://www.delfi.lv/news/national/politics/article.php?id=9411397>

<sup>120</sup> *Parlamentārās izmeklēšanas komisiju likums*, <http://www.likumi.lv/doc.php?id=75140>

<sup>121</sup> "Latvijas Republikas Satversme", [http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana\\_satversme.html](http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana_satversme.html)

<sup>122</sup> *SPRIEDUMS LATVIJAS REPUBLIKAS VĀRDĀ, Rīgā 1999. gada 1. oktobrī, Lietā nr.03-05(99)* [http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05\(99\).htm](http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05(99).htm)



Aufmerksamkeit gewann jedoch der Untersuchungsausschuß über den drei Millionen-Skandal um Latvenergo,<sup>123</sup> über die Verwendung des G-24-Kredits sowohl unter juristischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und den Pädophilie-Skandal.<sup>124</sup> Die Gerichtsbarkeit hat diese Praxis mitunter als Einmischung in ihre Angelegenheiten interpretiert. Den Skeptikern kann teilweise zugestimmt werden, daß diese Ausschüsse eigentlich kaum etwas erreicht haben. Andererseits haben die Ausschüsse mit ihrer Untersuchung inoffizielle Ergebnisse erzielt, welche die Gerichtsbarkeit unterstützen könnte. Auch Generalstaatsanwalt Jānis Skrastiņš hat anerkannt, daß die Arbeit der Ausschüsse der Staatsanwaltschaft ermöglicht, ihre Untersuchungen auf konkrete Aspekte zu lenken.<sup>125</sup>

Die Instrumente der parlamentarischen Kontrolle zu nutzen, bedarf es entsprechender Kenntnisse und Erfahrung, die in Lettland häufig mit der vorherigen Erfahrung und Ausbildung der ins Parlament gewählten Abgeordneten zusammenhängt. Der seinerzeitige Leiter der Staatskanzlei, Jurgis Liepnieks, äußerte sich zu der Rekrutierung der Parlamentarier ziemlich drastisch, demnach ginge kein normaler Mensch in die Politik, denn das Schicksal der Spitzenpolitiker verfolgend sei jedem klar, daß man auch etwas anderes machen kann. Darum gingen in die Politik nur Personen der zweiten und dritten Garde.<sup>126</sup>

Im Unterausschuß um G24 zu ökonomischen Aspekten wirkte ein Abgeordneter, der Bauingenieur war wie auch ein Absolvent der Parteihochschule.<sup>127</sup> Damit ist die Fähigkeit der Betreffenden zu Bewertung der Untersuchungsergebnisse zweifelhaft. Natürlich bestehen in einem demokratischen Staat keine konkreten Forderungen an die Ausbildung der Abgeordneten, dennoch beeinflußt sie die Arbeit der Ausschüsse. So hat dieser Ausschuß auch keine konkreten Ergebnisse vorlegen können.

Und noch ein Untersuchungsausschuß stand im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, weil die Ergebnisse schließlich sogar vor dem Verfassungsgericht verhandelt wurden. Ab Januar 1999 wurde ein Ausschuß eingerichtet,

---

<sup>123</sup> Nach dem Zusammenbruch der Banka Baltija versuchte der Liquidator acht Mio. Lat eines Kredits an den Energiemonopolisten Latvenergo zur Befriedigung der Interessen der Gläubiger zurückzuerhalten. Es wurde schließlich ein Vertrag mit einer Firma in Liechtenstein geschlossen, die sofort fünf Mio. zu zahlen bereit war verbunden mit dem Recht, acht Mio. von Latvenergo später selbst zu erhalten. Später stellte sich heraus, daß Latvenergo die acht Mio. eher bezahlt hatte als der Liquidator fünf Mio. erhalten hatte (Anm.d.Hrsg.).

<sup>124</sup> Zu Beginn des Jahres 2000 hatte der damals für die LSDSP im Parlament sitzende Jānis Ādamsons vom Rednerpult des Parlaments ohne weitere Beweise vorzulegen behauptet, mehrere namentlich genannte Spitzenpolitiker seien in einen Pädophilenring tätig. Darunter waren ehemalige Parteifreunde von LC sowie der mehrfache Ministerpräsident Andris Šķēle. Der frühere Ministerpräsident und spätere langjährige Außenminister, Valdis Birkavs, trat sogar in einen Hungerstreik als Protest gegen die Behauptungen (Anm.d.Hrsg.).

<sup>125</sup> J.Ikstens <http://www.politics.lv/satvars/3.2/2.htm>

<sup>126</sup> Grūbe G. *Līderi un hologrammas*, 21.09.2004., <http://www.politika.lv/index.php?id=109796&lang=lv>

<sup>127</sup> [http://www.saeima.lv/Informacija/s5\\_ikom.htm](http://www.saeima.lv/Informacija/s5_ikom.htm)

der die Erfüllung des Vertrages zwischen der lettischen Regierung und der Firma Tilts Communication behandelte, was mit der privatisierten lettischen Telekom "Lattelekom" und deren intensiv kritisierten Tarifpolitik verbunden ist. Im März wurde dem Präsidium der Saeima eine Bewertung der juristischen Korrektheit des Vorgehens der Vertreter des Beirates für Telekommunikationstarife eingereicht. Im April folgte die Vorlage eines Beschlusses, welcher im zuständigen Wirtschaftsausschuß behandelt wurde, der seinerseits eine veränderte Fassung vorlegte. Demnach forderte das Parlament von der Regierung, die Mitglieder des Beirates zu entlassen und nach gesetzlich vorgeschriebener Form neue zu benennen, welche die geltenden Tarife überprüfen.<sup>128</sup> Die Regierung antwortete, das Parlament habe keinerlei Recht, die Regierung zu einem konkreten Handeln zu zwingen. Folglich stünde der Beschluß des Parlamentes im Widerspruch zu mehreren Gesetzen und sei an sich mit der Forderung zur Abberufung des Beirates gesetzeswidrig. Die Regierung legte den Beschluß dem Verfassungsgericht vor. Das Parlament habe nach den Artikeln 26 und 27 im Rahmen seiner Kontrollfunktion das Recht, konkrete Fragen zu untersuchen, die Verfassung sehe aber keine Möglichkeit vor, nach der das Parlament der Regierung Anweisungen erteilen könne. Folglich erfülle die Regierung ihre Verwaltungsfunktion selbständig, so lange sie das Vertrauen des Parlaments genießt.<sup>129</sup>

Die Saeima antwortete, der kritisierte Akt sei ein politischer Beschluß, der im Rahmen der Kontrollfunktion des Parlaments verabschiedet worden sei. Die Saeima habe damit eine Meinung zu einer konkreten Frage geäußert und die Regierung gebeten, dieser, also der Rechtmäßigkeit des Handelns des Beirates, gesonderte Aufmerksamkeit zu schenken. Der kritisierte Beschluß sei eine Aufforderung, die Gesetze einzuhalten. Das Parlament habe damit rechtmäßig gehandelt und einen Wunsch im Volke erfüllt. Das entspreche Artikel 1 der Verfassung. Das Parlament erinnerte auch daran, daß die Regierung mit den zuständigen Ministerien die Zuständigkeit in der Telekommunikationspolitik zwar ausübe, jedoch auf Grundlage eines Gesetzes, welches die gesetzgebende Macht, nämlich das Parlament, beschließe.<sup>130</sup>

Das Verfassungsgericht erklärte, das Parlament habe das Recht, der Regierung Fragen einzureichen oder ihr oder einzelnen Ministern das Mißtrauen auszusprechen und einen Antrag vor dem Verfassungsgericht zu stellen, wenn es der Ansicht ist, daß Regierungsinstitutionen unrechtmäßig handeln. Dagegen stehe der Saeima nicht zu, von der Regierung die Abberufung des Beirates und von diesem die neuerliche Behandlung eines Beschlusses zu verlangen.<sup>131</sup> Das Gericht gab mit Hinweis auf die Gewaltenteilung damit der Re-

---

<sup>128</sup> SPRIEDUMS LATVIJAS REPUBLIKAS VĀRDĀ, Rīgā 1999.gada 1.oktobrī, Lietā nr.03-05(99)  
[http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05\(99\).htm](http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05(99).htm)

<sup>129</sup> a.a.O.

<sup>130</sup> a.a.O.

<sup>131</sup> a.a.O.

gierung Recht. Dies ist ein Präzedenzfall demokratischen Handelns in Lettland, wo das Gericht die Kompetenzgrenzen zwischen Parlament und Regierung feststellt hat und damit eine Auslegung der entsprechenden Artikel der Verfassung vorlegt.

## **Fazit**

Die bisherige Entwicklung zeigt, daß die vorherrschende politische Kraft in Lettland die Regierung ist. Die Arbeit des Parlaments beruht zu einem großen Teil auf Gesetzesvorlagen, die aus der Ministerialbürokratie stammen. Und diese wird ihrerseits von Ministern beeinflusst, die Parteipolitiker sind, welche wiederum von ihren Koalitionspartnern abhängig sind. Der Koalitionsrat ist damit als nicht offizielles Organ besonders einflußreich. Debatten im Plenum sind daher oft auf die reine Abstimmungsprozedur beschränkt, weshalb das Parlament in der Bevölkerung eine negative Reputation genießt. Auch das Fehlen einer reellen Opposition mindert den Einfluß der Saeima.<sup>132</sup>

Unter Ministerpräsident Andris Šķēle wurden zahlreiche Gesetze zwischen den Sitzungsperioden nach Artikel 81 der Verfassung angenommen, der vorsieht, im Dringlichkeitsfalle Verordnungen mit Gesetzeskraft durch die Regierung zu beschließen. Ausgenommen sind nur die wichtigsten Gesetze wie etwa der Haushalt. Doch auch die so beschlossenen Gesetze müssen dem Parlament während der nächsten Sitzungsperiode vorgelegt werden. Der Artikel wird vor allem häufig angewendet, um langwierige Diskussionen in den Ausschüssen zu umgehen, dennoch ist freilich die Frage erlaubt, ob es auf Schnelligkeit immer ankommt.<sup>133</sup>

## **Literatur**

“Latvijas Republikas Satversme”,

[http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana\\_satversme.html](http://www.saeima.lv/Likumdosana/likumdosana_satversme.html)

Dišlers. K.Valsts varas organi un viņu funkcijas. Rīga, 1925.

Gallagher M., Parliamentary control of the executive in Ireland: Non-party, inter-party, cross – party and intra-party, 2000. ,[www.essex.ac.uk](http://www.essex.ac.uk).

Ginters M. Parlamentārās republikas pret prezidentālām republikām. Salīdzinoša perspektīva. 2003.g. 4.lpp. (Coulter E. M. Principles of Politics and Government. 4th edition, W.M. C. Brown Publishers, USA, 1991.)

Grūbe G. Līderi un hologrammas, 21.09.2004.,

<http://www.politika.lv/index.php?id=109796&lang=lv>

---

<sup>132</sup> Indāns Ivars, *8.Saeima – izaicinājums, iespējas un risks*, 04.11.2002.  
<http://www.politika.lv/index.php?id=103183&lang=lv&print=>

<sup>133</sup> Latvijas Republikas 5.Saeimas plenārsēde, 1994.gada 13.janvārī, Sēdi vada Latvijas Republikas 5.Saeimas priekšsēdētājs, Anatolijs Gorbunovs., [http://www.saeima.lv/steno/st\\_94/130194a.htm](http://www.saeima.lv/steno/st_94/130194a.htm)

[http://encyclopedia.thefreedictionary.com/Executive%20\(government\)](http://encyclopedia.thefreedictionary.com/Executive%20(government))

<http://www.free-definition.com/Parliamentary-system.html>

[http://www.saeima.lv/Informacija/s5\\_ikom.htm](http://www.saeima.lv/Informacija/s5_ikom.htm)

Ikstens J. Institucionāli mehānismi atbildīgas politikas veicināšanai Latvijā: Satversmes reformas priekšlikumu politoloģisks novērtējums, 2001.

Indāns Ivars, 8.Saeima – izaicinājums, iespējas un risks, 04.11.2002.

<http://www.politika.lv/index.php?id=103183&lang=lv&print=>

J. Ikstens <http://www.politics.lv/satvars/3.2/2.htm>

Latvijas Republikas 5.Saeimas plenārsēde, 1994.gada 13.janvārī, Sēdi vada Latvijas Republikas 5.Saeimas priekšsēdētājs, Anatolijs Gorbunovs.,

[http://www.saeima.lv/steno/st\\_94/130194a.htm](http://www.saeima.lv/steno/st_94/130194a.htm)

Lēbers D.A., Bišers I.. Ministru kabinets. Rīga, 1998.

LETA, 28. oktobris 2004. Nākamā gada budžeta dēļ krīt valdība

<http://www.delfi.lv/news/national/politics/article.php?id=9411397>

Lijphart A.(1999) Patterns of Democracy. Yale University Press, Ch.7.

Parlamentārās izmeklēšanas komisiju likums, <http://www.likumi.lv/doc.php?id=75140>

Pleps J., Pastars E. Vairāk varas tautai – vai diktatūra?,

<http://www.politika.lv/index.php?id=109342&lang=lv&print=>

SPRIEDUMS LATVIJAS REPUBLIKAS VĀRDĀ, Rīgā 1999.gada 1.oktobrī, Lietā nr.03-05(99) [http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05\(99\).htm](http://www.satv.tiesa.gov.lv/LV/Spriedumi/03-05(99).htm)

## **Der Wähler im Wunderland<sup>134</sup>**

*Axel Reetz / Veiko Spolītis*

Die Wahlen zur 9. Saeima stehen unmittelbar bevor, und laut Umfragen des SKDS-Institutes weiß wenigstens ein Viertel der Wähler nicht, wem sie ihre Stimmen geben werden. In den 90er Jahren hatte die deutsche Sozialwissenschaftlerin Mattusch bei ihren Untersuchungen in den baltischen Staaten festgestellt, daß der größte Teil der Bevölkerung sich in der demokratischen Gesellschaft am Entscheidungsprozeß zu beteiligen beabsichtigte. [1] Leider änderte sich die Einstellung mit der ökonomischen Verschlechterung und der Stratifikation der Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhundert, Antworten auf dieselben Fragen fallen heute negativ aus. Das wirft die Frage auf, warum in den vergangenen 15 Jahren die Bereitschaft der Bevölkerung zur Partizipation so drastisch nachgelassen hat.

In der modernen demokratischen Gesellschaft sind die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse so komplex, daß nicht alle Wähler diese in allen Nuancen verstehen. Mit dem Wunsche, Klarheit über die Politik des Staates zu erhalten, wird das Unmögliche verlangt und damit dem vorherrschenden Populismus Tür und Tor geöffnet. Der lettische Durchschnittswähler sucht die Schuld für alle Schwierigkeiten in Lettland bei den Regierenden, ohne sich bewußt zu machen, daß auch die Wähler in Deutschland, Skandinavien oder Indien sich gegenüber ihren Regierenden nicht anders verhalten. Die Antwort auf die Frage, warum der Wähler in Lettland sich so verhält, ist nicht einfach, denn als Erbe der Sowjetunion bedeutet zunächst eines, nämlich daß die Menschen noch zu Beginn der 90er Jahre in ihrem Handeln vom Staat abhängig waren, weil die Sowjetunion zielgerichtet eigene Aktivitäten unterbunden hatte. Auch in Indien etwa herrscht Demokratie, wo es Hunderte Millionen von Analphabeten gibt. Trotzdem haben die Einwohner Indiens alle Grundfreiheiten. Während des Wahlkampfes werden sie genauso angesprochen und beeinflußt wie in Lettland. Der einzige Unterschied zu Indien ist der, daß die Einwohner Lettlands eine höhere Kaufkraft haben, weil Lettland sich in der Peripherie von Westeuropa befindet. Folglich kann man in bezug auf die ver-

---

<sup>134</sup> Dieser Beitrag ist die deutsche Übersetzung des Artikels: „Vēlētājs Aizspogulijā“, [www.politika.lv](http://www.politika.lv) 3. Oktober 2006

gleichende politische Kultur nur feststellen, daß hier das ökonomische System seinen Einfluß auf die Stabilität des Politischen hat.

Um Importwaren kaufen zu können, müssen die Einwohner Lettlands entsprechend viel Holz schlagen, Textilien produzieren und eine bestimmte Menge an Waren durch den Transitkorridor schleusen und Dienstleistungen erbringen. Man kann auch darauf hoffen, daß die ausländischen Investitionen langfristig in der Lage sind, ein Wirtschaftswachstum zu erzeugen, damit das Finanzsystem auf diese Weise gefestigt wird, was unter der Kontrolle der europäischen Zentralbank und der Weltbank steht. Möglich ist auch noch die vielbeschworene Autarkiepolitik, wo alles vor Ort produziert würde, aber zwischen 1920 und 1930 hat sich die Gefährlichkeit einer solchen Politik bereits erwiesen.

Bei der Analyse der postsozialistischen Staaten in der Transformationsperiode wird erkennbar, daß sich die Gesellschaft ein halbes Jahrhundert mit Ausnahme der Kader der kommunistischen Partei, in einer egalitären Situation befunden hat. Die sozialdemokratisch gestimmte Mehrheit der Bevölkerung sieht sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nun mit der Entstehung von Gesellschaftsschichten konfrontiert, womit niemand gerechnet hatte. In einer Gesellschaft ohne Schichten und Gruppierungen konnten sich keine Parteien entwickeln, welche die Interessen eines dieser Teile der Gesellschaft verträten. Darum orientieren die Parteien ihre Tätigkeit in einem Land ohne politische Erfahrungen an Persönlichkeiten und nicht an der ideologischen Ausrichtung einer bestimmten Gruppe von Menschen. Die Bemühungen der politischen Persönlichkeiten konzentrierten sich so weniger auf die strategischen Interessen des Staates als auf die Interessen von Parteien.

Während der Liberalisierung und Demokratisierung hat sich das politisch-gesellschaftliche System konsolidiert, und vor den Wahlen von 2006 wurde erstmals keine neue politische Kraft gegründet.

## **Die politische Kultur in Lettland**

Über die politische Kultur Lettlands sprechend, stellt der Durchschnittsbürger deren Existenz zunächst einmal in Frage, da er Politik nur als Spiel zwischen Politikern rezipiert. Die tägliche Auseinandersetzung mit politischen Themen, Engagement in Organisationen und auch der Konsum von Massenmedien gehören zur politischen Kultur ebenso wie der Kampf der politischen Parteien um Einfluß. Dabei wird Politik in allen Industriestaaten oftmals negativ gesehen, wenn auch Machiavelli auf die Unausweichlichkeit von (solcher) Politik bereits vor der Aufklärung verwiesen hat. Die Bürger unserer heutigen Wohlfahrtsstaaten verfolgen zum größten Teil die Entwicklung über die Medien. Darum stellt sich die Frage, worauf sich die Reaktionen der Wähler begründen, sowohl in Lettland als auch etwa in Westeuropa.

Der gegenwärtige Wohlstand in Lettland wird meist unkritisch mit dem vergleichsweise höheren in Westeuropa und Skandinavien verglichen. Hinter diesem ununterbrochenen Vergleich verbergen sich Minderwertigkeitskomplexe, denn während der jüngsten Geschichte waren die Letten gezwungen, unter fremder Herrschaft zu leben. Almond und Verba haben versucht, eine funktionierende Demokratie zu beschreiben und betont, daß diese sich durch den Stil und die allgemein akzeptierten demokratischen Regeln auszeichne wie die Grundwerte der Bürger, ihr Wissen über Rechte und Pflichten, die emotionale Bindung und die Loyalität gegenüber dem politischen System. Die Sozialisierung der Bürger begründet also auch ihre Einstellung, und folglich haben verschiedene Gesellschaften auch verschiedene Muster zur Lösung von Konflikten oder auch das Verständnis des Aufbaus der Gesellschaft.

Lieven beschrieb in seinem 1990 erschienen Buch „The Baltic Revolution“ das Unverständnis der Menschen in Lettland bezüglich des Mehrparteiensystems, was die Absurdität der Einstellung belegt, waren doch während der Sowjetzeit andere Parteien neben der einen kommunistischen verboten. Matusch wiederum behauptete 1996, daß die Häufigkeit privater und öffentlicher politischer Diskussionen während der Zeit des Nationalen Erwachens<sup>135</sup> ein Indiz für Interesse an Politik sind, was seinerseits die Fähigkeit zur politischen Entwicklung und zum Verständnis der Demokratie beinhaltet. Wissenschaftler aus dem Westen waren bemüht, die existierenden Transformationstheorien über die Demokratisierung in Asien und Südamerika auf postsozialistischen Staaten zu übertragen, in denen während der ersten Jahre des Übergangs die Veränderungen keine gesellschaftliche Legitimität erlangen konnten. Der ostdeutsche Reißig betonte, daß während der Übernahme der westlichen Gesellschaftsmodelle zu Beginn der 90er Jahre abenteuerliche politische Modelle angeboten wurden. [2]

Der Postsozialismus ist gekennzeichnet durch den Verlust der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, den Zusammenbruch der Industrie, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. Gleichzeitig mit dem ökonomischen Umbruch kam es zu Veränderungen im Staatswesen wie auch die Globalisierung Lettland traf. Anfang der 90er Jahre war die nationale Frage in Lettland noch wichtiger als die sozioökonomischen Probleme. Gleichzeitig fehlte dem neuen Staat eine rechtsstaatliche Tradition, während die Menschen ein Wissensmanko über das Leben im Westen hatten. Vor diesem Hintergrund fanden noch die größten Skandale der Unabhängigkeit statt wie der Zusammenbruch der Banka Baltija, der größten Geschäftsbank des Landes, und die umstrittene Telekom-Privatisierung sowie weitere zweifelhafte Aktionen lettischer Oligarchen.

---

<sup>135</sup> Als Nationales Erwachen (lettisch: Atmoda) bezeichnen die Letten in Anlehnung an eine vergleichbare Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts die Zeit während der Reformen Gorbatschows, als die Protestbewegungen sich formierten.

So brachten der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Liberalisierung nicht sofort eine Verbesserung des Lebensstandards, sondern die Ersetzung des totalitären Regimes durch die „demokratische Anarchie“. Während in der Sowjetzeit die Passivität der Bevölkerung als Protest gegen das Regime fungierte, wird aus dieser Handlungsweise heute eine fortgesetzte Problemlösungsstrategie auf informellem Wege, und diese nicht offiziellen Kontakte werden heute gerne als Korruption bezeichnet.[3] Die Gesellschaft akzeptiert nach wie vor die Herausbildung von Schichten nicht, weshalb die Bevölkerung sich weiter von der Politik entfremdet. Folglich gelingt den Menschen eine Orientierung unter den neuen Bedingungen nicht oder sie verbreiten ganz einfach Verschwörungstheorien.

Das Handeln der Menschen kann man folglich mit dem lettischen Sprichwort beschreiben: „Wo zwei Letten sind, dort sind drei Parteien“; und das unterstreicht noch einmal die Unfähigkeit zur Kompromißfindung, während der Durchschnittslette gleichzeitig unzufrieden ist mit der Vielzahl der Parteien. Unter Berücksichtigung der Fluktuation der Wählerschaft hat sich die Euphorie der Zeit des Nationalen Erwachens verflüchtigt, und statt dessen kann nun Nihilismus konstatiert werden. Als Folge beteiligen sich die Bürger immer weniger an Wahlen, und an die Stelle der Massenlogik der Demokratie tritt die Einflußlogik einer Oligarchie, womit der Wähler die Unzufriedenheit erst noch schürt, über die er sich selber anschließend beschwert.

Unter diesen Umständen bewegt sich die politische Elite Lettlands in einem Vakuum. Weil Personen die einzige Orientierung für den Wähler bieten, versuchen die Parteien, populäre Menschen für sich als Kandidaten zu gewinnen. Umgekehrt versuchen populäre Politiker ihren Ruhm zu nutzen, um eine eigene Partei zu gründen wie etwa der Deutschlette Joachim Siegerist (Tautas Kustība Latvijai / Volksbewegung für Lettland), Andris Šķēle (Tautas Partija / Volkspartei) und Einars Repše (Jaunais Laiks / Neue Zeit). In der Folge sind oft persönliche Konflikte in der Politik ausschlaggebender als der politische Inhalt. Den Politikern bleibt nichts anderes übrig, als sich für kurzfristige Ziele zu engagieren und möglichst viel für sich selbst zu erreichen, da unwahrscheinlich ist, daß sie sich über einen längeren Zeitraum im Amt befinden werden.

Wichtigste Aspekte einer politischen Kultur ist die allgemeine Zustimmung oder die Legitimität der Macht, die Fähigkeit des Systems, die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen, wie auch das Wissen der Bürger über ihre Rechte und Pflichten. Das politische System Lettlands schafft es einstweilen noch nicht, alle Teile der Gesellschaft gleichermaßen zufrieden zu stellen. Die Wähler würden gerne eine effektivere Machtmaschinerie sehen und wünschen sich darum eine „starke Hand“. Das heißt, die Bürger erwarten von der demokratischen Regierung und der Marktwirtschaft die Erfüllung ihrer Wünsche



ohne ihre eigenen Rechte und Pflichten zu erkennen und zu überlassen den Politikern damit einen umfangreichen Raum für Manipulationen.

## **Fazit**

Ohne eine deutlich Hebung der Kenntnisse der Bevölkerung ist langfristig eine Steigerung des Lebensstandards nicht denkbar. Das einzige Gut, welches auf der Welt beständig von den Mächtigen ausgenutzt wurde, ist die Unwissenheit. Nur, wenn die allgemeine Kenntnis der bürgerlichen Gesellschaft gefördert wird, kann die politische Kultur in Lettland sich entwickeln. Die fehlende Bildung der Bürger und die damit verbundene Unkenntnis bezüglich der staatlichen Strukturen (der Garant für den eigenen Wohlstand) fördern die Entfremdung der Menschen und ihre Anämie, was Grundlage für die Manipulation durch populistische Politik ist. Das heißt, daß es für die Politik deutlich einfacher ist, hinter sich eine „Schafherde“ herzuführen als Bürger, die ihre Rechte und Pflichten kennen. Ein Tausch der Politiker führt zwar nicht sofort zu Veränderungen in der Politik, weil die politische Kultur sich nur über Generationen verändert, aber die politische Kultur kann verbessert werden durch eine transparente Verwaltungsstruktur, deren Grundlage wiederum ein modernes Bildungswesen ist. Um die Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung zu meistern, hilft es den Wählern in Lettland, sich an die Arbeit der 8. Saeima zu erinnern und zu verstehen, daß Bildung beinahe für keine Partei eine Priorität ist. In Südostasien sowie den nahegelegenen Skandinavischen Staaten gibt es Beispiele, wie wenig es ohne ein konkurrenzfähiges Bildungssystem möglich ist, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen und die politische Kultur zu heben.

## **Literatur**

- [1] Mattusch, Katrin: Demokratisierung im Baltikum? Frankfurt 1996
- [2] Reißig, Rolf: Die deutsche Transformationsforschung der ersten und zweiten Generation. Eine Bilanz; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.34ff.
- [3] Putniņa, Aivita: Strādāsīm vai noalgosīm Antiņu? Intervija [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 11.09.2001
- [4] Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen, 1999

## **Lettland, eine weibliche Gesellschaft? Mythos und Tatsachen<sup>136</sup>**

*Axel Reetz / Veiko Spolītis*

Folgt man den Diskussionen der Politiker über den 8. März, kann man schließen, daß die männlichen Abgeordneten ähnlich wie die kommunistischen Theoretiker Frauen vorwiegend eine traditionelle Rolle im Hintergrund zugestehen. Die Tradition der Sowjetzeit fortsetzend wird der zur Zeit der Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufene internationale Tag der Frauensolidarität noch heute in Lettland mit Tulpen und feuchtfrohlich am Arbeitsplatz begangen. Ironischerweise ist nach dem Bankrott der Marxschen Idee der Gleichheit die Thematik noch heute in Lettland für beide Geschlechter virulent.

Nicht weniger aktuell sind die geringe Geburtenrate und Alkoholismus, also Fragen, die üblicherweise nach krassen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Bewußtseins rücken. Ungeachtet der stufenweise wachsenden mittleren Lebenserwartung wie auch des gestiegenen Bildungsniveaus zum Ende des totalitären Systems, herrscht in Lettland noch immer eine vereinfachende Ansicht vor, daß es in Lettland mehr Frauen als Männer gibt. Die Autoren versuchen eine Antwort zu finden, wie zutreffend diese Annahme ist.

### **Überzahl der Frauen im Alltag**

Eine Mehrheit von Frauen ist im Alltag an bestimmten Orten tatsächlich zu beobachten. Schon im Kindergarten und in der Grundschule kann man „unwissenschaftlich“ konstatieren, daß in diesem Bereich wenigstens 90% Frauen arbeiten. In vielen Jahren haben wir beobachtet, daß der Anteil der an den Hochschulen Sozialwissenschaft männlichen Studierenden selten über zehn Prozent liegt. Ein Überblick über die lächelnden Sekretärinnen in den Büros, die Angestellten in Restaurants und Geschäften überzeugt, daß der größte Teil der Mitarbeiter in diesen Bereichen Frauen sind. Allerdings betreffen diese

---

<sup>136</sup> Dieser Beitrag ist die deutsche Übersetzung des Artikels. „Attopieties vīri – lai dzīvo sievietes!“, Diena 8.April 2006

Beobachtungen auch vorwiegend Berufe mit Publikumsverkehr, und auf diese Weise kann eine falsche Vorstellung vom Unterschied in der Anzahl von Männern und Frauen entstehen.

Tatsächlich kommen in Lettland so wie in anderen Staaten der Welt auch mehr Jungen zur Welt als Mädchen. Wenn von 1991 bis 1995 in Lettland 83.201 Jungen und 78.997 Mädchen das Licht der Welt erblickten, waren es nach den politischen und ökonomischen Veränderungen zwischen 1996 und 2000 nur noch 49.790 Jungen respektive 46.876 Mädchen. Seit 2001 hat sich die demographische Situation wieder verbessert, aber in Lettland unterscheidet sich nach wie vor die mittlere Lebenserwartung von Männern und Frauen kraß von den Zahlen Westeuropas. Gerade die erwähnten Unterschiede zwischen den Altersgruppen lassen den falschen Eindruck entstehen, die Gesellschaft Lettlands sei unikal mit ihrem überproportional hohen Frauenanteil.

In absoluten Zahlen waren unter den Einwohner Lettlands im Jahre 2004 1.250.867 Frauen und nur 1.068.336 Männer. Wenn bis zum Alter von 30 Jahren die Zahl der Männer mit 262.613 noch jene der Frauen mit 253.863 übertrifft, dann ist eine deutlich Verringerung dieses Verhältnisses in der Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren zu erkennen, wo 2004 160.984 Frauen nur noch 158.517 Männer gegenüber standen. Dieses Ergebnis verlangt eine Analyse, warum in einem Land, in dem die Zahl der Männer bis zum Alter von 30 über jener der Frauen liegt, die Zahl der Männer anschließend so dramatisch sinkt.

## **Sterblichkeit und Emigration**

Die Sterblichkeit analysierend ist feststellbar, daß das Verhältnis von natürlichen Todesursachen zwischen Jungen und Mädchen 4:1 beträgt. Den Daten für das Jahr 2003 folgend sind im Alter zwischen 20 und 24 Jahren 43 junge Frauen, aber 164 junge Männer an Krankheiten gestorben. In der Altersgruppe zwischen 25 und 29 Jahren waren es 54 Frauen gegenüber 203 Männern. In der Gruppe der über 30jährigen verringert sich diese Differenz. Und im Alter zwischen 45 und 49 Jahren starben 371 Frauen und 802 Männer.

Erschütternder sind die unnatürlichen Todesursachen. Der internationale Vergleich zeigt, daß besonders im Alter von 18 bis 25 Jahren die Zahl der Unfallopfer besonders hoch ist. In der schwierigen Umbruchzeit 1994 starben 4.637 Männer und nur 1.372 Frauen, im Jahre 2003 dagegen 3.373 Männer und nur 931 Frauen. Im selben Jahr fielen Autounfällen 407 Männer und 145 Frauen zum Opfer, während durch Gewalt 165 Männer und 82 Frauen zu Tode kamen. Selbstmord verübten schließlich 2003 483 Männer und 122 Frauen, wenn auch Frauen deutlich häufiger einen Selbstmordversuch unternahmen.

Um eine umfassende Antwort auf die Eingangsfrage zu erhalten, betrachten wir auch die Emigrantenzahlen. Im Jahre 2003 etwa verließen 4.834 Frauen und 3.076 Männer im Alter zwischen 20 und 24 Jahren Lettland. Das langfristige Migrationsaldo in diesem Jahr betrug –650 Frauen, allerdings nur –196 Männer. Diese Tendenz ist bis zum Alter von 39 Jahren zu beobachten.

Folglich ist in Lettland eine Situation entstanden, in der durch die größere Sterblichkeit der Männer und die höhere Auswanderungsrate der Frauen ab der Altersgruppe der über 30jährigen die Zahl der Frauen jene der Männer übersteigt. Aber bedeutet dieses Ergebnis, daß die Männer ihr Leben schneller erleben und die Frauen das ihrige besser zu planen verstehen?

## **Umbruch im politischen und ökonomischen System**

Die Emanzipation der Frauen während der Zeit der sowjetischen Okkupation war eine formale, folglich betraf die Frauen in Lettland die Frauenbewegung der westlichen Welt in den 1970er Jahren nicht. Dennoch tragen die Bildungsmöglichkeiten der Sowjetzeit ihre Früchte und erlauben den Frauen Lettlands vergleichsweise besser die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu durchleben. Noch 1979 kamen auf 1.000 Einwohner 76 Frauen, aber 86 Männer mit Hochschulbildung. 1989 betrug diese Zahl für beide Geschlechter bereits 115. Doch im Jahre 2000 gab es pro 1.000 Einwohnern bereits 151 Frauen und nur 124 Männer mit Hochschulbildung. Diese Entwicklung findet ihre Begründung in der sowjetischen Zeit, als die Gesellschaft patriarchalisch aufgebaut war und dem Mann die Rolle des Familienversorgers zudachte, die hauptsächlich mit Arbeit im industriellen und Landwirtschaftssektor verbunden war.

In Folge des Zusammenbruchs der nicht effektiv wirtschaftenden Unternehmen in Industrie und Landwirtschaft gerieten die traditionellen „Familienversorger“ in die Abhängigkeit ihrer Partnerin. Der Zustand, daß mit einem Lehrereinkommen der Frau überlebt werden muß, war den Männern, die an die traditionelle Männerrolle gewöhnt waren, unangenehm, was wie Alkoholismus, Ehescheidung und vergleichbare Probleme zunehmen ließ. Viele Untersuchungen während der vergangenen zehn Jahre haben wie die von Andris Kangro und Andrejs Geske gezeigt, daß Mädchen in der Schule in Lettland erfolgreicher sind als Jungen und das spiegelt sich wieder in den Ergebnissen der Aufnahmeprüfungen der Hochschulen. Dank der besseren Ausbildung und besserer Sprachkenntnisse steigen Frauen in der heutigen modernen Informationsgesellschaft schneller auf der Karriereleiter nach oben. Und sie finden häufig besser ausgebildete Lebenspartner außerhalb Lettlands.

Auf diese Weise haben es die traditionellen lettischen Männer aufgrund ihrer unbefriedigenden intellektuellen und materiellen Umstände schwer, ohne Anstrengung eine kluge und attraktive lettische Frau zu finden, obwohl bis

zum Alter von 30 die Zahl der Männer die der Frauen übersteigt. Gleichzeitig ist die Zahl der Schulmädchen in Lettland geringer als die der Jungen, und es ist möglich, daß dies ein Grund für die Mädchen ist, sich mehr anzustrengen; ein Grund für weitere Untersuchungen. Letztlich hoffen die Autoren trotz der Dramatik der genannten Zahlen, daß durch veränderte Prioritäten und eine bessere Finanzierung des Bildungswesens auch die Jungen besser für die Herausforderungen der modernen Wirtschaft vorbereitet werden können und folglich Stück für Stück das Problem der ungleichen Geschlechterverteilung in Lettland gelöst wird.

## **Literatur**

Andris Kangro, Andrejs Geske, Zināšanas un prasmes dzīvei. Latvija OECD valstu Starptautiskajā skolēnu novērtēšanas programmā. 1998-2001, „Mācību Grāmata: Rīga, 2001

Dace Rukšāne: Tāds vīriešu trūkums kā Latvijā neesot gandrīz nekur citur pasaulē [Ein solches Fehlen an Männern gebe es fast nirgendwo sonst auf der Welt]; in: Sestdiena, 22. August 2004

Latvijas Republikas Centrālā Statistikas Pārvalde: Demogrāfija 2004, Rīga 2004

Results of the 2000 population and housing census in Latvia, Rīga 2001

# **Gesellschaftliche Partizipation bei politischen Entscheidungen in Lettland<sup>137</sup>**

*Velta Mazūre*

Im heutigen politischen Leben Lettlands kann die Tendenz beobachtet werden, daß immer mehr mit dem politischen Entscheidungsprozeß nicht direkt verbundene Organisationen und Gesellschaftsschichten sich durch Demonstrationen und Streiks in den politischen Prozeß einmischen – zuletzt auffallend vor allem die Rentner, aber auch Lehrer und Mediziner.

Während die Mitwirkung während der Sowjetzeit streng reglementiert war, gibt es heute zahlreiche Möglichkeiten, sich zu Wort zu melden. Oft muß das Individuum jedoch selbst die Initiative ergreifen.

## **Nichtregierungsorganisationen NRO**

Heutige Interessengruppen und NROs haben eine neue Qualität, es geht nicht mehr nur um sozioökonomische Interessen, sondern auch um das individuelle Wohlbefinden. Trotzdem bleibt es für den Einzelnen schwierig, Gehör zu finden, weshalb Interessengruppen und gemeinnützige Organisationen die Suche nach Gleichgesinnten übernehmen, um so mehr Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Massenmedien als auch beim Staat zu erhalten. NROs bieten neben Wahlen und Referenden, Streiks und Demonstrationen eine Möglichkeit der Partizipation im politischen Prozeß. Die Mitwirkung ist freiwillig und unabhängig von der staatlichen Macht. Die Tätigkeit wird durch zahlreiche Gesetze geregelt, die jedoch teilweise den Begriff einer gesellschaftlichen Organisation unterschiedlich auslegen. Aber die NROs beschäftigen sich auch mit sehr verschiedenen Fragen, einige unterstützen die Implementierung der Pläne der Regierung, andere wiederum versuchen deren Realisierung eher zu bremsen. Die Partizipation geht teilweise bis zur konkreten Politikformulierung und Mitwirkung bei der Implementation. Die verstärkte Aktivität hängt aber auch mit der Tagesaktualität konkreter Anliegen zusammen, dank derer mitunter Finanzierung möglich werden. Deshalb treten die NROs in solchen

---

<sup>137</sup> Der Beitrag basiert auf Auszügen aus der Bakkalaureatsarbeit: „Sabiedrības līdzdalība politisko lēmumu pieņemšanā Latvijā”.

Fällen verstärkt auf die politische Bühne und können entsprechend mehr Teilnehmer aktivieren.

Ein Beispiel für erfolgreiche Aktion einer NRO ist der Druck der Ärzte auf die Regierung mit der Bitte um Erhöhung der Einkommen, die Ärzte drohten mit Streik. Die Mediziner erreichten, daß die Politik sich mit dieser Frage beschäftigte. Ähnlich verhielt es sich mit der Frage der Privatisierung des „Saulsdarzs“,<sup>138</sup> die schließlich auf Druck der Öffentlichkeit verhindert wurde. Aber die Arbeit der NROs und Interessengruppen bringt nicht nur Fragen in den Brennpunkt, sondern demonstriert auch, welche Probleme für die Bevölkerung aktuell sind. Allerdings sind die Organisationen nicht unbedingt und immer in der Lage, eine einmal begonnene öffentliche Diskussion auch weiterhin zu steuern.

## **Ressourcen von Interessengruppen und NROs**

Die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ist durch die Tätigkeit der Interessengruppen und NROs eng an den Wahlprozessen gebunden, weil die Organisationen insbesondere durch ihre geographische Verbreitung sehr viel einfacher in der Lage sind, die Wählerschaft zu mobilisieren und den Wahlausgang zu beeinflussen. Dabei ist von großer Bedeutung auch die Einigkeit der Mitglieder einer Organisation in konkreten Fragen.

In Lettland verhält sich das jedoch ein wenig anders. Während die Organisationen in die Gesellschaft zwar eingebunden sind, kämpfen sie einstweilen noch um ihre Position im politischen und wirtschaftlichen Leben in den komplizierten gesellschaftlichen Strukturen. Das wurde kürzlich wieder deutlich, als Lettlands Erste Partei verlangt hat, die NROs dürften die Rechtmäßigkeit der Parteifinanzierung nicht prüfen. Das würde sich vorwiegend gegen jene NROs richten, die aus dem Ausland finanziert werden. Das wiederum trifft auf zahlreiche Organisationen zu, weil es in Lettland selbst kaum Finanzierungsmöglichkeiten oder eine in diese Richtung gehende Planung gibt.<sup>139</sup>

## **Partizipation**

Die Partizipation der Gesellschaft und von Interessengruppen sowie NROs im politischen Entscheidungsprozeß ist ein grundlegender Bestandteil demokratischer und offener Willensbildung. Unter Mitwirkung wird oftmals eine sehr aktive verstanden, also die Gründung von Organisationen und die zielgerichtete Mitarbeit bei der Ausarbeitung von Vorschlägen, Teilnahme an Veranstaltungen, darunter auch Demonstrationen, und der Verbreitung von In-

---

<sup>138</sup> Der „Sauls Darzs“, deutsch Sonnengarten, ist ein parkähnliches Grundstück im Nordosten Rigas zwischen einem See, Ķīšezers, und dem Villenviertel Mežaparks gelegen (Anm.d.Hrsg.).

<sup>139</sup> Das politische Forschungsinstitut PROVIDUS etwa ist von der Soros Stiftung finanziert und unterhält ein informatives Internetportal [www.politika.lv](http://www.politika.lv) (Anm.d.Hrsg.).

formationsmaterial (Ašmanis 1999, 75.lpp.). Partizipation gilt also zumeist als organisierte Einmischung in die Thematisierung aktueller Fragen und die Unterbreitung von Handlungsvarianten.

Aber Partizipation funktioniert auf mehreren Ebenen, deren einfachste die Teilnahme an Wahlen ist; und erst danach kommt die Mitarbeit bei Organisationen oder gar die Parteimitgliedschaft. Dabei ist die Stimmabgabe freilich die einfachste und verbreitete Möglichkeit, einen Willen kundzutun, sie ist wichtig, um die allgemeine politische Einstellung zum Ausdruck zu bringen. Dennoch ist in Lettland die Wahlbeteiligung verhältnismäßig gering, was vermutlich Folge einer allgemeinen Enttäuschung über die Arbeit der politischen Parteien ist. Sie schwankt bei Parlamentswahlen um die 70%, bei Kommunalwahlen hingegen findet kaum mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Weg an die Urnen.

Die Partizipation ist überall auf der Welt ein aktuelles Thema, auch in Lettland, obwohl der Lebensstandard noch nicht so hoch ist, um solchen Fragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die über die alltäglichen Sorgen hinaus gehen, ist die Mitwirkung in NROs vergleichsweise hoch, wovon auch die hohe Zahl der Organisationen selbst zeugt.

| <b>Art der Organisation</b>                   | <b>Anzahl</b> |
|---|---------------|
| Öffentlichkeitsarbeit                         | 3.733         |
| Sport   | 1.112         |
| Stiftungen                                    | 879           |
| Gewerkschaft                                  | 123           |
| Korporationen                                 | 98            |
| Sportvereinigungen                            | 81            |
| Parteien                                      | 56            |
| Vereinigung gesellschaftlicher Organisationen | 41            |
| Berufsvereinigungen                           | 14            |

*Art der 2001 registrierten Organisationen*<sup>140</sup>

Die Partizipation ist dabei ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Lettland. Die Lebensfähigkeit der modernen Demokratie ist nicht nur von den Strukturen des Staates abhängig, sondern auch von der Einstellung der Bürger, ihrer Identität und wie sie verschiedene ethnische, regionale und religiöse Hintergründe bewerten, wie weit sie tolerant gegenüber Minderheiten sind als auch das Interesse sich einzumischen und Verantwortlichkeit von den politischen Autoritäten zu verlangen (B.Zepa, 2000).

---

<sup>140</sup> NVO centrs, 2002



Die politische Beteiligung in Lettland, wie sie sich heute darstellt, ist erst Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gewachsen. Bis dahin war die Partizipation formal geregelt, sie war passiv und von staatlichen Institutionen vorgeschrieben. Während der Umbruchzeit wurde sie dann freiwillig. Dabei ist die nunmehr entstandene Weise der Partizipation anders als während der Sowjetzeit, aber auch anders als im Westen. Sie wird bestimmt von den Erfahrungen aus der Diktatur und der nun sich schnell verändernden Lebensrealität, den sozialen und wirtschaftlichen Umständen (B.Zepa, 2000). Gleichwohl trifft dies vorwiegend auf jene Generation zu, welche die Sowjetzeit noch bewußt erlebt hat, auf die jüngeren Menschen dagegen weniger, sie verhalten sich als politische Menschen anders. Zwar läßt sich nicht behaupten, daß sie überhaupt vom vorangegangenen Gesellschaftssystem nicht beeinflusst wären, doch dieser Einfluß ist ein indirekter über die Eltern.

Es kann behauptet werden, daß die Partizipation in Lettland in Wellenbewegungen stattfindet. Eine erste Welle war Ende der 80er Jahre und endete nach Untersuchungen des Baltijas Datu Nams<sup>141</sup> bereits 1993 (im Zuge der erste Parlamentswahl nach der Unabhängigkeit, Anm.d.Hrsg.). Aktiver wurden die Menschen mit einer Novelle der Gesetzgebung zur Gründung von Organisationen 1998.

Aber nicht nur quantitativ ändert sich die Partizipation, sondern auch qualitativ. Es ist nicht mehr modern, sich an politischen Bewegungen zu beteiligen, sondern an gesellschaftlichen Organisationen. Das erklärt sich durch die Unzufriedenheit mit der Politik in Lettland. Gesellschaftliche Organisationen ermöglichen dagegen ein aktives und direktes Wirken bei der Lösung konkreter Probleme, ohne dabei zu verallgemeinern, wie es häufig in der Politik geschieht. Allerdings kommt es durchaus vor, daß solche gesellschaftlichen Organisationen später zu politischen werden und bei Wahlen kandidieren.

## **Gründung von NROs in Lettland**

Gesellschaftliche Organisationen gibt es in Lettland seit Beginn des 20. Jahrhunderts als die ersten Verbraucherorganisationen, geselligen Vereine und Gesangsvereine gegründet wurden. Erst nach der Unabhängigkeit 1991 konnten sich die Organisationen wiedergründen. Sie befinden sich in einem beständigen Entwicklungsprozeß, allerdings sind nicht alle registrierten Gruppen auch aktiv. Die ältesten dürfen jedoch als die einflußreichsten gelten. Neugründungen sind durchaus aktiv in konkreten Fragen, die von kurzzeitiger Aktualität sind. Hat sich das Problem erledigt, verschwinden sie wieder. Während es noch 1990 nur eine einzige registrierte Organisation gab, stieg die Zahl mit 1993 fast 1.000 dynamisch bis auf 6.516 im Jahre 2002. 1999 hatte ein Gesetz noch nur zehn Mitglieder verlangt. (Eine spätere Novel-

---

<sup>141</sup> Baltijas Datu Nams ist ein demographisches Institut in Lettland (Anm.d.Hrsg.).

le verlangte die Umregistrierung der NROs bis 2006, was von vormals etwa 8.000 Organisationen weniger als 3.000 vorgenommen haben; eine Zahl, die vermutlich die aktiven NROs besser erfaßt. Anm.d.Hrsg.) Aber die anfänglich stark steigenden Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Organisationen häufig mit Schwierigkeiten konfrontiert werden, die sie mitunter sogar zur zeitweisen Unterbrechung ihrer Aktivitäten zwingen.

Nichtsdestotrotz steigt mit jedem Jahr die Zahl der Organisationen und ihre politische Bedeutung, wenn diese ihren Einfluß gelten zu machen verstehen. Seit 2001 arbeitete das Justizministerium an einer neuen Gesetzgebung über die Tätigkeit der Organisationen, was die NROs auch selbst unterstützten. Nunmehr soll unterschieden werden zwischen Vereinigungen von Personen und solchen von Mitteln. Auch sind klare Kriterien der Gemeinnützigkeit vorgesehen. Doch dieses Gesetz wurde nicht fertiggestellt, an seiner Stelle gibt es nun derer drei (NVO centra 2001.gada pārskats).

Hauptsächlich sind die NROs im sozialen Bereich, im Umweltschutz, Kultur und Freizeit sowie in der Vertretung von Interessen und Rechten tätig. Die aktiven Mitglieder sind zumeist gut ausgebildete, junge Menschen. Viele von ihnen haben eine andere Lebenseinstellung als nicht aktive Menschen.

### **Partizipation beim politischen Entscheidungsprozeß**

Die NROs nehmen auch in Lettland neben den politischen Parteien aktiv am politischen Leben teil. Ihre Vertreter wenden sich mit sehr konkreten Themen unabhängig von allgemeinen politisch-ideologischen Richtungen an die Politik, wie beispielsweise die Entwicklungsgesellschaft Mežaparks (Mežaparka attīstības biedrība). Dort Lebende berichten, daß früher alle einigermmaßen gleich gelebt haben, wenn auch in verschiedenen großen Anwesen. Heute aber hat die Macht derjenige, der über Geld verfügt und nach seinen Vorstellungen handelt. Und so wenden sich die Vertreter mit ihrem konkreten Anliegen an die Mandatsträger und kandidieren nicht selbst für politische Ämter. Das Engagement für einzelne Fragen ist jedoch als Stimulierung auch für andere zu sehen, die sich ebenfalls für einen Aspekt ihrer näheren Umgebung einsetzen könnten.

Entgegen der zu verzeichnenden Aktivität der NROs ist ihre Tätigkeit einstweilen nicht hinreichend, um die Massen für einen längeren Zeitraum an sich zu binden. Viele Menschen sind nach wie vor der Ansicht, daß Gesetze zur Verwirklichung von Partikularinteressen verabschiedet werden. Dies haben auch Umfragen im UNDP-Programm ergeben, wo Abgeordnete und Bevölkerung gleichermaßen behaupten, daß Entscheidungen einzig von der Regierung, Oligarchen und Spitzenpolitikern getroffen werden und nicht von den Bürgern oder gesellschaftlichen Organisationen und einfachen Parteimitgliedern (2000/2001 gada Pārskatā par tautas attīstību). Umgekehrt sind die

Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Elite der Ansicht, daß Massenmedien und öffentliche Meinung die Entscheidungsfindung stark beeinflussen. Gewiß ist einstweilen, daß der politische Prozeß in Lettland eine sehr geschlossene Veranstaltung ist und der Kreis der einflußreichen Personen klein und überschaubar.

Eigentlich könnten die NROs hier eine wichtige Rolle übernehmen und als Organisationen teilnehmen. Experten werten dies jedoch zurückhaltend, denn formal sind zwar überall Regelungen der Zusammenarbeit getroffen worden, die aber in der Realität nicht zur Anwendung kommen. Nichtsdestotrotz gibt es Institutionen, die bereits konsultative Beiräte gebildet haben, die über feste Strukturen und Räumlichkeiten verfügen. Nach Angaben des NRO Zentrums beteiligen sich auf diese Weise derzeit 500 Organisationen regelmäßig. Aber diese Zahl ist einstweilen zu gering, um die Amtsträger tatsächlich beeinflussen zu können. Aber andererseits zeigt die Praxis auch, daß viele Organisationen auf informeller Ebene konsultiert werden. Hierfür sind wiederum stabile Kontakte in die staatliche Administration erforderlich.

In der politischen Praxis erweist sich, daß die NROs häufig informell konsultiert werden, jedoch eher selten offiziell Gehör finden. Sie geben 60% der befragten Mitarbeiter aus der Ministerialbürokratie an, häufig oder sogar immer Kontakt zu NROs aufzunehmen, aber sehr selten eine solche Anfrage offiziell stattfindet. Das bedeutet, daß eben nicht Untersuchungen in Auftrag gegeben werden, sondern es bloß zu kurzen Anfragen kommt. Der Einfluß der NROs auf diesem Wege mag unbestritten sein, gleichzeitig trägt die Praxis jedoch nicht zur Transparenz des Entscheidungsprozesses bei (*Pārskatā par tautas attīstību 2000/2001*).

Die fehlende Beteiligung der NROs ist aber auch darauf zurückzuführen, daß sie oftmals über anstehende Gesetzesprojekte gar nicht erst informiert werden. Schuld daran tragen aber nicht nur die staatlichen Institutionen, auch die NROs selbst versuchen nicht, sich regelmäßig umfangreich zu informieren, wenn auch dies zumindest in solchem Umfang stattfindet, daß die Beteiligung häufiger auf eigene Initiative zurück geht, denn auf Einladung erfolgt. Wenigstens erlaubt es das Gesetz seit einiger Zeit, daß die NRO-Vertreter an den Konferenzen der Staatssekretäre mit beratender Funktion teilnehmen dürfen.

Natürlich hat Lettland in den letzten Jahren auch viele Gesetze verabschiedet, die der Bevölkerung eine verstärkte Partizipation ermöglichen, doch diese ist oft zu wenig darüber informiert oder daran interessiert. Die Vorschriften bleiben somit nur auf dem Papier existent. Grund dafür ist sicher generelles Unwissen auch darüber, wo man sich über die eigenen Rechte informieren kann oder aber auch die fehlende intellektuelle Fähigkeit, komplizierte Texte zu verstehen. Und das trifft mitunter sogar auf die Beamten zu, welche die Vorschriften ebensowenig kennen.

Neben der aktiven Tätigkeit der Interessenvertretung von gesellschaftlichen Gruppen gibt es auch die passive Beobachterrolle, wenn etwa kontrolliert wird, ob das staatliche Handeln rechtmäßig ist; und wenn Verstöße entdeckt werden, kommt es zur Publikation respektive den Einsatz der Massenmedien.

## **NRO-Zusammenarbeit**

NROs sind im Alleingang weniger erfolgreich als in der Zusammenarbeit mit anderen und mit staatlichen Einrichtungen. Dabei muß diese nicht dauerhaft sein, mitunter genügt eine Kooperation bis zur Lösung eines konkreten Problems. Allerdings findet diese Zusammenarbeit eher selten statt und beschränkte sich in den vergangenen Jahren im wesentlichen auf Kinderrechte, Gesundheitsfragen sowie die Probleme Behinderter und Rentner. Aber auch die Frage der Privatisierung des Saulesdārzs, wo die Entwicklungsgesellschaft Mežaparks und Delna gemeinsam vorgingen. Die Frage erhielt große öffentliche Aufmerksamkeit, weil unter der Beteiligung weiterer Organisationen auch die Medien sich für den Fall interessierten. Um diesen Weg zu unterstützen gibt es in Riga wie auch anderen Städten NRO-Zentren. Aber leider sind die Beziehungen der NROs in Lettland oftmals von Konkurrenz vor allem um die Finanzierung geprägt, was allerdings auf der anderen Seite eben auch zur Kooperation geradezu zwingt. Gerade die schon länger bestehenden zeigen mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Aber viele andere sind zunächst noch vorwiegend mit sich selbst beschäftigt wie auch an sofortiger Wirkung interessiert und nicht an langfristiger Zusammenarbeit.

## **Zusammenarbeit zwischen NROs und der Verwaltung**

Für eine effektive Arbeit ist aber nicht nur die Kooperation mit ähnlichen Organisationen erforderlich, sondern vor allem auch die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen. Auf diese Weise könnte durch einen verstärkten Austausch von Informationen auch mehr Verständnis für das Vorgehen der staatlichen Einrichtungen entstehen. Vorteile haben davon beide Seiten. Während der Staat beweisen kann, daß er die Meinung der Bevölkerung nicht ignoriert, können sich die Organisationen Gehör verschaffen. Der Vorteil für die NROs muß darüber hinaus nicht nur in finanziellen Fragen liegen, die Behörden könnten ihnen auch Aufgaben delegieren. Freilich fände eine solche Praxis ihre Grenzen, wo Politiker und Organisationen unterschiedlicher Meinung sind.

Seit 2003 verlangt eine Gesetzesnovelle die Öffentlichkeit der Sitzungen der kommunalen Volksvertretungen. Somit kann nun jeder Interessierte an den Sitzungen teilnehmen und entsprechend der vorgesehenen Ordnung auch zu Wort kommen. Während das Ziel dieser Novelle mehr Transparenz war,

wird die Möglichkeit von der Bevölkerung nicht genutzt. Natürlich verlangt das Gesetz in Lettland so wie in anderen Staaten die Auslegung von Projekten, damit sich die Bevölkerung mit den Plänen vertraut machen und ggf. Einsprüche erheben kann. Aber auch hier passiert das eher als Legitimierung eines schon fertigen Projekts, als daß eine gesellschaftliche Diskussion gefördert würde. Folglich gibt es für die öffentliche Hand noch viel Arbeit, ehe die Bevölkerung sich so für die Entscheidungen interessiert, wie in anderen Staaten. Dabei könnten die NROs helfen.

## **Partizipation der Gesellschaft in NROs**

Zur sowjetischen Zeit waren viele Menschen formal Mitglieder etwa der Gewerkschaften. Ende der 80er Jahre wuchs wie erwähnt die freiwillige Beteiligung, um mit Beginn der Unabhängigkeit wieder stark zurückzugehen. Das organisierte Netz von Organisationen wurde einstweilen nicht wieder erneuert, so waren 1994 nur 19% der Einwohner Lettlands Mitglied einer Organisation. Die Zahl steigt allerdings seither (*Politiskās līdzdalības veicinošie apstākļi Latvijā*, 1999). Die wichtigsten darunter sind die Gewerkschaften, bei denen 17% der Einwohner Mitglied sind, gefolgt von den Kirchen mit acht Prozent und Sportvereinen mit fünf Prozent. Das diese Zahlen in Lettland so gering sind, wird unter anderem mit den vorherrschenden materialistischen Werten erklärt. Andererseits sind solche Themen wie der Saulesdārzs trotz ihrer eher geringen Bedeutung mitunter Gegenstand einer großen Mobilisierungswelle. Dabei spielten die Massenmedien eine wichtige Rolle, darunter verschiedene Internetportale auf denen der Leser seine Meinung zum Ausdruck bringen kann. Dies wiederum ist zurückzuführen auf den Symbolcharakter der Privatisierung dieses Stückes Land, an dem in guter Lage die Bevölkerung vermutet, daß sich ein Volksvertreter am Willen des Volkes vorbei einen guten Verdienst organisiert.

Damit ist das Gelände nur ein weiteres Beispiel in einer Kette von Gründen, welche die Bevölkerung von der Politik entfremden, nach Umfragen Mitte der 90er Jahre waren es drei Viertel der Bevölkerung, die eine Einflußnahme ihrerseits für ausgeschlossen halten. Davon unterscheidet sich graduell nur die Meinung der Mitglieder von NROs, unter denen die Hälfte positiv denkt (*B.Zepa*, 1999). Wenn die Durchschnittsbevölkerung sich generell über die soziale Lage beschwert, so klagen die NRO-Mitglieder eher über die zu geringe Konsultation ihrer Organisationen.

## **Fazit**

Mit der Unabhängigkeit Lettland zerbrach das alte System von Interessengruppen und gesellschaftlichen Organisationen. Neue Arten NROs waren er-

forderlich, deren Gründung sich nunmehr durch Freiwilligkeit auszeichnete. Gleichzeitig wird die Handlungsfähigkeit der neuen Organisationen durch einen Mangel an Ressourcen, Finanzierung und Partizipation eingeschränkt. Hinzu kommen die oftmals auf fehlende Kompromißbereitschaft zurückzuführende fehlende Kooperationsbereitschaft und das Mißtrauen der Bevölkerung in Folge der sowjetischen Erfahrungen. Nichtsdestotrotz geht die Entwicklung auch Dank sich inzwischen einstellender Erfolge in eine positive Richtung. Gesetzlichen Regelungen auf dem Papier folgt zunehmend eine Belebung in der Praxis. Ohne Zweifel beginnt sich eine Partizipation in Lettland, so wie sie im Westen bekannt ist, erst seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit zu entwickeln und sie wird beeinflusst durch die Negationen im alltäglichen politischen Leben. Gleichzeitig findet ein schneller Wertewandel vor allem in der jungen Generation statt mit zunehmend steigender Bewertung sozialer Fragen. Unter den Mitgliedern von NROs ist die Unterstützung eines politischen Regimes einer starken Hand besonders schwach.

## **Literatur**

Almond G. A., Verba S., (1965) *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston: Little Brown.

Ašmanis M. (1999), *Politikas terminu vārdnīca*

Boris E.T., *Nonprofit organizations in a democracy: varied roles and responsibilities*, <http://socio.ch/movpart/boris.htm>

Jēkabsone A. (1999), "Es.Sabiedrība.Valsts.", Rīga

Latvija. Pārskati par tautas attīstību 1995, 2000., Rīga

Likums „Par bezpeļņas organizācijām”, NAIS datu bāze

Likums „Par sabiedriskajām organizācijām un to apvienībām”, 15.12.1992. NAIS datu bāze

Portāls Politika LV (10.12.2001), Valdības komunikācijas politikas pamatnostādnes

Portāls Politika LV (14.02.2003.), Sabiedrības iesaiste valsts politikas veidošanā : pārmaiņas un problēmas. 2000. – 2003.

Portāls Politika LV (18.12.2001), Informācijas barošanas programma

Portāls Politika LV (19.10.2001), Politikas plānošanas pamatnostādnes

Zepa Brigita (1998) *Līdzdalība kā politiskās nācīgas veidošanās nosacījums*. Grāmatā: *Pilsoniskā apziņa*, Rīga, IU "Mācību apgāds".

Zepa Brigita (1999) *Politiskās līdzdalības veicinošies apstākļi Latvijā*, R., Baltijas Datu nams. Akadēmiskie pētījumi.

Zepa Brigita "Sabiedrības politiskā līdzdalība Latvijā", Rīga, Baltijas Datu nams. Akadēmiskais pētījums

## **Kulturschock – Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Einstellungen zur „Wende“ in den neuen Bundesländern und Lettland<sup>142</sup>**

*Evija Rimšāne*

Es ist überraschend, wie unterschiedlich zwei Vertreter unterschiedlicher Kulturen durch gemeinsame Lebenserfahrung verbunden sind. Im Gespräch mit einem Westdeutschen und einem Ostedeutschen findet der Lette viele Gemeinsamkeiten, Erinnerungen an Kindergarten und Schulzeit in den 80er Jahren mit letzterem, während jener sich vor allem über unfreundliche Verkäuferinnen beschwert.

Die Wende in den 80er und 90er Jahren, der Zusammenbruch der Sowjetunion ermöglichte die Wiedervereinigung Europas, was für einige Staaten die erneute Unabhängigkeit bedeutete. Die Übernahme „westlicher“ Werte wurde sowohl im wieder selbständigen Lettland wie auch in der ehemaligen DDR positiv aufgenommen. Das zeigt sich auch in den Schlagworten, die für diesen Prozeß stehen wie „Mauerfall“ in Deutschland und „Erwachen“ in Lettland.

Beide Länder, welche diese Veränderungen erlebt haben, sind durch verschiedene Phasen gegangen, deren erste die Euphorie über die neue Freiheit war; doch schon ein Jahr später hatte sich die Einstellung im Osten Deutschlands verändert, 84% fühlten sich als Bürger zweiter Klasse.<sup>143</sup> In Lettland stimmten zur gleichen Zeit 73,8% der Einwohner für die Unabhängigkeit.<sup>144</sup> 15 Jahre später organisierten die Gewerkschaften in Riga eine Demonstration unter dem Stichwort „Wir gegen die Armut“ (Mēs pret nabadzību) mit Parolen wie „Bessere Ausbildung – schlechtere Einkommen“<sup>145</sup> (Izglītība augstā-

---

<sup>142</sup> Der Beitrag basiert auf einer Kursarbeit (Jahresarbeit) an der Kulturakademie Lettlands in Riga mit dem Originaltitel: „Kopējais un atšķirīgais Latvijas Republikas un VFR jauno federālo zemju sabiedrības attieksmē pret 20. gs. 80. un 90.gadu mijā notikušajām pārmaiņām“, 2005

<sup>143</sup> Wagner W. Kulturschock Deutschland. – Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1996. – 17 S.

<sup>144</sup> Laķis P. Vara un sabiedrība: Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā. – Rīga: Zvaigzne ABC, 1997. – 158 lpp.

<sup>145</sup> Im Lettischen heißt Hochschulbildung „augstākā izglītība“, was direkt übersetzt „höhere Bildung“ bedeutet (Anm.d.Hrsg.).

kā – alga zemākā) und „In Europa fordern wir europäische Einkommen“ (Eiropā prasām Eiropas algas).<sup>146</sup>

Weder in Lettland noch im Osten Deutschlands wurde die Meinung der Bevölkerung zu den Veränderungen gehört. Es wurden westliche Systeme übertragen.

## **Was ist ein Kulturschock?**

In den 60er Jahren hat der amerikanische Anthropologe Kalvero Oberg den Begriff des Kulturschocks erstmals definiert, den er als Krise bezeichnet, die ein Individuum wie auch eine ganze Gesellschaft erleben kann, die mit neuen Lebensumständen konfrontiert wird. Die Reaktion ist mit verschiedenen psychischen Reaktionen verbunden: Streß, das Gefühl von Verlust und Ausschluß, Verwirrung, unangenehme Überraschung und Hilflosigkeit. Oberg unterteilt dies in folgende Phasen: Erstens Euphorie, während die neue Situation noch nicht vollständig verstanden wird. Darauf folgt zweitens die Entfremdung, während das Fremde als fremd verstanden wird. Das beinhaltet Mißverständnisse und Schuldgefühle, denen Wut, Überempfindlichkeit und Mißfallen folgen können. In der dritten Phase kommt es zu nostalgischer Verklärung des Vergangenen, was als besser empfunden wird verbunden mit dem Wunsch, die vorherige Situation wieder herzustellen. Dadurch entsteht eine Verweigerung dem Neuen gegenüber. In der vierten endgültigen Phase wird das Neue so verstanden wie die Notwendigkeit, die eigene Einstellung zu ändern. Das Neue wird akzeptiert und positiv bewertet.

## **Das deutsche Beispiel<sup>147</sup>**

Der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz stellte bereits ein Jahr nach der Wende fest: „Unser bisheriges Leben gilt nichts mehr, durch die neuen Maßstäbe wird alles entwertet. Ich habe das Gefühl, mir wird meine ganze Identität geraubt und zunichte gemacht. Aber ich habe viel und mühsam gearbeitet, um meinen Platz zu finden – und dieser wird mir streitig gemacht. Ich muß heute Verhältnisse akzeptieren, an denen ich nichts mitgestaltet habe, und wenn ich mitgestalten will, werde ich von anderen belehrt, die schon wieder alles besser wissen.“<sup>148</sup>

---

<sup>146</sup> Die Demonstration fand am 1. Oktober 2005 in Riga statt. Hauptforderungen waren ein Mindesteinkommen, welches das Überleben sichert wie auch die Anhebung der Renten auf gleiches Niveau.

<sup>147</sup> Dieser Abschnitt wurde grundlegend gekürzt, weil der vorliegende Band sich mit Lettland beschäftigt und die Diskussion der Problematik in Deutschland als bekannt vorausgesetzt wird (Anm.d.Hrsg.).

<sup>148</sup> Maaz H. J. / Möller M. *Lettland Die Einheit beginnt zu zweit – Ein deutsch-deutsches Zweigespräch.* – Berlin, 1991. – 26 S.



Ökonomisch bleibt nach wie vor ein großer Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen<sup>149</sup> sowohl was die Einkommen betrifft als auch die Unternehmenstätigkeit, was zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt.<sup>150</sup> Auch Bundespräsident Horst Köhler hat die Anstrengungen der Einheit betont und hinzugefügt, daß der Staat einheitliche Lebensverhältnisse nicht garantieren kann.<sup>151</sup> Was unter dem Stichwort „Aufbau Ost“ an finanziellen Mitteln vom Westen in den Osten geflossen ist, wird als bremsender Faktor des Zusammenwachsens und damit als Grund der beiderseitigen Unzufriedenheit verstanden.

Damit sind aber die wirtschaftlichen Probleme noch nicht beschrieben, die in der Bundesrepublik bereits in den 60er Jahren begannen und bis in die 80er Jahre als unausweichlich galten. Der Beitritt Ostdeutschland zur Bundesrepublik hat diese Krise nur beschleunigt. Folglich ist eine Konzentration auf den wirtschaftlichen Aufschwung im ganzen Land erforderlich.<sup>152</sup>

Freilich wurde im Moment, als die deutsche Einheit möglich wurde, an die ökonomischen Folgen am wenigsten gedacht – sowohl aus Zeitgründen als auch dem Pathos geschuldet. Zufrieden über die friedliche Revolution wurde davon ausgegangen, daß sich der Osten dem Westen anschließend von selbst entwickeln wird.<sup>153</sup> Heutzutage wird das damalige Handeln teils heftig kritisiert: „Der Westen zahlt, der Osten leidet“, heißt es mitunter.<sup>154</sup>

Die Literatur über den psychologischen Aspekt ist umfangreich. Warum sich schnell Frustration einstellte, kann mit dem Modell des Kulturschocks erklärt werden. Westdeutsche Hochnäsigkeit und die Übernahme der Verantwortung im politischen und wirtschaftlichen Bereich haben die Ostdeutschen an den Rand gedrängt. Auch die Medien kultivieren durch die häufige Thematisierung der Unterschiede das, was als „die Mauer in den Köpfen“ bekannt ist. Die Ostdeutschen fühlen sich daher oft als Bürger 2. Klasse. Damit befinden sie sich noch in der dritten Schockphase, dem Unverständnis verbunden mit Anpassungsschwierigkeiten.

Wissenschaftler haben die Ostdeutschen mit Tschechen und Polen verglichen, demnach die Probleme der Ostdeutschen im Anpassungsprozeß weniger in der jüngsten Vergangenheit als vielmehr generell in der deutschen Mentali-

---

<sup>149</sup> Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit

<sup>150</sup> *Klose D.* Viel wurde erreicht, noch mehr ist zu tun. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005 // Das Parlament. – 2005. – 4. Okt. – 1 S.

<sup>151</sup> [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de). Bundespräsident Horst Köhler würdigt Tag der Deutschen Einheit. – 2005. – 1. Okt.

<sup>152</sup> *Buholcs J.* Vácija gatavojas reformám // Neatkarīgā Rīta avīze. – 2005. – 21. nov. – 3. lpp.

<sup>153</sup> *Schäuble W.* Der Einigungsvertrag und heutige Erkenntnisse. Die Freude über den Fall der Mauer und der Frust über die enttäuschten Erwartungen // 50 Jahre Bundesrepublik. – Köln: ECO Verlag. – 1999. – 56 S.

<sup>154</sup> *Bisky J.* Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet. – Berlin: Rowohlt Berlin. – 2005. – 224 S.

tāt zu suchen sind, wofür das Wort der „verspäteten Nation“ steht.<sup>155</sup> Warum tun sich die Ostdeutschen trotz besserer Voraussetzungen im Vergleich mit ihren Nachbarn mit dem Umbruch schwerer? Die Generationen wurden in drei Typen eingeteilt: Da sind erstens die Traditionellen, die von ihren Großeltern Werte von Familie, Frauen- und Männerrollen, Religion etc. annehmen. Die Modernen ändern die Bedeutung der Familie wenig, doch die Jugend öffnet ihren Horizont etwa studierend. Der dritte Typ wiederum bricht mit allen Traditionen, so daß mitunter der Großvater ein Funktionär im Staatsapparat war, der Enkel sich aber der Opposition anschließt. Dieser Typ ist am wenigsten einflußreich. Nach diesem Modell hat sich der moderne Typ in Ostdeutschland nicht durchgesetzt, es herrscht die traditionelle Variante vor, auch als „intergenerationale Modernisierungsresistenz“ bezeichnet. Damit hat sich in Ostdeutschland die Meinung erhalten, der Staat müsse für seine Bürger sorgen. Und dieser Umstand wird mit der deutschen Geschichte und Mentalität begründet, die wiederum als Folge der geographischen, politischen und religiösen Zersplitterung gilt. Und auch nach der Einigung Deutschlands Ende des 19. Jahrhunderts folgten mit häufigen Regierungssystemwechseln und der Diktatur ein Gefühl der Instabilität.

## **Das lettische Beispiel**

Am 5. Mai 2005 schrieb Kommentator Rodins in der einflußreichsten Tageszeitung Lettlands, *Diena*, das Land könne zum 15. Jahrestag der Unabhängigkeitsdeklaration bereits auf ein Jahr zurückschauen, das es Mitglied von NATO und EU ist, was die Rückkehr in den Westen bedeute, eine Sicherheitsgarantie und die Möglichkeit, den Lebensstandard zu erhöhen.<sup>156</sup> In derselben Ausgabe auf der gegenüberliegenden Seite gab es einen Artikel über die Störungen der Feierlichkeiten am Freiheitsdenkmal im Zentrum der Hauptstadt, in dem es hieß, Dank der Sicherheitskräfte, welche die Veranstaltung vor den Störern geschützt habe.<sup>157</sup> Während also ein großer Teil der Bevölkerung 15 Jahre nach der Unabhängigkeit sich zivilisiert verhält, gibt es dennoch Menschen, die diesen Anlaß negativ sehen.

Angenommen, diese wichtige Tageszeitung habe auch ihren Einfluß auf das gesellschaftliche Denken, stellt sich die Frage, für wen und warum es nützlich ist, den Menschen diese Informationen zu geben.

---

<sup>155</sup> *Alheit P., Szlachcicowa I., Zich F.* Biografische Identitäten im Grenzraum. Eine Untersuchung in der Euroregion Neiße. – Görlitz: Neisse Verlag. – 2005; *Alheit P., Bast-Haider K., Drauschke P.* Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland. – Frankfurt/M: Campus Verlag. – 2004

<sup>156</sup> „Neatkarības atjaunošanas deklarācijas 15. gadskārtā varam atskatīties uz gadu, kas Latvijai pagājis NATO un Eiropas Savienības (ES) statusā. Iestāšanās šajās organizācijās nozīmē mūsu valsts stabilu atgriešanos Rietumu civilizācijā, ārējās drošības garantijas un jaunas cilvēku labklājības paaugstināšanas iespējas.“ *Rodins A.* Augsūpejai 15. // *Diena*. – 2005. – 5. maijs. – 2. lpp.

<sup>157</sup> Svinības pie Brīvības pieminekļa traucē, taču neizjauc. // *Diena*. – 2005. – 5. maijs. – 3. lpp.

Die derzeitige wirtschaftliche Situation in Lettland ist gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, ungleichmäßige Ressourcenverteilung zwischen den Regionen, Korruption im Steuersystem, geringem Einfluß der Gewerkschaften und Inflation. Die Demonstration „Wir gegen die Armut“ (Mēs pret nabadzību) am 1. Oktober 2005 forderte sowohl ein Mindesteinkommen nach Abzug der Steuern als auch Pensionen, die das Überleben sichern.<sup>158</sup>

Um die Einstellung der Bevölkerung zu den Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Motivation der Menschen, auch im Spiegel von an die Bevölkerung gerichteten Reden von hohen Amtspersonen. So sagte Parlamentspräsidentin Ingrīda Ūdre am 4. Mai 2004 anlässlich einer Feierlichen Sitzung der Saeima, daß Lettland mit dem Beitritt zur EU in seinem eigentlichen zu Hause angekommen sei, respektive in diesem sicher Türen und Fenster installiert habe.<sup>159</sup> Weitere Phrasen sind „die Vertretung des Interesses des lettischen Volkes auf der internationalen Ebene“ (Latvijas tautas interešu aizstāvība starptautiskā līmenī) oder „Hebung des Bürgerbewußtseins“ (pilsoņu politiskās apziņas celšana). Die sozialen Probleme dagegen werden faktisch nicht erwähnt. Dagegen wird unterstrichen, wie wichtig die Teilnahme Lettlands in internationalen Foren ist. Auch Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga äußerte anlässlich ihrer Besuche in den Regionen zum 12. Jahrestag des baltischen Wegs (Baltijas ceļš)<sup>160</sup> die Hoffnung, daß die Menschen auch weiterhin stolz auf ihr Land sind und dies im Alltag leben.<sup>161</sup> Einzig der damalige Parlamentspräsident Jānis Straume erklärte zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung 2000, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Lande nicht progressiv sei, es keine soziale Gesetzgebung und es eine klare Diskrepanz und Mißtrauen zwischen Staatsmacht und Einwohner gebe, was zu Korruption und rechtlichem Nihilismus führe sowie die politische Kultur einzig durch Parteienstreit gekennzeichnet sei. Im Lande gebe es weder eine demokratische Entwicklung noch entstehe ein Mittelstand.<sup>162</sup> Dem pflichtet auch der frühere Vorsitzende der Volksfront, Dainis Īvāns bei, in Lettland herrsche keine ökonomische Stabilität, weil noch keine Zivilgesellschaft entstanden sei.<sup>163</sup>

Vor der Beurteilung dieser Äußerungen muß festgestellt werden, daß die Verfassung Lettlands mit dem Organisationsstatut beginnt, wo das deutsche

---

<sup>158</sup> www.lbas.lv

<sup>159</sup> Wörtlich sagte sie: “pēc gara un grūta gājuma atgriežoties savās īstajās mājās, patiesībā - savām īstajām mājām ieliekot drošus logus un durvis.” www.saeima.lv

<sup>160</sup> Am 23. August 1989 bildeten Menschen von Tallinn über Riga bis nach Vilnius eine Kette anlässlich des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes mit dem geheimen Molotow-Ribbentrop Zusatzprotokoll, welches die baltischen Staaten der sowjetischen Interessensphäre zuordnete (Anm.d.Hrsg.).

<sup>161</sup> *Latvijas prezidenta preses dienests*. Apzinot Tēvuzemi: cik stūrīšu – tik bāliņu, cik rakstiņu – tik māsiņu. // *Latvijas Vēstnesis*. – 2001. – 29. aug. – 15. p.

<sup>162</sup> Ceļš uz neatkarīgu, demokrātisku Latviju – Lāčplēša cīņu laiks, tautas vienotības zvaigžņu stunda. // *Latvijas Vēstnesis*. – 2000. – 5. maijs. – 1., 9. p.

<sup>163</sup> “Ekonomiskās stabilitātes un plauksmes nav, jo mums vēl nav īstas demokrātijas un īstas pilsoniskās sabiedrības.” *Diena*. – 2005. – 3. maijs. – 1. p.

Grundgesetz zunächst die Grundrechte auflistet. Erst 1998 wurde dem lettischen Text ein Grundrechtskatalog hinzugefügt. Folglich wurde die Bevölkerung gezwungen, sich während der ökonomisch schwierigen Phase zunächst mit der staatlichen Freiheit zu identifizieren. Auch die Historiker in Lettland sind noch nicht bereit, die Geschichte des eigenen Landes kritisch zu bewerten. Einstweilen ist das Internetportal [www.politika.lv](http://www.politika.lv)<sup>164</sup> das einzige Medium mit kritisierenden Untersuchungen über die aktuellen Umstände.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die als Folge der sowjetischen Herrschaft im Lande lebenden, vorwiegend russischsprachigen Minderheiten. Diese rund 30% der Bevölkerung haben eine andere Kultur und Mentalität – eines der wesentlichen Probleme der Entwicklung im gegenwärtigen Lettland bei der Anpassung an die neuen Umstände. Und hier muß grundlegend zwischen Gesellschaft und Staat unterschieden werden, denn sowohl in den Medien als auch in Lehrbüchern herrscht eine klare ideologische Ausrichtung von Seiten des Staates vor, die der Gesellschaft vorzugeben versucht, wie sie sich verstehen soll. Im Unterschied zu Deutschland finden keine Untersuchungen über die Einstellungen in der Bevölkerung nach der Unabhängigkeit statt.

Die lettische Gesellschaft ist sowohl ethnisch als auch sozial gespalten und durch ein Fehlen an Dialog geprägt. Folglich sind die Letten entsprechend der oben erwähnten Untersuchung unter Ostdeutschen, Polen und Tschechen am ehesten den Polen vergleichbar, die ebenfalls traditionelle Strukturen mit Schwerpunkt auf familiärer Beziehung haben und in Abhängigkeit von der sozialen Schicht eine Tendenz zur Amerikanisierung respektive Armut. Gleichzeitig wird das Denken durch die staatliche Politik beeinflusst, demnach die komplizierte Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert zu der Überzeugung geführt hat, die Letten seien in negativer Hinsicht ausersehen, sie hätten so viel gelitten wie keine andere Nation, weshalb der Rest der Welt gegenüber den Letten und Lettland klare Verpflichtungen habe.<sup>165</sup> Und gerade darum habe der Staat das moralische Recht zu handeln, wie er handelt vor dem Hintergrund der Sorge um den Verlust der eigenen Identität. Dies wird andererseits von Rodins sehr wohl als veraltete Einstellung bezeichnet und als störend für die Entwicklung des Landes. Er fordert statt dessen die Suche nach einer modernen Intensität<sup>166</sup>, um dem Land neue Kraft zur politischen und ökonomischen Entwicklung zu geben, die der Gesellschaft ein Gefühl von Befriedigung und Sicherheit vermitteln kann.

Zu diesem Zwecke ist es nicht nur erforderlich, die jüngste kommunistische Vergangenheit zu betrachten, sondern kritisch die Jahrhunderte zuvor zu

---

<sup>164</sup> Dieses Internetportal wird von Providus betrieben, einem von der Soros-Stiftung finanzierten Forschungsinstitut (Anm.d.Hrsg.).

<sup>165</sup> Rozenvalds J. Politiskās kultūras transformācijas priekšnoteikumi postkomunistiskajās sabiedrībās // [www.politika.lv](http://www.politika.lv). - 2001. – 20. nov.

<sup>166</sup> *Rudzītis I.* Latvijas post-koloniālās identitātes problēmas. // [www.politika.lv](http://www.politika.lv). - 2004. – 9. marts

bewerten, nachdem die ersten deutschen Händler ins Land kamen, um die lettische Mentalität und die Ängste um den Verlust der Identität zu verstehen.

## **Gemeinsamkeiten und Unterschiede**

Die Freiheit wird in beiden Ländern aus historischen Gründen unterschiedlich verstanden: in Deutschland die Möglichkeit zu reisen und zu demonstrieren<sup>167</sup>, in Lettland hingegen die staatliche Unabhängigkeit.<sup>168</sup> Das ist kein Wunder, bestand doch in Deutschland über die nationale Frage keine Strittigkeit. Die Zugehörigkeit zum Machtbereich der Sowjetunion wurde einzig ökonomisch verstanden. In Lettland aber bedeutete Freiheit zunächst die Übernahme der Staatsmacht durch ethnische Letten von einem System, welches auf dem Weg der Okkupation die Macht übernommen hatte, weshalb unter den Begriff der Freiheit auch die unabhängige Staatlichkeit, Sprache und Kultur fallen.

Das Verständnis von Demokratie ist so unterschiedlich wie deren Realisierung. In Deutschland ist die demokratische Ordnung das Ziel gewesen, wovon ein neues Denkmal in der Nähe des Reichstags mit Mauerresten zeugt. Jedes Stück steht für ein Jahr Berliner Mauer (1961-1989). Benannt sind auch die beim Versuch der Flucht getöteten.<sup>169</sup> In Lettland dagegen ging es zunächst um die staatliche Unabhängigkeit.

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Erfahrung und der Diskussion um die Kollektivschuld ist es für Deutschland besonders wichtig, die Gewaltlosigkeit der „Revolution“ zu betonen. Auch der Umbruch in Lettland war gewaltlos, wird jedoch vor allem mit dem wichtigen Kulturgut der Volkslieder assoziiert, die in der Wendezeit angestimmt wurden, weshalb sie auch als „singende Revolution“ bezeichnet wird. Die Lieder beschäftigen sich mit allen Lebensbereichen und haben fast sakrale Bedeutung; sie vereinen alle, die sich für das Lettentum einsetzen. Während in Deutschland Feiertage eng verbunden sind mit dem Sieg von Demokratie und Menschenrechten, wird in Lettland mit nationalem Pathos der Sieg einer ethnischen Gruppe über eine andere begangen. Die Deutschen feiern einzig den Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober, während die Letten mehrere Feiertage haben, wenn auch der 18. November als Erinnerung an die Proklamation der Unabhängigkeit 1918 der wichtigste ist. Den Deutschen fehlt wegen der Erinnerung an den Nationalsozialismus der nationale Pathos. Somit begründen die historischen Unterschiede die Selbstkritik in Deutschland und die nationalen Werte in Lett-

---

<sup>167</sup> *Kailitz S.* Gedenken am besonderen Ort. Spreeweg und Mauermahnmal für die Öffentlichkeit freigegeben. // Das Parlament. – 2005. – 4. Okt. – 20 S.

<sup>168</sup> *Freiberger V.V.* Vai jūs aicinātu ar ieročiem rokās aizstāvēt Latviju, ja tā būtu briesmās? // Diena. – 1994. – 12. nov. – 3. p.

<sup>169</sup> *Kailitz S.* Gedenken am besonderen Ort. Spreeweg und Mauermahnmal für die Öffentlichkeit freigegeben. // Das Parlament. – 2005. – 4. Okt. – 20 S.

land.<sup>170</sup> Die kritische deutsche Haltung zeigt sich auch in Filmen wie der Komödie „Good Bye, Lenin!“ (2003), die einer Verklärung der Vergangenheit entgegenwirken wollen.<sup>171</sup> Vergleichbare Versuche einer kritischen Bewertung fehlen einstweilen in Lettland<sup>172</sup>, ausgenommen der Hinweis auf negative Einflüsse der Wirtschaftsentwicklung, die vorwiegend mit der sowjetischen Okkupation erklärt werden und die Leistungen der jüngsten Generation vernachlässigen.

Die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland und Lettland stellt sich unterschiedlich dar. Generell kann von zwei verschiedenen Denk- und Handlungsmustern gesprochen werden; in Deutschland besteht der Ossi-Wessi-Konflikt, in Lettland dagegen ein nationaler, existentialer, der das Überleben der Nation unter den veränderten Umständen betrifft. Die Gesellschaft in Lettland ist damit mehrfach gespalten.

Nach den Worten Hans-Dietrich Genschers ist die Grundlage der Identität der Bundesrepublik nicht die Frage Bonn oder Berlin, sondern Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.<sup>173</sup> Die Identität Lettlands dagegen ist die Freiheit des lettischen Volkes. Diese Ziele sehen beide Völker auch in der Europäischen Union. Willy Brandt äußerte vor dem Bundestag gar, Deutschland möge sich weniger als Nationalstaat denn als Teil Europas sehen.<sup>174</sup> Folglich wird Deutschland ermuntert, sich weniger als Staat denn als Kulturnation zu verstehen. Für Lettland hingegen ist die EU ein Garant der nationalen Sicherheit. Sich auf die tragische Geschichte berufend wird gerechtfertigt, warum nicht immer alle westlichen Normen der Menschenrechte eingehalten werden.<sup>175</sup>

In beiden Ländern wurde der Begriff Freiheit zunächst mit Wohlfahrt, Sicherheit und Stabilität verbunden,<sup>176</sup> es wurde nicht erfaßt, daß Freiheit erst einmal nur die Voraussetzung für den ökonomischen Aufwärtstrend ist. Deutschland befindet sich einstweilen in der dritten Phase des Kulturschocks, während in Lettland neben dem traditionellen Typ, der sich an die neue Situa-

---

<sup>170</sup> *Stoiber E.* Der Föderalismus – Existenzgrundlage für Deutschland und Europa. 50 Jahre Bundesrepublik. – Köln: ECO Verlag. – 1999. – 90 S.

<sup>171</sup> *Teschke M.* Spreewaldgurken statt Popcorn. Zum Zustand des politischen Films in Deutschland. // *Das Parlament.* – 2005. – 17. Okt. – 2 S.

<sup>172</sup> Es ist geplant, daß 2006 ein bemerkenswerter lettischer Film mit dem Titel „Rīgas sargi“, die Wächter Rigas, in die Kinos kommt, der Patriotismus und Emotionalität fördern soll. Aus: *Nacionālā Kinocentra un laikraksta „Diena“ pielikuma „Lielais Kristaps“.* – 2005. – 24. sept.

<sup>173</sup> *Genscher H. D.* Chancen und Risiken der Vereinigung. 50 Jahre Bundesrepublik. – Köln: ECO Verlag. – 1999. – 66 S.

<sup>174</sup> *Glaser H.* Deutsche Kultur: ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart. – Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. – 2001. – 431 S.

<sup>175</sup> *Rozenvalds J.* Politiskās kultūras transformācijas priekšnoteikumi postkomunistiskajās sabiedrībās // *www.politika.lv.* – 2001. – 20. nov.

<sup>176</sup> *Schäuble W.* Der Einigungsvertrag und heutige Erkenntnisse. Die Freude über den Fall der Mauer und der Frust über die enttäuschten Erwartungen // *50 Jahre Bundesrepublik.* – Köln: ECO Verlag. – 1999. – 56 S.; *Ceļš uz neatkarīgu, demokrātisku Latviju – Lāčplēša cīņu laiks, tautas vienotības zvaigžņu stunda.* // *Latvijas Vēstnesis.* – 2000. – 5. maijs. – 1., 9. p.

tion nicht gewöhnen kann, ein moderner entstanden ist, der die neu sich bietenden Chancen nutzt, weshalb sich das Land schon auf dem Weg in die vierte Phase befindet.

## **Fazit**

Der Osten Deutschlands wie auch Lettland haben mit dem Umbruch einen Kulturschock erlitten, der sich hauptsächlich im Wechsel von Euphorie zu Enttäuschung äußert. Sich nur auf eine veränderte Einstellung auf evolutionärem Wege, also durch das Heranwachsen einer neuen Generation zu verlassen, bedeutete, die Untersuchung der Probleme bei der Anpassung an die neuen Umstände zu unterlassen und sich mit der Feststellung zufrieden zu geben, daß die Unterdrückung der Eigeninitiative in den sozialistischen Staaten für alles verantwortlich ist. Damit würde sowohl die Lebenserfahrung der älteren Generation mißachtet als auch eine selbstkritische historische Analyse verhindert.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Politik und Medien. In Deutschland und Lettland hat sich im Unterschied zu anderen europäischen Staaten die Demokratie erst in jüngerer Vergangenheit entwickelt, wenn auch die Erfahrung in Deutschland intensiver war, der Schwerpunkt nicht in der Staatlichkeit lag, sondern auf politischen Rechten. In Lettland dagegen dominierte die Unabhängigkeit, was im Gegensatz zum Verständnis eines modernen Staatsgebildes steht. Vor dem Hintergrund eines selbstkritischen Geschichtsverständnisses sind darum die Chancen zur Überwindung des Kulturschocks einstweilen in Deutschland größer, wenn auch der Osten Deutschlands in seiner demokratischen Entwicklung 50 Jahre hinter dem Westen hinterherhinkt. Obwohl in Deutschland die Identifikation aus historischen Gründen schwerfällt, ist das föderale System eine seiner Stärken. In Lettland dagegen bremst mitunter die Wichtigkeit der eigenen Staatlichkeit einen modernen Blick auf Demokratie und Multikulturalität.

Während Deutschland seine regionalen Unterschiede verstehen lernen muß, um die „Mauer in den Köpfen“ zu überwinden, stellt sich Lettland die Aufgabe einer kritischen Analyse der eigenen Geschichte, um eine Vision für einen modernen lettischen Staat zu entwickeln.

## Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung<sup>177</sup>

*Irīna Čurkina*

Die Entwicklung der Wirtschaft ist in jedem Staat ein wichtiges Ziel und deshalb wichtig, deren Voraussetzungen zu verstehen. Dabei wird darunter vor allem das sogenannte Wirtschaftswachstum, also das Wachstum des Bruttoinlandprodukts verstanden.<sup>178</sup> Bestandteil sind immer Arbeit, Kapital, Technologie und natürliche Ressourcen, auch wenn in jüngerer Zeit neben Kapital und Arbeit auch Wissen eine zunehmend größere Rolle spielt. Dies ist aber nicht der einzige Aspekt. Unter Entwicklung der Wirtschaft ist eben auch zu verstehen, daß aus einem Staat mit geringem Einkommensniveau ein entwickeltes Land entsteht, was neben dem Wachstum selbst eine Erhöhung der Qualität von Waren und Dienstleistungen wie auch des Lebensstandards beinhaltet.<sup>179</sup> Dieser Prozeß ist immer auch verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit und einer entsprechenden angepaßten Politik der Regierung. Folglich ist die ökonomische Entwicklung eine Folge des ökonomischen Wachstums.

Seit Lettland seine Unabhängigkeit erlangt hat, hat sich die Wirtschaft sehr stark verändert; und mit dem Beitritt zur Europäischen Union 2004 ist das Land noch deutlicher Teil der globalisierten Welt geworden. Das Wirtschaftswachstum weltweit hat 2004 41 Trillionen US\$ betragen im Vergleich mit nur 21 noch 1990. Seit 2001 betrug das Wachstum jeweils etwa 30%. Nach Daten von 2004 werden in den ärmeren Staaten 23% des Bruttoinlandprodukts in der Landwirtschaft erzeugt, 28% in der Industrie und 49% im Dienstleistungssektor. Die entsprechenden Zahlen für die Schwellenländer betragen 10, 37 und 53%. In den entwickelten Staaten wiederum 2, 27 und 71%.<sup>180</sup>

Lettland befindet sich nach den Daten der Weltbank unter den Ländern mit mittelhohem Einkommen. Im Vergleich mit den Nachbarn Estland und Litauen war das Entwicklungstempo der vergangenen Jahre etwas langsamer.

---

<sup>177</sup> Der Titel des Originaltextes: „Ekonomikas augsmes un attīstības tendences Latvijā”.

<sup>178</sup> *Byrns R.T., Stone G.W. Economics.* – California: – Goodyear Publishing Company Inc, 1981. – 829.p.

<sup>179</sup> a.a.O., 829

<sup>180</sup> Daten der Weltbank



Laut Statistik ist die Wirtschaft Lettlands zwischen 1980 und 1985 um drei bis vier Prozent gewachsen. Bis 1989 waren es dann etwa 7,4%, doch schon im folgenden Jahr begann der Abwärtstrend. In den Jahren des Übergangs hat Lettland eine Bankenkrise erlebt und den Einfluß der Rubelkrise in Rußland. Seit 1999 beträgt das Wachstum wieder regelmäßig zwischen sechs und zehn Prozent.<sup>181</sup> Die Anteile der Wirtschaftssektoren betrachtend gleicht Lettland den entwickelten Ländern, auch wenn dies freilich weniger der wirtschaftlichen Entwicklung als dem Zusammenbruch der Kommandowirtschaft aus sowjetischer Zeit gedankt ist. Das Kapital sucht sich die einfachste Gewinnmöglichkeit, deshalb entwickeln sich zunächst die Bereiche, in denen größere Investitionen nicht erforderlich sind. Somit hat sich der Anteil der Landwirtschaft am Wirtschaftswachstum von 1990 22% auf 2004 nur noch vier Prozent gesenkt. Die Industrie trägt statt 46% nur noch 23% bei. Dagegen macht der Dienstleistungssektor inzwischen statt 32% satte 73% aus.<sup>182</sup> Der Einbruch der Industrieproduktion ist in den vormals zur Sowjetunion nicht gehörenden Staaten des sozialistischen Machtbereiches weniger augenfällig.

Außerdem bestehen in Lettland gravierende Unterschiede zwischen den Regionen, wobei entwickelt beinahe nur die Hauptstadt Riga und die nähere Umgebung sind.

|                 | <b>2000</b> | <b>2001</b> | <b>2002</b> | <b>2003</b> | <b>2004</b> |
|-----------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Lettland        | 3 266       | 3 473       | 4 145       | 5 081       | 6 219       |
| Riga            | 5 643       | 5 928       | 7 525       | 9 000       | 11 397      |
| Rigaer Umgebung | 2 204       | 2 361       | 2 724       | 3 301       | 3 839       |
| Livland         | 1 838       | 1 931       | 2 399       | 3 043       | 3 705       |
| Kurland         | 3 162       | 3 230       | 3 434       | 4 458       | 5 496       |
| Semgallen       | 1 922       | 1 992       | 2 306       | 2 909       | 3 215       |
| Lettgallen      | 1 589       | 2 022       | 2 002       | 2 621       | 2 888       |

*BIP pro Einwohner nach Regionen in US\$<sup>183</sup>*

Seit 2000 wurde anhaltend in Riga mehr als die Hälfte des BIP erwirtschaftet – mit steigender Tendenz. Folglich werden die Einkommensunterschiede zwischen den Regionen mit jedem Jahr größer. Der Drang der Arbeitskraft nach Riga ist darum unvermeidlich, wohingegen in anderen Gegenden Arbeitslosigkeit vorherrscht, obwohl der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren jedes Jahr sinkt, weil die Geburtenrate sinkt und viele Arbeitskräfte ins Ausland abwandern.<sup>184</sup> 1996 lebten in Lett-

<sup>181</sup> Latvijas Centrālās Statistikas Pārvalde

<sup>182</sup> The World Development Indicators database.- <http://www.worldbank.org/> 2005; 22.1.2007

<sup>183</sup> Latvijas Centrālās Statistikas Pārvaldes

<sup>184</sup> Irland und Großbritannien haben sofort mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur EU 2004 ihre Arbeitsmärkte geöffnet, obwohl die betreffenden Staaten noch nicht zum Schengener Abkommen gehö-

land noch 2,46 Mio. Einwohner, davon 1,16 Mio. wirtschaftlich aktiv. 2005 sind es nur noch 2,31 Mio. Einwohner und 1,10 Mio. wirtschaftlich aktive.<sup>185</sup>

Aber darüber hinaus gibt es noch andere Aspekte. Der Export Lettlands beruht einstweilen noch auf der günstigen inländischen Arbeitskraft. Die Produktivität ist jedoch geringer als in den Nachbarstaaten und erreichte 2000 nur 38,2% des EU-Mittels berechnet auf alle späteren 25 Mitgliedstaaten.

| ES25=100          | Lettland |      | Litauen |      | Estland |      |
|-------------------|----------|------|---------|------|---------|------|
|                   | 1995     | 2005 | 1995    | 2005 | 1995    | 2005 |
| Produktivität     | 31,2     | 46,2 | 30,8    | 52,3 | 33,2    | 55,8 |
| BIP pro Kopf      | 29,7     | 47,2 | 33,9    | 52,0 | 35,3    | 57,3 |
| BIP Wachstum 1995 | -0,9     | 8,3* | 3,3     | 7,0* | 4,5     | 7,8* |

*Baltische Staaten im Vergleich*<sup>186</sup>

Ein weiterer problematischer Faktor ist die Inflation, die einstweilen innerhalb der EU eine der höchsten ist und die Maastricht-Kriterien deutlich überschreitet. Innerhalb von sechs Jahren sind die Preise zwischen 2000 und 2006 insgesamt um 30% gestiegen, darunter die Lebensmittel um 43% und die für Gemüse haben sich gar verdoppelt. Die Mieten sind im selben Zeitraum um 41% gestiegen, die Preise für Energie um etwa 41% sowie für die medizinische Versorgung um 60%. Diese Entwicklung betrifft vor allem jene Menschen, die ein geringes Einkommen haben.

Gleichzeitig gilt als eine der größten Gefahren für die Entwicklung der Wirtschaft in Lettland eine Überhitzung, was durch den Zufluß von Investitionen ausgelöst werden kann, welche einen Anstieg des Konsums nach sich zieht, wie er sich einstweilen vor allem im Baugewerbe ausdrückt. Besonders fließt Geld in Spekulationen im Immobiliensektor. Darüber hinaus gibt es Diskussionen über die negativen Effekte ausländischer Investitionen, die mitunter die inländischen verdrängen können wegen der höheren Produktivität der ausländischen Konkurrenz. Das heißt, der Kapitalzufluß geht in jene Branchen, in denen schnell Gewinne zu erzielen sind. Doch der Staat ist eher an langfristigen Investitionen interessiert. Die Regierung müßte daher verstärkt innovative Unternehmen fördern, deren Anteil derzeit nur 20% gegenüber 40% in Westeuropa beträgt.<sup>187</sup>

---

ren. Die Möglichkeit, vergleichsweise gut entlohnte, wenn auch gering qualifizierte Arbeiten zu übernehmen, haben zahlreiche Menschen der unteren Einkommenschichten genutzt (Anm.d.Hrsg.).

<sup>185</sup> Latvijas Centrālās Statistikas Pārvalde

<sup>186</sup> Eurostat structural indicators – <http://europa.eu.int>, Dezember 2006. Die mit Sternchen gekennzeichneten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2004.

<sup>187</sup> Inovāciju apsekojuma rezultāti. – LR CSP, 18.01.2005

Ziel jeder Wirtschaftspolitik ist es außerdem, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich auch im Wohlstand der Bevölkerung niederschlägt. 2005 sind die Einkommen im öffentlichen Sektor um 17%, im privaten um 18% gestiegen.<sup>188</sup> Insgesamt sind die Einkommen schneller gestiegen als die Inflation.

2005 lebten in Lettland 490.000 ältere, nicht mehr im arbeitsfähigen Alter befindliche Menschen, die Transferzahlungen unter dem Überlebensminimum erhielten. Auch wenn die Renten seit 1995 beständig gestiegen sind und die Kluft zum Überlebensminimum geringer wurde, bleiben die Einkommen von 21% der Bevölkerung unbefriedigend, weil sie zum Leben eigentlich nicht genügen.

|                            | 1995 | 1997 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|----------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| <b>Nettoeinkommen</b>      | 136  | 149  | 177  | 178  | 180  | 209  | 255  | 291  | 297  |
| <b>Öffentlicher Sektor</b> | 143  | 158  | 196  | 199  | 202  | 241  | 296  | 335  | 342  |
| <b>Privater Sektor</b>     | 128  | 141  | 163  | 162  | 166  | 189  | 229  | 266  | 272  |
| <b>Durchschnittsrente</b>  | 56   | 71   | 99   | 95   | 91   | 104  | 118  | 138  | 137  |

*Durchschnittseinkommen in US\$<sup>189</sup>*

Deutlich wird die sozioökonomische Situation durch einen Blick auf die Einnahmen der Haushalte. 2002 hatten die Haushalte ein durchschnittliches Einkommen von 135US\$ in Geld und Naturalien. 82\$ davon waren das Einkommen und 39\$ Transferzahlungen sowie 27\$ Renten. Bis 2005 stiegen diese Einnahmen auf 185\$, davon als Einkommen 121\$ oder 65%, Transferzahlungen 44\$ und Renten 34\$. In den Städten machten die Renten 17% aus, auf dem Lande 21%, folglich ist der Anteil der Renten in der Peripherie größer.<sup>190</sup>

Daß die sozioökonomische Entwicklung Lettlands langsamer verläuft als die Wirtschaftsentwicklung insgesamt, davon zeugt auch der Gini Koeffizient.<sup>191</sup> Die ungleiche Verteilung der Einkommen nimmt demnach zu, wobei dies auch in westlichen Staaten nicht anders ist. Betrag der Koeffizient 2000 in den USA 46%, so lag er in Lettland bei 45%, in China bei 50% und in Norwegen und Finnland bei 37%. Mit 43% sind die Nachbarn Estland und Lettland ebenfalls nicht weit entfernt.<sup>192</sup>

---

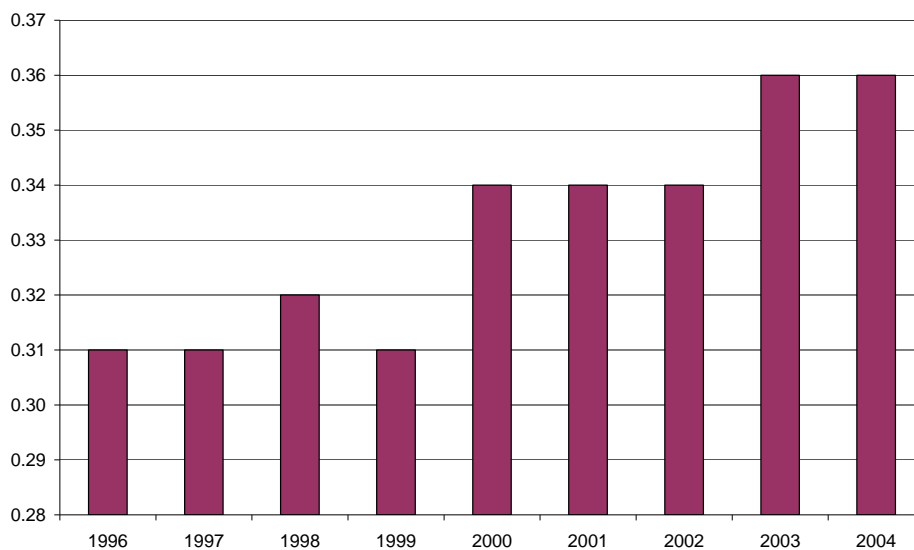
<sup>188</sup> Die Regierung ist in jüngster Zeit bemüht, die Einkommen der staatlich Beschäftigten zu erhöhen, um sie konkurrenzfähiger zu machen und damit die Fluktuation der Mitarbeiter zu mindern.

<sup>189</sup> Latvijas Centrālās Statistikas pārvalde

<sup>190</sup> Latvijas Centrālās Statistikas pārvalde

<sup>191</sup> Latvijas Centrālās Statistikas pārvalde

<sup>192</sup> Weltbank „The World Development Indicators database”.- <http://www.worldbank.org> / 2005, 2006



*Gini Koeffizient*<sup>193</sup>

Die Ausgaben für soziale Sicherheit betragen in der EU durchschnittlich 25% des BIP und sogar 30% etwa in Deutschland. Die baltischen Republiken kommen dagegen nur auf 14-15%. 16% der Einwohner Lettlands befindet sich an der Armutsgrenze.<sup>194</sup> Lettland gehört sich jedoch im weltweiten Vergleich zu den Ländern mit mittlerem Einkommen.

## Literatur

Byrns R.T., Stone G.W. Economics.– California: – Goodyear Publishing Company Inc, 1981. – 829.p.

Latvijas Centrālās statistikas pārvalde. LR CSP, ikmēneša biļetens Nr.10/2006, 11/2006

Weltbank „The World Development Indicators database”.- <http://www.worldbank.org/> 2005. gads; 2007. gada 22. janvāris

Eurostat structural indicators – <http://europa.eu.int>, 2006

Inovāciju apsekojuma rezultāti. – LR CSP, 18.01.2005

---

<sup>193</sup> Latvijas Centrālās Statistikas pārvalde

<sup>194</sup> Eurostat

# Wechselwirkung von Staat und Diaspora<sup>195</sup>

*Andrejs Berdņikovs*

Die Beziehung zwischen dem Staat und in der Diaspora<sup>196</sup> lebenden Personen ist heutzutage außenpolitisch wie manchmal auch innenpolitisch ein wichtiges Thema. Dabei gibt es drei politische Handlungsmuster.

1. Repatriierung: der Staat unterstützt seine Landsleute außerhalb bei der Rückkehr in die angestammte Heimat.
2. Paternalismus: der Staat unterstützt seine Landsleute aktiv in dem Land, in dem sie leben.
3. Aktive Politik: der Staat unterstützt nicht nur seine Landsleute im Ausland, sondern setzt ihre Existenz im Gastland aktiv politisch ein.

In Abhängigkeit von der historischen Situation herrscht in den unterschiedlichen Staaten eine von diesen Varianten vor. So hat Frankreich nach Verlust des Kolonialreiches zunächst die Repatriierung bevorzugt. In jüngster Zeit jedoch gehen die Regierungen zur dritten Form über oder aber auch setzen eine Kombination aller drei Formen ein, wie etwa Deutschland in jüngster Zeit.

Dennoch hat auch Deutschland bis Ende des kalten Krieges das Repatriierungsmodell bevorzugt, wenn auch in einer anderen Form als etwa Israel, wo der Grund für die Repatriierung ein anderer ist – dies freilich auch in Folge des Holocausts. Israel konnte sich auf den Zionismus berufen, Deutschland dagegen verhielt sich ideologisch neutral und fern jedes Revanchismus. Ziel war die Rückführung der u.a. in Folge des Zweiten Weltkrieges in den sozia-

---

<sup>195</sup> Titel des Originaltextes: „Valsts un diasporas mijiedarbība: Vācijas un Latvijas pieredze.“

<sup>196</sup> In den Sozial- und Geisteswissenschaften wird der Begriff Diaspora verwendet für Personen, die außerhalb ihrer historischen-ethnischen Heimat leben, mit der sie sich emotional und rational identifizieren, ohne dass eine konkrete Definition existierte. Diese Personen sind teilweise politische Flüchtlinge, Wirtschaftsmigranten, Gastarbeiter oder ethnische Minderheiten. Manche Wissenschaftler nehmen die Gastarbeiter aus, weil ihr Kontakt zum Gastland vorübergehend und fragmentarischen Charakters ist, der Kontakt zum Heimatland dagegen intensiv. Untersucht wird die Loyalität der in Diaspora lebenden Personen zur Heimat. Dabei wird auch unterschieden zwischen im Gastland integrierten Personen und solchen, deren Kontakt zur Heimat wichtiger ist. Mitunter wird der Diaspora-Begriff auch rein auf die ethnische Frage reduziert, Religion, Kultur und Sprachen aber ausgeklammert. Folglich geht es um Personen, deren Nation sich außerhalb der Grenzen des Staates, in dem sie leben, entwickelt hat und die dort die Titularnation bilden. Steven Vertovec teilt die Diaspora in drei Teile: die soziale Organisation, den Bewußtseinstyp und die Art der Kulturerhaltung.

listischen Staaten verbliebenen Landsleute.<sup>197</sup> Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus hatte sich dieses Ziel überlebt. Ein weiterer Grund lag sicher auch in der ökonomischen Brisanz der staatlichen Unterstützungen bei der Integration. Hinzu kam eine Veränderung von Migration in der westlichen Sicht, wo freier Grenzübertritt früher vor dem Hintergrund einer liberalen Grundeinstellung als etwas positives galt. Spätestens seit den Terrorakten von 2001 hat sich diese Sicht verädert, inzwischen ist vom Konflikt der Kulturen die Rede. Nunmehr sieht auch Deutschland in seinen im Ausland lebenden Landleuten ein Potential und unterstützt sie beim Verbleib in den jeweiligen Gastländern.<sup>198</sup>

Im Unterschied zu Deutschland hat Lettland seine Unabhängigkeit erst vor kurzer Zeit erhalten und in dieser Zeit weniger Möglichkeiten zur Formulierung einer eigenen Politik gehabt. Die Zusammenarbeit Lettlands mit den in der Diaspora lebenden Letten befindet sich noch in einem embryonalen Zustand, weshalb auch einstweilen noch keine der drei voran erwähnten Ansätze konstatiert werden kann.

Und auch unter den im Westen lebenden Letten selbst gibt es eher eine negative Einstellung gegenüber dem Begriff Diaspora, sie sehen sich eher als Exilanten. Das hängt mit der Auswanderungswelle in der zweiten Hälfte der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts zusammen. Die Sowjetunion sprach von „streunenden“ Letten. Die Anwendung des Begriffes Diaspora jedoch ermöglichte einen wissenschaftlichen Zugang, ohne gleichzeitig die Tatsache des Exils leugnen zu wollen. Diaspora ist ein sehr viel weiter gefaßter Begriff, der das Exil mit umfaßt wie auch die erst in jüngster Zeit aus ökonomischen Gründen ins Ausland übergesiedelten Letten.

Bis 2004 war die Zusammenarbeit mit den im Ausland lebenden Letten chaotisch und begründete sich vorwiegend auf die Aktivitäten einiger staatlicher Organe und von Privatpersonen. Auf staatlicher Ebene gab es weder Koordination noch Reglementierung. Erst dann wurde ein staatliches Programm mit Plan für die Jahre ab 2004 vom Außenministerium aufgelegt und ein „Botschafter“ berufen.<sup>199</sup> Dieser sollte zunächst als Informationsorgan dienen, aber gleichzeitig wurden auch juristisch und finanziell die Grundlagen zur Unterstützung der Landsleute im Ausland bereitgestellt. Diese Gelder gelten als Subventionen und nicht als nach dem Konkurrenzprinzip ausgeschriebene Projektmittel. Die Beträge richten sich also nicht nur nach der Qualität der gewünschten Mittel, sondern auch nach den Bedürfnissen, worüber die Be-

---

<sup>197</sup> Joppke, C., Roshenhek, Z. Ethnic-Priority Immigration in Israel and Germany: Resilience Versus Demise. Working Paper 45. San Diego: University of California, The Center for Comparative Immigration Studies (CCIS), 2001, December, p. 19 ; <http://www.ccis-ucsd.org/PUBLICATIONS/wrkg45.PDF>

<sup>198</sup> Полоскова, Т. В. *Современные диаспоры. Внутривнутриполитические и международные аспекты*. Москва: Издательство «Научная книга», 1999.

<sup>199</sup> Die Regierung betrachtet einstweilen die Unterstützung der Landsleute in Diaspora als einen von sieben wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik zwischen 2006 und 2010.

troffenen selber entscheiden. Dadurch werden auch solche Organisationen unterstützt, denen selbst die Mittel zur professionellen Projektvorbereitung fehlen, was vor allem die im Osten lebenden Letten betrifft.

Es kann dennoch kein Zweifel daran bestehen, daß das Potential nicht vollständig ausgeschöpft wird, wenn sich die Unterstützung nur auf punktuelle Veranstaltungen beschränkt. Wenn auch die Zusammenarbeit der Regierung mit im Ausland lebenden Letten systematisch ist, so kann nach wie vor von keiner Strategie gesprochen werden. Erstens wurden bislang mit wenigen Ausnahmen keine dauerhaften Ideen unterstützt. Zweitens wurden einstweilen nur kulturelle Veranstaltungen unterstützt, nicht dagegen politisches Engagement. Drittens wurde nicht versucht, jene Letten einzubeziehen, die keinen Kontakt zu den Organisationen vor Ort haben. Einstweilen wird von Seiten der Regierung die Unterstützung der Letten im Ausland auch weniger als Teil der außenpolitischen Aktivität gesehen.

Die Regierung Lettlands müßte nun dringendst einen genauen Plan entwickeln, welche Ziele erreicht werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Im Vergleich mit den erwähnten westeuropäischen Ländern gibt es dabei den wesentlichen Unterschied, daß dort die Angst vor einer Überfremdung besteht. Lettland dagegen weist ein negatives Migrationsaldo auf.<sup>200</sup> Allein schon deshalb wäre eine Repatriierung wünschenswert, aber auch wegen der günstigen Beeinflussung des Verhältnisses zwischen Letten und angehörig anderen Völker in Lettland.<sup>201</sup> Doch freilich muß die Regierung auch über die Frage nachdenken, inwiefern Lettland in der Lage ist, die Repatriierten vor Ort zu unterstützen.

Das paternalistische Modell ist für Lettland auch wenig anwendbar, weil einstweilen Lettland schon bei grundlegenden außenpolitischen Fragen noch Probleme hat. Dagegen wäre es vernünftig, nicht nur die im Ausland lebenden Letten strategisch für die eigenen außenpolitischen Ziele einzusetzen, wobei weniger an materielle Unterstützung gedacht ist, sondern vor allem an die entsprechende Publizität, und damit eben auch an die Ressourcen der Staaten, in denen die Letten.

---

<sup>200</sup> Demogrāfija 2005: statistisko datu krājums. Rīga: LR Centrālā statistikas pārvalde, 2005, 129. lpp; par 2005.gadu:

[http://www.csb.lv/lteksts.cfm?tem\\_kods=dem&datums=%7Bts%20%272006%2D04%2D21%2012%3A55%3A00%27%7D](http://www.csb.lv/lteksts.cfm?tem_kods=dem&datums=%7Bts%20%272006%2D04%2D21%2012%3A55%3A00%27%7D)

<sup>201</sup> *Latvijas Avīze*. 2005.g. 13.aprīlis. [Pārskats par akadēmiķa un Rīgas Domes deputāta Jāņa Freimaņa rakstu]

## **Wohlstand bedeutet auch saubere Umwelt<sup>202</sup>**

*Alda Ozola-Matule / Jānis Brizga /  
Ojārs Balcers / Andris Junkurs*

Die Umweltschutz NROs beschäftigen sich seit über einem Jahr mit der Analyse der Pläne des Finanzministeriums zur Verteilung der Mittel der EU für die kommenden sieben Jahre. In Anbetracht der Möglichkeiten durch die EU bestand die Hoffnung, sich Problemstellungen des Alltags wie etwa dem öffentlichen Verkehr, Energiefragen sowie dem Ausbau der Radwege und dergleichen zu widmen. Bedauerlicherweise wurden die Hoffnungen der Umweltverbände enttäuscht. Erstens ist klar ersichtlich, daß die Mittel erneut nach den Wünschen des Ministeriums verteilt werden, zweitens wurden viele Maßnahmen nicht berücksichtigt, die langfristig die Lebensqualität durch verbesserte Umweltbedingungen und die Gesundheit der Bevölkerung heben.

### **Fehlen eines strategischen Ansatzes**

Bei der Planung werden die Prioritäten nicht entsprechend der Frage gesetzt, was heute zu tun ist, damit es uns morgen besser geht. Der der Bevölkerung vorgelegte Plan wurde innerhalb eines Monats erstellt – können sich dann die Behörden tatsächlich so schnell einigen? Aus dem uneinheitlichen Inhalt des Dokuments ist zu entnehmen, daß es sich faktisch um einen Anschaffungsplan für einige Ministerien handelt und unterscheidet sich damit wenig von früheren Plänen. Das wird mit dem Folgeprinzip begründet, daß die Ministerien begonnene Projekte zuende führen möchten. In dieser Situation ist bereits vorher klar, wohin die Gelder fließen, aber Probleme, die einen komplexen Ansatz erfordern bleiben unberücksichtigt wie die potentiellen Möglichkeiten Lettlands.

Gleichzeitig wird gezeugnet, daß die Bereiche miteinander zusammenhängen. Eines der Hauptumweltprobleme in Lettland ist die Eutrophierung der Oberflächengewässer sowie das Algenwachstum in Flüssen und insbesondere Seen. Die Ursache hierfür ist die hohe Konzentration von Phosphor und Sau-

---

<sup>202</sup> Der Beitrag ist die deutsche Übersetzung des Artikels: „Labklājība nozīmē arī tīru vidi“ Diena, 18. Januar 2006.



erstoff im Wasser, die auf die Verwendung von Mineraldüngern in der Landwirtschaft sowie der steigenden Nutzung von phosphathaltigen Waschmitteln, für die intensiv geworben wird.

Das Umweltministerium will auch künftig in den Bau teurer Kläranlagen investieren, um die Vorschriften der EU einzuhalten, was zu erhöhten kommunalen Gebühren für die Bevölkerung führt. Aber diese Vorgehensweise ist etwa genau so logisch, wie in einem kalten Haus einen größeren Ofen zu bauen und mehr zu heizen, anstatt die eingeschlagenen Fenster zu reparieren. Statt teure Kläranlagen zu bauen, sollte in eine nationale Kampagne investiert werden, die für weniger phosphathaltige Waschmittel und eine Beschränkung der Chemikalien in der Landwirtschaft wirbt. Eine solche Politik hat bereits in Schweden funktioniert.

## **Nicht nur mehr Geld**

Die Lebensqualität der Bevölkerung umfaßt nicht nur ein höheres Einkommen, sondern auch das Leben in einer sauberen Umwelt, Gesundheit, physische und soziale Sicherheit sowie die Möglichkeit der Beschäftigung und Selbstverwirklichung. Statt zu planen, wie der Lebensstandard insgesamt erhöht werden kann, ist das Finanzministerium der Ansicht, alles sei geregelt, wenn mehr Mittel schneller ausgegeben werden.

Als Priorität sieht der Plan den Ausbau der Transitstrecken in Riga vor, dem der größte Teil des Transportbudgets der EU-Zuschüsse zufließen soll. Dazu gehört der Nordkorridor der Via Baltica<sup>203</sup> in Riga, der bekannter ist als die Duplizierung der Brīvības Straße<sup>204</sup>. Ungeachtet der Tatsache, daß die Streckenführung sich negativ auf ein zu schützendes Naturgebiet von europäischem Rang (Natura 2000) am Ufer des Ķīšezers<sup>205</sup> auswirkt, muß das Projekt auch aus dem Blickwinkel der Gesundheit der Bevölkerung betrachtet werden. Wer wird in der Nähe einer gebührenpflichtigen Transitstrecke wohnen wollen, über die ununterbrochen Schwerlastverkehr fließt? Den größten ökonomischen Nutzen davon hat der Freihafen Riga, während die Bevölkerung mehr verschmutzte Luft, Lärmbelästigung und Vibration erleben wird. Der Transit müßte abseits bewohnter Gebiete geleitet werden, doch Riga plant genau das Gegenteil, indem dem genannten Projekt nicht nur europäische Gelder, sondern auch jenes der lettischen Steuerzahler zufließt. Wahrscheinlich wird sich auch die Hoffnung der Autofahrer auf weniger Staus

---

<sup>203</sup> Die Via Baltica ist die Verbindung von Tallinn / Estland in Richtung Süden über Riga und Kaunas /Litauen in Richtung Polen (Anm.d.Hrsg.).

<sup>204</sup> Hauptverkehrsader von Nordosten in die Stadt und einstweilen einziger Weg auch für den Durchgangsverkehr (Anm.d.Hrsg.).

<sup>205</sup> Ein großer See am Nordostrand der Stadt Riga, an dem entlang die größte Ausfallstraße in Richtung Estland, nach St.Petersburg und in das beliebte Ausflugsziel des Gauja Nationalparks führt. Eine der wenigen autobahnähnlich ausgebauten Straßen in Lettland (Anm.d.Hrsg.).

nicht verwirklichen, weil die meisten Autofahrer nicht bereit sein werden zu, die geplante Maut bezahlen, um ein Stückchen auf dieser teuren Straße zu fahren oder die Daugava<sup>206</sup> zu überqueren. Außerdem belegt die Erfahrung anderer Länder, daß der Bau neuer Straßen die Verkehrsprobleme nicht löst, weil immer mehr Menschen mit dem Privatwagen unterwegs sind.

Umweltschutzorganisationen sind der Ansicht, daß es erforderlich wäre, strategisch die tatsächlichen Kosten des Güter- und Personenverkehrs zu berechnen und dabei auch zu berücksichtigen, welchen Einfluß etwa die Eisenbahn und der Transport auf der Straße auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung haben. Berechnungen zeigen, daß pro Tonne Gütertransport auf 1.000km die Gesellschaft 200 Euro Kosten entstehen, die durch die Luftverschmutzung, den Lärmpegel, Klimaveränderungen und Verkehrsunfälle entstehen. Die Kosten des Transportes auf der Schiene dagegen vier bis fünf Mal weniger. Darum muß die Priorität im Eisenbahnsektor liegen.

Paradoxerweise wird im Plan nicht einmal erwähnt, daß ein Anwachsen des Transportaufkommens eine Verschlechterung der Luftqualität nach sich zieht. Das wird damit erklärt, daß die Frage der Luftverschmutzung nicht in der Kompetenz des Verkehrsministeriums liege, während die Luft auch nicht Priorität der Investitionen des Umweltministeriums ist. Die Feinstaubkonzentration in großen Städten wie Riga und Liepāja überschreitet schon heute regelmäßig die von der EU vorgegebenen Grenzwerte gesundheitlicher Unbedenklichkeit sogar mehrfach. Die Gesundheit der Bevölkerung verschwindet auf den Korridoren zwischen den Ministerien, während wir uns darüber wundern, daß zunehmend häufiger Kinder an Allergien und Asthma erkranken. Für diese Kosten müssen wir selbst aufkommen, Europa bezahlt uns dafür nichts.

## **Auf die NROs hört niemand**

In dem Labyrinth der Formulierung einer Strategie sowie der Beschlußfassung, wie Lettland die EU-Mittel auszugeben gedenkt, finden sich nur wenige Vertreter des NRO-Sektors zurecht, weil das Finanzministerium sich keine Mühe gemacht hat, Kommentare zur vorgelegten Strategie zu fördern. Auch wenn die öffentliche Diskussion offiziell ausgerufen wurde, die Möglichkeit zur Kommentierung dieses wichtigen Dokumentes gibt es nur auf der Homepage der EU-Fonds und auf einer Pressekonferenz des Finanzministeriums. Dennoch haben die Vertreter der Umweltschutzorganisationen ihre Zeit investiert, an vielen Versammlungen teilzunehmen und Fragen vorzubereiten in

---

<sup>206</sup> Riga liegt an der Daugava, dt. Düna, welche die Stadt in zwei etwa gleich große Hälften teilt. Derzeit gibt es im Bereich des Stadtzentrums drei Brücken für den Straßenverkehr und eine Eisenbahnbrücke. Eine weitere südliche Querung ist bereits im Bau. Im Norden ist ein Tunnel in der Hafengegend geplant, der Teil der im Text erwähnten Via Baltica wäre (Anm.d.Hrsg.).

der Hoffnung, daß so ein Einfluß möglich ist und in der Schlußfassung der Planung auch die Prioritäten des Umweltschutzes und der Gesundheit der Bevölkerung Erwähnung finden.

Doch die Kommentare wurden von den gleichen Beamten der Ministerien bearbeitet, die auch den Plan selbst vorbereitet haben und nicht von Experten, die grundlegend auf die Fragen eingehen könnten. So blieb es bei der Strukturierung nach den Plänen der beteiligten Ministerien. Die meisten Vorschläge wurden zurückgewiesen, darunter die Anregung zum Ausbau der Radwege mit der kuriosen Argumentation, daß „in Lettland die klimatischen Bedingungen für die Entwicklung des Radverkehrs nicht förderlich seien“. Bleibt nur sich zu wundern, daß mit den klimatischen Verhältnissen die Nachbarn Litauen und Estland ausgezeichnet zurecht gekommen sind, ganz zu schweigen von den skandinavischen Staaten, wo überall die Infrastruktur für Radfahrer deutlich besser ausgebaut ist.

Lettland versucht nun erneut die Staatsentwicklung zu planen, doch die Verteilung der Verantwortlichkeiten auf die Ministerien behindern das. Sind dann Versammlungen und Projektvorstellungen mit öffentlicher Diskussion nur deshalb erforderlich, daß Europa behaupten kann, es habe eine öffentliche Diskussion stattgefunden, selbst wenn anschließend im Dokument keine Änderung zu finden ist?

Es ist kein Wunder, daß Meinungsbekundungen über irgendeine Strategie immer seltener werden und die Gesellschaft zunehmend passiver auf das Geschehen blickt, wenn Beteiligung keine Resultate zeigt.

# Öffentliche Homosexuelle und die Reaktion der Gesellschaft<sup>207</sup>

*Baiba Blūzma*

Die Anregung zum vorliegenden Beitrag kam aus einem Internetportal [www.draugiem.lv](http://www.draugiem.lv)<sup>208</sup>, wo jüngst eine Diskussion über die Einstellung zu sexuellen Minderheiten stattfand. Die Meinungen waren negativ bis feindselig. Freilich gibt es viele Menschen, die nie persönlichen Kontakt zu Homosexuellen hatten und deshalb auch keine feste Meinung, mehr noch, viele denken über diese Frage erst gar nicht nach. Während einige Menschen sich aus noch zu untersuchenden Gründen gegen Homosexuelle wenden, gibt es auch Kreise, die sich aus religiösen Gründen nicht mit der Existenz einer anderen sexuellen Orientierung abfinden können.

Die Homosexuellenparade „pride“ startete, um für Gleichberechtigung, die jedem Mitglied der Gesellschaft zusteht, zu kämpfen. In diesem Fall sollte der Gesellschaft einer der verstecktesten Aspekte ihrer selbst gezeigt werden: die sexuellen Minderheiten. Nach vielen Jahren ist das Verständnis für diese Gruppe von Menschen gestiegen und die Paraden werden immer mehr zu Festivals oder öffentlichen Partys. Die „pride“-Paraden sind somit ein Indikator der politischen und kulturellen Entwicklung einer Gesellschaft geworden, die anzeigt, wie es um Freiheit, Toleranz, Menschenrechte und demokratische Werte bestellt ist.

## Die „Pride“-Parade in Riga

In den seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit vergangenen 15 Jahren hat sich wenig im Leben der sexuellen Minderheiten verändert, so haben sie begonnen, sich der Gesellschaft alljährlich in Erinnerung zu bringen. Die erste Parade fand im Juli 2005 statt. Leider konnte die Veranstaltung nicht so wie in anderen europäischen Ländern ohne Behinderungen stattfinden, son-

---

<sup>207</sup> Titel der Hausarbeit: „PRIDE in Riga“. Der Titel ist englisch, weil es sich um eine Gruppe von Studenten des Tourismus Managements handelte, deren gesamtes Studium in englischer Sprache stattfindet.

<sup>208</sup> „Draugiem“ bedeutet direkt übersetzt „für die Freunde“. Es handelt sich um eine inzwischen verbreitete Idee, die letztlich eine halböffentliche E-Mail-Box ist. Das Portal wurde 2004 eingerichtet (Anm.d.Hrsg.).

dern das Ereignis endete mit Verletzten und dem Eingreifen der Polizei, aber glücklicherweise mehr oder weniger glimpflich. Der Sozialanthropologe Roberts Kīlis räumte im Fernsehen am 23. Juli 2005 ein, daß die Parade wie eine Tumorkrake mit Langzeitwirkung sei: viele Gegner, Eier, Gas in den Augen der Beteiligten, Poster mit unzensierten Slogans, aggressive Äußerungen, alle diese Aktionen verdeutlichten das Niveau der Toleranz der Gesellschaft.

Was aber wollten die Teilnehmer der Parade zeigen, was die Beobachter offensichtlich nicht sahen? Sie wollten demonstrieren, daß homosexuelle Männer und Frauen auch arbeiten, Geld ausgeben, Steuern bezahlen, lieben, atmen und Bruder, Schwester, Vater oder Mutter und auch Großeltern sein können – mit einem Wort, daß sie auch Menschen sind wie jeder andere. Die „pride“-Parade wurde organisiert, wie der Priester Māris Sants<sup>209</sup> anerkannte, weil es Homosexuelle in Lettland genauso gibt wie anderswo auch, und daß sich die Menschen dazu bekennen müssen, um nicht unter Druck leben zu müssen.

Für Juli 2006 war die zweite Parade in Riga geplant, aber dieses Mal gab es intensive politische Diskussionen. Als zentrale Veranstaltung war eine Parade am 22. Juli durch den in der Innenstadt von Riga gelegenen kleinen Park Vērmanes Darzs (Wöhrmannscher Garten) angedacht. Doch mehrere Organisationen lehnten die Durchführung ab, darunter die christlichen Kirchen, Lettlands Erste Partei,<sup>210</sup> der Union der Nationalen Kräfte (Nacionālā Spēka Savienība NSS) sowie weitere kleinere Gruppen. Die Vereinigung „Gegen-Strom“ („Pret-straumi“) konnte mehr als 100.000 Unterschriften gegen die Parade während weniger Wochen sammeln, während Diena, die größte Tageszeitung des Landes, die Parade nach wie vor verteidigte. Aber damalige Innenminister, Dzintars Jaundžeikars, ebenfalls ein Vertreter von Lettlands erster Partei, verkündete, die Parade müßte verboten worden, weil die Polizei die öffentliche Ordnung nicht garantieren könne.

Am 19. Juli verweigerte der Rigaer Stadtrat der Parade die Genehmigung mit der Begründung, es bestehe Gefahr für die öffentliche Sicherheit. „ILGA Riga“ und „Riga Prais“ klagten sogar vor dem Verwaltungsgericht, aber ohne den gewünschten Erfolg. Dennoch kamen am 22. Juli mehr als 100 potentielle Teilnehmer der Parade. Während einer Pressekonferenz wurde angekündigt, es werde keine unangekündigte Parade geben, sondern eine Konferenz in einem dem Park nahegelegenen großen Hotel. Einige Vertreter der sexuellen Minderheiten nahmen an einem Gottesdienst in der anglikanischen Kirche teil, aber an allen Veranstaltungsorten wurden die Teilnehmer von „pride“ von Gegnern attackiert, 14 der Akteure wurden schließlich verhaftet.

---

<sup>209</sup> Sants ist ein evangelischer Geistlicher, der wegen seines Bekenntnisses zur Homosexualität aus der evangelischen Kirche in Lettland ausgeschlossen wurde (Anm.d.Hrsg.).

<sup>210</sup> Lettlands erste Partei (Latvian Pirmā Partija) wird auch als „Priesterpartei“ bezeichnet, weil unter den Gründern mehrere Geistliche waren.

## Die Anti-„pride“-Bewegung

Erwähnenswert ist ebenfalls die Tatsache der Existenz einer Anti-„pride“-Bewegung, die sogar eine eigene Homepage hat: <http://www.nopride.lv>, wo viele Menschen ihre Meinung über die Parade geäußert haben; freilich waren etwa 99% von den Äußerungen negativ und teilweise primitiv.

Ein Teilnehmer eines Chats etwa erklärte: „Das sexuelle Leben eines jeden ist seine eigene Angelegenheit, und niemand sollte sich da einmischen! Aber alle Paraden und „pride“ in Riga, was ist das für ein Stolz. Meiner Meinung nach handelt es sich um eine Krankheit, und normalerweise ist niemand stolz auf eine Krankheit, und ich bin der Ansicht, sie sollten niemanden anderen anstecken. Das Schlimmste ist, wenn Kinder die Parade sehen, es stört sie, von den Erwachsenen zu lernen, von dem was sie hören und sehen, aber was für ein Vorbild können diese Leute abgeben?“<sup>211</sup> Aber gleichzeitig kann man mit der Gegenfrage antworten, was für ein Vorbild die Angriffe gegen die Homosexuellen darstellen. Obwohl dieser Kommentar selbst nicht primitiv ist, forderte er vulgäre Reaktionen heraus.

Eine weitere Überraschung liefert eine Online-Umfrage auf der genannten Homepage: Warum lügen Homosexuelle und versuchen die Wahrheit zu verdrehen? Es gibt vier Antwortmöglichkeiten. 1. Sie wissen, daß sie falsch handeln, können aber nicht anders. 2. Es handelt sich um eine politische Bewegung. 3. Es handelt sich um eine psychologische Krankheit. 4. sie wollen die Welt erobern. Die häufigsten Antworten sind drei und vier.<sup>212</sup> Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Öffentlichkeit, Staat und NROs, die Existenz einer solchen Homepage nicht unterbindet.

## Politische Diskussionen

Angst und Haß vor Homosexuellen in Lettland ist kein Phänomen der Unabhängigkeit, sondern diese Einstellung ist während der Sowjetzeit entstanden, als es keine Möglichkeit zur Selbstdarstellung gab, als Sexualität und Liebe sowieso ein Tabu waren: so etwas gab es ganz einfach offiziell nicht. Statt dessen gab es eine Partei, die im Guten und im Schlechten alles vorge-schrieben hat. Zwar gibt es heute nicht mehr eine einzelne Partei in Lettland, doch der Wunsch, die Regeln zu diktieren, ist unter den Politikern erhalten geblieben. Roberts Putnis, der Chef des lettischen Ablegers von Transparency International, erklärte, daß die Regierung einstweilen nicht im Interesse der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit handele. Viele Politiker seien es nicht gewohnt, die Gesellschaft als politisches Subjekt zu verstehen und könnten nicht zwischen öffentlichem und privatem Leben der Person unterscheiden.

---

<sup>211</sup> Eintrag vom 26. November 2006

<sup>212</sup> Zum 21.12.2006 4: 84,1%, 3: 9,2%, 1: 6% und 2: 0,7% (Anm.d.Hrsg.).

Auch vor der ersten Parade haben die Medien die Konflikte zwischen den politischen Kräften ausführlich dargestellt, welche die Diskussionen über die sexuelle Orientierung nutzten, um Aufmerksamkeit im Vorfeld der nächsten Wahlen zu erlangen. Es klingt beinahe unglaublich, daß die sexuellen Minderheiten zu Waffen geworden sind, um die allgemeine Stimmung zu manipulieren und die Popularität von Politikern in der Bevölkerung zu festigen. Lettlands Erste Partei wandte sich besonders offensiv gegen die Parade, obwohl es in ihrem Programm den Satz gibt: „Wir glauben, daß Gott die Menschen geschaffen hat, um glücklich zu sein, deshalb sind wir für gleiche Rechte, Möglichkeiten, Freiheit und Entwicklung für alle.“ Gleichzeitig fanden sich auf den Homepages von rechtsradikalen Jugendorganisationen Äußerungen zur Parade, daß sich in der Gegnerschaft sogar die sonst einander argwöhnisch gegenüberstehenden Vertreter verschiedener Volksgruppen zum Schulteranschlag neigen: „in diesem Fall stehen Russen und Letten Seite an Seite, dieses Mal ist diese Frage im gemeinsamen Kampf gegen den Feind unwichtig.“ An diesem Kommentar wird erkennbar, daß die Gesellschaft in Lettland noch einen langen Weg vor sich hat, bis sich jeder ungeachtet von Geschlecht, Alter, Gesundheit, sozialem Status, politischer Überzeugung, sexueller Orientierung, Religion und Nationalität sicher fühlen kann. Aber dieser Weg obliegt dem Bewußtsein eines jeden einzelnen.

## **Fazit**

Neben all diesen eher aggressiven Äußerungen, den Herablassungen und Mißachtungen gibt es aber auch in Lettland eine Meinung der schweigenden Mehrheit. Bisher haben eben viele Menschen über die Frage der Homosexuellen nicht nachgedacht und hatten eigentlich nichts dagegen, daß sie heiraten und Kinder adoptieren können, um die Gesellschaft toleranter zu machen. Aber durch die zweite Parade in Riga haben einige Menschen ihre Meinung geändert oder verändert.

Viele Menschen sind jetzt dagegen, daß die Homosexuellen volle Mitglieder der Gesellschaft sind und glauben auch nicht daran, daß dies möglich ist. Und das müssen nach verbreiteter Ansicht die Vertreter der sexuellen Minderheiten akzeptieren. „Pride“ ist keine Lösung, weil es nur zu negativen Reaktionen in der Gesellschaft führe.

Viele Letten sind der Ansicht, daß ihr Volk zwar friedliebend und tolerant sei, aber eben nur bis zu gewissen Grenzen, die durch die Parade, Politik und Religion aufgezeigt werden. Viele Menschen sind verärgert über die Homosexuellen, aber mehr noch wollen viele Menschen von diesem Problem verschont bleiben und keine Position beziehen. Ihnen ist es egal, was eine Person, die neben ihr oder ihm sitzt, im gleichen Bus fährt oder auf der Straße

entgegenkommt homo- oder bisexuell ist, solange diese Person ihre sexuelle Orientierung nicht öffentlich verkündet.

Einstweilen dürfen Homosexuelle in Lettland weder heiraten noch Kinder adoptieren, aber sie dürfen zusammenleben. Niemand kann sie daran hindern.

## **Literatur**

Article “Lepnums un naids” } <http://www.politika.lv/index.php?id=4824>

Article “Praids” } <http://laacz.lv/blog/2006/07/19/prajds/>

Article “Valsts cilvēktiesību biroja viedoklis par sabiedrības attieksmi pret pasākumu "Rīgas Praids 2005" un Rīgas domes lēmumu to atcelt” }  
<http://www.politika.lv/index.php?id=5307>

Article” Praids, geji, lesbietes un neiecietība” } <http://www.hc.lv/forums/nejedzibas/142/>

Discussion page: <http://alternative.lv/forums.php?sub=5376>

Discussion page: <http://www.nopride.lv>

Article “Pulcēšanās brīvība – ciets rieksts” } <http://www.politika.lv/index.php?id=4759>

Article “Riga Duma did not allow annual parade of sexual minorities (Latvia)” }  
<http://www.regnum.ru/english/676189.html>

Article “Rīgas dome nesaskaņo gājienu 'Rīgas prajds'” }  
<http://www.delfi.lv/news/national/politics/article.php?id=14988392>

[http://lv.wikipedia.org/wiki/R%C4%ABgas\\_praids](http://lv.wikipedia.org/wiki/R%C4%ABgas_praids)



## **Ethnische Zusammensetzung und historische Voraussetzungen<sup>213</sup>**

*Ilmārs Mežs*

Wie in vielen Teilen Osteuropas ist das ethnische Bewußtsein in Lettland wichtig und teilweise bedeutender als Nationalität und Religion. Möglicherweise hat dies seine Ursachen in der jahrelangen Herrschaft einer deutschen Oberschicht, während die Letten nur Bauern und Dienstboten waren. Die Zeit der sowjetischen Okkupation hat daran wenig geändert, da sich die Letten von den zahlreichen vorwiegend russischen Migranten abzugrenzen versuchten. Vermutlich hat dieser Umstand, die Nutzung der eigenen Sprache auch außerhalb des familiären Bereiches eine stärkere Russifizierung verhindert.

Noch vor einigen Jahrhunderten war die Bevölkerung Lettlands mit etwa 90% Letten ziemlich homogen. Es gab die herrschenden Deutschen und daneben eine geringe Anzahl von Russen, Juden, Polen und Vertretern anderer Völkern. Während die Roma im 17. Jahrhundert ins Land kamen hielt der Zustrom von Juden bis ins 20. Jahrhundert an. Die Russen kamen vorwiegend im 18. und 19. Jahrhundert, als die Altgläubigen in Lettgallen eine neue Heimat fanden. Die Migration von Russen wurde während der Zarenzeit durch den bevorzugten Landverkauf an Orthodoxe gefördert.

Die größte Veränderung erfuhr die Bevölkerungsstruktur jedoch zur Zeit des Zweiten Weltkrieges durch die Ausreise der Deutschbalten, die Deportationen durch die sowjetische Besatzungsmacht zunächst 1941, der während der deutschen Besatzung die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung wie auch der Roma folgte. Gegen Ende des Krieges flohen Hunderttausende aus Lettland vor der Roten Armee in Richtung Westen. Letten leben seither rund um den Globus, aber vor allem in den USA, Kanada, Australien, Deutschland und Schweden.

Die Deportationen nach Sibirien durch die Sowjetmacht setzten sich nach der neuerlichen Eroberung 1944 fort und erreichten ihre Spitze mit 45.000

---

<sup>213</sup> Der Beitrag ist eine gekürzte Übersetzung der Informationsbroschüre: "The people of Latvia" des Instituts Lettlands, eine Institution mit folgender Aufgabenbeschreibung: "The Latvian Institute promotes knowledge about Latvia abroad." Die Informationsmaterialien des Instituts sind frei verfügbar auf der Homepage [www.li.lv](http://www.li.lv).

Menschen an einem einzigen Tage im Jahre 1949. Diese Verschleppung eliminierte den bewaffneten lettischen Widerstand<sup>214</sup> gegen die sowjetische Autorität. Die Bauern mußten sich der Zwangskollektivierung unterwerfen.

Die Industriepolitik der Sowjetunion beinhaltete offensichtlich auch das Ziel einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Lettland – Moskau organisierte die Migration Hundertausender. Dieses Ziel unterstützend waren viele der Zuwanderer mit der Kommunistischen Partei, der Armee und dem Geheimdienst eng verbunden. Aber natürlich gab es auch viele einfache Arbeiter, die wegen des höheren Lebensstandards in Lettland gerne übersiedelten. Während der sowjetischen Okkupationen waren das insgesamt etwa 1,5 Millionen Immigranten. Während sich die Bevölkerungszahl Lettlands auf diese Weise verfünffachte, konnte die Letten ihre Vorkriegszahl nicht mehr erreichen. Während die Mehrheit der Weißrussen, Ukrainer, Polen und Juden auch russischsprachig sind, beherrschen die Litauer, Esten und Roma zumeist das Lettische.

In den Städten gibt es zwar historische Stadtviertel mit vorwiegend schon vor dem Krieg errichteten Einfamilienhäusern, wo die Letten zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, während die Immigranten ihrerseits vorwiegend in den sowjetischen Plattenbausiedlungen leben, dennoch kann von ethnischen Ghettos nichts gesprochen werden, weil die Bevölkerung doch insgesamt durchmischt lebt.

Die Unterschiede in Bildung und sozioökonomischer Position sind marginal. Auch kann von keiner Differenz im Lebensstandard der Letten und der Minoritäten gesprochen werden. Letten arbeiten vorwiegend im staatlichen Sektor, in der Landwirtschaft und dem Bildungswesen, während die Minderheiten vorwiegend im Transportgewerbe und der Produktion tätig sind. Nichtsdestotrotz ist erkennbar, daß Russen überproportional unter den sehr armen und den sehr reichen Teilen der Bevölkerung vertreten sind.

Als Lettland seine Unabhängigkeit erlangte, entschied sich die Politik für Kontinuität in der staatlichen Frage und damit auch die Staatsbürgerschaft betreffend, so daß alle Bürger der Republik Lettland bis 1940 und deren Nachfahren automatisch die Staatsangehörigkeit erhielten. Dazu gehörten auch sehr viele Vertreter der Minderheiten, Russen, Polen, Weißrussen, Juden und andere unabhängig von ihren Kenntnissen der lettischen Sprache. Die Migranten der Sowjetzeit und ihre Nachfahren hingegen hatten die Wahl zwischen der Beantragung der Staatsbürgerschaft wie auch einer permanenten Aufenthaltsbewilligung als Staatenlose. Der geringere Teil der Betroffenen wählte die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes – also etwa Rußland. Die Einbürgerung kann jeder beantragen, der wenigstens fünf Jahre im Lande gelebt hat und einen Test in der lettischen Sprache und Geschichte erfolgreich

---

<sup>214</sup> In allen baltischen Staaten gingen junge Männer in den Wald und kämpften als Partisanen gegen die Sowjetmacht (Anm.d.Hrsg.).

ablegt. In den vergangenen zehn Jahren haben Tausende diesen Weg beschritten, ein Prozeß, der seit dem Beitritt Lettlands zur EU noch schneller vonstatten geht. Das Land hat die höchste Einbürgerungsquote in der gesamten EU, etwa ein Prozent der Bevölkerung erhalten alljährlich die Staatsbürgerschaft. Dabei ist der Test der lettischen Sprache nicht schwierig, 95% bestehen ihn beim ersten Versuch. Auch einige Botschafter haben den Test bereits absolviert. Der britische Botschafter merkte gar an, daß dieser Test nach sechs bis acht Wochen Unterricht zu bestehen sei. Kinder, die nach der Unabhängigkeit geboren wurden erhalten die Staatsbürgerschaft auf Antrag der Eltern automatisch, doch leider sind diese einstweilen eher passiv gewesen. Somit ist zwischen 1995 und 2005 der Anteil der Staatenlosen und Ausländer von 29% auf 19% der Bevölkerung gesunken und wird innerhalb der kommenden Dekade mit 10% einen europäischen Durchschnittswert erreichen. Dabei sind die meisten Betroffenen ältere Menschen, die sich schwer mit der Akzeptanz des Zusammenbruchs der Sowjetunion tun und viele werden mitunter niemals die lettische Staatsbürgerschaft beantragen wollen. Beim Referendum über die Unabhängigkeit 1990 hat ein Viertel der Bevölkerung, etwa 411.000 Menschen, mit Nein gestimmt.

Im Folgenden wird auf die derzeit größten und historisch wichtigsten Minderheiten eingegangen. Aber durch 50 Jahre sowjetischer Herrschaft gibt es freilich bedeutend mehr Nationen in Lettland, die allerdings zumeist russifiziert sind.

## **Russen**

Die russischen Siedler kamen als Kaufleute, Handwerker und Arbeiter gegen Ende des 17. Jahrhundert nach Lettland und lebten entlang der Handelsrouten. Vor 300 Jahren kamen die Altgläubigen aus den an Lettland grenzenden Nachbarregionen Rußlands, um dem Druck des Zaren zu entgehen. Sie gründeten Dörfer in unbesiedelten Gebieten im Osten des Landes, in Lettgallen. Nach der Eingliederung in das Zarenreich 1772 kamen zunehmend auch orthodoxe Russen insbesondere nach Aufhebung der Leibeigenschaft. Die Russen siedelten in ländlichen Gebieten und in der Stadt Riga, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Industriestädte im zaristischen Rußland entwickelte.

Nichtsdestotrotz ist der größte Teil der heutigen russischen Bevölkerung Lettlands erst während der sowjetischen Okkupation eingewandert. Viele von ihnen akzeptieren den Status des Lettischen als offizielle Staatsprache nicht. Russisch ist die verbreitetste Minderheitensprache in Lettland und auch die am häufigsten verwendete Fremdsprache. Vier Fünftel der Letten beherrschen sie. Für 28% ist es die Unterrichtssprache, in der an 270 staatlichen Schulen über das gesamte Land verteilt unterrichtet wird. 50% der Zeitungen mit einer

Auflage von etwa 70 Millionen sind russisch. Annähernd 200 Bücher werden jährlich auf Russisch herausgegeben, die eine Auflage von 300.000 Exemplaren erreichen. Zahlreiche Fernseh- und Radiokanäle senden auf Russisch. Die russische Bevölkerung bedient sich zumeist des Russischen in Wort und Schrift. Lettisierte Russen gibt es vorwiegend in gemischten Familien in Regionen wie Kurland oder Livland.

Vor dem Krieg teilten sich die Russen zu 54% in Orthodoxe und zu 44% Altgläubige. Heute bezeichnen sich 80% als orthodox und nurmehr ein Zehntel als Altgläubig. In Lettgallen um die Stadt Ludza gibt es Katholiken, unter denen die Kirchgänger sich mehrheitlich als Russen bezeichnen. Diese ungewöhnliche Situation ist entstanden durch die Katholisierung von Letten und Weißrussen, die im Laufe der Zeit ihre Muttersprache und ethnische Identität verloren, jedoch ihre religiöse Orientierung bewahrt haben.

Besucher aus Rußland bemerken allerdings schnell, daß die Russen in Lettland viele Eigenschaften der Letten übernommen haben und sich von russischen Russen unterscheiden. So wie viele lettische Russen vermuten, daß sie sich in Rußland nicht heimisch fühlen würden, werden sie in Rußland auch häufig als Fremde wahrgenommen, auch wenn sie kein Lettisch sprechen. Ein ruhigeres Auftreten, weniger Emotionalität und eine andere formelle Höflichkeit unterscheiden die lettischen Russen. Auch die russische Sprache der in Lettland lebenden Russen tendiert dazu, sich weniger weiterzuentwickeln und im Vergleich zum in Rußland gesprochenen Russisch archaisch zu wirken. Auch gibt es zahlreiche lettische Lehnwörter.

## **Deutsche**

Fast tausend Jahre ist es her, daß deutsche Kaufleute und Kreuzritter regelmäßig Lettland aufsuchten. Im 13. Jahrhundert wurde das Land von ihnen unterworfen. Macht und Besitz konnten die Deutschen bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhalten, obwohl sie nur 5-7% der Bevölkerung ausmachten. Dank ihrer Stellung war das Deutsche dominant in allen Lebenssphären außer in Lettgallen. Das änderte sich erst Ende des 19. Jahrhunderts durch den Einfluß des Russischen. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten in Lettland etwa 62-70.000 Deutschstämmige, das waren nur noch 4-5% der Bevölkerung. Am Vorabend des Krieges verließen 51.000 von ihnen das Land und übersiedelten in von Polen abgetrennten Gebieten. Nach der Eingliederung Lettlands in die Sowjetunion verließen die verbliebenen 10.000 Deutschbalten ebenfalls das Land. Es blieben nur etwa 2.000 Menschen aus Mischfamilien. Heute gibt es nur noch einige hundert Deutschbalten in Lettland. Während der Sowjetherrschaft zogen wiederum Deutsche aus den östlichen Gebieten des Landes zu, die unter dem Druck Stalins allerdings ihre Identität weitgehend verloren hat-

ten. Die heute in Lettland lebenden 3.000 Deutschen beherrschen das Deutsche nur zu 15%.

## **Juden**

Die Juden und Roma sind lange in Lettland ansässige Minderheiten, die bereits seit dem 16. Jahrhundert anwesend sind, aber während des Zweiten Weltkrieges stark dezimiert wurden. Die jüdischen Handwerker kamen aus der Ukraine und Weißrußland im 17. Jahrhundert nach Lettgallen; die erste Synagoge entstand sogar bereits vor 300 Jahren. Nach Kurland und Livland kamen im 18. Jahrhundert Juden aus Deutschland und aus dem Westen Rußlands. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es bereits 142.000 oder 7% der Bevölkerung Lettlands. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten etwa 93-96.000 Juden in Lettland, rund 5% der Bevölkerung. Viele von ihnen waren die ersten Betroffenen der sowjetischen Enteignung und Deportation nach Sibirien 1941. Vor dem Einmarsch der Wehrmacht flohen nur etwa 15.000 Juden in die Sowjetunion. Die Verbliebenen wurden von den Nationalsozialisten ermordet.

Während der sowjetischen Zeit kamen viele Juden aus der Ukraine, Rußland und Weißrußland nach Lettland, wo der Antisemitismus weniger stark ausgeprägt war. Ihre Zahl erreichte in den 70er und 80er Jahren bereits 37.000. Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit haben viele Juden das Land verlassen, zumeist in Richtung Israel. Somit leben heute in Lettland nur noch etwa 10.000 Juden, die meisten von ihnen in Riga.

Die Juden sprachen in Lettgallen vorwiegend Jiddisch, in Kurland und Livland dagegen deutsch. Heutzutage beherrschen das Jiddische nur noch weniger als 1.000 Menschen. Die meisten Familien sprechen Russisch. Es gibt mehrere Synagogen und jüdische Schulen in Lettland. Viele Juden haben eine gute Ausbildung und sind unter den Wohlhabenden überproportional vertreten.

## **Roma**

Die ersten Roma kamen bereits vor 500 Jahren von Deutschland und Polen nach Lettland und blieben bei ihrer reisenden Lebensführung als Händler und Handwerker bis ins 20. Jahrhundert. Bis zum Zweiten Weltkrieg stieg ihr Bevölkerungsanteil auf 4.000. Die Nationalsozialisten deklarierten sie als Verbrecher und töteten etwa 2.000 Menschen in Liepāja, Rēzekne und Ludza, während in den Orten Sabile, Kandava und Talsi die örtlichen Behörden das Leben der Roma retteten. Nach dem Krieg stieg durch eine hohe Geburtenrate die Zahl der Roma auf 9.000, dabei liegt ihr Bevölkerungsanteil in Wahrheit vermutlich höher, da viele sich selbst nicht gerne als Roma deklarieren.

Die Roma in Lettland sprechen vier Dialekte, von denen die kurländische Mundart, welche viele Lehnwörter aus dem Lettischen hat, die verbreitetste ist. Während in den Schulen für Roma einige Fächer in ihrer Sprache unterrichtet werden, sprechen die meisten von ihnen Lettisch und Russisch so gut wie ihre Muttersprache, wobei die Kenntnisse der Schriftsprache mitunter dahinter zurückbleiben. Einzig in Lettgallen sprechen manche Roma kein Lettisch, während Roma in Kurland mitunter Probleme haben, sich im Russischen auszudrücken. Ethnologen haben viele interessante Charakteristika entdeckt, welche die Roma von den Letten übernommen haben. Andererseits führen sie zahlreiche für Lettland ungewöhnliche Familiennamen wie Čīcis, Didžus, Paučs, Gindra und Pelcis oder auch deutsche und polnische Nachnamen wie Kleins, Sīmanis, Putraševics, Marcinkevičs, Čubrevičs und Tumaševics. Dennoch unterscheidet sich das alltägliche Leben der Roma von dem der Letten deutlich. Sie halten sich vermehrt im öffentlichen Raum auf und haben eine Vorliebe für bunte Farben und Schmuck. Wenn sie auch linguistisch und politisch die am besten integrierte Minderheit sind, bleibt in sozioökonomischen Fragen ihr Standard niedriger. Nur wenige haben eine gute Ausbildung, Hochschulabsolventen gibt es 20 Mal weniger als in der restlichen Bevölkerung. Viele ältere Menschen sind Analphabeten. Folglich finden nur rund 10% eine Arbeitsstelle und die meisten gehören zu den ärmsten Bevölkerungsschichten mit wenig Aussicht auf Besserung ihrer Situation. Positiv hingegen ist, daß auch die Roma in keiner Stadt Lettlands gettoisiert leben.

## **Die kleinen Nachbarn: Esten und Litauer**

Die Litauer und die Esten sind die Nachbarn der Letten und haben eine teils ähnliche Geschichte. Paradoxerweise sprechen die Litauer eine verwandte Sprache, während die Esten den Letten genetisch näher stehen. Während der letzten Jahrhunderte waren die Grenzen der Besiedlung durch die Völker größtenteils auch staatliche Grenzen oder die zwischen Verwaltungseinheiten. Schon vor langer Zeit sind Litauer in das lettische Siedlungsgebiet eingewandert mit einem Höhepunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals lebten in Lettland 20 bis 30.000 Litauer, die zumeist als Landarbeiter beschäftigt waren. Nach der sowjetischen Okkupation kamen aber auch solche, denen die neue Macht die Rückkehr in ihre Heimat verwehrte. Vertreter beider Nationalitäten sind die am besten integrierten Minderheiten. 2005 waren es 33.400 Litauer, von denen etwa die Hälfte Lettisch als Muttersprache angaben. Die estnische Immigration datiert auf das späte 19. Jahrhundert und erreichte 10.000, von denen jedoch heute nur noch 3.000 sich selbst als Esten bezeichnen. Die meisten leben in Riga und entlang der Grenze in Alūksne und Val-

ka.<sup>215</sup> Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl gibt es in Riga eine estnische Schule, die auch von vielen lettischen Kindern besucht wird.

## **Polen**

Die polnische Minderheit geht zurück auf das 16. Jahrhundert, als Lettland unter die Herrschaft des polnischen Königs geriet. Besonders betraf das die östlichen Landesteile in Lettgallen, wo die meisten Landeigner und Priester polnisch waren. Dabei sind die meisten Polen eigentlich polonisierte Letten und Weißrussen, da es nie eine Massimmigration aus Polen gegeben hat. In den 30er Jahren kamen einige 10.000 Gastarbeiter aus Polen nach Lettland, die auf dem Lande in Semgallen, Kurland und Livland arbeiteten. Die polnische Bevölkerung schwankte also um 60.000, was 2-3% der Bevölkerung ausmacht. Heute leben die Polen hauptsächlich in Riga (16.000) und Daugavpils (17.000). In einigen Kommunen wie Svente, Demene und Medumi im Kreis Daugavpils stellen die Polen mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Gleichzeitig hat nur etwa ein Fünftel der Polen seine Muttersprache beibehalten.

## **Weißrussen**

Die zweit- und drittgrößte Gruppe der Minderheiten bilden die eng miteinander verwandten Ukrainer und Weißrussen. Die meisten von ihnen haben jedoch ihre eigene Sprache nicht beibehalten, sind russifiziert und sprechen kein Lettisch. Weißrussen sind ebenfalls eine seit langer Zeit ansässige Minderheit, wobei zwischen ihnen und Russen mitunter schwer zu unterscheiden ist, da früher Altgläubige wie auch die Einwohner des Witebsker Gebietes als Weißrussen generalisiert wurden. Während vor dem Zweiten Weltkrieg der weißrussische Bevölkerungsanteil noch 27-37.000 Menschen zählte, ist er inzwischen um die Hälfte gesunken. Dabei haben offensichtlich viele Weißrussen vor Jahrhunderten lettische Vorfahren gehabt, was sich an Ortsnamen wie Kokini, Bārtuļi, Nauņāni, Krūmāni, Vonogi usw. wie auch bei Familiennamen wie Spalvis, Plociņš, Joniņš, Trušelis oder Skangals zeigt. Durch die weißrussische Assimilierung und die spätere Russifizierung kommt es zu dem ungewöhnlichen Umstand, daß in der Gegend um Zilupe russisch sprechende Katholiken leben. Der weißrussische Bevölkerungsanteil wuchs durch die Migration in der Sowjetzeit auf 120.000 1989. Die meisten von ihnen sprechen die eigene Muttersprache nicht. Jedoch ist ein Drittel von ihnen Staatsbürger.

---

<sup>215</sup> Die Stadt heißt auf deutsch Walk und liegt exakt auf der Grenze zwischen dem lettischen und estnischen Sieglungsraum. Sie ist heute geteilt in das estnische Valga und das lettische Valka, welches de facto nur die südwestliche Vorstadt ist (Anm.d.Hrsg.).

## **Ukrainer**

Die Ukrainer in Lettland sind etwa 60.000, von denen die meisten in der Ukraine geboren wurden und während der Sowjetzeit zugewandert sind, viele sind auch von der deutschen Besatzungsmacht auf lettischem Territorium interniert worden. Vor dem Krieg lebten nur 1-2.000 Ukrainer in Lettland. Heute leben die meisten in Riga, 25.000 sprechen ihre Sprache. Zwar leben die meisten in russisch-ukrainisch gemischten Familien, aber auch in reinen ukrainischen Familien wird eher Russisch gesprochen.

## **Liven**

Die Liven sind ein finno-ugrisches, mit den Esten und Finnen verwandtes Volk, die seit Alters her in Kurland und Livland siedelten. Sie assimilierten sich jedoch so weit, daß seit Anfang des 20. Jahrhunderts die Sprache in den Familien nicht mehr gesprochen wird. Livisch ist die seltenste Sprache der EU, sie wird als Muttersprache nur von einer Handvoll alten Menschen beherrscht, wenn auch Enthusiasten und Sprachwissenschaftler sie immer wieder als Fremdsprache erlernen.



## **Transparenz der Eigner im Mediensektor. Erfahrung in Lettland und Europa<sup>216</sup>**

*Ainārs Dimants*

Während der Einfluß der Medien auf andere gesellschaftliche Subsysteme in Politik, Wirtschaft, Rechtsprechung und der sozialen Kultur steigt, und das Individuum abhängig ist in seiner Sozialisation von der durch die Medien transportierten Information, wird die Frage nach der Transparenz der Medientätigkeit immer aktueller.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß unternehmerisches Handeln im Mediensektor wenigstens langfristig nicht möglich ist ohne eine Umsetzung der gesellschaftlichen Funktion des Journalismus und der Glaubwürdigkeit, ist die wichtigste Aufgabe der Medien, eine diesem Sektor entsprechend höhere Anforderungen an die Transparenz der Eigentumsverhältnisse und Zugehörigkeiten zu stellen.

Dennoch wurden im Unterschied zur allgemeinen Medienpolitik in anderen westeuropäischen Staaten bisher keine vergleichbaren Forderungen realisiert, weder in der Gesetzgebung noch in der Praxis, so können die Medien etwa ausländischen Unternehmen gehören ohne deren Eigentumsverhältnisse offenzulegen, so daß die Eigentümer anonym bleiben. Die Medienunternehmen sind in keinem der drei baltischen Staaten transparent [1; 91]. Allerdings verlangt das Gesetz in Litauen, ähnlich wie in Norwegen und im Unterschied zu Lettland und Estland, die Transparenz der Eigentumsverhältnisse und auferlegt ihnen, regelmäßig die verantwortlichen staatlichen Institutionen über die Eigentumsverhältnisse in Kenntnis zu setzen, und zwar nicht nur juristisch, sondern bis hin zu konkreten physischen Personen. Das Problem in Litauen ist die Umsetzung des Gesetzes und folglich die Kontrolle [1; 42, 55].

---

<sup>216</sup> Titel des Originalbeitrages: „Mediju īpašumu caurskatāmība: pieredze Latvijā un Eiropā“.

## **Grundlage der Transparenz der Medieneignerschaft**

Offenheit von anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften und ihren Mitarbeitern verlangend, diese Forderung aber selbst nicht umsetzend verlieren die Medien erstens ihre Glaubwürdigkeit.

Zweitens wird der Gesellschaft eine grundlegende Information vorenthalten über Kräfte, deren Einfluß auf die Entscheidungen der Bürger nicht geringer ist, vielleicht sogar größer als jene der politischen Parteien, die ihre Sponsoren angeben müssen.

Drittens ist die Transparenz der Medienkontrolle wichtig, damit die staatliche Medienpolitik die Vielfalt der Medien garantieren kann und damit auch die Vielfalt der politischen und gesellschaftlichen Informationen, die durch die Medien verbreitet werden. Darum muß durch eine Beschränkung der Konzentration im Medienwesen die Informationsfreiheit des Individuums gewährleistet werden wie auch die Verbreitung von Minderheitenansichten, was letztlich die Realisierung der Funktion der Medien bedeutet [2; 202 - 203, 304] [8; 243].

Es muß darauf hingewiesen werden, daß so die Medienfreiheit als Prinzip über jenem der Konkurrenzfreiheit steht – wenigstens in bezug auf Radio und Fernsehen. Gerade bei den elektronischen Medien wird beispielsweise in Deutschland die Konzentration streng kontrolliert wie auch die Vereinigung von Unternehmen, die im Mediensektor tätig sind im Bereich der Printmedien [3; 90 - 93]. Ebenso gibt es in Norwegen im Unterschied zu den drei baltischen Staaten eine Gesetzgebung über die Konzentration und die Besitzverhältnisse im Mediensektor [1; 55]. Nicht nur allgemeine Vorschriften, die für die Konkurrenzpolitik ausreichen, und für die Medien nicht genügen, weil sie die Vielfalt nicht garantieren können [9; 82 - 84].

Folglich ist die Behandlung der Medienunternehmen sowohl deren Transparenz betreffend als auch die Konzentration, in Europa in der Regel strenger als die Kontrolle von Unternehmen anderer Bereiche. Überdies muß betont werden, daß diese Transparenz selbst in keiner Weise die Eigentumsrechte einschränkt.

## **Diskussion in Lettland**

In Anbetracht der Erfahrungen der „alten“ Mitgliedstaaten der EU und der schnellen Veränderung der Eignerschaft im Mediensektor [9; 218 - 219] wird diese Frage der Medienpolitik in Lettland nach dem Beitritt aktuell.

Am 29. August 2005 hat der Radio- und Fernsehrat das Parlament um zwei wichtige Ergänzungen der Gesetzgebung gebeten.

Erstens (hier und im weiteren nach dem Originaldokument zitiert) sollte Paragraph 13 durch einen neuen fünften Absatz ergänzt werden: Der Nationa-

le Radio- und Fernsehrat hat vor der Erteilung der Sendeerlaubnis oder einer Änderung der Eigner oder des Anteilsbesitzes der Eigner eines Senders das Recht, die Identität des Begründers eines Senders zu prüfen. Wenn die Gründer des Senders juristische Personen sind, hat der nationale Radio- und Fernsehrat das Recht, Informationen über die Gründer und Anteilseigner derselben einzuholen und zwar in dem Umfang, bis die hinter den juristischen Personen stehenden physischen Personen bekannt sind. Die in diesem Ansatz erwähnten juristischen Personen müssen den nationalen Radio- und Fernsehrat mit diesen Informationen bedienen, wenn diese nicht in Registern verzeichnet sind, zu denen der Radio- und Fernsehrat Zugang hat.

Zweitens sollte Paragraph 13 durch einen neuen neunten Absatz ergänzt werden: Im Falle einer Änderung der Anteilseigner eines Senders oder auch der Finanziers muß der Sender unverzüglich schriftlich den nationalen Radio- und Fernsehrat darüber informieren, der diese Informationen im Amtsblatt „Latvijas Vēstnesis“ veröffentlicht, bezüglich lokaler Sender auch in der örtlichen Presse.

Interessant ist auch die Begründung des nationalen Radio- und Fernsehrates für seine Forderungen (vergleichbar mit den Situationen in verschiedenen europäischen Staaten, darunter auch Lettland und entsprechend ähnlichen Empfehlungen [9; 30, 63 - 65, 233] [7; 250]): „Es ist erforderlich in den Medien das Prinzip der Transparenz der Eignerschaft umzusetzen, weil die Gesellschaft ein Recht hat zu wissen, wem die Medien gehören und wer sie tatsächlich finanziert. Im gegenteiligen Fall kann sich ein „Fall Berlusconi“ einstellen, wo sich in der Hand einer Person 80% der Massen- und Printmedien konzentrieren.“

Auch das internationale Presseinstitut hat darauf hingewiesen, daß eine „cross-media ownership“ verhindert werden muß.

Auf die Bedeutung der Transparenz der Medieneignerschaft hat auch der Europarat am 22. Dezember 1994 mit seiner Empfehlung 13: „Über die Mittel zur Transparenz der Medien“ hingewiesen.

Paragraph 13 ist von Paragraph 19 des Gesetzes über Kreditinstitute entliehen, wo entsprechende Rechte für die Kommission der Finanz- und Kapitalmärkte vorgesehen sind.

Innerhalb von zehn Jahren ist der nationale Radio und Fernsehrat in folgenden Fällen auf unklare Eigentumsverhältnisse gestoßen, als es nicht möglich war zu klären, welchen physischen Personen tatsächlich „TV 5“ und „FIT FM“ gehören.

Der nationale Radio und Fernsehrat hat als Vertreter der Gesellschaft für den Bereich der elektronischen Medien das Recht, über die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich informiert zu werden.

Andererseits erklärte der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsausschusses der 8. Saeima, Indulis Emsis, am 8. Februar 2006, daß schon in naher Zu-

kunft eine Gesetzesänderung vorgenommen werden müßte, die auch der Presse eine Offenlegung der Eigentumsverhältnisse abverlangt [5]. Doch der rechtliche Nihilismus in Lettland ist sogar in bezug auf die in Kraft befindlichen Gesetze und deren Nichtbeachtung sichtbar. So wird in großem Umfang das Gesetz "über die Presse und andere Masseninformativsmittel" ignoriert, in dem die Information über die Auflage von Presseerzeugnissen verlangt wird.

Auch wenn fraglos unter Berücksichtigung der Medienart deren Marktanteil nicht einfach zu ermitteln ist (das Gesetz verlangt, daß ein Unternehmen oder auch miteinander verbundene Unternehmen oder Gruppen in einem Business Sektor nicht mehr als 40% Marktanteil haben) [1; 112], wird das normalerweise nach dem Umsatz des Medienunternehmens ermittelt [3; 127 - 128] [6] [4].

## **Fazit**

In bezug auf europäische Richtlinien hat die Europäische Kommission jüngst verkündet, daß auf EU-Ebene keine Veranlassung gesehen wird, daß im Interesse einer Vielfalt im Mediensektor Gesetze gegen deren Konzentration verabschiedet werden müßten. Darüber hinaus haben sowohl die nationalen Regierungen als auch die Medien selbst darauf hingewiesen, daß sie eine derartige Regelung nicht wünschen, sondern deren Regelung auf nationaler Ebene fordern [9; 113]. Darum muß auch in Lettland diese Frage unverzüglich durch die Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzgebung der Erfahrung Westeuropas folgend gelöst werden. Trotzdem empfiehlt das Öffentliche Gesellschaftliche Institut, daß die Europäische Kommission und die OSZE eine Gesetzgebung anregen sollten, welche die Transparenz der Eigentumsverhältnisse wenigstens im Rundfunksektor sichert, sowie: Die EU sollte eine unabhängige Agentur gründen, die zum Monitoring des Medienmarktes und der Medienkonzentration in der EU und auf den globalen Märkten berechtigt ist [9; 114].

## **Literatur**

- Bærug, Richard (ed.): *The Baltic Media World*. Rīga, 2005.
- Bentle, Günter et al. (Hrsg.): *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- Heinrich, Jürgen: *Medienökonomie*. 2. Auflage. Bd. 1: *Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001.
- Kam pieder lielie preses izdevumi un izdevniecības. No: *Nedēļa* (2005), Nr. 11, 27. p.
- Karpovičs, Andrejs; LETA: *Eksperti pozitīvi vērtē ieceri atklāt mediju īpašniekus*. 08.02.2006.

- Lielākie preses izdevēji Latvijā – pēc licenču skaita un apgrozījuma. No: Nedēļa (2005), Nr. 12, 27. p.
- Nagla, Ilze; Kehre, Anita: Latvia Chapter. In: Petkovic, Brankica (ed.): Media Ownership and its Impact on Media Independence and Pluralism. Ljubljana: Peace Institute; SEENPM, 2004.
- Noelle-Neumann, Elisabeth et al. (Hrsg.): Publizistik. Massenkommunikation. 4. Auflage. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch, 2002.
- Televīzija Eiropā: likumdošana, politika un neatkarība: Ziņojums 2005. [Rīga]: Open Society Institute, 2005.

## **Die Sehnsucht des „Volkes“ nach einer unschuldigen Politik**

*Axel Reetz / Veiko Spolītis*

Mit dem Wort „Volk“ soll Bezug genommen werden auf die häufige Verwendung dieses Begriffes in der lettischen Bevölkerung, mit dem sich die Menschen von der politischen Elite abgrenzen wollen.

„Was ist das für eine Demokratie?“ Das kann man häufig als Kommentar von Letten hören, wenn sie über ihre Heimat sprechen, wenn auch meistens eher die Rede von der sozialen Situation im Lande ist. Die Menschen beschweren sich über Korruption und bezeichnen Politiker als Diebe, manchmal wird sogar der Staat öffentlich als Kleptokratie bezeichnet. Dabei gilt dies mitunter noch eher als positive Abgrenzung von Staaten, in denen die Oligarchen ihre Interessen ohne jede Rücksicht auf den Bestand des Staatswesens selbst durchsetzen.<sup>217</sup> Nichtsdestotrotz beklagen auch Politiker, daß politische Programme oftmals nicht mehr als deklarativen Charakter haben, hinter denen sich die Partikularinteressen der Partielite verstecken.<sup>218</sup> Den Letten fehlen also selten Worte, um ihren Staat in schlechtem Licht darzustellen. Da diese Meinung auch gegenüber ausländischen Journalisten und Vertretern anderer Organisationen geäußert wird, ist die Vorstellung von Lettland im Ausland oft keine positive.

Trotzdem zeigen Umfragen, daß die Einwohner Lettlands mit 69 zu 24% dennoch Patrioten sind. Sogar unter den wegen Einbürgerung weniger werdenden Staatenlosen oszilliert die Verneinung einer patriotischer Einstellung zwischen 35 und 40% und liegt damit seit 2002 ständig unter den Werten der patriotisch Empfindenden mit 2006 54 zu 40%. Unter den Letten sagten zur gleichen Zeit immerhin 21% gegenüber einer starken Mehrheit von 72% sie hielten sich für Patrioten.<sup>219</sup> Die Betrachtung von Stadt und Land wie auch des Bildungsniveaus machen deutlich, wie sehr diese Werte mit dem Wohlstand korrespondieren, und folglich bezieht sich der gemessene Patriotismus meist weniger auf den Staat denn auf das Land und die Nation. Bereits

---

<sup>217</sup> vgl. Ķemers, Ivars: Kleptokrātijas plusi un mīnusi, Diena 13.11.2001

<sup>218</sup> vgl. Škapars, Jānis: Jūrmalgeita un daudzpartiju problēma, Kultūras Diena 9.2.2007

<sup>219</sup> vgl. Umfrage des Instituts SKDS, 2006

im 18. Jh. stellte Alexis de Tocqueville fest, daß die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Staatsform in direktem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation steht.<sup>220</sup> Einstweilen aber sind die Lebensumstände in Lettland geprägt von einem großen Unterschied zwischen Erwartungen und der tatsächlichen Performanz des neuen Systems.

## **Gesellschaftliche Realität**

Woher kommt der dargestellte Nihilismus vor dem Hintergrund des dennoch zu konstatierenden Patriotismus?<sup>221</sup> Noch auf den Barrikaden in der Altstadt von Riga haben die Letten während des Umsturzversuches<sup>222</sup> im Januar 1991 euphorisch für ihre Unabhängigkeit gekämpft und wollten zurückkehren in den Schoß der europäischen Nationen. Fünfzehn Jahre später lehnen die Menschen vor dem Hintergrund vorwiegend aus der Sowjetzeit stammender Werte die materialistische Gesellschaft des Westens ab, dessen Wohlstand sie gleichzeitig gerne erreichen würden und wohin seit dem Beitritt zur EU Dank der Öffnung der Arbeitsmärkte in Irland und Großbritannien viele – wenigstens vorübergehend – übersiedeln, wenn es sich auch vorwiegend um gering qualifizierte Arbeitskräfte handelt.

Ostrovskā ist der Ansicht, daß die Menschen in der Zeit des „Nationalen Erwachens“ bereit waren alles zu akzeptieren, um die Unabhängigkeit zu erreichen: „If the price for sovereignty (understood as a nation state), is democracy – let it be democracy.“<sup>223</sup> Damals war die nationale Frage noch deutlich wichtiger für die Mehrheit der Bevölkerung als sozioökonomische Aspekte. Dabei ist natürlich zu beachten, daß die dramatische Verschlechterung der Lebensumstände erst nach der Unabhängigkeit eintrat, weil nach dem Zusammenbruch der UdSSR die örtliche, damals für sowjetische Verhältnisse gut entwickelte Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit verlor; dann folgten Arbeitslosigkeit und der Einbruch des ohnehin bescheidenen Wohlstandes.

In Unwissenheit über die Grundlagen der Marktwirtschaft und der realen Lebensumstände im Westen, worüber zahlreiche Mythen verbreitet sind, sowie auch über die ökonomischen Folgen der Sowjetherrschaft, herrschen in Lettland einstweilen noch grundlegende Mißverständnisse über Demokratie und Marktwirtschaft vor, als handele es sich um ein System, unter dem sich

---

<sup>220</sup> vgl. de Tocqueville, Alexis: *L’Ancien Régime et la Révolution*, 1856

<sup>221</sup> Diesen Begriff verwenden die Einstellung der Bevölkerung beschreibend auch Ostrovskā und Tabuns. Vgl. Ostrovskā, Ilze / Odīte, Liene / Zītaris, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanas gaidot; in: *Socioloģijas un politoloģijas žurnāls* Nr.6, 06.1995, S.18; Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: *Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society*; in: *Humanities and Social Sciences* 1(22)/99, S.27

<sup>222</sup> Im Januar 1991 versuchten Sondereinheiten der Sowjetmacht Rundfunk- und Regierungsgebäude einzunehmen. Vgl. auch den Eingangsbeitrag.

<sup>223</sup> vgl. Ostrovskā, Ilze: *Nationalism and democracy: The choice without choice*; in: Vēbers, Elmārs: *Integrācija un etnopolitika*, Riga 2000, S. 164

automatisch und ohne Anstrengung Wohlstand einstellt, in dem die Politiker ihre Versprechen einhalten. „Die Bereitschaft einer Mehrheit der Bevölkerung war groß, an die Stelle des Zukunftsglaubens (in den Kommunismus) einen anderen (in Marktwirtschaft und Demokratie) zu setzen.“<sup>224</sup> Das wurde etwa deutlich im Unverständnis über die Wahlniederlage von Helmut Kohl in Deutschland 1998, als viele Menschen in Lettland verwundert fragten, warum denn die Deutschen ob ihres Wohlstandes den erfolgreichen Bundeskanzler nicht mehr wollten.

Ursache ist die Lebenserfahrung aus dem sozialistischen System, dessen Regierung gleichzeitig Arbeitsplatz und Wohnung garantierte, die Versorgung von der Wiege bis an die Bare, und sich somit niemand über sein Auskommen Sorgen zu machen brauchte. Deshalb ist es kein Wunder, wenn die Menschen weiterhin die Regierung als erste Anlaufsstelle für Hilfe ansehen,<sup>225</sup> als Geldverteilungsorgan oder zugespitzter formuliert als Garant für den freien Zugang zum Geldautomaten. Das verstehen viele unter Ehrlichkeit.

De facto erwarten die Menschen unter den Bedingungen von Demokratie und Marktwirtschaft von der Regierung die Erfüllung der Versprechen der Kommunisten. Da dies aber unrealistisch ist, bewerten die Menschen ihre eigenen Lebensumstände vor dem Hintergrund der beschriebenen Mißverständnissen und weisen die Schuld für ihre schwierige Situation dem gegenwärtigen Regime und der amtierenden Regierung zu.

Die durch die Gewohnheit des Lebens in einer nivellierten Gesellschaft zweifellos vorwiegend sozialdemokratisch eingestellte Bevölkerung ist nicht bereit, die fortgesetzte Herausbildung von gesellschaftlichen Schichten mit unterschiedlichem Wohlstandsniveau zu akzeptieren. Der Unzufriedenheit mit den Erfolgen der Politik folgt eine Entfremdung von derselben. Aus diesem Grunde schwankt ein großer Teil der Gesellschaft – mitunter auch Vertreter aus den Sozialwissenschaften – zwischen Orientierung unter den neuen Bedingungen und der Verbreitung von Verschwörungstheorien.

## **Politische Kultur im Wandel**

Wissenschaftler definieren diesen Begriff als geschriebene und ungeschriebene Ideen und Werte, die Grundlage des Verhaltens der Mitglieder einer Gesellschaft sind.<sup>226</sup> Das beinhaltet geschichtliche Determinanten, was als „geronnene“ Politik bezeichnet wird, plus neue Konflikte. Diese Theorie basiert

---

<sup>224</sup> vgl. Segert, Dieter: Aufstieg der (kommunistischen) Nachfolge-Parteien?; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.465

<sup>225</sup> vgl. Boulanger, Christian: „Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik; in: Berliner Osteuropa Info 13/99, S.16

<sup>226</sup> vgl. Fenner, Christian: Politische Kultur; in: Dieter Nohlen (ed.), Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder. München: Beck 1992



auf dem Versuch von Almond und Verba zu charakterisieren, wie eine funktionierende Demokratie aussieht, daß dies den Stil und die Einigung über eine demokratische Vorgehensweise umfaßt.<sup>227</sup>

Die Geschichte Lettlands ist zum größten Teil die Geschichte von Fremdherrschaft, angefangen bei den deutschen Kreuzrittern bis zur sowjetischen Okkupation, nach deren Zusammenbruch eine demokratische politische Kultur sich erst entwickelt. Gleichzeitig ist das Verhalten der Menschen stark beeinflußt durch die Erfahrung der Diktatur, als erstens Passivität im öffentlichen Leben sowohl als Schutz wie auch als Protest gegen das Regime eingesetzt wurde<sup>228</sup> sowie zweitens in der Gesellschaft informelle Strukturen der Problemlösung vorherrschte.<sup>229</sup> Die Politik, welche auch im Westen selten Begeisterung auslöst, wird in Lettland einstweilen in ihrem Kern nicht verstanden, sondern gerne wie folgt beschrieben: „Das sind doch nur Spiele“. Aus diesem Grunde fehlt dem System die „diffuse Unterstützung“,<sup>230</sup> die Legitimation, weil die Lösungskompetenz des derzeitigen Systems, das „output“, die Menschen nicht zufrieden stellt, was natürlich unter anderem auf die schwache Interessenaggregation und -formulierung, das „input“, zurückzuführen ist, also zwei Kriterien von Almond und Verba, oder einfacher formuliert: Das Wissen über Rechte und Pflichten des Bürgers in der Demokratie. Dieser Begriff stammt seinerseits aus dem Griechischen und bedeutet „Volksherrschaft“, nicht jedoch die Lösung der Probleme der Bevölkerung durch Beschlüsse der Elite, wie es die Propaganda der Sowjetunion hat Glauben machen wollen.

Ausländische Wissenschaftler konstatierten bei der Untersuchung der Einstellung und dem Verständnis der Demokratie bereits während der Zeit des Nationalen Erwachens ein Unverständnis bezüglich des Mehrparteiensystems, was ein Beispiel deutlich macht: Nachdem gerade die 50jährige Herrschaft einer einzelnen Partei, der Kommunistischen, geendet hatte, begriffen die Menschen nicht die Erfordernis eines Mehrparteiensystems.<sup>231</sup> Des weiteren blieb auch die Funktion einer Opposition unverstanden mit dem Hinweis, die Kritik der Regierung sei ebenfalls Aufgabe der Regierung.<sup>232</sup> Es ist darum wenig verwunderlich, daß die Bevölkerung nach wie vor die erforderliche Interessenvertretung inklusive des so genannten Lobbyismus, der freilich auch in Westeuropa kritisiert, gleichzeitig aber als normal und erforderlich akzeptiert wird, als Korruption verstehen; und selbst lettische Wissenschaftler

---

<sup>227</sup> vgl. Almond, Gabriel / Verba, Sidney: *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, 1963

<sup>228</sup> vgl. Putniņa, Aivita: *Strādāsim vai noalgosim Antiņu?* Interview [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 11.09.2001

<sup>229</sup> vgl. Lemke, Jakob: *Zwölf Jahre, zwölf Regierungen. Akteure, Ereignisse, Spezifika der litauischen Politik*; in: *Osteuropa* 9/10/2002, S.1243

<sup>230</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation*, Opladen 1999, S.137

<sup>231</sup> vgl. Arter, David: *Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia*, Aldershot Dartmouth 1996, S.205, 234

<sup>232</sup> vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.265f.

wie etwa Ostrovska und Laķis definieren in ihren Publikationen den Unterschied zwischen Korruption und Lobbyismus nicht.

In der Zeit des Nationalen Erwachens diskutierten die Menschen in ihrer Freizeit, im privaten Bereich noch häufig über Politik, woraus Mattusch in den 90er Jahren schloß, daß dieses Interesse an Politik politische Lernfähigkeit und den Willen zur Demokratisierung bedeute.<sup>233</sup>

Heutzutage dagegen ist die Partizipation gering, wovon Zeugnis ablegt, wie gering die Zahl der Menschen ist, die sich aktiv in der Politik oder auch in Organisationen engagieren. Selbst die größten derzeit an der Macht befindlichen oder gewesenen Parteien haben sehr wenig Mitglieder. So haben die Sozialdemokraten (LSDSP) als größte Partei nur etwa 2.500 Mitglieder und waren zudem nur einmal in der Legislaturperiode von 1998 bis 2002 im Parlament vertreten. Daß sie trotzdem die größte Partei sind, hängt mit ihrer Vergangenheit zusammen, sie sind aus den von der KPdSU abgespaltenen Nationalkommunisten LDDP hervorgegangen, die sich später, nach wenigen Jahren feindschaftlicher Beziehungen, mit der historischen Wiedergründung der LSDSP vereinigten. Heute ist der frühere KGB-Offizier Juris Bojārs der wichtigste Vertreter, auch wenn er selbst wegen seiner Vergangenheit nicht kandidieren darf. Die mehr oder weniger nationalistischen Konservativen (TB/LNNK) haben 2.028, die Volkspartei (TP) ungefähr 2.000 Mitglieder, während die Neue Zeit (JL) sogar nur 1.160 hat.<sup>234</sup> Im kleineren Nachbarland Estland hat die größte politische Kraft, die Zentrumspartei, kürzlich ihr 10.000. Mitglied aufgenommen. Den Parteien in Lettland fehlt also eine Verwurzelung in der Bevölkerung. Diese wird noch auffälliger durch die Konzentration des politischen Geschehens und der politischen Elite auf die Hauptstadt Riga. Viele Parteien haben in Kleinstädten und auf dem Lande keine Ortsverbände.<sup>235</sup>

Zweifellos sind die das Leben der Menschen oft beherrschenden und auch zeitraubenden Alltagsorgen dafür eine wichtige Ursache: „Because most residents are pre-occupied with issues of simple survival, it is understandable that people have no burning desire to become involved in the activities of non-governmental organizations.“<sup>236</sup> Aber teilweise entwickeln die Menschen auch sehr freiwillig keine Aktivität, denn Kritik ist einfacher ausgesprochen als Alternativen vorzuschlagen. Die Bevölkerung beteiligt sich nicht gern an Debatten. Mit diesem Begriff verbunden sind die Sitzungen des Parlaments, in denen ein Redner seine Ansicht verkündet, während die anderen lauschen.<sup>237</sup>

---

<sup>233</sup> vgl. Mattusch, Katrin: *Demokratisierung im Baltikum?* Frankfurt 1996

<sup>234</sup> vgl. Barkāns, Elmārs: *Partijas: spēcīgās organizācijas vai interešu klubi?*, „Nedēļa“ 12.06.2006

<sup>235</sup> vgl. Jānis Škapars: *Jūrmalgeita un daudzpartiju problēma*, *Kultūras Diena* 9.2.2007

<sup>236</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: *The State and it's civil society: Priorities in a period of transition*; in: *Humanities and Social Sciences* 4(13)/96 1(14)/97, S.78

<sup>237</sup> vgl. Akule, Dace: *Vai Eiropa noticēs pilsoņu debatēm?*, *www.politika.lv*, 13.2.2007

Zwar gibt es davon seltene Ausnahmen wie die heftigen Reaktionen auf die Forderung eines Teils der politischen Elite wie auch der liberal eingestellten Presse, eine Homosexuellenparade in Riga zu erlauben, was die traditionell eingestellte Gesellschaft Lettlands als eine aufoktroyierte Entscheidung empfindet. Generell aber tritt an die Stelle der demokratischen Massenlogik die Einflußlogik.<sup>238</sup> Die Menschen überlassen mit ihrer Passivität einzelnen Gruppierungen (oder Oligarchen) viel Raum zur Einflußnahme in der Politik. Das lettische Parteiensystem weist darum eine oligarchische Struktur auf, in der einzelne Parteien als „eigenartige, latente Lobbyismusinstitution“<sup>239</sup> Korruption Vorschub leisten.

Mit dieser „They versus us“-Mentalität<sup>240</sup> grenzen sich die Menschen gegenüber der Politik ab und geben ihrer Meinung Ausdruck, daß die Politiker in Parlament und Regierung sowieso nur korrupte Betrüger sind und Lettland nur gerettet werden kann, wenn es eines Tages gelingt, den richtigen Führer zu wählen: „many people in society have a paternalistic perception of democracy, believing that, if the right people are in power’, the situation will improve“.<sup>241</sup>

Umfragen zufolge halten 26,2% der Bevölkerung Lettland eine starke Führung für notwendig und 28,1% stimmen dem „eher“ zu. 8% sind unentschieden. Daraus folgt, daß mehr als die Hälfte der Bürger das derzeitige Regierungssystem nicht als die ideale Lösung betrachten, und so oszillierte die Zustimmung zur These des Bedarfs nach einer starken Hand zwischen 50 und 60% während der letzten Jahre mit einer Gegnerschaft zwischen 40 und 50%.<sup>242</sup>

Aber gerade weil jeder seine eigenen Vorstellungen von einer starken Hand hat, witzelt die Letten über das politische Spektrum in in ihrem Land mit dem Sprichwort: „wo zwei Letten sind, gibt es drei Parteien“. Und tatsächlich war bis zur 8. Saeima<sup>243</sup> eine hohe Schwankung in der Wählergunst erkennbar<sup>244</sup> und jede Wahl wurde durch eine erst kurz zuvor gegründete neue Partei gewonnen, darunter Lettlands Weg (LC) 1993, die Demokratische Partei *Haus-*

---

<sup>238</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999

<sup>239</sup> Das Originalzitat: „savdabīgu, latentu lobisma institūciju“. Vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.168

<sup>240</sup> vgl. Mény, Yves: The people, the elites and the populist challenge, Key note adress to the German political science association meeting, Bamberg October 1997, S.9

<sup>241</sup> vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.26ff.

<sup>242</sup> Umfrage des Instituts SKDS, 2005

<sup>243</sup> Die Letten numerieren ihre Parlamente beginnend mit dem ersten in den 20er Jahren. Somit wurde 1993 nach der wiedergewonnen Unabhängigkeit die 5. Saeima gewählt. Weitere Wahlen folgten 1995, 1998, 2002 und 2006.

<sup>244</sup> vgl. Pedersen, Mogens: The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, 1979

herr 1995, die Volkspartei (TP) 1998 und die Neue Zeit (JL) 2002.<sup>245</sup> Hinter diesem Ergebnis verbergen sich zwei Aspekte: ein innerer und ein äußerer. Dem inneren Aspekt zur Folge versuchen Parteien, populäre Persönlichkeiten für sich zu gewinnen, ggf. auch von außerhalb der Politik wie etwa den Sportler Viktors Ščerbatihis oder den Komponisten Raimonds Pauls, der bereits für LC, die nicht mehr existierende Neue Partei (JP) und die TP kandidierte, während gleichzeitig dem äußeren Aspekt folgend populäre Persönlichkeiten auch versuchen, ihre Popularität für den Erfolg einer neugegründeten eigenen Partei einzusetzen wie Andris Šķēle 1998 mit der TP und Einars Repše 2002 mit der JL.<sup>246</sup> Mit der Wahl zur 9. Saeima 2006 gab es plötzlich keine neue Partei, was für eine allmähliche Stabilisierung des lettischen Parteiensystems spricht.

## **Vergleichende Politik**

Die „geronnene“ Politik eines jedes Land unterscheidet sich Dank der jeweils eigenen Geschichte. Verfassungen und politische Kulturen sind folglich ebenfalls verschieden. In Lettland wurde 1993 nach der wiedergewonnenen Unabhängigkeit und der ersten Parlamentswahl im Unterschied zu den baltischen Nachbarn die Vorkriegsverfassung „Satversme“ von 1922 wieder in Kraft gesetzt. Während etwa in Deutschland viele Aspekte des Grundgesetzes den Erfahrungen der Weimarer Zeit geschuldet sind, also eine Reaktion auf die Erfahrung des Mißerfolges der Demokratie, was sich u.a. bei den Rechten des Präsidenten zeigt, der aber in Lettland das Recht der Benennung eines Kandidaten zur Regierungsbildung besitzt. Da das Land dennoch eine parlamentarische Demokratie ist, der Präsident also in erster Linie ein repräsentatives Organ, ist das direkt gewählte Parlament „Saeima“ die Institution mit der höchsten demokratischen Legitimität. Somit muß das erwähnte Recht als ein formales verstanden werden, denn der Präsident kann die Mehrheitsverhältnisse in der Volksvertretung und damit die Möglichkeiten der Koalitionsbildung nicht ignorieren. Andere Länder mit repräsentativen Präsidenten kennen ein vergleichbares Recht nicht einmal. Anderenfalls muß die Frage der Direktwahl des Präsidenten vergleichbar semi-präsidentiellen Systemen gestellt werden, ein in Lettland beliebtes Thema, mit dem sich die Unterstützung der Bevölkerung gut mobilisieren läßt. Der Experte für internationales Recht von der LSDSP, Juris Bojārs, legte vor der Wahl von 1998 gar zur Steigerung der Popularität seiner Partei einen neuen Verfassungsentwurf vor. Wird aber das formale Recht zur Nominierung eines Regierungschefs in Frage gestellt, muß dies unter Hinzuziehung des Aspektes geschehen, daß der

---

<sup>245</sup> vgl. Ginters, Māris: *Vēlētāju balsojuma mainīgums (Electoral Volatility) Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanu rezultātu kontekstā.* (1993. – 2002.), Maģistra darbs Rīgas Stradiņa Universitātē 2005

<sup>246</sup> vgl. Reetz, Axel: *Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten*, Wittenbach 2004, S.159

Präsident in Lettland auch Kandidaten von außerhalb des Parlaments als Ministerpräsidenten benennen darf wie beispielsweise 1995 mit Andris Šķēle geschehen. Verfassungen anderer Staaten verlangen, daß der Regierungschef aus den Reihen der Abgeordneten bestimmt wird, es sich also um eine gewählte Personen handeln muß.

## **Politik und Politikwissenschaft in Lettland**

Während in Westeuropa mehr oder weniger bekannt und, wenn vielleicht auch nur „zähneknirschend“, akzeptiert ist, daß Politik der Kampf um die Verwirklichung der eigenen Interessen ist – was im Pluralismus nach der Idee des „Positivsummenspiel“<sup>247</sup> ein Gemeinwohl besser garantiert, als eine nicht liberal-demokratische Regierungsform, so distanziert sich die Bevölkerung in Lettland von Politik, die nahezu ausschließlich negativ rezipiert wird, grundlegend. Aber diese Entfremdung führt zu Vertrauensverlust,<sup>248</sup> der in Lettland auch durch die großen Skandale der letzten 15 Jahre genährt wird wie den verschwundenen drei Millionen Lat im Rahmen des Zusammenbruchs der damals größten Kommerzbank des Baltikums, der Banka Baltija, wie auch die Probleme rund um die Privatisierung der Latttelekom, wo dem finnischen Investor über Jahre hinweg ein Monopol zugesprochen worden war.

Zu diesen Skandalen mit eher wirtschaftlichem Schaden kam zu Jahresbeginn 2006 mit „Jūrmalgate“ ein Skandal, der die fehlende moralische Integrität der Beteiligten belegte. Im Stadtrat des an Riga grenzenden Kurortes an der Ostsee mußte ein neuer Bürgermeister gewählt werden, angesichts der zersplitterten Parteienlandschaft kein einfaches Unterfangen. Der Verfassungsschutz hörte Telefongespräche wichtiger Politiker mit, in denen Stimmen gekauft werden sollten, um dort den wie es hieß „größten Dummkopf“ zu installieren. Dem politischen System fehlt deshalb die Legitimation: „Vor allem aber läßt sich eine weit verbreitete, zugleich tradierte und neu wachsende politische Apathie sowie ein teils latenter, teils manifester Autoritarismus als Ausdruck der Legitimationsschwierigkeiten des politischen Systems beobachten.“<sup>249</sup>

Sozialwissenschaftler, die sich beruflich mit der Beobachtung der heimischen Politik beschäftigen, bleiben ebensowenig unbeeindruckt von diesen Ereignissen. So wirft Curika im Grunde der Politik ihr Wesen vor mit der Formulierung, „wenn eine Partei in die Koalition möchte, dann muß sie das offensichtlich einzige, aber besonders effektive Mittel Mittel nutzen – Erpressung“. Weiter heißt es, „in Lettland wird dem Präsidentenamt theoretisch eine

---

<sup>247</sup> vgl. Offe, Claus: *Der Tunnel am Ende des Lichts*, Frankfurt am Main 1994, S.86ff.

<sup>248</sup> vgl. Zepa, Brigita: *Līdzdalība kā politiskās nācījas veidošanās nosacījums*; in: *Pilsoniskā apziņa*, Riga 1998, S.234

<sup>249</sup> vgl. Meyer, Gerd: *Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10/1993, S.10

wichtige Rolle bei der Koalitionsbildung zugewiesen. Aber die Realität beweist, daß die Parteien meisten dem Staatspräsidenten nicht den geringsten Respekt als Entscheidungsbefugter bei der Ernennung eines Kandidaten für die Regierungsbildung erweise.“ Ganz im Gegenteil, der Präsident müsse oftmals eine längere Zeit warten, während die Parteien sich gegenseitig erpreßten, ehe sie sich untereinander auf einen Regierungschef geeinigt hätten, bis sich der Präsident auch mit anderen Kandidaten treffen kann, obwohl von Beginn an klar sei, daß er sowieso den von den Parteien portierten Kandidaten benennt. Wenigstens räumt die Autorin ein, daß selbstverständlich die Wahl des Präsidenten vor dem Hintergrund stehe, daß letztlich das Parlament dem vorgestellten Kabinett zustimmen muß.<sup>250</sup> Andererseits benennt sie in ihrem Text keinen Politikwissenschaftler als Autor, der den Kampf zwischen den Parteien um Macht und Einfluß, Forderungen, Verhandlungen und Kompromisse je als Erpressung bezeichnet hätte.

Eigentlich aber ist es ein Hinweis für Stabilität im Parteiensystem, wenn die Parteien sich bereits vor dem Treffen mit dem Präsidenten auf einen Regierungschef einigen können und dieser sich nicht den Kopf zerbrechen muß über einen Ausweg aus einer Pattsituation. Noch in den 90er Jahren, während das Parteiensystem mehr in Bewegung war, hatte der frühere Amtsinhaber, Guntis Ulmanis, mit Andrejs Krastiņš, Māris Grīnblats und Ziedonis Červers immerhin drei Mal Kandidaten erfolglos berufen. Eine konsequente Verfolgung des Vorwurfs von Curika wirft die Frage auf, was ihrer Ansicht nach passieren würde, wenn eine einzelne Partei in Parlamentswahlen die absolute Mehrheit erzielte, sie also mit ihrem Spitzenkandidaten das Vertrauen des Wählers gewänne? In einer parlamentarischen Republik ist das Volk der Souverän und das Parlament das am höchsten demokratisch legitimierte Organ. In einem solchen Fall wäre selbstverständlich der Präsident auch nach der lettischen Verfassung faktisch gezwungen den Kandidaten dieser Mehrheitspartei zu ernennen. Alles andere könnte nur als konstitutionelle Krise bezeichnet werden.

Aber eine vergleichsweise paternalistische Denkweise findet sich auch in den Publikationen anderer Sozialwissenschaftler: „Doch von der Immunität der Letten gegen die Linke sprechend muß dennoch anerkannt werden, daß in Wahrheit keine reelle linke Alternative angeboten wird“<sup>251</sup> Puriņš und Šulcs bemühen sich nicht einmal darum, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie

---

<sup>250</sup> Die Originalzitate: „ja partija grib iekļūt koalīcijā, tai jāmāk izmantot šķiet vienīgais, bet tik efektīvais ierocis – šantāža“ sowie „Latvijā nozīmīga loma koalīcijas veidošanā teorētiski tiek piešķirta valsts prezidentam. Bet realitāte pierāda, ka partijas vairumā gadījumu neizrāda pat vismazāko cieņu pret prezidentu kā valdības vadītāja nominētāju.“ Vgl. Curika, Linda: Koalīciju veidošanas labirinti, [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 10.10.2006. Der Artikel ist eine Zusammenfassung der Magisterarbeit der Autorin zum gleichen Thema, die von Ilze Ostrovskā betreut worden ist.

<sup>251</sup> Das Originalzitat: „Taču runājot par latviešu imunitāti pret kreisumu, tomēr jāatzīst, ka patiesībā nekāda reāla kreisa alternatīva netiek piedāvāta.“ Vgl. Puriņš, Gatis / Šulcs, Uģis: 9.Saeima: Labējā nestabilitāte, [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 10.10.2006

eigentlich Parteien entstehen, sind aber offensichtlich der Ansicht, daß die Existenz des gesamten politischen Spektrums Aufgabe der Elite ist. Die Politikwissenschaft ist zwar verhältnismäßig jung, aber bereits in den 50er Jahren hat Duverger bei der Herkunft von Parteien zwischen jenen aus der Mitte des Volkes, also „bottom up“, und den von der politischen Elite gegründeten, also „top down“, Parteien unterschieden.<sup>252</sup> Aber in Lettland kann bestenfalls die konservative Partei TB/LNNK als „bottom up“ bezeichnet werden. Sie ist das Ergebnis einer Vereinigung von TB (Für Vaterland und Freiheit) sowie der LNNK (Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung) entstanden, die beide nicht aus dem Parlament heraus gegründet wurden. Aber tragischer noch müssen die anderen Parteien nicht nur als „top down“ Gründung bezeichnet werden, sie sind vielmehr nach wie vor nur „top“-Parteien, also Honoratioren- oder Patronageparteien, deren Mitglieder sich wegen der fehlenden Partizipation der Bürger, die regelmäßig auch vom Eurobarometer bestätigt wird, weitgehend auf Funktionäre und Mandatsträger beschränkt. Die weitgehend passive Bevölkerung wirft der Elite vor, eine vom Volk herbeigesehnte Partei nicht zu gründen. Dahl sieht neben der Sozialisierung auch die Einbeziehung der Bevölkerung in die Parteiarbeit als eine Aufgabe von politischen Parteien an,<sup>253</sup> aber die Zurückhaltung der Wähler in Lettland erlaubt den Politikern, einen kleinen Kreis von Interessen zu vertreten. „Für die politischen Akteure ist es gollgich sehr viel einfacher, eine „Schafherde“ hinter sich herzuziehen als sich mit über ihre Rechte und Pflichten interessierten Bürgern zu beschäftigen.“<sup>254</sup> Daß eine solche Gründung bislang nicht stattgefunden hat wie auch die Reflektierung dieser Tatsache durch die einheimische Politikwissenschaft belegen, daß es in Lettland noch Probleme mit der Demokratie gibt. „Die Entwicklung einer konsolidierten Bürgergesellschaft erweist sich in den ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten als langfristiger, vor Rückschlägen nicht gefeierter Prozeß.“<sup>255</sup>

## **Demokratie mit Defekten – defekte Demokratie**

Um die politische Situation in Staaten zu erklären, die sich zwar offiziell Demokratie nennen, in deren Systeme jedoch Unstimmigkeiten diagnostiziert werden können, haben Politikwissenschaftler in den 90er Jahren das Modell der „defekten Demokratien“ entwickelt. Dies wurde erforderlich, da beginnend mit Griechenland, Spanien und Portugal in den 70er Jahren über Süd-

---

<sup>252</sup> vgl. Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959

<sup>253</sup> vgl. Dahl, Robert: Democracy and its Critics, New Haven; Yale University Press, 1989, S.15-20

<sup>254</sup> Das Originalzitat: „Protī, politikas ganiem ir daudz vienkāršāk vest aiz sevis t.s. „aitu baru“, nevis savas tiesības un pienākumus zinošus pilsoņus.“ Vgl. Reetz, Axel / Spolītis, Veiko: Vēlētājs Aizspogulijā, www.politika.lv , 3.10.2006.

<sup>255</sup> vgl. Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme der EU-Beitrittsländer im Vergleich; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B5-6/2004, S.14

amerika und Asien zahlreiche Staaten eine von Huntington als dritte Welle der Demokratisierung bezeichnete Transformation erlebt haben.<sup>256</sup>

Die deutschen Politologen Croissant und Thiery konzentrieren sich weniger auf die bereits beschriebene Passivität, als sie sich mit der Frage befassen, in welchem Umfang eine Gesellschaft eine „eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger ausbilden kann“<sup>257</sup>. Damit denken sie zunächst an solche Staaten, in denen die Elite die Bevölkerung von der Partizipation auszuschließen versucht und damit die Prinzipien der Demokratie mißachtet. Die Theorie der defekten Demokratien bezieht sich mit diesem Aspekt eines bewußten Ausschlusses der Öffentlichkeit durch die Elite nicht auf Lettland, ein solcher Vorwurf wäre zurückzuweisen, denn in Lettland verhindert die Partizipation der Bevölkerung niemand aktiv. Ganz im Gegenteil wird auch von Politikern in Lettland die Bedeutung einer Zivilgesellschaft betont, wenn auch in Folge von Korruption freilich die Organe der demokratischen Macht im Entscheidungsprozeß mitunter umgangen werden.

Im Unterschied zu Wissenschaftlern in Lettland, welche die Minderheitenfrage eher separat erforschen, sehen Croissant und Thiery sehr wohl den Ausschluß vom Demos aus ethnischen Gründen in Lettland. Folglich erwähnen Croissant und Merkel gerade Lettland als Beispiel, wo zwei Defekte zu finden sind, einerseits der Ausschluß ethnischer Minderheiten von den Bürgerrechten,<sup>258</sup> sowie das vielfach erwähnte hohe Ausmaß der Korruption. Nach Ansicht der meisten internationalen, politikwissenschaftlichen Beobachter steht die hohen Zahl Staatenloser in Lettland im Widerspruch zur Idee der Demokratie „one man one vote“. Andererseits sollte der stabilisierende Faktor des Staatsbürgerschaftsgesetzes nicht unerwähnt bleiben, denn in den frühen 90er Jahren konnten jene Immigranten, die eigentlich gegen die Unabhängigkeit Lettlands waren, am politischen Entscheidungsprozeß nicht teilnehmen und Lettland konnte deshalb nicht in eine konstitutionelle Krise stürzen.<sup>259</sup> Darüber hinaus wird oft verallgemeinernd von Minoritäten gesprochen und nicht unterschieden zwischen ethnischen Minderheiten und ihrem juristischem Status. Da ein großer Teil der heute in Lettland lebenden Menschen nicht lettischer Nationalität Nachfahren von Staatsbürgern sind, die schon in der Zwischenkriegszeit in Lettland gelebt haben, umfaßt der russifizierte Teil

---

<sup>256</sup> vgl. Huntington, Samuel: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, London 1991

<sup>257</sup> vgl. Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Von defekten und anderen Demokratien; in: *Welttrends* Nr. 29, Winter 2000/2001, S.20ff., 26; auch Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: *Demokratiemessung*, Wiesbaden 2000, S.96ff. Diese Annahme findet ihre Parallele in dem schon vorher erörterten angeblichen Ausschluß der Minderheiten vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben.

<sup>258</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: *Defective democracies: Concept and causes*, Manuskript 2000

<sup>259</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: *Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes*; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Riga 1998, S.171



der Bevölkerung, also jener, der zumeist ausschließlich Russisch spricht, rechtlich gesehen zwei Gruppen, von denen nur ein Teil Staatenlose sind.

Als ernsthaften Defekt in Lettland könnte man dagegen die erwähnte Passivität bezeichnen. Vor diesem Hintergrund muß auch das Urteils von Mattusch verstanden werden, die den Parteien vorwirft, Interessenmaximierer bestimmter Klientel zu sein.<sup>260</sup> Ostrovskaja fügt hinzu, daß die ökonomischen Interessen von Oligarchen als gemeinsames Ziel die ideologische Diskussion ersetze.<sup>261</sup> In der Politikwissenschaft widerspricht dieser Sicht niemand: „East European parties seem to be more interested in governance than in interest aggregation“.<sup>262</sup>

Der zweite Defekt könnte darin liegen, daß die Menschen große Schwierigkeiten haben, sich ideologisch zu orientieren. „Most residents still have problems in understanding their own social interests, in connecting these interest with those of the political system, and in identifying themselves with any specific social groups.“<sup>263</sup> Das Parteiensystem Lettlands ist darum im Gegenteil zu dem Estlands einstweilen leider noch hauptsächlich ethnisch orientiert und teilt sich in pro-russische und pro-lettische Gruppierungen. Im Gegenteil zu Estland haben sehr viele Einwohner nicht lettischer Nationalität infolge ihrer Abstammung die lettische Staatsbürgerschaft. Die Parteien orientieren sich dagegen weniger an sozioökonomischen Aspekten, folglich spiegelt das Parteiensystem die gesellschaftliche Realität nicht wider, die nach Ostrovskaja wie folgt aussieht: „there has been a process of social disintegration, accompanied by gradual loss of legitimacy for the parliamentary democracy, and this, quite possible, may provoke authoritarianism.“<sup>264</sup>

## Fazit

Die Hoffnungen des „Volkes“ nach der Wende beschreibt Juchler so „Die Erwartungen richteten sich dabei auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage, aber auch auf die Bildung demokratischer Verhältnisse, auf eine gerechte **moralisch** erneuerte Gesellschaft schlechthin. Heute herrscht in den postsozi-

---

<sup>260</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996

<sup>261</sup> vgl. Ostrovskaja, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.46f.

<sup>262</sup> vgl. Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S.11

<sup>263</sup> vgl. Ostrovskaja, Ilze: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.78

<sup>264</sup> vgl. Ostrovskaja, Ilze: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.78

alistischen Staaten Osteuropas Ernüchterung vor.“<sup>265</sup> Doch diese Hoffnungen waren unreal und damit kann in der Tat von „favourable conditions for legal and moral nihilism“<sup>266</sup> gesprochen werden, und darin liegt zweifelsohne eine Gefahr: „Die erworbene Abneigung gegen die vorangegangene autoritäre Form der Politik mischt sich in bedenklicher Weise mit Frustration gegenüber den Resultaten einer Demokratisierung, die fast ausschließlich durch die Partieliten getragen wird.“<sup>267</sup> Aber letztlich handeln sowohl die Durchschnittsbürger als auch die politische Elite gleichermaßen vor dem Hintergrund ihrer Lebenserfahrung aus der Sowjetzeit.

So verständlich die Einstellungen der Menschen unter den beschriebenen Bedingungen in weiten Teilen auch sein mag, die erwähnten Folgen bleiben doch ein Hindernis auf dem Weg zur gelebten Demokratie. Hilfe und Unterstützung zu verlangen ist einfach, aber die Nötigen finanziellen Mittel hierfür können nur durch den Steuerzahler aufgebracht werden. Aber da es einstweilen keine großen Steuerzahler gibt und auch die Bereitschaft der Durchschnittsbürger, ihrer Steuern ehrlich zu entrichten, gering ist, werden die Staatseinnahmen nicht ausreichen, um die Wünsche der Bevölkerung gegenüber dem Staat zu befriedigen. Dies wird begünstigt durch die Tatsache, daß Lettland bislang noch kein transparentes System der Steuererklärung eingeführt hat. Angesichts der Leistung der Wirtschaft Lettlands ist in naher Zukunft ein dem Westen vergleichbarer Lebensstandard nicht abzusehen. Er wird sich nur mittel- und langfristig verbessern inklusive der weiteren Herausbildung einer gesellschaftlichen Stratifikation. Aber das bedeutet selbstverständlich nicht, daß Lettland eine Kleptokratie sein muß, wenn einzig die Einwohner dies nicht wollen und nicht zulassen.

Bald werden seit der erneuerten Unabhängigkeit 18 Jahre vergangen sein. Wann wird die Bevölkerung Lettlands sich damit abfinden, daß die Politik nicht unschuldig ist, es nicht sein kann und nicht einmal sein darf? Einstweilen ist Wolff-Poweska auch für Lettland zuzustimmen: „es herrscht Demokratie ohne demokratische Kultur.“<sup>268</sup> Als Antwort auf die von Einheimischen oft gestellte Frage kann also geantwortet werden: Die Demokratie in Lettland ist eine formale.

---

<sup>265</sup> vgl. Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive, Zürich 03.2000, S.5

<sup>266</sup> vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: *Humanities and Social Sciences* 1(22)/99, S.26ff.

<sup>267</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg.): *Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995*, Baden-Baden 1998, S.108

<sup>268</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995, S.49

## **Gegner der Unabhängigkeit wieder frei – lettischer KP-Funktionär Alfrēds Rubiks verbüßte sechs Jahre wegen Putschversuchs<sup>269</sup>**

*Axel Reetz*

Der frühere kommunistische Bürgermeister von Riga wurde kürzlich nach mehr als sechs Jahren wegen guter Führung vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. In einem Gespräch äußerte sich der Rentner Alfrēds Rubiks über seine Vergangenheit, Zukunftspläne, die Unabhängigkeit Lettlands und die politisch-soziale Situation im Lande.

Daß er einmal im Gefängnis würde sitzen müssen, damit hätte der frühere Spitzenfunktionär der lettischen Kommunisten, Alfrēds Rubiks, sicher nie gerechnet. Noch in den 80er Jahren bekleidete er das Amt des Bürgermeisters von Riga. Andere wurden von den damals Mächtigen bedrängt. Doch als die Sowjetunion im August 1991 zusammenbrach, nahm man ihn wegen seiner Unterstützung für das *anciēn regime* fest.

Über sechs Jahre mußte er dann hinter Gittern verbringen, ehe er vor rund zwei Monaten wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Justiz erließ ihm wegen guter Führung fast zwei Jahre des Strafmaßes. Noch auf den Pressefotos von der Entlassung abgemagert, hat er sich in den letzten Wochen schnell erholt und erweist sich gegenüber der Presse als sehr gesprächig.

Über das Leben im Gefängnis könne er nicht viel Negatives berichten, sagt der Mitsechziger. Natürlich sei der Aufenthalt in den alten unrenovierten Räumen alles andere als angenehm gewesen, doch mit den Mitgefangenen habe es überhaupt keine Probleme gegeben, er sei ja eine bekannte Person, und alle hätten gewußt, was los ist.

So spricht Rubiks, früher wie heute ein Vollblutpolitiker, der gewiß nicht auf den Mund gefallen ist. Die deutsche Ordnung gefällt ihm, fährt er fort, noch bevor der Gast aus Deutschland mit Fragen über seine Person, die Vergangenheit und Zukunftspläne beginnt: „Die Deutschen haben das eben in sich.“ Man glaubt ihm sofort, sieht doch die Wohnung vor Ordnung geradezu

---

<sup>269</sup> Der Artikel entstand nach einem Gespräch im Herbst 1997

unbewohnt aus. „Mir gefällt es, wenn die Dinge ihren Platz haben“, sagt Rubiks.

## **Widerstand und Menschenrechte**

Daß er gegen die Auflösung der Sowjetunion war, dazu steht Rubiks noch immer. 1993 wurde er nach zweijähriger Untersuchungshaft für einen Umsturzversuch in Lettland im Zuge des Augustputsches von Moskau verurteilt. Der ehemalige Rigaer Bürgermeister hält die Umstände dieses Prozesses für eine absurde Anekdote. Schon am 23. August war er nämlich nach eigenen Angaben aufgrund eines Gesetzes aus dem Strafgesetzbuch der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik festgenommen worden, obwohl das Parlament am Tage zuvor schon die Unabhängigkeit erklärt und damit die Gesetze außer Kraft gesetzt hatte. Bis zu seiner Verurteilung habe der neue lettische Staat die wesentlichen Punkte aus dem alten, sowjetischen Gesetzbuch übernommen, einige Punkte gestrichen und im fraglichen Paragraphen 95 die Sowjetunion durch Lettland ersetzt.

Nachdem Rubiks mit seiner Beschwerde wegen dieses angeblichen Formfehlers in Lettland zu seinem Recht auch vor einem höheren Gericht nicht gekommen ist, möchte er nun vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der Verletzung von Menschenrechten klagen.

## **Ungewendeter Kommunist**

Der frühere Spitzenfunktionär hat seine Ansichten während der Jahre im Gefängnis nicht geändert. Sie wurden lediglich um die Beobachtungen aus rund zwei Monaten Freiheit bereichert. Was Rubiks seither zu kommentieren hat, könnte aus dem Lamento eines lettischen Durchschnittsrentners stammen.

Das alte Vermögen sei vernichtet worden und das neue zu ungleich verteilt. Das Geld reiche bei den einfachen Leuten hinten und vorne nicht, während die Politiker die Bevölkerung vernachlässigten und sich selbst bereicherten. Und tatsächlich, auch Rubiks ist ein ganz normaler Rentner. Seine Einnahmen, sagt er, genügen gerade, die Miete zu bezahlen, ein recht normaler Umstand in den baltischen Transformationsstaaten. Der ehemalige Bürgermeister wohnt in einer normalen Wohnung sowjetischen Typs, die allerdings recht groß ist.

Rubiks Analyse dieser Realität ist denkbar einfach, Marx habe eben Recht behalten: „Der Kapitalismus wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Die einzige Frage ist, ob der Umbruch als Evolution oder als Revolution vonstatten geht.“ Der Mittelstand habe aber derzeit zu viele Vorteile vom bestehenden System und wird sich darum nicht dagegen auflehnen.

## **Kritischer Beobachter der Planwirtschaft**

Natürlich hat Rubiks nach eigenem Bekunden schon zu Sowjetzeiten festgestellt, daß es wirtschaftlich Schwierigkeiten gibt. Seit den 70er Jahren, meint er, sei die Entwicklung nicht mehr in die richtige Richtung verlaufen. Statt Fortschritt habe es eine extensive Bewirtschaftung vor allem der natürlichen Ressourcen gegeben. Während es im Westen schon Technik gegeben habe, in einem Bergwerk mehrere Rohstoffe zu fördern, hätten die Sowjets sich mit einem Produkt begnügt. Doch statt die Sowjetunion aufzulösen, hätten Reformen das System retten können.

Den Hauptfehler des alten Systems sieht Rubiks im Zentralismus. Warum fragt er, sei es nötig gewesen, von Moskau aus den Betrieben etwa vorzuschreiben, wie viele Tischdecken zu produzieren sind. Das könne der Markt regeln und das örtliche Management besser beurteilen. Den Beweis, so versichert er, hätten in den 80er Jahren Ungarn und China geliefert. Rubiks hat gelernt, welche Fehler der Planwirtschaft er einem westlichen Besucher gegenüber zugeben muß.

Für den in Deutschland beliebten letzten Chef der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat Rubiks wenig übrig. Glasnost und Perestroika seien viel zu spät gekommen. Dabei scheint er zu vergessen, daß deren Erfinder freilich erst 1985 an die Macht kam. Rubiks erklärt außerdem mit Nachdruck, es habe damals großen Druck von außen gegeben. Als konkretes Beispiel nennt er die Weigerung des Westens, der Sowjetunion Kredite zu gewähren. Er läßt dabei offen, inwiefern auch dafür Gorbatschow verantwortlich zu machen ist.

In jedem Fall habe der Präsident dann schließlich im Sommer 1991 Volk und Land verraten. Von einem Putsch und unfreiwilligem Abtritt des sowjetischen Parteichefs will Rubiks nichts wissen. Statt dessen erläutert er, wie günstig der Moment für den Westen und seine Wirtschaft war, die sich wegen drohender Überproduktion in einer Krisensituation befunden habe. Dank des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime standen die Staaten Osteuropas als Absatzmarkt plötzlich zu Verfügung. Und selbstverständlich habe auch Gorbatschow seinen Schnitt dabei gemacht. Mit Hilfe westlicher Medien führe er jetzt ein Leben im Wohlstand. Letzteres ist sicher nicht von der Hand zu weisen.

## **Keine wirkliche Unabhängigkeit**

Gerade das Beispiel China gemahnt jedoch an die Menschen- und Freiheitsrechte der Völker sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balten. Doch auch hier kontert Rubiks gewandt. Selbstverständlich sei er für die Selbstbestimmung der Völker, aber das heiße doch keinesfalls, daß jedes Volk seinen eigenen Staat haben müßte.

Die gegenwärtige Regierung, ja mehr oder weniger alle Parteien, vernachlässigten die Interessen des Landes und hörten einzig auf die Forderungen aus Brüssel. „Ist das ein freies Land?“ fragt Rubiks. Lettland sei wirtschaftlich sowieso vom Transitverkehr russischer Waren abhängig, wobei es sich heute wesentlich um Rohstoffe handelt, die in baltischen Häfen verladen werden.

Rußland investiere bereits in St. Petersburg, um lettische Häfen künftig umgehen zu können. Im Falle weiterer Diskriminierung der Russen in Lettland werde Moskau den Geldhahn einfach zudrehen. Damit offenbart Rubiks seine Einstellung zum lettischen Staat, dessen Existenz auch im Kontext internationaler Organisationen nach wie vor eng mit der Nationalitätenfrage verknüpft ist. Obwohl Rubiks direkt zu antworten sonst vermeidet, ergreift er mit diesem Kommentar, was wenig überrascht, Partei für die Russen.

## **Politik als Lebensaufgabe**

Er sei nie aus der Politik gegangen, antwortete Rubiks mehrfach nach seiner Entlassung auf die Fragen von Journalisten nach seinen Zukunftsplänen. Und so ist die politische Karriere also beinahe lückenlos.

Noch vor seiner Verurteilung sahen die Wahlberechtigten Lettlands im Frühjahr 1993 keinen Hinderungsgrund, den damals schon Inhaftierten ins Parlament zu wählen, obwohl Rubiks das Mandat freilich nie antreten konnte. Unter 100 Abgeordneten habe er an persönlichen Stimmen den 15. Platz erreicht. Zu den Parlamentswahlen 1995 erließ die herrschende Mehrheit in Lettland allerdings ein Gesetz, nach dem niemand mehr kandidieren durfte, der nach einem Stichtag 1991 noch in der Kommunisten Partei der Sowjetunion war. Ein Umstand, gegen den Rubiks ebenso gerne in Europa klagen möchte, hat doch seine sozialistische Partei mehrere Köpfe deshalb nicht ins Rennen schicken können.

Einstweilen beschäftigt sich der ehemalige Bürgermeister deshalb damit, das Land zu bereisen, auf dem Land mit den Bauern und mit den Arbeitslosen in der Stadt zu sprechen. Es sehe in den Vororten schrecklich aus, berichtet er von seiner ersten Rundfahrt durch Riga nach der Entlassung. Die Grünflächen würden nicht mehr gepflegt, die Stadt nicht mehr sauber gehalten. Würde die Regierung an das Volk denken, könnte alles besser sein. Und was nützten andererseits die vielen schönen Geschäfte im Zentrum, wenn viele Menschen dort kaum je etwas kaufen könnten.

Das größte Problem sagt er, sei die Hoffnungslosigkeit vieler Leute. Nachdem schon die Volksfront Anfang der 90er Jahre noch viel versprochen habe, was nicht erfüllt worden sei, glauben die Menschen jetzt nichts und niemandem mehr. In diesem Punkt wird ihm sicher kein vernünftiger Mensch widersprechen. Aber es ist ja nichts Neues, daß komplizierte Erklärungen weniger populär sind als einfache Antworten. So hat Rubiks auch für die Demokratie

nicht viel übrig. Die Presse, sagt er, könne doch schreiben was sie wolle und würde nichts ausrichten. Darum meint der gestandene Kommunist: „Für mich gibt es viel zu tun.“

Der Prophet Rubiks hatte schon in den 80er Jahren bei einem Besuch in Berlin den Eindruck, die Mauer sei etwas Unnatürliches, und ein Volk zu teilen, werde nicht von Dauer sein. Dieser Ansicht hätten seinerzeit auch die Mächtigen des DDR-Staates beigepflichtet, erinnert er sich. Wenigstens in diesem Punkt hat Rubiks vor der Geschichte definitiv Recht behalten.

## **Tanz mit drei Damen – den lettischen Komponisten Imants Kalniņš kennt daheim jedes Kind<sup>270</sup>**

*Axel Reetz*

Vor zwei Jahren nahm Imants Kalniņš die 13 Jahre unterbrochene Tradition wieder auf, etwa zur Sonnenwende, am Namenstag, in dem kleinen livländischen Provinznest Vecpiebalga ein großes Konzert zu geben. Seit 1996 eine CD mit seinen Liedern in der populären Interpretation der Gruppe „Menuets“ folgte, ist Kalniņš’ Musik in Lettland wieder allgegenwärtig.

Der zierliche Mann mit dem dunklen Bart und dem verschmitzten Lächeln ist in seiner Heimat Lettland so bekannt wie mancher Politiker es gewiß gern wäre. Aber nicht nur das. Imants Kalniņš ist auch außergewöhnlich populär. Dabei ist der Erfolg dieses Mannes nicht mit der eines Popstars zu vergleichen, den Millionen lieben, aber eben meist bloß Teenager. Die Qualität Musik dieses Komponisten mit ihrer starken Liedstruktur - für deutsche Ohren vielleicht ein wenig melancholisch - macht Kalniņš’ Konzerte zu generationenübergreifende Veranstaltungen für die ganze Familie.

### **Ein Konzert wie ein Volksfest**

Im Jahre 1995 konnte nach 13 Jahren Unterbrechung der sogenannte „Tag des Imants“ – auf lettisch „Imanta diena“ – wieder durchgeführt werden. Ort dieses eher an ein Volksfest erinnernden Ereignisses ist das kleine Dorf Vecpiebalga, etwa 200 Kilometer von der Hauptstadt Riga entfernt.

Dorthin pilgerten auch an einem Juniwochenende 1996 wieder die Massen, obwohl erst kurz vor Konzertbeginn noch ein starkes Gewitter mit sintflutartigen Regenfällen den Platz unter freiem Himmel in eine Schlammlandschaft verwandelt hatten. Busse und Privatautos schlängelten sich kilometerlang über den schmalen Waldweg von der Landstraße zum großen Parkplatz auf der Wiese. Obwohl nicht eine einzige Polizeistreife oder Ordnungskraft den Verkehr leitete, suchten sich die Konzertbesucher in Ruhe ihren Weg. Manche

---

<sup>270</sup> Der Artikel entstand nach einem Gespräch im Sommer 1997.



erwischte es dennoch unangenehm. Sie rutschten aus und fielen in den Schlamm. Trotz aller Unannehmlichkeiten versammelten sich vom Kleinkind bis zum Rentner so viele Menschen, um Kalniņš zu sehen, daß man beinahe meinen konnte, ganz Lettland sei hier zusammengekommen.

## **Nach dem Vorbild der Beatles**

Kalniņš Weg zur Musik war schon lange vorgezeichnet, wenn auch nicht immer mit großer Unterstützung von außen. Als kleiner Junge bekam er eine Geige geschenkt, wurde aber anschließend nicht in die Musikschule aufgenommen. Trotzdem lernte er noch Klavier und schrieb mit zwölf die erste eigene Musik. Sein Entschluß, was er nach der Schule zu tun beabsichtigte, stand damit schon früh fest. Zu Beginn der sechziger Jahre schrieb sich Kalniņš im kurländischen Liepāja dann am Konservatorium für Komposition ein.

Just zu dieser Zeit machten die Beatles international Karriere und – Eindruck auf den jungen Komponisten. „Das kann ich auch“, dachte sich Kalniņš. Während die Kollegen von der Hochschule im wesentlichen Filmmusik komponierten, entstanden so die ersten Popsongs, ganz seinem Naturell entsprechend, wie Kalniņš lächelnd erklärt, denn er sei ein sehr emotionaler Mensch. Doch in Liepāja entstanden außerdem auch ganz andere Klänge, so etwa die zweite, dritte und vierte Symphonie.

Seinen emotionalen Charakter betont Imants Kalniņš nicht umsonst immer wieder. Schon zu Sowjetzeiten wurde er als Nationalist betrachtet. 1982 verboten die Behörden sein Konzert in Vecpiebalga, das fortan nicht mehr stattfinden konnte, wenn sich auch im ersten Jahr noch Fans am Veranstaltungsort versammelten und die Lieder in Abwesenheit ihres Schöpfer einfach selber sangen. Auch Platten durfte Kalniņš keine mehr aufnehmen, ganz im Gegenteil zu seinem in der ganzen Sowjetunion bekannten Landsmann und Kollegen Raimonds Pauls.

## **Der Patriot Kalniņš**

Während der Umbruchphase, die 1988 in den baltischen Staaten erst die Gründung von Volksfronten und dann die staatliche Unabhängigkeit mit sich brachte, ging Kalniņš in die Politik und wurde 1990 als Abgeordneter in das damals noch „Oberster Sowjet“ genannte Parlament der lettischen SSR gewählt. Er war nicht nur in der Volksfront aktiv, sondern gehörte auch zu den Gründern der lettischen Unabhängigkeitsbewegung auf deren Liste er dann 1993 in das nun „Saeima“ genannte Parlament einzog. In den zwei Legislaturperioden von 1990 bis 1995 schrieb er darum nicht eine Note.

„Teilnehmen bei der Befreiung Lettlands“, sagt Kalniņš mit ernster Mine, das wollte er. Da „war keine Zeit zum Nachdenken“, bemüht er ergänzend

wieder seine emotionale Natur. Auf die Frage, ob er sich als Politiker betrachte, antwortet er mit einem klaren „ja“. Er habe bei der Volksfront ebenso wie bei der Unabhängigkeitsbewegung auf der Führungsebene mitgearbeitet.

## **Nationale Politik als Politik für die Nation**

Komplett hat sich Kalniņš, obwohl inzwischen nicht mehr Abgeordneter, aus der Politik auch heute nicht zurückgezogen. Obwohl die Unabhängigkeitsbewegung sicher keine besonders liberale Haltung gegenüber der starken russischen Minderheit im Lande vertrat, wechselte Kalniņš nach den Wahlen 1995 zur noch radikaleren Formation „Für Vaterland und Freiheit“. In seiner alten Partei sei die nationale Politik nicht konsequent genug verfolgt worden, meint er und arbeitete fortan als Berater der Fraktion seiner neuen politischen Heimat.

Den Medienberichten über die baltischen Staaten entsprechend kommen bei solchen Worten schnell Zweifel an der Integrität dieses Mannes auf. Doch was bedeutet Nationalismus und Radikalismus in der früheren Sowjetrepublik Lettland? Nationale Politik, sagt Kalniņš, bedeute für ihn, daß die Regierung im Interesse eines Erhaltes der Nation die Bevölkerung moralisch und materiell unterstützt, damit die nationale Kultur und Identität bewahrt wird. Mit dieser Einstellung im Herzen haben die Balten ein halbes Jahrhundert Okkupation mit intensiven Versuchen der Überfremdung überstanden, während im Westen, wie Kalniņš findet, die Massenkultur all das zu verdrängen sich anschickt, was historisch Gegenstand nationaler Identifikation war.

Regelmäßig besucht Kalniņš in seiner neuen Funktion weiterhin die Plenarsitzungen. Ihm gefalle die Stimmung im Saal, erklärt er. Doch seine persönliche Meinung zur nationalen Politik und seine daraus gezogenen Konsequenzen wurden derweil von der Zeitgeschichte überholt. Schon 1995 gehörten die alten wie die neuen Parteifreunde zu der die Regierung tragenden großen Koalition. Diesen Sommer haben sich beide Parteien schließlich miteinander vereinigt.

## **Eins nach dem anderen**

„Man kann nicht mit drei Damen gleichzeitig tanzen“, antwortet Kalniņš, gefragt, warum er in seinem Leben zwei auf den ersten Blick so ganz verschiedene Ambitionen ausgelebt und sich ihnen mit ganzer Kraft gewidmet hat. Ob ihm die Musik nicht wichtiger war? Kalniņš bemüht wieder den Umstand, daß er ein emotionaler Mensch sei, jemand der „nicht außen vor“ stehen könne, wenn so wichtige Dinge wie die nationale Frage erörtert werden. Doch nach fünf Jahren ist er aus dem Parlament ausgeschieden, weil er der

Ansicht war, sich nach diesem Zeitraum nicht mehr ausreichend selbst beobachten zu können. Damit fehle es an der Möglichkeit zur Selbstkritik.

Überraschend ist, daß Kalniņš trotz dieser Erfahrungen nach eigenem Bekunden an Horoskope glaubt. In seinem Leben habe sich deren Wahrheit bewiesen, berichtet er. Das kann natürlich so einfach niemand nachprüfen, aber vielleicht liegt es einfach daran, daß er in der Rigaer Sternenstraße (Zvaigžņu iela) zur Welt kam.

## **Autoren**<sup>271</sup>

Ojārs Balcers, Umweltschutzklub VAK

Andrejs Berdņikovs, Mitarbeiter am Ökonomischen Institut der Akademie der Wissenschaften Lettland, Doktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Lettlands

Baiba Blūzma, Studentin an der Hochschule Biznesa Augstskola Turība, Riga

Jānis Brizga, Welt Naturschutzfond

Irīna Čurkina, Doktorandin am Ökonomischen Institut der Akademie der Wissenschaften Lettlands

Ainārs Dimants, Dr. phil., asoc. prof., Hochschule Biznesa Augstskola Turība, Riga

Māris Ginters, Masterstudent Politikwissenschaft an der Rigaer Stradiņš Universität

Signe Grūbe, Masterstudentin Politikwissenschaft an der Rigaer Stradiņš Universität

Simona Gurbo, Masterstudentin Politikwissenschaft an der Rigaer Stradiņš Universität

Andris Junkurs, Vereinigung Umwelttourismus Lettland

Sintija Langenfelde, Masterstudentin Politikwissenschaft an der Rigaer Stradiņš Universität

Velta Mazūre, Doktorandin an der Rigaer Stradiņš Universität

Ilmārs Mežs, Sozialwissenschaftler, Riga

Alda Ozola-Matule, Grüne Bewegung

Axel Reetz, Dr. phil., Dozent an der Hochschule Biznesa Augstskola Turība und der Stockholm School of Economics, Riga

Evija Rimšāne, Studentin an der Lettischen Kulturakademie

Ilze Siliņa-Osmāne, Masterstudentin Politikwissenschaft an der Rigaer Stradiņa Universität

Veiko Spolītis, Dozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Rigaer Stradiņš Universität

---

<sup>271</sup> Die Angaben über die Autoren beziehen sich auf den Zeitpunkt, als der jeweilige Beitrag verfaßt wurde.